Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/1470

Sachgebiet 7

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/2) — 60006 — Gu 3/70

Bonn, den 30. November 1970

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich das

Jahresgutachten 1970 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der zur Zeit geltenden Fassung veröffentlicht.

Brandt

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

**Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Jahresgutachten 1970

November 1970

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Mai 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein siebtes Jahresgutachten vor [2]).

2. Die konjunkturelle Entwicklung, vor allem die anhaltend starken Preissteigerungen, haben den Sachverständigenrat veranlaßt, seine Bedenken am 21. März 1970 dem Bundeskanzler in einem Brief mitzuteilen [3]).

3. Die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen waren ferner Gegenstand des Sondergutachtens „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970" vom 9. Mai 1970, das der Sachverständigenrat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft (nach § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes) kurze Zeit nach seiner Fertigstellung veröffentlicht hat [4]).

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, die anstehenden konjunktur- und wirtschaftspolitischen Probleme mit den Bundesministern für Wirtschaft und der Finanzen und deren Mitarbeitern sowie mit Vertretern des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen, der Deutschen Bundesbank, des Bundeskartellamtes, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu erörtern. Fragen der Bauwirtschaft wurden mit Vertretern der zuständigen Verbände diskutiert. Mitglieder des Rates haben außerdem regelmäßig an den Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion" beim Bundesminister für Wirtschaft teilgenommen.

5. Dr. Claus Köhler, Professor an der Technischen Universität Hannover, wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1969 in den Sachverständigenrat berufen. Er trat an die Stelle des Staats-

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt.
Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist in Anhang III abgedruckt.

[3]) Der Brief wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers in Anhang IV veröffentlicht.

[4]) Abgedruckt in Anhang V.

minister a. D. Dr. Harald Koch, Dortmund, der am 27. Mai 1969 aus dem Rat ausgeschieden ist.

6. Mit Wirkung vom 1. Mai 1970 wurde Dr. Olaf Sievert, Professor an der Universität Dortmund, in den Sachverständigenrat berufen. Er trat an die Stelle von Professor Dr. Herbert Giersch, dessen Amtszeit entsprechend der gesetzlichen Regelung am 1. März 1970 abgelaufen war.

7. Die zweite Amtsperiode als Vorsitzender lief für Professor Wilhelm Bauer am 1. März 1970 ab. Der Rat hat als neuen Vorsitzenden Professor Dr. Norbert Kloten gewählt.

8. Das Ratsmitglied Dr. Manfred Schäfer, Saarbrücken, hat entsprechend den Vorschriften des § 1 Abs. 3 Sachverständigenratsgesetz sein Amt am 13. Juli 1970 niedergelegt, da er als Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft in die Regierung des Saarlandes eingetreten ist.

9. Die Gespräche, die der Rat mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen und an den Forschungsinstituten im Laufe des Jahres führen konnte, haben ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt. Allen Beteiligten gilt der Dank des Rates.

10. Ferner dankt der Rat Herrn Professor Dr. Lutz Hoffmann, Regensburg, sowie den Herren Dr. Albeck und Dr. Höpfner, Tübingen, die dem Rat bei seiner Arbeit wertvolle Hilfe geleistet haben.

11. Die Professoren Dr. Hermann Böhrs, Hannover, Dr. Erich Hoppmann, Freiburg, Dr. Alfred E. Ott, Tübingen, Dr. Otto Pfleiderer, Stuttgart, und Dr. Gerhard Zeitel, Mannheim, haben dankenswerterweise zu Einzelfragen schriftlich Stellung genommen und damit die Arbeit des Rates bei der Vorbereitung des Gutachtens erleichtert.

12. Die volkswirtschaftliche und statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten unterstützt und in zahlreichen Einzelfragen beraten.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Geschäftsstelle, hat die Arbeiten des Rates sehr erleichtert. Hervorgehoben sei hier auch die Hilfe, die das zuständige Referat bei den Schätzungen des Produktionspotentials geleistet hat.

13. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Beim Abschluß dieses Gutachtens gehörten dem wissenschaftlichen Stab des Rates an: Dipl.-Volkswirt Dipl.-Kaufmann Helmut Becker, Dr. Robert Fecht, Dr. Hartmut E. Fest, Dipl.-Volkswirt Hans-Hermann Jürgensmann, Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Ketterer und Dipl.-Volkswirt Rainer Vollmer.

Ein besonderes Maß an Verantwortung hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 19. November 1970

W. Bauer *N. Kloten* *Cl. Köhler* *O. Sievert*

Inhalt

	Seite
Vorschau	1
Die Lage	1
Die voraussichtliche Entwicklung	1
Erstes Kapitel: Zur Konjunkturlage	2
I. Die Weltkonjunktur 1970: Differenziertes Wachstum bei beschleunigtem Preisanstieg	2
Fortdauer der Hochkonjunktur in Kontinentaleuropa	2
Weiterhin geringes Wachstum in Großbritannien, andauernder Boom in Japan	4
Das konjunkturpolitische Dilemma der Vereinigten Staaten	4
International beschleunigtes Inflationstempo	6
II. Konjunktur im Umbruch	7
Gedämpfte Auslandsnachfrage	9
Nachlassende Investitionsneigung	10
Verringerte Vorratsbildung	10
Verstärkte Verbrauchskonjunktur	11
Noch hohe Auslastung des Produktionspotentials	12
Leergefegter Arbeitsmarkt	15
Anhaltende Entlastung durch Importe	16
Verschärfter Kampf um die Einkommensverteilung	16
Ungewöhnlicher Anstieg der Erzeugerpreise, Nachziehen der Verbraucherpreise	23
III. Spektakuläre Preissteigerungen auf dem Baumarkt	27
Unelastische Nachfrage	28
Unelastisches Angebot	28
Steigende Kosten, steigende Gewinne	29
Für eine Enquête über die Bauwirtschaft	30
IV. Öffentliche Finanzen — leicht kontraktiv	31
Haushalte der Gebietskörperschaften erneut konjunkturdämpfend	34
Nachhinken öffentlicher Investitionen	39
Konsolidierter Haushalt erstmals leicht kontraktiv	40
V. Geld- und Kreditpolitik auf Restriktionskurs	40
Liquiditätsverknappung und Kreditverteuerung	42
Kapitalmarkt unter Restriktionsdruck	44
Grenzen der restriktiven Geld- und Kreditpolitik erreicht	45
Langer Bremsweg	46
VI. Die Außenwirtschaft nach der Aufwertung	46
Keine Verbilligung der Einfuhr, Verteuerung der Ausfuhr	46

Seite

Außenwirtschaftliche Überschüsse nur wenig verringert 48
Tendenzwandel im langfristigen Kapitalverkehr 50
Erneut starker Anstieg der Devisenreserven 50

VII. Ein Gesamtindikator für die Konjunkturdiagnose — ein Versuch 51

Zweites Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung 53

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1971 53

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1971 56

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 57

Drittes Kapitel: Gegen Geldwertschwund — für stetiges Wachstum 63

I. Nach der konjunkturellen Wende 63

II. Ursprünge der Fehlentwicklungen 64

III. Grundprobleme gegenwärtiger Stabilitätspolitik 67
Geldwertstabilität heute 67
Einkommenspolitik und Verteilungskampf 71
Größerer Anteil für den Staat? 75

IV. Rückkehr zum Gleichgewicht 78
Kurzfristig: Begrenzte Chancen 80
Gleichgewicht in spätestens zwei Jahren 80

★ ★ ★

Zur Mitverantwortung der Sozialpartner für die Wirtschaftspolitik 85
Zur Problematik beweglicherer Wechselkurse 86

Viertes Kapitel: Zu Elementen einer potentialorientierten Konjunkturpolitik 91

I. Noch einmal: Der konjunkturneutrale Haushalt 91
Das Konzept 91
Basisjahrprobleme 92
Preisniveau und Preisstruktur 93
Konjunkturneutrale Steuereinnahmen 94
Konjunkturneutrale Kreditaufnahme 95
Berücksichtigung von Strukturveränderungen bei den Staatsausgaben und den Steuereinnahmen 97
Zur konjunkturellen Würdigung der sonstigen Einnahmen 97
Die Sozialversicherung als Teil eines konsolidierten Haushaltes .. 98

II. Potentialorientierte Kreditpolitik 100

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 104

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 106

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 107

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 21. März 1970 an den Bundeskanzler 108

V. Sondergutachten vom 9. Mai 1970: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970 110

VI. Brief des Vorsitzenden des Sachverständigenrates vom 14. November 1970 an den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes 118

VII. DGB-Zielprojektion 1971 bis 1975 119

VIII. Methodische Erläuterungen 124

IX. Statistischer Anhang 127

Sachregister 190

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Bruttosozialprodukt ausgewählter Länder	3
2	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	6
3	Entwicklung der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	7
4	Indikatoren der Konjunkturentwicklung	8
5	Nachfrageschwankungen 1962 bis 1970	9
6	Lagerinvestitionen	10
7	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	11
8	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	12
9	Entwicklung der Investitionen	13
10	Zur Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials	14
11	Arbeitsproduktivität	14
12	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	15
13	Tariflöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft	16
14	Zur Lohndrift	20
15	Lohnkosten in der Industrie	20
16	Erzeugerpreise	23
17	Kosten- und Preiszyklen 1962 bis 1970	24
18	Preisindex für die Lebenshaltung	26
19	Preisentwicklung und Preiserwartungen für die nächsten Monate	26
20	Zur Entwicklung der Baupreise	27
21	Baugenehmigungen und Bauproduktion	28
22	Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen und des Staates	39
23	Zinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	43
24	Liquiditätssaldo, Wertpapierbestände der Kreditinstitute, langfristiger Zins	44
25	Zinsgefälle zum Ausland	45
26	Die Entwicklung der Außenhandelspreise nach der Aufwertung 1961, dem Absicherungsgesetz 1968 und der Aufwertung 1969	47
27	Zur Entwicklung der Wareneinfuhr	49
28	Tourismus und Konjunktur	50
29	Währungsreserven und kurzfristiger Kapitalverkehr	51
30	Ein Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose	52
31	Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	54

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Quellen des Arbeitskräfteangebots	15
2	Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse	17
3	Produktivität, Preise, Löhne	21
4	Verteilung des Volkseinkommens	22
5	Ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugerpreise	25
6	Entwicklung der Wohnungsmieten	27
7	Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe nach Betriebsgrößenklassen	29
8	Quellen des Arbeitsmarktes im Bauhauptgewerbe	30
9	Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse	32
10	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1968 bis 1970	35
11	Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden	36
12	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	38
13	Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften	39
14	Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	41
15	Zur Auslandskonjunktur	55
16	Einnahmen und Ausgaben des Staates	56
17	Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte	58
18	Außenhandel	59
19	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	60
20	Wachstum und Geldentwertung	69
21	Tatsächliche und rechnerische Lohnquote	74
22	Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinsausgaben	77
23	Haushalte der Gebietskörperschaften 1971	82
24	Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1971	85
25	Der konsolidierte Haushalt in konjunktureller Sicht	99

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

		Seite
26	Zusammensetzung des Gesamtindikators	125
27	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	132
28	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	133
29	Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	134
30	Sozialprodukt und Volkseinkommen	136
31	Verteilung des Volkseinkommens	138
32	Volkseinkommen und Produktivität	139
33	Verwendung des Sozialprodukts	140
34	Investitionen	142
35	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	143
36	Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch	144
37	Einnahmen und Ausgaben des Staates	146
38	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	148
39	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	150
40	Konsolidierte statistische Bilanz der Banken	151
41	Geldbestands-Indikatoren	152
42	Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	153
43	Umsatz in der Industrie	156
44	Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	159
45	Beschäftigte in der Industrie	160
46	Industrielle Produktion	162
47	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	163
48	Baugenehmigungen	164
49	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	165
50	Großhandelsumsatz	166
51	Einzelhandelsumsatz	167
52	Zahlungsbilanz	168
53	Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte im Außenhandel	170
54	Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	171
55	Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	172
56	Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	173
57	Warenausfuhr nach Ländergruppen	174
58	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	175
59	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	176
60	Langfristiger privater Kapitalverkehr mit dem Ausland	178
61	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	179
62	Index der Grundstoffpreise	180
63	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	181
64	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	182
65	Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	183
66	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	184
67	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	185
68	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	186
69	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	187
70	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	188
71	Löhne und Gehälter	189

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Hj.	=	Halbjahr
Vj.	=	Vierteljahr
Mill.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarden
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung .....
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN	=	Vereinte Nationen
WWI	=	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

—	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
—— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Vorschau

Die Lage

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1970 ergibt sich aus unserer Diagnose folgendes Bild:

— Die westdeutsche Wirtschaft hat 1970 den Höhepunkt ihres fünften Nachkriegsaufschwungs überschritten. Kennzeichnend für die Phase des auslaufenden Booms waren eine noch hohe Auslastung des Produktionspotentials bei schwächer werdendem Nachfragesog sowie rasch steigende Löhne und Preise bei verschärftem Kampf um die Einkommensverteilung.

— Die Expansion der Nachfrage, die bis zum Frühjahr 1970 die konjunkturellen Spannungen noch verstärkt hatte, schwächte sich im Verlauf des Jahres zunehmend ab. Während die Auslandsnachfrage stagnierte und die Investitionsgüterbestellungen aus dem Inland zurückgingen, hielt die Ausweitung der Verbrauchsnachfrage bei kräftig steigenden Einkommen an.

— Das reale Sozialprodukt ist 1970 etwa 5 vH höher als im Jahr zuvor. Es hat damit weniger zugenommen als 1969 (8 vH). Darin spiegelte sich vor allem der Mangel an Sachkapazitäten und Arbeitskräften. Das Produktionspotential wurde ausgeschöpft. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten war kaum niedriger als 1969, dem Jahr der bisherigen Höchstauslastung.

— Arbeitskräfte waren 1970 knapper denn je. Erst vom Sommer an zeigte sich auch am Arbeitsmarkt eine leichte Entspannung. Die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer konnte nochmals um mehr als eine halbe Million — fast ebensoviel wie im Vorjahr — erhöht werden. Dies wäre jedoch nicht möglich gewesen, hätten nicht abermals mehr ausländische Arbeitskräfte gewonnen werden können. Ihre Anzahl nahm seit Herbst 1969 um 440 000 auf fast zwei Millionen Beschäftigte zu.

— Der kräftige Lohnauftrieb, der im Herbst 1969 eingesetzt hatte, hielt — vom Arbeitskräftemangel begünstigt — unvermindert an. Bei verringerten Produktivitätszuwächsen stiegen die Lohnstückkosten rasch, während die Preiserhöhungsspielräume langsam kleiner wurden. Die Verteilungsrelationen verschoben sich 1970 deutlich zugunsten der Arbeitnehmer.

— Die Preise wurden auf breiter Front heraufgesetzt, wobei der Preisauftrieb von der Erzeugerstufe zunehmend auf die Verbraucherstufe übergriff. Im Oktober 1970 lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 4 vH höher als ein Jahr zuvor. Dazu hat vor allem die starke Verteuerung industriell erzeugter Verbrauchsgüter beigetragen, die das Ausmaß früherer Boomjahre bei weitem übertraf. Der Preisanstieg fiel nur deshalb nicht noch stärker aus, weil sich die Importpreise infolge der Aufwertung nicht erhöhten.

— Die außenwirtschaftlichen Überschüsse verringerten sich trotz der Aufwertung der D-Mark nur wenig. Der Außenbeitrag wird 1970 voraussichtlich mehr als 13 Mrd. DM betragen, nach 15,2 Mrd. DM im Vorjahr. Das sind rund 2 vH des Bruttosozialprodukts.

— Die langfristigen Kapitalexporte, die in den vorangegangenen Jahren stark zugenommen hatten, kamen 1970 mit dem Zinsanstieg im Inland fast zum Erliegen. Seit Jahresbeginn wurde zunehmend auch wieder kurzfristiges Kapital importiert. Erneut wirkten damit Devisenzuflüsse den monetären Restriktionen entgegen.

Die voraussichtliche Entwicklung

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1971 ergibt sich aus unserer Prognose folgendes Bild:

— Die konjunkturelle Entspannung wird sich weiter fortsetzen und dürfte im späteren Verlauf des Jahres in einen spürbaren Konjunkturabschwung münden.

— Kontraktive Tendenzen werden vor allem von der privaten Investitionsnachfrage und den Lagerdispositionen ausgehen. Unter dem Einfluß einer abgeschwächten Konjunktur in wichtigen Partnerländern wird sich auch der Anstieg der Ausfuhr weiter verlangsamen. Dagegen werden die Ausgaben des Staates beschleunigt, der private Verbrauch unvermindert kräftig steigen.

— Das reale Sozialprodukt wird weniger zunehmen als 1970, da die Nachfrage das Produktionspotential nicht mehr voll beansprucht. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird sinken, jedoch zunächst nicht stärker als erwünscht.

— Der Kostendruck wird anhalten. Der Preisanstieg dürfte sich dennoch abschwächen, merklich aber wohl erst in der zweiten Jahreshälfte.

ERSTES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

I. Die Weltkonjunktur 1970: Differenziertes Wachstum bei beschleunigtem Preisanstieg

1. Kennzeichnend für die Weltkonjunktur 1970 waren

— eine nur wenig abgeschwächte Hochkonjunktur in den meisten westeuropäischen Industrieländern (Ziffern 2 ff.) und in Japan (Ziffer 8),

— ein weiterhin geringes Wachstum in Großbritannien (Ziffer 7) sowie das Ende der leichten Rezession in den Vereinigten Staaten (Ziffern 9 ff.) und

— ein beschleunigter Preisanstieg in fast allen westlichen Ländern (Ziffer 14).

Fortdauer der Hochkonjunktur in Kontinentaleuropa

2. Die konjunkturellen Spannungen ließen im Jahre 1970 in den Ländern Kontinentaleuropas, mit denen die Bundesrepublik etwa drei Fünftel ihres Außenhandels abwickelt, wenig nach. Außer in Frankreich vermochten die Stabilisierungsmaßnahmen in keinem Land die Binnennachfrage spürbar zu dämpfen. Die Elastizität des Güterangebots war bei hoher Auslastung der Kapazitäten gering. Die konjunkturellen Auftriebskräfte verlagerten sich zunehmend auf die Inlandsnachfrage, vor allem — Frankreich ausgenommen — auf die Konsumausgaben. Der Preisanstieg setzte sich beschleunigt fort. War er bisher jedoch überwiegend nachfrageinduziert, so traten 1970 verstärkt kosteninduzierte Preisschübe hinzu. Trotz der Stabilisierungsbemühungen konnten die Gleichgewichtsstörungen nicht gemildert werden.

3. In Frankreich, unserem wichtigsten Handelspartner, zeitigten die nach der Franken-Abwertung im August 1969 ergriffenen finanz- und kreditpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen Erfolge. Die privaten Verbrauchsausgaben stiegen trotz kräftiger Lohnerhöhungen bisher nur langsam an. Auch von der öffentlichen Nachfrage dürften 1970 geringere expansive Wirkungen ausgegangen sein als im Vorjahr. Die wichtigste Konjunkturstütze war 1970 die sehr lebhafte Auslandsnachfrage, die auch entscheidend dazu beitrug, daß die hohe Investitionsgüternachfrage des Vorjahres 1970 anhielt. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1970 um etwa 6 vH höher sein als 1969 (Schaubild 1).

Auf die kräftigen Lohnerhöhungen in der Industrie, die weit über die Produktivitätsfortschritte hinausgingen, reagierten die Unternehmen mit Preissteigerungen. Da die Preiseffekte der Abwertung auch 1970 noch fortwirkten, wurde das Ziel, das sich die Regierung für die Preisentwicklung gesetzt hatte, nicht erreicht. Die Verbraucherpreise stiegen zwar nicht mehr so stark wie 1969; doch dürfte ihr Niveau 1970 noch einmal um 5,4 vH höher liegen als ein Jahr zuvor.

Der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts dagegen hat — erleichtert durch das Andauern des internationalen Inflationsklimas — 1970 beträchtliche Fortschritte gemacht. Seit der Franken-Abwertung im August 1969 nahmen die Ausfuhren erheblich schneller zu als die Einfuhren. Die Aufwertung der D-Mark im Oktober 1969 hat diese Tendenz verstärkt. Sie trug auch wesentlich zur Verbesserung der französischen Kapitalbilanz bei. Angesichts der günstigen Zahlungsbilanzsituation ist damit zu rechnen, daß der Restriktionskurs trotz der anhaltenden Preissteigerungen gänzlich aufgegeben wird, wenn sich die Beschäftigungslage weiter verschlechtert.

4. In Italien war das Konjunkturklima im Jahre 1970 vor allem von den seit Herbst 1969 andauernden sozialen Konflikten, die zu einem kräftigen Anstieg der Lohneinkommen führten, bestimmt.

Die privaten und öffentlichen Verbrauchsausgaben nahmen beschleunigt zu. Nachfragesog und Kostendruck bewirkten eine rasche Erhöhung der privaten Investitionsausgaben. Das heimische Angebot konnte jedoch infolge häufiger Streiks mit der Nachfrageexpansion nicht Schritt halten. Trotz der Produktionsausfälle nahm die Ausfuhr weiterhin zu, wenn auch deutlich weniger als 1969. Das reale Bruttosozialprodukt wächst 1970 stärker als im Vorjahr. Die hohe Zuwachsrate von voraussichtlich 6,5 vH ist allerdings unter anderem eine Folge des streikbedingt niedrigen Produktionsniveaus im vierten Vierteljahr 1969.

Der kräftige Anstieg der Lohnstückkosten und die erhebliche Verteuerung der eingeführten Vorprodukte veranlaßten die Unternehmen, ihre Preise stark heraufzusetzen, zumal der Nachfrageüberhang dies ohne weiteres zuließ. So lagen die Verbraucherpreise im August 1970 bereits um 4,6 vH höher als ein Jahr zuvor. Die sozialen Konflikte gefährden aber nicht nur den Geldwert, sondern auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Die Handelsbilanz, die im ersten Halbjahr 1969 noch ausgeglichen war, wies im gleichen Zeitraum 1970 infolge eines starken Importsogs bereits ein Defizit von 900 Mill. Dollar auf. Diese Passivierungstendenz dürfte sich im zweiten Halbjahr verstärken.

Aus diesen Gründen beschloß die neue italienische Regierung im August 1970 ein Stabilisierungsprogramm. Es sieht neben einer Drosselung der Inlands-

nachfrage, vor allem durch Steuererhöhungen, auch differenzierte Produktionsanreize zur Belebung des Angebots vor. Wesentliche Wirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung sind davon 1970 nicht mehr zu erwarten.

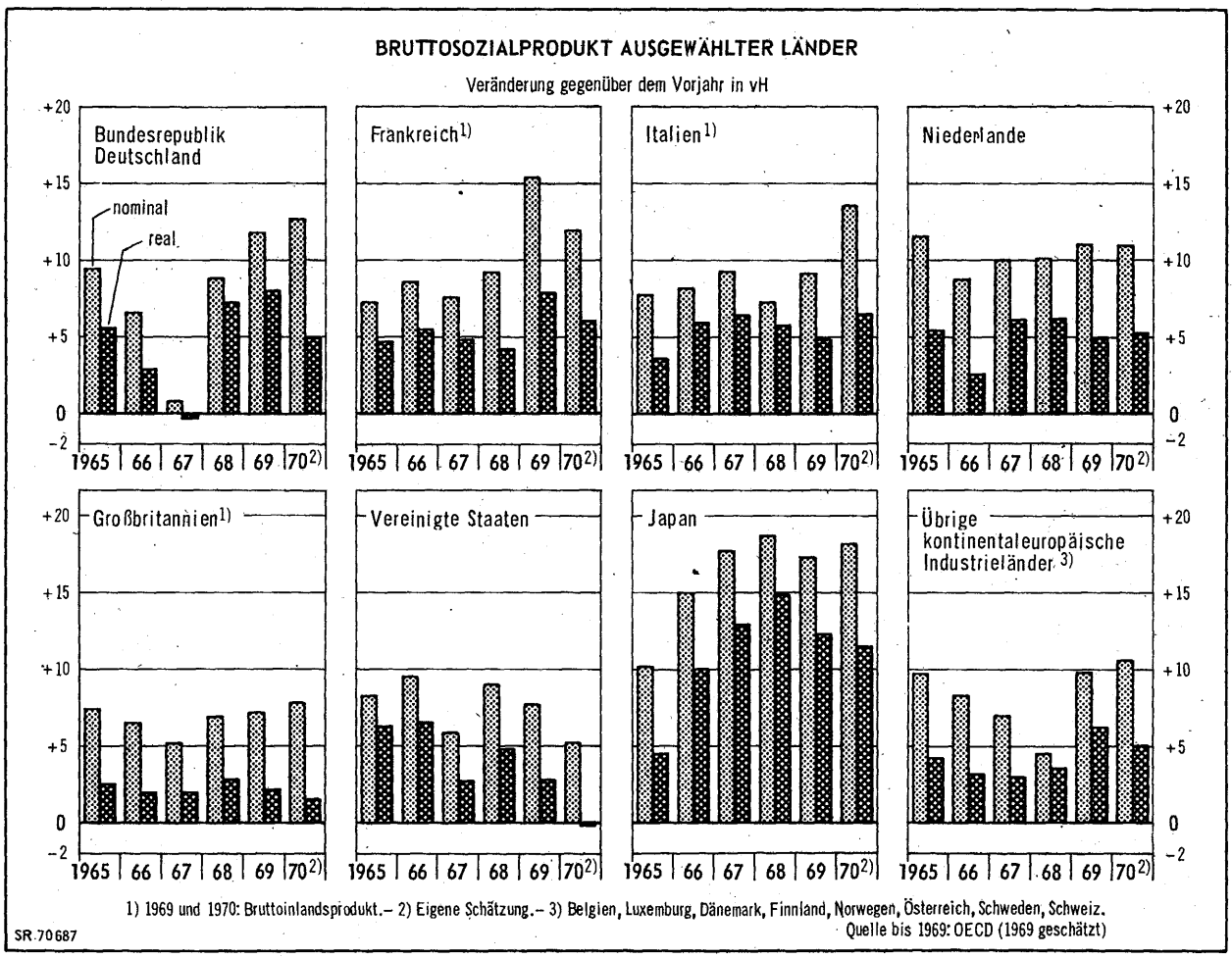
5. In den Niederlanden stand die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1970 — wie im Vorjahr — im Zeichen konjunkturpolitischer Stabilisierungsmaßnahmen. Die vor Jahresfrist erlassenen Kreditrestriktionen konnten die stürmische Expansion der Investitionsgüternachfrage nicht spürbar verringern. Deshalb sah sich die Regierung im Herbst 1970 zur Ankündigung weiterer Dämpfungsmaßnahmen veranlaßt; vor allem wird zum Jahresbeginn 1971 die Einkommen- und die Mehrwertsteuer erhöht werden.

Auf der Angebotsseite sind im Laufe des Jahres immer häufiger Engpässe entstanden. Die Produktionsausdehnung wurde — bei sehr hoher Kapazitätsauslastung im industriellen Bereich — 1970 zunehmend vom Arbeitskräftemangel begrenzt. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte 1970 ungefähr wieder ebenso hoch sein wie 1969 (5,0 vH).

Bei unverminderter Nachfrageexpansion scheinen die Unternehmen, die nach den im Frühjahr 1969 verfügten Preiskontrollen nur Kostensteigerungen für gewisse Vorlieferungen auf die Preise überwälzen dürfen, die erlaubten Preiserhöhungsspielräume vollständig und rasch genutzt zu haben. Das Niveau der Verbraucherpreise wird im Durchschnitt des Jahres 1970 voraussichtlich um mindestens 4,3 vH höher liegen als 1969, in dem die Steigerung 7,5 vH betragen hatte.

Wegen der ungünstigen Entwicklung des Außenhandels wird die Bilanz der laufenden Rechnung 1970 vermutlich passiv abschließen. In den ersten acht Monaten 1970 wies die Handelsbilanz ein Dezifit von 920 Mill. Dollar auf, wobei sich seit Jahresbeginn das monatliche Defizit (saisonbereinigt) fast verdoppelt hat. Diese Passivierungstendenz dürfte vorerst anhalten, da die Auslandsnachfrage 1970 nur langsam zunimmt und sich der Importsog infolge der inländischen Verbraucherkonjunktur weiter verstärken wird.

Schaubild 1



6. In den übrigen kontinentaleuropäischen Industrieländern [1]) verlangsamte sich 1970 — bei zunehmender Verknappung der Produktionsfaktoren — die konjunkturelle Expansion. Die Verbraucherpreise stiegen dagegen beschleunigt an. Die Stabilisierungspolitik, die in den meisten dieser Länder schon im Vorjahr verfolgt worden war, wurde daher — Belgien ausgenommen — 1970 beibehalten, vereinzelt sogar verschärft. Die Nachfrage verlagerte sich stärker vom Ausland auf das Inland: Infolge rasch steigender Lohneinkommen kam es mit Ausnahme von Dänemark und Finnland überall zu einer lebhaften Verbrauchskonjunktur. Auch die Investitionsgüternachfrage nahm in fast allen Ländern weiterhin kräftig zu. Dagegen stiegen die Ausfuhren 1970 weniger als im Vorjahr. Bei zunehmendem Importsog verstärkte sich vor allem in der Schweiz, in Schweden, Dänemark und Norwegen 1970 die Passivierungstendenz im Außenhandel; ihre Handelsbilanzdefizite haben sich spürbar vergrößert. Einen beträchtlichen Passivsaldo in der Devisenbilanz wird aber lediglich Dänemark ausweisen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte in diesen Ländern zusammen 1970 etwas weniger zunehmen als im Vorjahr.

Weiterhin geringes Wachstum in Großbritannien, andauernder Boom in Japan

7. In Großbritannien haben sich die optimistischen Erwartungen, die durch die verbesserte Zahlungsbilanzsituation und die Belebung der privaten industriellen Investitionen in der zweiten Jahreshälfte 1969 geweckt worden waren, 1970 nicht erfüllt: Das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts dürfte die niedrige Rate des Vorjahres (2,1 vH) sogar noch unterschreiten.

Im zweiten Vierteljahr 1970 wurden die monetären Restriktionen gelockert. Außerdem wurden durch steuerliche Maßnahmen die unteren Einkommensgruppen entlastet und industrielle Bauinvestitionen gefördert. Doch vermochten diese Maßnahmen die inländische Nachfrage bisher nicht nachhaltig anzuregen. Die Zunahme der Inlandsnachfrage, insbesondere für Verbrauchsgüter, reichte allenfalls aus, die Abschwächung der ausländischen Nachfrage zu kompensieren. Da der Produktivitätszuwachs nach wie vor gering ist, dürften die hohen Lohnzugeständnisse zum beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise (gegenüber dem Vorjahr etwa 6 vH) wesentlich beigetragen haben. Daß von dem im Oktober 1970 beschlossenen Konjunkturprogramm der neuen britischen Regierung bis zum Ende des Jahres noch expansive Wirkungen ausgehen werden, ist nicht zu erwarten.

Im Außenhandel setzte die Scherenbewegung von Exporten und Importen 1970 wieder ein: Seit dem zweiten Vierteljahr schließt die Handelsbilanz erneut mit einem Defizit ab. Die Exporte werden 1970 voraussichtlich weniger zunehmen als im Vorjahr (12,5 vH), hauptsächlich als Folge des konjunkturellen Rückschlags in den Vereinigten Staaten, dem Hauptabnehmer britischer Ausfuhrgüter. Die Zunahme der Importe dagegen wird — nicht zuletzt wegen der leichten Belebung der Inlandsnachfrage — 1970 fast doppelt so hoch sein wie im Vorjahr (1969: 4,8 vH). Insgesamt dürfte 1970 die Bilanz der laufenden Rechnung, die im Vorjahr erstmals seit 1966 wieder einen Überschuß ausgewiesen hatte, bestenfalls ausgeglichen abschließen.

8. Die Wirtschaft Japans, Deutschlands wichtigstem Handelspartner in Asien, befand sich 1970 im fünften Jahr einer ungebrochenen Expansion mit hohen Wachstumsraten. Der Lohn- und Preisauftrieb beschleunigte sich seit dem Frühjahr 1969 stark; das Verbraucherpreisniveau lag im Durchschnitt des Zeitraums April 1969 bis März 1970 (Fiskaljahr 1969) um 6,4 vH höher als ein Jahr zuvor. Damit wurde die bislang als tolerierbar geltende Jahresrate von 5 vH beträchtlich überschritten. Die Regierung sah sich — erstmals seit Kriegsende aus binnenwirtschaftlichen Gründen — zu einem Restriktionskurs gezwungen. Seit September 1969 verschärfte die Zentralbank die quantitativen Kreditkontrollen für die Großbanken; seit April 1970 gilt ein höherer Körperschaftsteuersatz. Bis zum Herbst 1970 verminderte sich die Kreditgewährung spürbar. Nachdem der Auftrieb der Verbraucherpreise etwas nachließ, wurde der Restriktionskurs im vierten Vierteljahr 1970 teilweise wieder gelockert, da man eine zu starke Abkühlung des Wachstumsklimas befürchtete.

Obgleich die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft auch 1970 noch hoch war, dürften die privaten Investitionsausgaben unter dem Einfluß der verschlechterten Liquiditätslage der Großunternehmen in diesem Jahr weniger steigen als 1969. Die privaten Verbrauchsausgaben erreichen 1970 allenfalls die Zuwachsrate des Vorjahres, obwohl das verfügbare Arbeitnehmereinkommen beschleunigt ansteigt. Die Nachfrage nach japanischen Ausfuhrgütern nahm 1970 zwar nicht mehr so rasch zu wie 1969; die Ausfuhren lagen jedoch um fast 20 vH höher als vor einem Jahr. Im ganzen ist für 1970 mit einem etwas geringeren Wachstum des realen Bruttosozialprodukts als im Vorjahr zu rechnen, jedoch noch immer mit mehr als 10 vH (1969: 12,3 vH).

Das konjunkturpolitische Dilemma der Vereinigten Staaten

9. Das volle Ausmaß des amerikanischen Konjunktureinbruchs im zweiten Halbjahr 1969 zeigte sich erst im Frühjahr 1970. Nachdem die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts unter dem Einfluß der restriktiven Konjunkturpolitik seit Anfang 1968 fast ständig gefallen war, ging das Sozialprodukt vom vierten Vierteljahr 1969 an sogar absolut zurück, ohne daß sich der starke Preisauftrieb, der die rezessive Entwicklung begleitet hatte, abschwächte.

Neben einer leicht anregenden Geld- und Kreditpolitik verhinderten vor allem zunehmend expansive Bundesausgaben seit dem zweiten Vierteljahr 1970, daß sich der Rückgang des realen Brutto-

[1]) Belgien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz.

sozialprodukts weiter fortsetzte; im dritten Vierteljahr nahm es wieder leicht zu. Bei überwiegend pessimistischen Gewinnerwartungen und niedriger Kapazitätsauslastung blieb jedoch die Investitionsbereitschaft der Industrie zunächst noch gering. Auch die Konsumenten hielten sich — wohl vor allem wegen der Unsicherheit über den künftigen Konjunkturverlauf — mit Käufen zurück.

Die Nachfrage hat somit nicht ausgereicht, das Angebot nachhaltig anzuregen. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit — die Arbeitslosenquote stieg saisonbereinigt von 3,9 vH im Januar auf 5,6 vH im Oktober — stagnierte die Industrieproduktion bis Herbst 1970. Das reale Sozialprodukt dürfte 1970 kaum größer ausfallen als 1969, auch wenn der seit dem Frühsommer zu verzeichnende Lageraufbau anhalten und die Verbrauchskonjunktur sich noch beleben sollte.

Im Außenhandel vergrößerte sich der Überschuß (Januar bis August 1970: 2,7 Mrd. Dollar), da die Einfuhr — rezessionsbedingt — langsamer zunahm als die Ausfuhr. Dennoch betrug das Zahlungsbilanzdefizit (official settlements basis) infolge der hohen Kapitalexporte bereits im ersten Halbjahr 1970 4,5 Mrd. Dollar, das sind rund 2 Mrd. Dollar mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Für das gesamte Jahr 1970 dürfte mit einem Fehlbetrag von etwa 7 Mrd. Dollar zu rechnen sein.

10. Die Konjunkturpolitik in den Vereinigten Staaten befindet sich in einem Dilemma. Einerseits müßte wegen der anhaltend hohen Inflationsrate — das Verbraucherpreisniveau lag im dritten Vierteljahr 1970 um knapp 6 vH höher als ein Jahr zuvor — die Restriktionspolitik aufrechterhalten oder sogar verschärft werden; andererseits wäre angesichts des Nachfrage- und Produktionsrückgangs in vielen Branchen und der akuten Unterbeschäftigung eine Expansionspolitik angebracht. Die Gleichzeitigkeit inflationärer und rezessiver Tendenzen kennzeichnet einen Zielkonflikt, der mit allgemeinen konjunkturpolitischen Maßnahmen nach aller Erfahrung kurzfristig nicht zu lösen ist.

11. Mit dem Umbruch der amerikanischen Konjunktur im dritten Vierteljahr 1969 endete eine fünfjährige Expansionsphase, in der die monetäre Nachfrage insgesamt jährlich im Durchschnitt doppelt so schnell, die Staatsausgaben allein bis Ende 1968 sogar dreimal so schnell stiegen wie die Produktionskapazität im Trend (4 vH). Die anhaltende Übernachfrage schlug sich in einem beschleunigten Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts nieder; das Preisniveau lag 1965 um 2 vH, 1966 und 1967 um 3 vH, 1968 um 4 vH und 1969 um 5 vH höher als jeweils ein Jahr zuvor.

Die Konjunkturpolitik stützte sich von 1965 bis zum Frühjahr 1969 bei der Dämpfung der Übernachfrage — von der Einführung eines Einkommensteuerzuschlages im Juni 1968 abgesehen — hauptsächlich auf die Geldpolitik der Notenbank, und zwar vor allem auf die Beeinflussung der kurzfristigen Zinssätze. Gleichzeitig versuchte die Notenbank, einen Anstieg des langfristigen Zinsniveaus zu verhindern, damit das günstige Investitions- und Wachstumsklima erhalten blieb.

Um nicht durch eine zu scharfe Liquiditätsanspannung die Konjunktur übermäßig abzukühlen, schlug der Federal Reserve Board immer dann wieder eine Politik des leichten Geldes ein, wenn erste Anzeichen einer unerwünschten Versteifung der Kreditmärkte sichtbar wurden. Auf diese Weise verhinderte er, daß die monetären Restriktionen die Kreditnachfrage der Investoren nachhaltig verringerten. Mit der Zeit wurde es für das Federal Reserve System jedoch immer schwieriger, die Bankenliquidität und das Finanzierungsangebot zu kontrollieren, da die Banken inzwischen über erhebliche Zentralbankgeldreserven verfügten.

Diese Politik eines monetären Stop and Go, die einseitig zinsorientiert war, mußte auf die Dauer wirkungslos bleiben. Bei den Investoren hatte sich das Wachstumsvertrauen zunehmend verfestigt, insbesondere weil die wirtschaftspolitischen Instanzen seit Anfang der sechziger Jahre keinen starken Rückgang der Kapazitätsauslastung zugelassen hatten. Die durch die ungehemmte Ausdehnung der öffentlichen und privaten Nachfrage genährten inflationären Erwartungen führten unter diesen Umständen zu einer exzessiven Investitionsbereitschaft, die schließlich auf Zinserhöhungen nicht mehr ansprach. Trotz der restriktiven Geld- und Kreditpolitik vom Jahresbeginn 1967 bis zum Frühjahr 1969 nahm insgesamt die Kreditexpansion beschleunigt zu; der Auftrieb des gesamten Zinsniveaus verschärfte sich.

12. Der Regierungswechsel Anfang 1969 brachte eine Wende von einer kurzfristigen, zinsorientierten zu einer längerfristigen, potentialorientierten Geldpolitik. Seit dem ersten Vierteljahr 1969 dehnt sich die Geldmenge erheblich langsamer aus als vordem. Außerdem wurden die Bundesausgaben drastisch gekürzt. Zugleich zielt man bewußt auf eine stärkere sektorale Differenzierung der Konjunkturpolitik. Auf diese Weise hofft die Regierung, sowohl die Inflation wirksam bekämpfen als auch die Wachstumsverluste in engen Grenzen halten zu können. Es war zu erwarten, daß sich Erfolge auch dieser neuen Politik erst mit Verzögerung einstellen würden: Die Investitionsplanungen der Unternehmen wurden bis zum Frühjahr 1970 nur wenig nach unten revidiert. Auch nahm die Beschäftigung bis Ende 1969 noch zu; der starke Lohnanstieg setzte sich fort. Da zugleich die Produktivität abnahm, kam es zu einem starken Kostendruck, den die Unternehmen in den Preisen weitergaben, obwohl der Absatz bereits stagnierte. Da außerdem die Verteuerung der Lebenshaltung eine zunehmende Rolle in den Lohnforderungen der Gewerkschaften spielte, waren 1970 alle Voraussetzungen für eine nachfolgende Preis-Lohn-Spirale gegeben.

13. Die amerikanischen Erfahrungen scheinen zu zeigen, daß während anhaltend starker Preissteigerungen in zunehmendem Maße die Neigung entsteht, Inflationserwartungen in die wirtschaftlichen Dispositionen einzubeziehen, und um so vollständi-

ger in Preise, Löhne und Zinsen einzurechnen, je länger der Preisauftrieb dauert. Jedenfalls blieben die preisdämpfenden Wirkungen des Restriktionskurses bisher gering, wohingegen die Beschäftigung seit Anfang 1970 beträchtlich zurückgeht. Um der Selbstverstärkung des Kontraktionsprozesses zu begegnen, steuert die Geldpolitik seither wieder einen Kurs leichter, wenn auch gezügelter Expansion, ohne aber die Konjunkturbremsen allzusehr zu lockern. Das Produktionspotential soll dieser Politik zufolge noch bis 1972 nicht voll beansprucht werden, damit sich das Preisklima nachhaltig abkühlen kann. Für den Stabilisierungserfolg kommt alles darauf an, daß es gelingt, die verfestigten Inflationserwartungen in einer Zeit hoher Geldentwertungsraten mit relativ schwachen Mitteln abzubauen.

International beschleunigtes Inflationstempo

14. In den meisten Ländern der westlichen Welt ist die Inflationsrate 1970 nochmals kräftig gestiegen (Schaubild 2). Erhöhten sich die Verbraucherpreise im Durchschnitt der 13 wichtigsten Industrieländer von 1958 bis 1965 im Jahresmittel um 2,1 vH, so betrug ihr jährlicher Anstieg von 1965 bis 1970 — bei verringerter Streuung — schätzungsweise 4,1 vH (Schaubild 3) [1]; die Preise lagen im Durchschnitt dieser Länder

1968 um 4,0 vH,

1969 um 4,9 vH und

1970 schätzungsweise um 5,6 vH

höher als im Vorjahr. Relativ gering waren die Preissteigerungen 1970 nur noch in Kanada (3,4 vH), das sich durch eine scharfe Restriktionspolitik von der inflationären Entwicklung in den Vereinigten

[1] Unabhängig davon, welches der Jahre 1964 bis 1967 als Zäsur angenommen wird, ergibt sich eine Beschleunigung des Preisanstiegs im zweiten Abschnitt des Zeitraums 1958 bis 1970. Das Jahr 1965 wurde gewählt, weil sich seither der Preisanstieg in den Vereinigten Staaten, die unter diesen Ländern das größte Gewicht haben, beschleunigte.

Schaubild 2

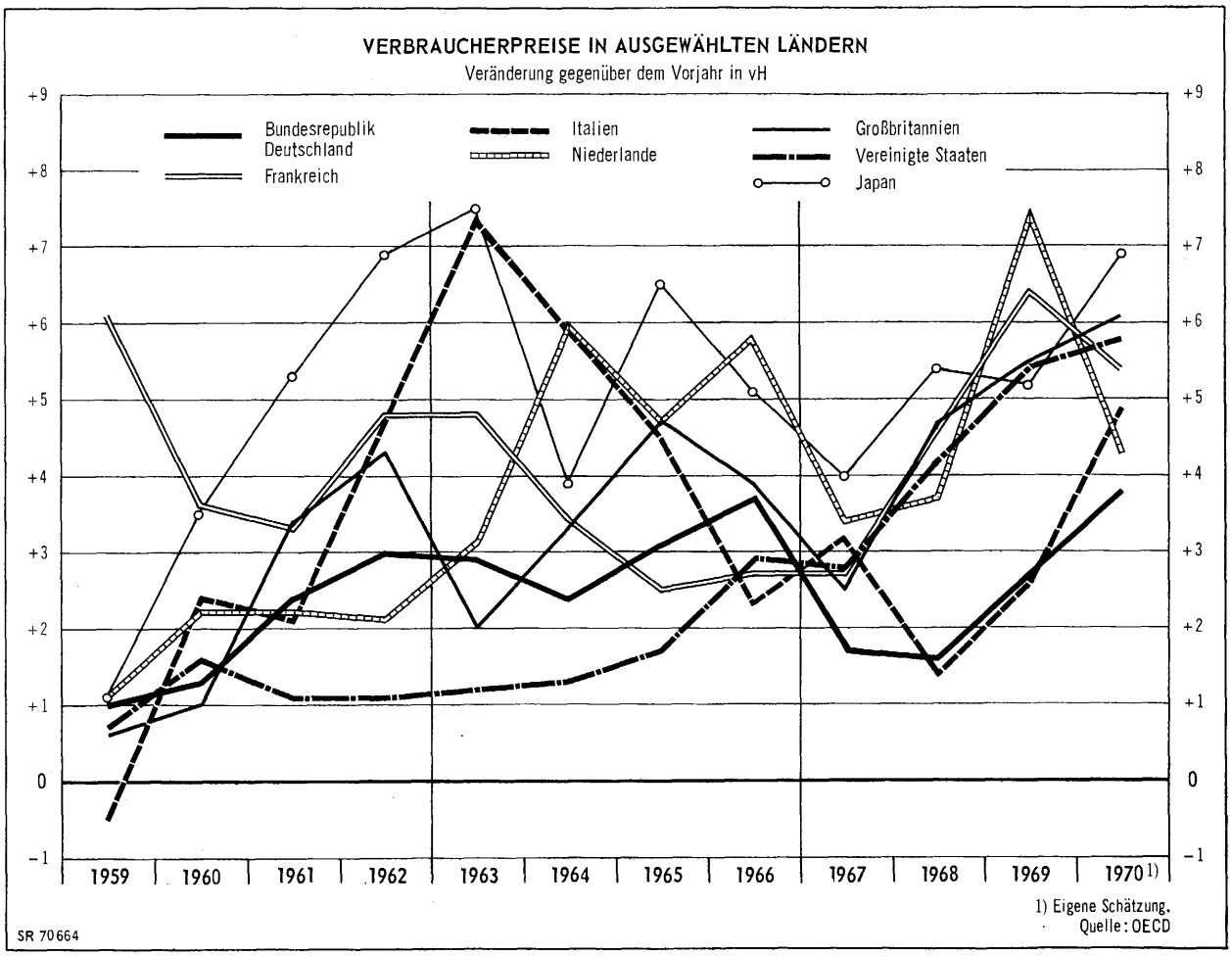
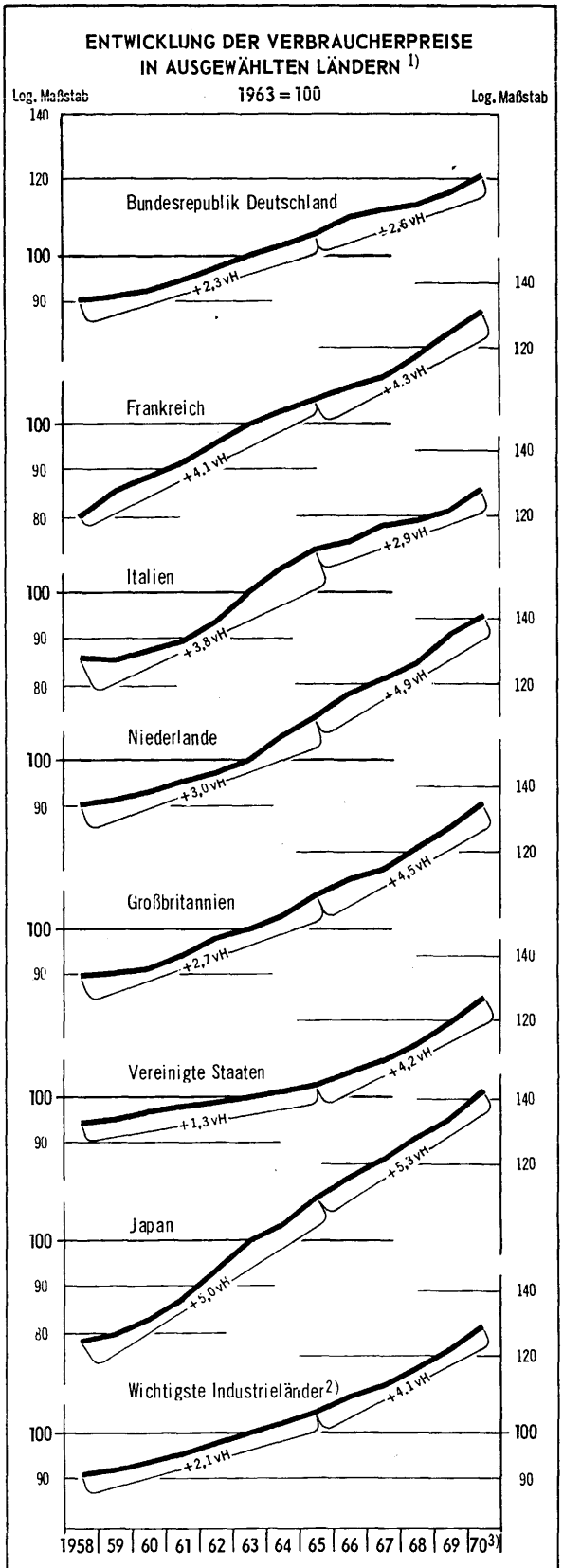


Schaubild 3



1) Die genannten Prozentsätze stellen die Jahresraten der Preissteigerungen in den betreffenden Zeiträumen dar (1965 bis 1970 eigene Schätzung). – 2) Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Dänemark Österreich, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten, Japan (zusammengewogen mit den Anteilen am gesamten nominalen Bruttosozialprodukt dieser Länder im Jahre 1966). – 3) Eigene Schätzung.

Quelle: OECD

SR 70665

Staaten weitgehend lösen konnte. Außerdem gab Kanada am 1. Juni 1970 den Wechselkurs frei.

Die Beschleunigung des Preisauftriebs veranlaßte eine Reihe von Ländern, die Inflationsbekämpfung in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu rücken. Die dabei gewählten Maßnahmen vermochten 1970 den Kaufkraftverfall nur wenig einzudämmen, da sich diese Länder dem Inflationstrend in einer fast weltweiten Hochkonjunktur und bei direktem Verbund über die Außenhandelsmärkte nicht durch eine binnenwirtschaftliche Stabilitätspolitik entziehen konnten. Außerdem sahen sich die Regierungen alsbald vor den Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gestellt. Der Restriktionskurs wurde entweder gemildert, wenn nicht gar abgebrochen, bevor eine deutliche Abschwächung der Inflationsrate erreicht war, oder die Regierungen nahmen Zuflucht zu einem Preisstopp, ohne die Konflikte lösen zu können.

Andere Länder sahen keinen Anlaß, ihrer Zahlungsbilanzsituation wegen restriktiv zu werden und zu versuchen, ihre internationale Wettbewerbsposition durch eine Dämpfung des inländischen Preisauftriebs zu festigen. Selbst von den Ländern mit konjunkturell schwacher Nachfrage wie Großbritannien und den Vereinigten Staaten gingen keine den internationalen Preisauftrieb dämpfenden Wirkungen aus, da sich auch dort der Anstieg des Preisniveaus — lohnkosteninduziert — fortsetzte.

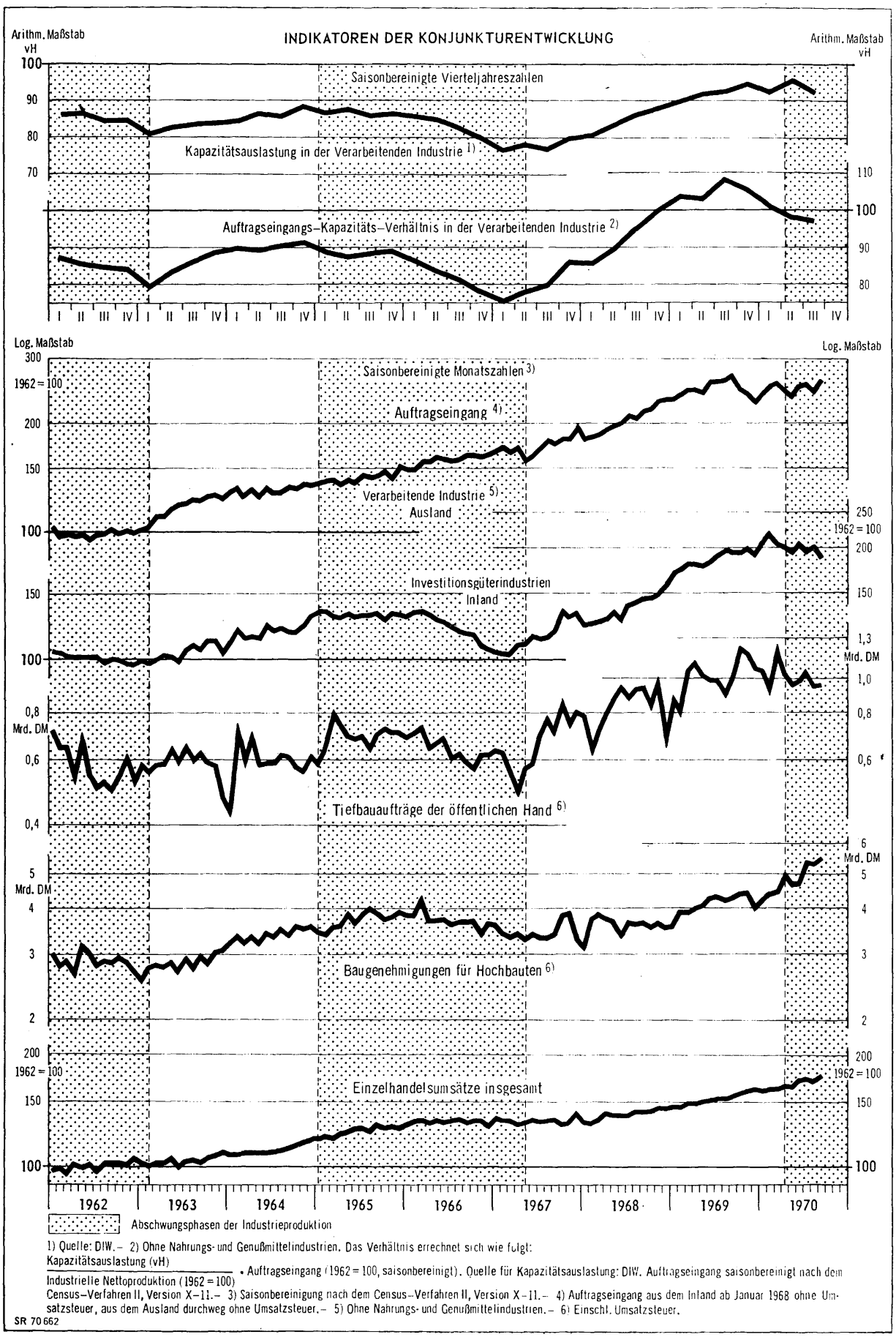
II. Konjunktur im Umbruch

15. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1970 im konjunkturellen Umbruch. Der Boom, der die Phasen der Hochkonjunktur in den beiden vorangegangenen Zyklen nicht nur der Intensität, sondern auch der Dauer nach deutlich übertroffen hat, hat seinen Höhepunkt überschritten; die Spannungen an den Güter- und Faktormärkten haben jedoch bisher nur langsam nachgelassen (Schaubild 4).

Die Industrieproduktion stagniert seit dem Frühjahr 1970 und zeigt damit die konjunkturelle Wende an. In der Nachfrageentwicklung sind Abschwächungstendenzen unverkennbar (Schaubild 5). Obwohl Preissteigerungen den Umfang der Bestellungen überzeichnen, ist die reale Nachfrage jedoch immer noch so hoch, daß es zu einem spürbaren Abbau der Auftragsbestände bislang nicht gekommen ist. Ihre Reichweite in der Industrie ist gegenwärtig nur wenig niedriger als vor einem Jahr und noch immer höher als im Hochkonjunkturjahr 1965.

16. Expansive Nachfrageimpulse gingen seit der Aufwertung der D-Mark im Oktober 1969 vorwiegend vom Inland aus. Zu den treibenden Kräften gehörten bis zum Frühjahr 1970 die inländischen Aufträge für Ausrüstungsgüter (Ziffern 22 ff.). Die Konsumnachfrage (Ziffern 29 ff.), die im Aufschwung hinter der Entwicklung der Gesamtnachfrage zurückgeblieben war, erwies sich im Jahre 1970 zunehmend als expansives Element. Die Baunachfrage (Ziffer 25)

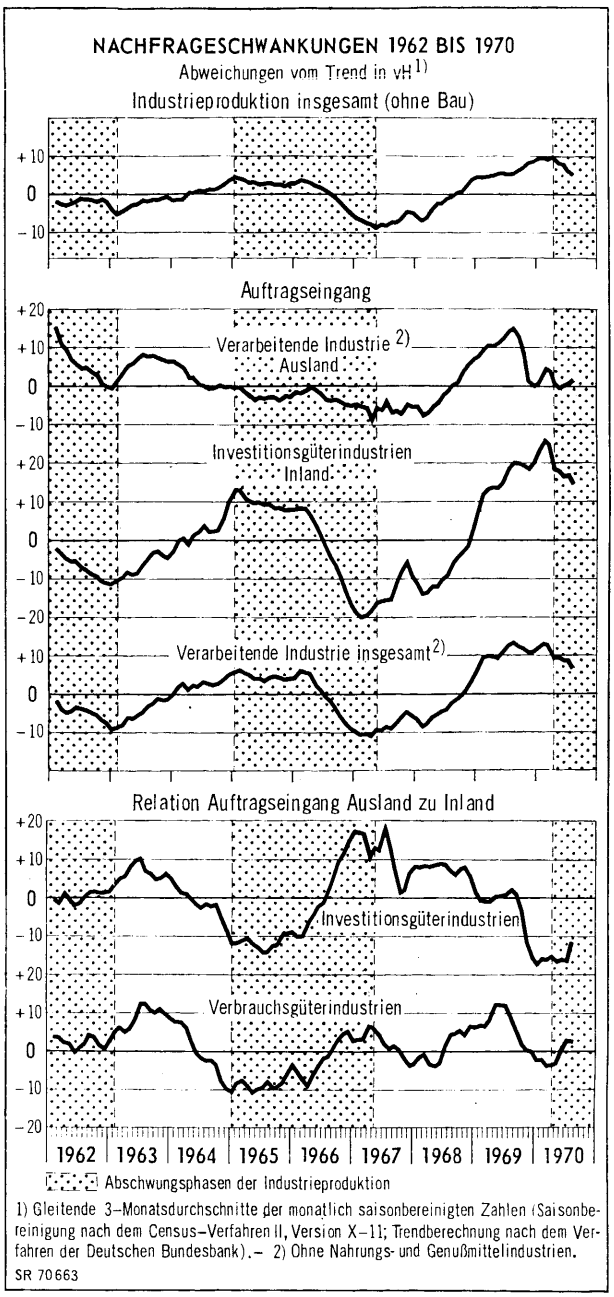
Schaubild 4



1) Quelle: DIW.– 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Das Verhältnis errechnet sich wie folgt:
$\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1962 = 100)}}$ • Auftragseingang (1962 = 100, saisonbereinigt). Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. Auftragseingang saisonbereinigt nach dem Census–Verfahren II, Version X–11.– 3) Saisonbereinigung nach dem Census–Verfahren II, Version X–11.– 4) Auftragseingang aus dem Inland ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, aus dem Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.– 5) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.– 6) Einschl. Umsatzsteuer.

SR 70 662

Schaubild 5



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der monatlich saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank). – 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

SR 70663

dagegen gehörte nicht mehr zu den konjunkturellen Auftriebskräften. Gleiches gilt für die Auslandsnachfrage (Ziffern 19 ff.), wenn sich auch die Aufwertung weniger stark auswirkte, als zur Entlastung des heimischen Produktionspotentials erforderlich gewesen wäre. Der Lageraufbau war geringer als im Vorjahr (Ziffern 26 ff.).

17. Das Produktionspotential wurde bis weit in das Jahr 1970 hinein voll ausgeschöpft (Ziffer 37). Die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie, die den Höchststand des Jahres 1960 im vierten Vierteljahr 1969 erstmals überschritten hatte, blieb weiterhin sehr hoch. Die Unternehmen mußten ihren Arbeitskräftebedarf, mehr noch als 1969 durch ausländische Arbeitskräfte zu decken suchen (Ziffern 41 ff.). Seit dem Sommer 1970 haben sich die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt jedoch nicht weiter verschärft (Ziffer 41).

18. Der Lohnanstieg, der während des Aufschwungs länger als in den beiden vorherigen Zyklen hinter dem Produktivitätszuwachs zurückgeblieben war, übertraf diesen 1970 erheblich (Ziffern 48 ff.). Der außerordentliche Preisauftrieb hielt weiter an (Ziffern 58 ff.). Die Preiswelle, die im Frühjahr 1969 von der industriellen Erzeugerstufe ausgegangen war, setzte sich fort und erfaßte mehr und mehr auch die Verbrauchsgütermärkte. Bestimmte anfangs vor allem der Nachfragesog die Preisbewegung, so wurde sie vom Herbst 1969 an zunehmend vom Kostendruck getragen.

Gedämpfte Auslandsnachfrage

19. Der Nachfragesog aus dem Ausland hat sich seit der Aufwertung deutlich vermindert. Die Abschwächung fiel indes geringer aus, als es angesichts der überhitzten Binnenkonjunktur erwünscht sein mußte. Die Paritätsänderung war schon weitgehend in den Dispositionen der Unternehmen vorweggenommen; ihre Wirkung wurde zudem durch den Wegfall der steuerlichen Absicherungsmaßnahmen geschmälert.

20. Im Anschluß an die Änderung des Wechselkurses war es, zum Teil wohl als Reaktion auf den durch Aufwertungserwartungen beschleunigten Anstieg im dritten Vierteljahr 1969, zu einem spürbaren Rückgang der Auslandsnachfrage gekommen. Zu Beginn des Jahres 1970 belebten sich dann die Auftragseingänge vorübergehend wieder; danach nahmen sie jedoch nicht mehr zu.

Dies dürfte nicht nur eine Folge der Aufwertung sein. Dämpfende Einflüsse auf die Auslandsnachfrage sind außer von den langen Lieferfristen wohl auch von der starken Verteuerung deutscher Waren ausgegangen. Die Dollar-Preise heimischer Ausfuhrgüter lagen im September 1970 um fast 13 vH höher als vor einem Jahr. Die deutschen Exporteure haben damit nicht nur die Aufwertung, sondern auch einen Großteil ihrer Kostensteigerungen an die ausländischen Abnehmer weitergegeben. Dies hat ihre Wettbewerbsposition trotz des fortdauernden Preisanstiegs im Ausland geschwächt (Ziffer 128).

21. Die Auslandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien erreichten 1970 nicht mehr das vorjährige Niveau, das allerdings außerordentlich hoch war. Der Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien dagegen übertraf (saisonbereinigt) vom Juni 1970 an wieder den Höchststand des Vorjahres. Bestimmend für diese Verlagerung der Nachfrage war wohl vor allem die verstärkte Verbrauchskonjunktur im Ausland. Hinzu kam, daß die Investitionsgüterhersteller ihre Preise wesentlich stärker erhöhten als die Hersteller von Verbrauchsgütern (Ziffer 129). Außerdem dürften die besonders langen Lieferfristen für Investitionsgüter ausländi-

sche Unternehmer von Bestellungen bei inländischen Produzenten abgehalten haben.

Nachlassende Investitionsneigung

22. Unter den inländischen Nachfragekomponenten spiegelt die Investitionsgüternachfrage der Unternehmen die konjunkturelle Wende am deutlichsten wider. Hatte die Unsicherheit über die Aufwertungswirkungen Ende 1969 zu einer zögernden Haltung der Investoren geführt, so brachte das erste Vierteljahr 1970 den Investitionsgüterherstellern nochmals einen beträchtlichen Auftragsschub. Damit wurde gleichzeitig der Höhepunkt des Nachfragebooms erreicht; im Frühjahr begann der Auftragseingang sich abzuschwächen. Zwar lagen die Bestellungen dem Werte nach noch über dem Vorjahresniveau, doch drückt sich darin zu einem erheblichen Teil die ungewöhnliche Verteuerung von Investitionsgütern aus (Ziffer 59); im dritten Vierteljahr 1970 war das Auftragsvolumen sogar kleiner als vor Jahresfrist. Die seit März 1970 verschärfte Restriktionspolitik der Bundesbank sowie die Aussetzung der degressiven Abschreibung vom Juli 1970 werden dazu beigetragen haben.

23. In einer Konjunkturphase wie der gegenwärtigen muß stets damit gerechnet werden, daß sich Stockungen in einzelnen Bereichen rasch auf andere übertragen und damit einen kumulativen Abschwungsprozeß auslösen. Daß ein solcher Prozeß schon eingeleitet sei, daß sich also das Absinken der unternehmerischen Investitionsneigung bereits selbst verstärkt, dafür gibt es allerdings noch keine Anzeichen.

Aufmerksamkeit verdient immerhin, daß sich vor allem die Inlandsbestellungen von Maschinen und elektrotechnischen Ausrüstungen, die erfahrungsgemäß besonders konjunkturreagibel sind, seit dem Frühjahr 1970 merklich abgeschwächt haben. Auch ist der Nacherhebung zum Ifo-Investitionstest (September 1970) zu entnehmen, daß bereits mehr Unternehmen ihre Investitionspläne nach unten als nach oben revidieren.

Gegen ein sehr rasches Absinken der Investitionsneigung und gegen die Gefahr kumulativer Abschwungstendenzen spricht jedoch, daß dem Ifo-Investitionstest zufolge auch 1970 die Kapazitätserweiterung Hauptziel der unternehmerischen Investitionspläne blieb, wenngleich nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr. Rationalisierungen waren trotz des Arbeitskräftemangels und der erheblichen Kostensteigerungen immer noch das an zweiter Stelle genannte Investitionsmotiv.

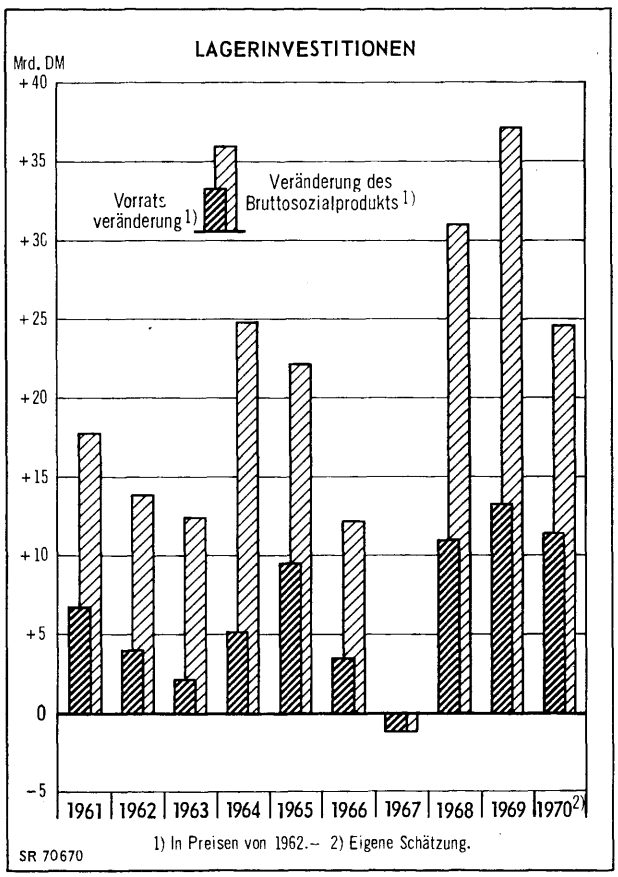
24. Angebotsengpässe bestimmten vor allem noch das Bild in den Investitionsgüterindustrien. Obwohl die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ihren Höhepunkt überschritten hatte, kamen die Lieferungen bis in den Sommer 1970 hinein den Bestellungen nicht nach, so daß sich bis dahin die ohnehin schon sehr großen Auftragsbestände weiter erhöhten. Erst danach gingen sie etwas zurück. Im Herbst 1970 erlaubten die unerledigten Aufträge den Investitionsgüterindustrien noch immer eine Vollauslastung der Kapazitäten für einen Zeitraum von 5½ Monaten. Das ist mehr als in der Hochkonjunktur 1964/65 und kaum weniger als im Jahre 1961. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß Aufträge storniert werden können. Eine Dämpfung der Produktionstätigkeit kann auch schneller eintreten, als von der Auftragslage zu erwarten ist, da bei sinkenden Auftragseingängen die Kapazitätsauslastung oft schon zurückgenommen wird, bevor sich die Auftragsbestände normalisiert haben.

25. Mit der Nachfrage nach Ausrüstungen hat auch die Nachfrage nach Bauten ihren konjunkturellen Höhepunkt überschritten. Schon vom Frühjahr 1970 an mehrten sich die Klagen der Bauunternehmen über mangelnde Anschlußaufträge, obwohl auch in der Bauwirtschaft — wohl hauptsächlich infolge von witterungsbedingten Produktionsausfällen während der Wintermonate — die Auftragsbestände bis zum Frühsommer 1970 weiter zunahmen (Ziffern 67 ff.).

Verringerte Vorratsbildung

26. Von den Lagerinvestitionen sind 1970 entgegen den Erwartungen, die man im Herbst 1969 hegen konnte, keine expansiven Impulse mehr auf die Inlandskonjunktur ausgegangen. Der hohe Lager-

Schaubild 6



aufbau des Vorjahres (13,5 Mrd. DM) wird nicht erreicht werden. Im laufenden Jahr dürfte die Vorratsbildung den Wert von 12 Mrd. DM kaum überschreiten.

27. Zu einem ungeplanten Aufbau von Lagerbeständen, wie er im vorangegangenen Zyklus schon bald nach dem konjunkturellen Höhepunkt als Folge zu optimistischer Absatzerwartungen der Unternehmen festzustellen war, scheint es bisher — von einzelnen Bereichen abgesehen — nicht gekommen zu sein. Offenbar haben die Erfahrungen der Jahre 1965 und 1966 Industrie und Handel diesmal in ihren Lagerdispositionen zurückhaltender gestimmt (Schaubild 6).

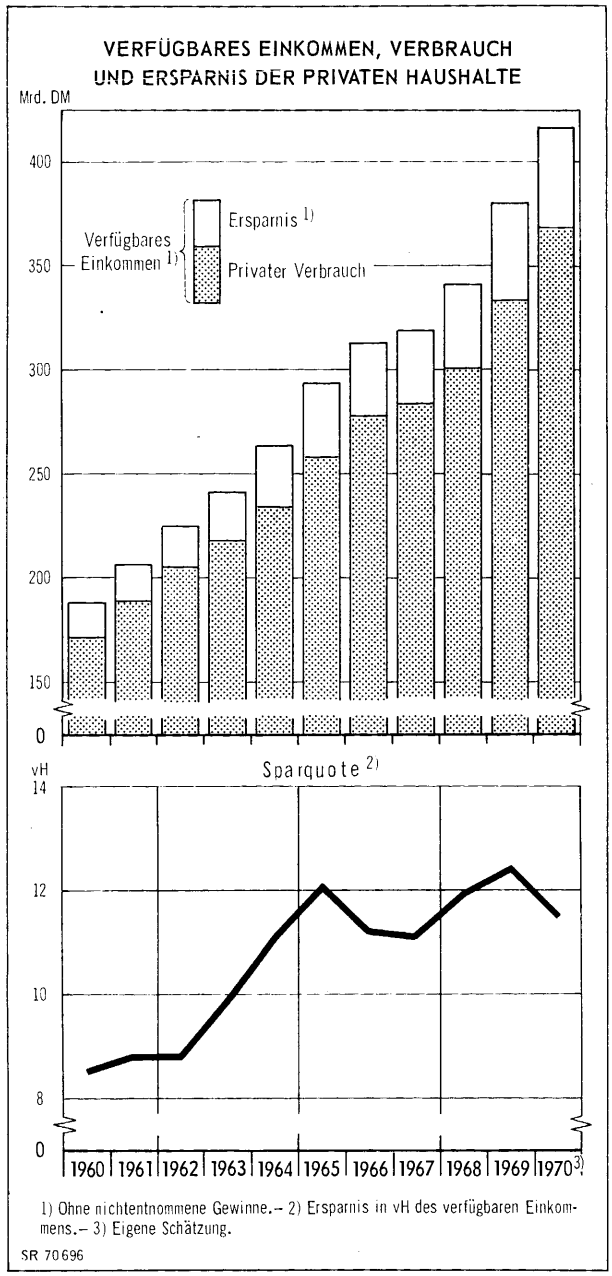
28. Konnten die Unternehmen noch im Jahre 1969 wegen Produktionsengpässen die Vorräte nicht im gewünschten Umfang erhöhen, so kam es bereits gegen Ende des Jahres 1969 — dem Ifo-Konjunkturtest zufolge — zu einer Wende in der Lagerbeurteilung der Industrie: Die Zahl der Firmen, die über zu kleine Läger berichteten, hat seither ständig abgenommen. Seit Sommer 1970 werden in der Industrie die Lagerbestände sogar überwiegend wieder als zu groß angesehen, doch dürfte dies weniger auf ungünstigere Absatzerwartungen zurückzuführen sein, als vielmehr auf den Anstieg des Zinsniveaus. Erfahrungsgemäß reagiert die Vorratsveränderung besonders empfindlich auf Zinssteigerungen. Knapp sind die Fertigwarenvorräte noch immer in den Investitionsgüterindustrien; allerdings nahm auch hier die Zahl der Meldungen über zu geringe Vorräte im Laufe des Jahres ab. In den Verbrauchsgüterindustrien haben die bereits im letzten Jahr überwiegenden Meldungen zu großer Läger angehalten. Auch im Handel wurden die Vorräte als überhöht bezeichnet. Insbesondere im Großhandel, der im Vorjahr seine Bestände weitgehend als normal beurteilt hatte, berichtete 1970 die Mehrheit der Firmen über zu große Warenlager.

Verstärkte Verbrauchskonjunktur

29. Die private Verbrauchsnachfrage, die — wie stets im Aufschwung als Folge des Lohn-Lags — hinter der Ausweitung der Gesamtnachfrage zurückgeblieben war, hat 1970 als expansives Element zunehmend Gewicht erlangt. Zwar stiegen auch in diesem Jahre die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte noch immer langsamer als die Ausgaben der Unternehmen für Ausrüstungen und Bauten. Berücksichtigt man aber die jeweiligen Preissteigerungen, so hat sich der Anteil des privaten Verbrauchs an der Gesamtnachfrage 1970 wieder leicht erhöht.

30. Die privaten Verbrauchsausgaben nahmen 1970 nicht nur beschleunigt zu, sie stiegen auch schneller als das verfügbare Einkommen. Zumindest ein Teil der privaten Haushalte hat also die Konsumausgaben zu Lasten der Ersparnisbildung [1]) ausgedehnt. Im ersten Halbjahr 1970 war die laufende Ersparnis um 2,2 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Schaubild 7



1) Ohne nichtentnommene Gewinne.– 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.– 3) Eigene Schätzung.

SR 70696

Die Sparquote, der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, wird 1970 den hohen Wert der beiden vorangegangenen Jahre nicht mehr erreichen (Schaubild 7).

Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß die Sparneigung der einzelnen Haushalte abgenommen hat. Steigen nämlich, wie 1970, die unteren Einkommen überdurchschnittlich, und haben die Bezieher solcher Einkommen eine niedrigere Sparneigung als die privaten Haushalte insgesamt, so geht die Sparquote schon wegen der Änderung der Einkommensstruktur zurück (JG 69 Ziffer 88). Zum Teil reflektiert ein Schwanken der Sparquote lediglich Verschiebungen in den Anlageformen der Ersparnisse:

[1]) Verfügbares Einkommen und Ersparnis, jeweils ohne nichtentnommene Gewinne.

Im Jahre 1970 wurden Spargelder verstärkt auf Festgeldkonten angelegt, die bei der statistischen Erfassung der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte unberücksichtigt bleiben. Dennoch hat es den Anschein, daß auch optimistische Einkommenserwartungen und die Furcht vor einem weiteren Geldwertschwund die Sparneigung beeinträchtigt und die Ausgabenneigung gefördert haben.

31. Neben der Nachfrage nach Dienstleistungen haben insbesondere die Käufe langlebiger Konsumgüter, die erfahrungsgemäß besonders konjunkturempfindlich sind, weiter kräftig zugenommen. Gemessen an den Einzelhandelsumsätzen waren 1970 vor allem Güter des Wohnbedarfs sowie Elektrogeräte und optische Erzeugnisse stark gefragt. Auch die Käufe von Kraftfahrzeugen nahmen nochmals erheblich zu, wenngleich die extrem hohe Steigerungsrate des Vorjahres, die zum Teil noch aus einem rezessionsbedingten Nachholbedarf resultierte, nicht mehr erreicht wurde.

32. Im inländischen Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien fand die Expansion der Konsumnachfrage bislang keinen Niederschlag. Statistische Abgrenzungen sind hierfür ein wesentlicher Erklärungsgrund. Denn die Hersteller gerade jener Güter, auf die 1970 ein Großteil der Mehrnachfrage entfiel, werden nicht den Verbrauchsgüter-, sondern den Investitionsgüterindustrien zugerechnet. Hinzu kommt, daß die Bestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien die Nachfrage der privaten Haushalte nur zum Teil und dabei nur indirekt über die Nachfrage der Händler widerspiegeln. Offenbar aber hat der Handel, vor allem bedingt durch die Kreditverteuerungen, mit Neubestellungen lange Zeit zurückgehalten, um zunächst einmal seine Läger zu reduzieren. So überrascht es nicht, daß die Inlandsbestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien noch im Herbst 1970 (saisonbereinigt) nicht höher waren als Ende 1969.

Noch hohe Auslastung des Produktionspotentials

33. Obwohl die Nachfrage an Intensität zu verlieren begann, blieb die Ausweitung des inländischen Güterangebots bei fortdauernder Arbeitskräfteknappheit bis weit in das Jahr 1970 hinein durch das Wachstum des Produktionspotentials begrenzt. Während das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1969 gegenüber dem Vorjahr um 8,0 vH zugenommen hatte, beträgt der Zuwachs im Jahre 1970 nur noch etwas über 5 vH. Das entspricht der durchschnittlichen Angebotsausdehnung der Jahre 1961 und 1965, in denen der jeweilige konjunkturelle Höhepunkt überschritten wurde.

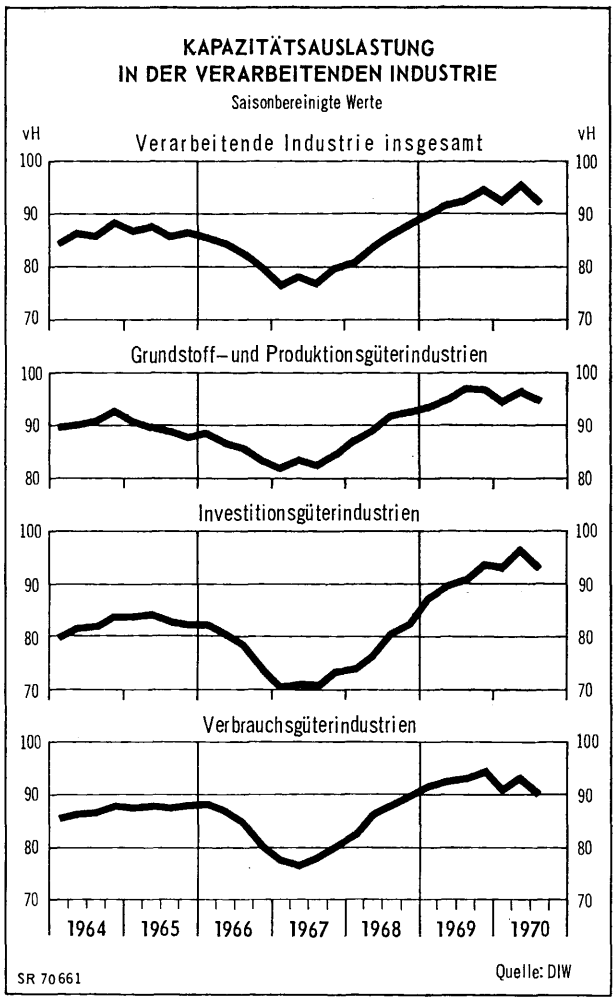
34. Die Industrieproduktion stagniert seit dem Frühjahr 1970. Dennoch lag sie in den ersten neun Monaten dieses Jahres um rund 7 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der bis in den Sommer 1970 hinein anhaltende Mangel an Sachkapazitäten und Arbeitskräften verhinderte in den Investitionsgüterindustrien, daß die hohen Zuwachsraten der Jahre 1968 und 1969 nochmals erreicht wurden, obwohl es an Nachfrage, wie der hohe Bestand unerledigter Aufträge anzeigte, nicht fehlte (Ziffer 24). Auch in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dürften Friktionen auf den Faktormärkten der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß die Erzeugung (saisonbereinigt) auf dem Ende 1969 erreichten Niveau nahezu stagnierte. In den Verbrauchsgüterindustrien war die Fertigung kaum mehr durch unzureichende Kapazitätsreserven bestimmt. Nachdem hier die Produktion bereits um die Jahreswende ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging sie im weiteren Verlauf des Jahres 1970 leicht zurück.

In der Bauindustrie dürfte die Produktion 1970 kaum stärker zunehmen als im Vorjahr (1969 gegenüber 1968: 4,7 vH). Zwar hat sich die Bautätigkeit im zweiten Vierteljahr 1970 mehr als saisonüblich belebt; jedoch wird diese erhöhte Bauleistung vermutlich nicht ausreichen, die Ausfälle des Winters 1969/70 auszugleichen.

35. Ebenso wie die Produktion erreichte die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie im

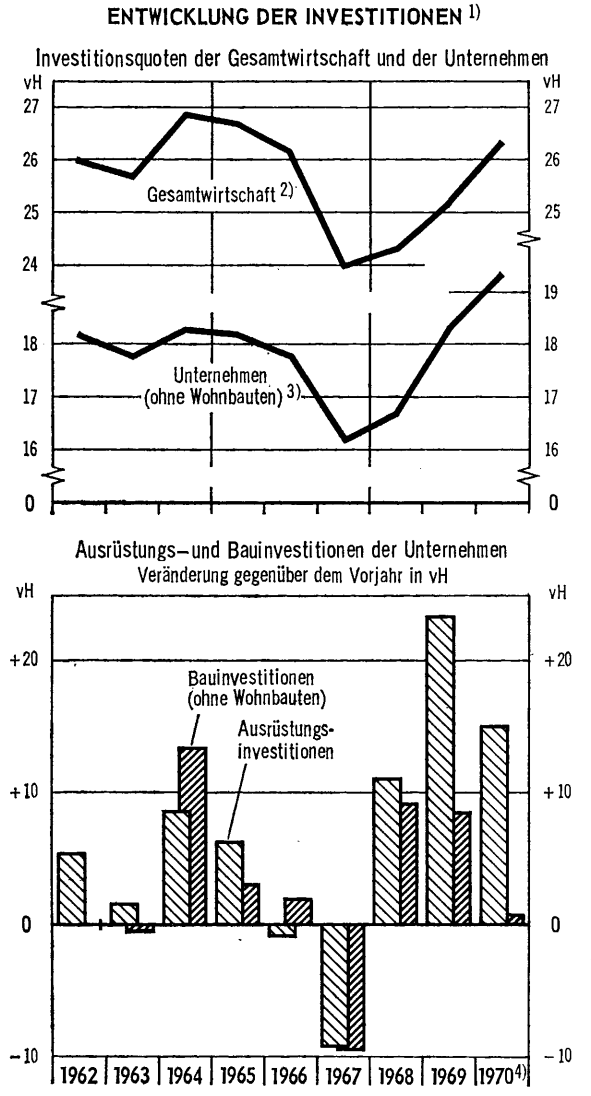
Schaubild 8



zweiten Vierteljahr 1970 ihren Höhepunkt. Obwohl sie seither eine rückläufige Tendenz zeigt, werden die Sachkapazitäten aller Industriebereiche im Herbst 1970 immer noch wesentlich stärker genutzt als im Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus (Schaubild 8). Im Jahresdurchschnitt 1970 dürfte die Auslastung der Sachkapazitäten etwa ebenso hoch sein wie im Vorjahr.

36. Der extrem hohe Auslastungsgrad der industriellen Sachkapazitäten, der diesen Boom kennzeichnete, war die Folge nicht nur der überaus starken Nachfrageexpansion, sondern auch des Einbruchs in der Investitionstätigkeit während der vorangegangenen Rezession. Damals hatten die Unternehmen ihre Investitionen so stark reduziert, daß sich ihre Kapazitäten im Aufschwung schon sehr bald als unzureichend erwiesen; die Investitionsquote war 1967 im Unternehmensbereich ebenso wie in der Gesamtwirtschaft wesentlich niedriger als im konjunkturellen Tiefpunkt des Jahres 1963 (Schaubild 9).

Schaubild 9



1) In Preisen von 1962.– 2) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Bruttoinlandsprodukts.– 3) Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnbauten) in vH des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt (ohne Wohnungsvermietung).– 4) Eigene Schätzung.

SR 70679

Zum Ausgleich für die Ausfälle während der Rezession und um ein frühzeitiges Auftreten von Kapazitätsengpässen zu vermeiden, hätten die Investitionen im Aufschwung zunächst erheblich stärker zunehmen müssen als die übrigen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dies geschah jedoch zunächst nicht. Im Jahre 1968 lagen die Investitionen erst wieder etwa auf dem Niveau des Abschwungsjahres 1966. Bereits im Sommer 1968 überschritt der Auslastungsgrad in der verarbeitenden Industrie die Höchstauslastung des vorangegangenen Zyklus. Besonders nachhaltig wirkte offenbar der „Rezessionsschock" auf die Investitionsneigung der Investitionsgüterhersteller selbst. Der Schätzung des DIW zufolge blieb hier die Ausweitung der Kapazitäten 1968, aber auch noch 1969 erheblich hinter der Kapazitätsausweitung in den übrigen Bereichen der verarbeitenden Industrie zurück. Die Investitionsgüterindustrien konnten daher die Produktion entsprechend dem großen Investitionsbedarf aller Wirtschaftsbereiche nur dadurch ausweiten, daß sie ihre Kapazitäten seit Beginn des Jahres 1969 wesentlich stärker auslasteten als in früheren Boomphasen.

37. Die ungewöhnlich starke Beanspruchung der industriellen Sachanlagen fand ihren Niederschlag im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Im Sommer 1969 war das Potential wieder ebenso stark ausgelastet wie im Jahresdurchschnitt 1960; dies galt bis dahin als maximaler Auslastungsgrad. In der Folgezeit erzwang der Nachfragesog bis weit in das Jahr 1970 eine noch stärkere Nutzung der Sachkapazitäten; ohne äußerste Beanspruchung des Arbeitskräftepotentials wäre dies wohl nicht möglich gewesen.

38. Die ungewöhnliche Auslastung des Potentials ließ bis gegen Ende des zweiten Vierteljahres eine weitere Steigerung des inländischen Angebots nur noch in dem Maße zu, wie neue Sachkapazitäten geschaffen und das Arbeitsvolumen ausgedehnt werden konnten. Seither hat sich das Wachstum des Sozialprodukts vom Wachstum des Produktionspotentials gelöst; die Auslastung war jedoch immer noch höher als in früheren Hochkonjunkturphasen (Schaubild 10).

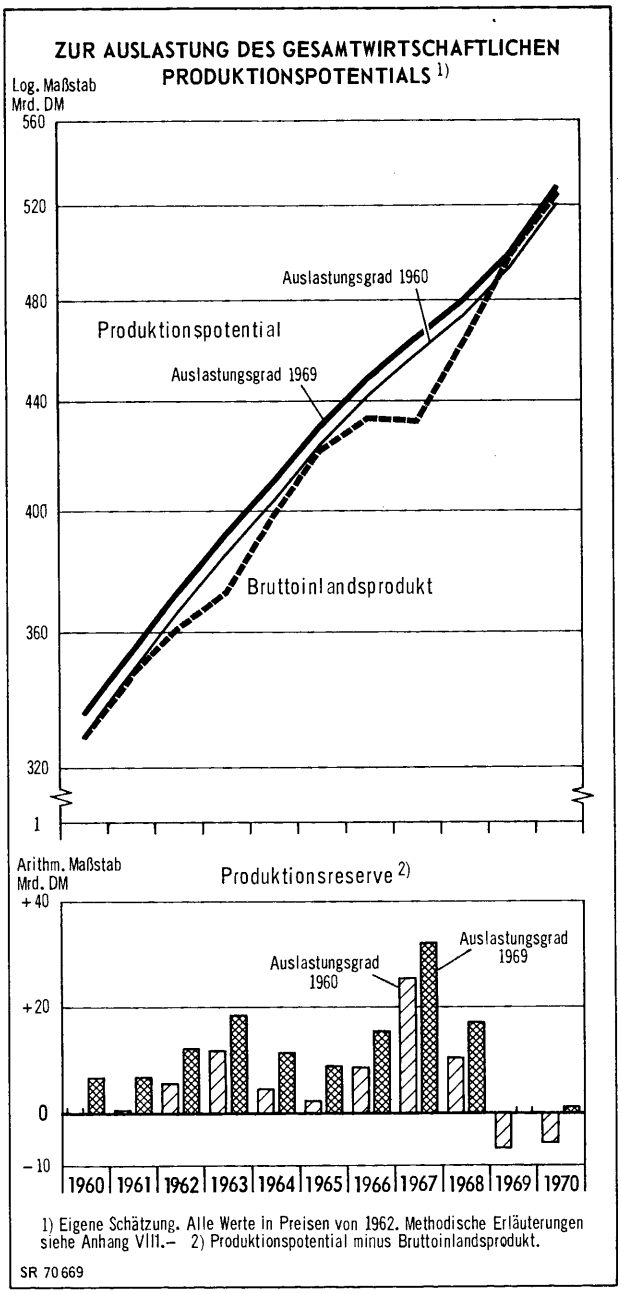
Ausgehend von

— dem hohen Volumen der Anlageinvestitionen im laufenden Jahr,

— einer Fortsetzung der in den Jahren 1968 und 1969 beobachteten Abschwächung im trendmäßigen Rückgang der Kapitalproduktivität (JG 69 Ziffer 54) [1],

[1] Zur Berechnung des Trends der Kapitalproduktivität mußte der Sachverständigenrat in diesem Jahre eigene Schätzungen vornehmen. Damit man allenthalben bei Potentialprojektionen von den gleichen Informationen ausgehen kann, hält es der Sachverständigenrat für wünschenswert, daß künftig eine Anlagevermögensrechnung vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird (Anhang VI).

Schaubild 10



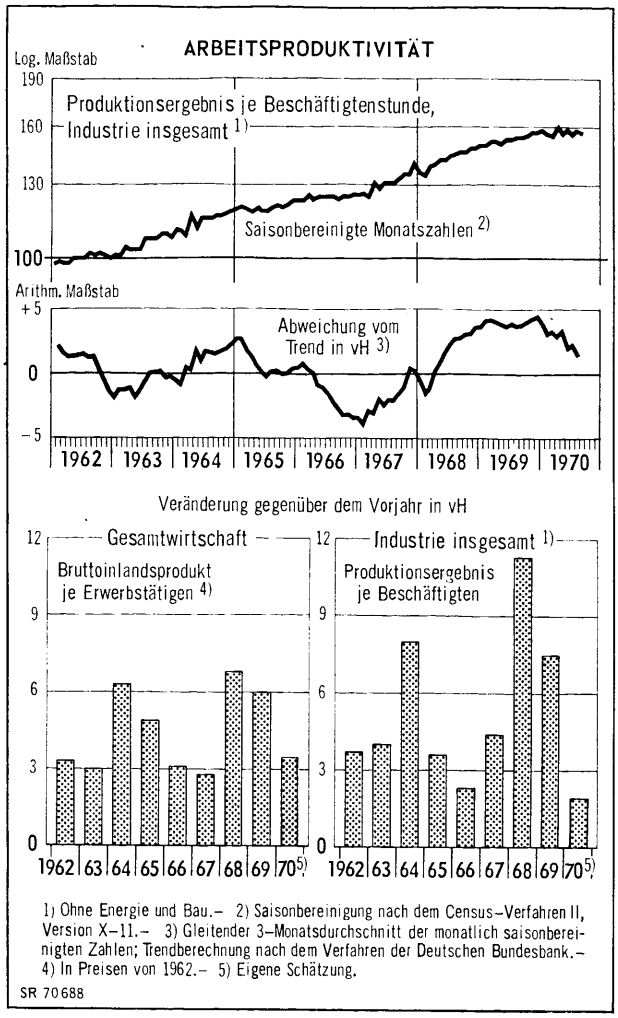
schätzen wir für das Jahr 1970 eine Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von ungefähr 5½ vH [1]). Da wir annehmen, daß das reale Bruttoinlandsprodukt fast ebenso stark wächst wie das Produktionspotential, dürfte die hohe Anspannung der gesamtwirtschaftlichen Sachkapazitäten, die im Jahre 1969 eingesetzt hat, auch im Jahresdurchschnitt 1970 erhalten bleiben.

[1]) Im Jahresgutachten 1969/70 (Ziffer 40) legten wir in unserer Status-quo-Prognose für das Potentialwachstum die Annahme zugrunde, daß die Entwicklung der Kapitalproduktivität auch im Jahre 1970 dem bisherigen längerfristigen Trend folgen würde. Da sich die Kapitalproduktivität in diesem Jahre allem Anschein nach erneut nur wenig verringerte, konnte das Produktionspotential um etwa einen halben Prozentpunkt stärker wachsen, als wir ursprünglich angenommen hatten. Nach den Erfahrungen aus den vergangenen beiden Jahren zu urteilen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Kapitalproduktivität einem neuen Trend folgen und in den nächsten Jahren nur noch etwa halb so stark abnehmen wird wie in der Periode von 1960 bis 1968.

39. *Der Sachverständigenrat hat sich im Jahresgutachten 1968/69 (Anhang IV) mit Problemen der Kapazitätsauslastung befaßt. Damals hatten wir dargelegt: „Für empirische Untersuchungen empfiehlt sich ein Kapazitätsbegriff, der sich zwar an den des Ingenieurs anlehnt, der aber gleichzeitig soziale Faktoren wie die begrenzte Bereitschaft zu Schichtarbeit und den Drang zur Verkürzung der Jahresarbeitszeit nicht vernachlässigt. Die Produktionskapazität wäre demnach diejenige Produktion, die beim Einsatz aller vorhandenen Produktionsanlagen unter normalen Arbeitsbedingungen erreicht werden kann."*

Spätestens im Herbst 1969 wurde deutlich, daß mit zunehmender Hektik im Produktionsablauf die gesamtwirtschaftliche Expansion wesentlich von der Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte bestimmt wurde. Die ungewöhnlich hohe Inanspruchnahme der Sachkapazitäten mußte mit einer ungewöhnlich starken Beanspruchung der Arbeitskräfte einhergehen. Unter diesen Umständen ist der Auslastungsgrad des Jahres 1969 als überoptimal anzusehen. Die im Schaubild 10 ausgewiesenen Produktionsreserven sind also überhöht; sie hätten nur unter ähnlicher Anspannung des Arbeitskräftepotentials ausgeschöpft werden können wie im Jahre 1969.

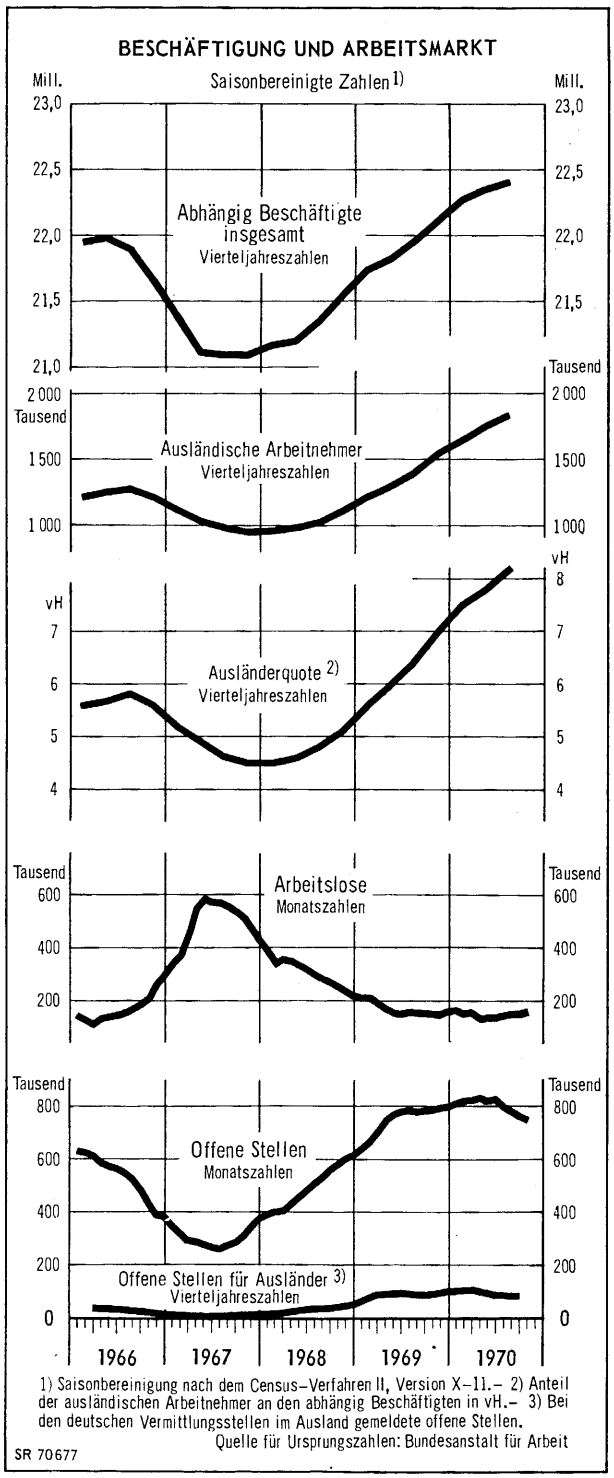
Schaubild 11



40. Entsprechend der Überbeanspruchung der Ressourcen, insbesondere der Arbeitskräfte, schwächte sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität im Jahre 1970 weiter ab (Schaubild 11).

In der Industrie lag die Arbeitsproduktivität im ersten Halbjahr 1970 (saisonbereinigt) nur noch um 1,6 vH höher als in der zweiten Jahreshälfte 1969. Vom zweiten zum dritten Vierteljahr 1970 hat sie sogar geringfügig abgenommen.

Schaubild 12



Leergefegter Arbeitsmarkt

41. Die konjunkturellen Spannungen haben dem Arbeitsmarkt 1970 die letzten Reserven abverlangt. Noch in keiner Konjunkturphase der Nachkriegszeit war das Mißverhältnis zwischen verfügbaren und angeforderten Arbeitskräften so groß und die Anzahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer so hoch wie in diesem Jahre. Zwar hat seit Sommer 1970 — früher als saisonüblich — die Anzahl der Arbeitslosen zugenommen und die der offenen Stellen leicht abgenommen, doch hat sich diese Entwicklung seither nicht weiter verstärkt. Bei einer Arbeitslosenquote von 0,5 vH Ende Oktober 1970 und einer weiter steigenden Ausländerbeschäftigung kann noch nicht von einer nachhaltigen Entspannung am Arbeitsmarkt gesprochen werden (Schaubild 12).

42. Die hohe Auslastung des Produktionspotentials hätte bei wachsenden Sachkapazitäten nicht so lange angehalten, wäre es 1970 nicht gelungen, die Anzahl der Beschäftigten weiter zu erhöhen, und zwar um fast ebensoviel wie im Vorjahr. Der Höhepunkt der Beschäftigung des vorangegangenen Konjunkturzyklus (im zweiten Vierteljahr 1966) wurde bereits gegen Jahresende 1969 überschritten. Insgesamt erhöhte sich im Jahre 1970 die Anzahl der abhängig Beschäftigten um etwa 510 000 (Tabelle 1).

43. Diese Zunahme war nur möglich, weil 1970 noch mehr ausländische Arbeitskräfte angeworben

Tabelle 1

Quellen des Arbeitskräfteangebots

Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt in 1000

	1967	1968	1969	1970 [1]
Natürliche Bevölkerungsbewegung ..	− 34	− 30	− 32	− 30
Änderung der Erwerbsbeteiligung	−228	− 61	+ 21	− 40
Ausländische Arbeitnehmer	−230	+ 5	+347	+440
Erwerbspersonen [2] ..	−492	− 86	+336	+370
Arbeitslose	+298	−136	−144	− 30
Erwerbstätige	−790	+ 50	+480	+400
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	−100	−100	−110	−110
Abhängige	−690	+150	+590	+510

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Erwerbstätige + Arbeitslose.

werden konnten als im Boomjahr 1969. So ist seit Herbst 1969 die Anzahl der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte um mehr als 400 000 auf annähernd 2 Millionen gestiegen. Im Herbst 1970 war fast jeder zwölfte Arbeitsplatz in der westdeutschen Wirtschaft von einem ausländischen Arbeitnehmer besetzt (Schaubild 12). Trotz der leichten Lockerungstendenz auf dem Arbeitsmarkt seit Sommer 1970 hat sich die Nachfrage nach ausländischen Arbeitnehmern bis zum Herbst kaum abgeschwächt.

44. Das Angebot an heimischen Arbeitskräften nahm 1970 — anders als 1969 — sogar ab: Insgesamt schieden mehr Erwerbstätige aus dem Arbeitsprozeß aus, als sich die Anzahl der Arbeitslosen verminderte. Im Jahresdurchschnitt 1970 dürfte sie wieder annähernd so niedrig sein wie im Jahre 1965, in dem sie ihren bisherigen Tiefststand erreichte (147 000).

45. Der Arbeitskräftemangel wäre wohl noch schärfer hervorgetreten, wären 1970 nicht noch mehr Überstunden geleistet worden als im Vorjahr. Dabei wurden nach längerer Zeit erstmals wieder tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen wirksam. Weder die Ausdehnung der durchschnittlichen Arbeitszeit noch der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer reichte jedoch aus, den Arbeitskräftebedarf auch nur annähernd zu decken. Im Herbst 1970 entfielen auf einen Arbeitslosen im Durchschnitt noch immer sieben offene Stellen.

Anhaltende Entlastung durch Importe

46. Der Anteil der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen an der inländischen Güterversorgung, der seit 1968 besonders stark gestiegen war, hat sich 1970 nochmals beträchtlich erhöht. Insgesamt wurde im Jahre 1970 erstmals mehr als ein Viertel des inländischen Güterangebots von den Auslandsmärkten bereitgestellt. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich dieser Anteil mit der zunehmenden Integration der Märkte vergrößert, ist anzunehmen, daß der rasche Anstieg bis Mitte 1970 hauptsächlich konjunkturell bedingt war.

47. Die Wareneinfuhr, die mehr als drei Viertel der Importe ausmacht, lag in den ersten neun Monaten 1970 — von Preisänderungen bereinigt — um 14 vH höher als ein Jahr zuvor. Damit stieg das reale Angebot an Importgütern weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (18,9 vH), also vor der Aufwertung. Das liegt hauptsächlich daran, daß die Einfuhr von Vorprodukten, der größte Teil der Wareneinfuhr, bei stagnierender Industrieproduktion (saisonbereinigt) seit dem Frühjahr 1970 leicht zurückgeht. Die Einfuhr von Fertigwaren hat dagegen zunächst beschleunigt zugenommen, seit Mitte des Jahres steigt sie nicht mehr (Ziffer 133).

Verschärfter Kampf um die Einkommensverteilung

48. Die Einkommensentwicklung stand 1970 ganz im Zeichen des auslaufenden Booms. Die kräftige Lohnexpansion, die im Herbst 1969 begonnen hatte, setzte sich fort und erfaßte nach und nach alle Wirtschaftsbereiche (Ziffern 49 ff.). Die Unternehmen konnten durch Preiserhöhungen verhindern, daß ihre Gewinnmargen stark zurückgingen (Ziffer 53). Die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die nach dem ausgeprägten Lohn-Lag im Aufschwung auf eine Änderung der Einkommensverteilung gerichtet ist, erreichte, daß sich die Verteilung der Realeinkommen gegenüber dem Vorjahr zugunsten der Arbeitnehmer verschob. Durch den staatlichen Zugriff auf die Nominaleinkommen — in Form von direkten Steuern — wurde dieser Verteilungseffekt der Lohnpolitik abgeschwächt. So stiegen die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer langsamer, die der Selbständigen schneller als die jeweiligen Bruttoeinkommen (Ziffern 54 ff.). Die Sozialrenten blieben merklich hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück (Ziffer 57).

49. Für die Tariflöhne schien Anfang 1970 mit der Anhebung der Grundvergütung im öffentlichen Dienst um 8 vH eine neue Orientierungsgröße ge-

Schaubild 13

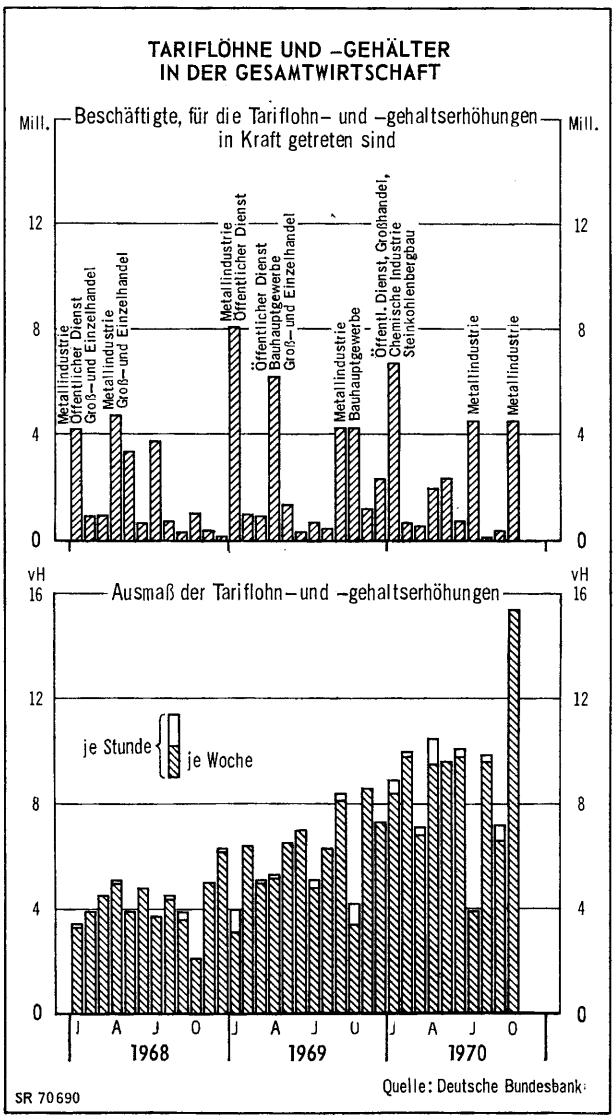


Tabelle 2

Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Monat		Zahl der Betroffenen	
1969			
September	Eisen- und Stahlindustrie	280 000	Vorgezogene Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Bayern und im Saarland; Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11 vH.
	Steinkohlenbergbau	255 000	Schichtlöhne und Gehälter werden vier Monate vor Ablauf des Tarifvertrages um durchschnittlich 10,8 vH heraufgesetzt. Zum 1. Januar 1970 werden u. a. vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen vereinbart.
November	Graphisches Gewerbe	180 000	Die IG Druck und Papier kündigt die Tarifverträge zum 31. Januar 1970 und fordert Lohnerhöhungen von 12 vH; außerdem soll über zusätzliche vermögenswirksame Leistungen verhandelt werden.
1970			
Januar	Krankenversicherung	12 200 000	Vom 1. Januar an erhalten Arbeiter — wie die Angestellten — bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit sechs Wochen lang das volle Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber.
	Alters- und Unfallrenten	9 500 000	Am 1. Januar 1970 werden die Altersrenten um 6,35 vH, die Unfallrenten um 6,1 vH erhöht. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird von 16 vH auf 17 vH heraufgesetzt.
	Konzertierte Aktion		Nach Meinung aller Beteiligten ist die geplante Erweiterung des 312-DM-Gesetzes auf 624 DM angezeigt, da sie die Möglichkeiten für tarifvertragliche Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen verbessert.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Anhebung der Grundvergütung um 8 vH, mindestens um 100 DM; zusätzlich vermögenswirksame Leistungen von monatlich 13 DM für die unteren Vergütungsgruppen. Verbesserung der Tarifstruktur, Erhöhung der Zuschläge. Der Tarifvertrag ist zum 31. Dezember 1970 kündbar.
	Graphisches Gewerbe	180 000	Die IG Druck und Papier lehnt den Schlichtungsvorschlag (Lohnerhöhungen um 8,3 vH und Strukturverbesserung von 1,2 vH) ab.
	Textil- und Bekleidungsindustrie	860 000	Die Tarifverträge werden teilweise zum 30. April 1970 gekündigt. Die Forderungen betragen insgesamt 10 vH. Die neuen Tarifverträge sollen jederzeit innerhalb einer Frist von zwei Monaten kündbar sein.
Februar	Graphisches Gewerbe	180 000	Nach einer Vereinbarung vor dem Obersten Schlichtungsamt werden ab 1. Februar 1970 Lohnerhöhungen von insgesamt 10,65 vH wirksam.
März	Bauhauptgewerbe	1 400 000	Die tariflichen Stundenlöhe werden zum 1. Mai 1970 um 7,5 vH erhöht; außerdem wird eine Bauausgleichszulage von 2,5 vH vereinbart.
	Chemische Industrie	650 000	Zu Beginn der Tarifverhandlungen fordert die IG Chemie Lohnerhöhungen von 14,6 vH, Gehaltserhöhungen von 12,5 vH, Übernahme der Hälfte des Krankenkassenbeitrags für nichtversicherungspflichtige Angestellte durch den Arbeitgeber. Erstmals werden Firmentarifverträge angestrebt.

noch Tabelle 2

Monat		Zahl der Betroffenen	
1970			
März	Textilindustrie	400 000	Lohnerhöhungen um durchschnittlich 12,5 vH zum 1. April 1970 (für Westfalen später).
	Metall-, Eisen- und Stahlindustrie	4 400 000	Die IG Metall fordert zusätzliche vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 312 DM jährlich.
	Konzertierte Aktion		Alle Beteiligten wollen die im Jahreswirtschaftsbericht 1970 vorgezeichneten Ziele mit den ihnen autonom zur Verfügung stehenden Mitteln weiterverfolgen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß es gefährlich wäre, wenn die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten bei ihren künftigen Dispositionen von der Erwartung fortgesetzter Preissteigerungen ausgingen.
April	Bekleidungsindustrie	380 000	Lohnerhöhungen von durchschnittlich 12,5 vH zum 1. Mai 1970 (in einigen Tarifbezirken vom 1. April 1970 an).
	Steinkohlenbergbau	250 000	Die IG Bergbau fordert Lohn- und Gehaltserhöhungen von 8,5 vH, die Tarifierung eines Weihnachtsgeldes sowie ab 1971 eine Erhöhung des tariflichen Urlaubsgeldes auf 300 DM.
Mai	Chemische Industrie	650 000	Nach gescheiterten Tarifverhandlungen wird ein Schlichtungsspruch in Rheinland-Pfalz angenommen, der vorsieht: rückwirkend ab 1. April 1970 Lohnerhöhungen um durchschnittlich 11 vH, eine Vorweganhebung der Tarife um 5 vH sowie ab 1. Oktober 1970 zusätzliche vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 26 DM monatlich. In Hessen und später in den übrigen Tarifbezirken werden diese Vereinbarungen im wesentlichen übernommen; nicht für alle Tarifbezirke werden vermögenswirksame Leistungen vereinbart.
	Orientierungsdaten		Die Eckwerte für die Einkommensentwicklung werden im Nachtrag zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 erheblich nach oben revidiert.
	Steinkohlenbergbau	250 000	Im Ruhr- und Saarbergbau werden zum 1. Juni 1970 die Tariflöhne und -gehälter um 7,75 vH heraufgesetzt.
	Metall-, Eisen- und Stahlindustrie	4 400 000	Vereinbarung über zusätzliche vermögenswirksame Leistungen in Höhe von jährlich 312 DM zum 1. Juli 1970.
Juni	Metallindustrie	4 200 000	Richtlinienbeschluß der IG Metall für die bevorstehenden Tarifverhandlungen: Angestrebt werden sollen — regionale Verhandlungsführung, — Tariflaufzeit nicht länger als zwölf Monate, — Ausrichtung der spezifischen Forderungen in einzelnen Tarifgebieten auf eine bessere tarifliche Absicherung der Effektivverdienste und die Anhebung der unteren Lohngruppen.
Juli	Vermögensbildung und Sparförderung		Nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz werden zum 1. Juli 1970 Steuer- und Abgabefreiheit für vermögenswirksame Leistungen auf jährlich 624 DM aufgestockt. Die staatliche Sparförderung wird ab 1. Januar 1971 nur noch bis zu bestimmten Einkommensgrenzen gewährt, und zwar einheitlich in Form von Sparzulagen.
	Konzertierte Aktion		Die Gewerkschaftsführer erklären, daß sie unabhängig von ihren Vorbehalten gegenüber der Lohnsteuervorauszahlung auch ihre künftige Tariflohnpolitik an den gesamtwirtschaftlichen Zielen, an den verteilungspolitischen Notwendigkeiten und an dem preispolitischen Verhalten der Unternehmer orientieren werden.

noch Tabelle 2

Monat		Zahl der Betroffenen	
Juli	Öffentlicher Dienst		Einführung des Monatslohnsystems für Arbeiter zum 1. Oktober 1970. Das Vergütungssystem für Angestellte des Bundes und der Länder wird neu geregelt: Die Grundvergütung bemißt sich vom 1. Oktober 1970 an grundsätzlich nach dem Lebensalter, nicht — wie bisher — nach dem Dienstalter.
August	Konjunkturzuschlag		Ab 1. August 1970 wird ein befristeter, rückzahlbarer Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 10 vH erhoben und die degressive Abschreibung befristet ausgesetzt.
	Metall-, Eisen- und Stahlindustrie	4 400 000	Mit der Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge wird zum 30. September 1970 begonnen. Die Forderungen liegen — regional wenig differenziert — um 15 vH.
September	Chemische Industrie		Vereinbarung von Mindestjahresbezügen für naturwissenschaftlich und technisch gebildete Akademiker in den ersten fünf Berufsjahren.
	Metall-, Eisen- und Stahlindustrie	4 400 000	Beginn der Tarifverhandlungen.
	— Metallindustrie Hessen		Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 vH; Vorweganhebung des Grundlohnes um 4,6 vH; Erhöhung der individuell gewährten Leistungszulage von 7,5 vH auf 10 vH für Arbeiter und auf 7,5 vH für Angestellte im betrieblichen Durchschnitt.
Oktober	— Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen		Löhne und Gehälter werden um 10 vH erhöht, die tarifierten Sonderzahlungen auf ein volles 13. Monatseinkommen aufgestockt.
	— Metallindustrie		Schlichtungsverfahren und Urabstimmung in wichtigen Tarifgebieten, u. a. in Nordrhein-Westfalen und in Nordwürttemberg/Nordbaden. Für einen Streik zur Durchsetzung der Lohnforderung stimmen in Nordwürttemberg/Nordbaden mehr als neun Zehntel, in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte der in der IG Metall organisierten Arbeitnehmer.
	— Metallindustrie Nordrhein-Westfalen		Lohnerhöhung um 11 vH; Vorweganhebung des Grundlohnes um 3,7 vH.
November	— Metallindustrie Nordwürttemberg/ Nordbaden		Lohnerhöhung um 12,3 vH; Vorweganhebung des Grundlohnes um 2,8 vH; nach achtwöchiger Betriebszugehörigkeit zusätzliche Aufstockung des neuen Grundlohnes um 10 vH.
	— Metallindustrie Südwürttemberg/ Hohenzollern		Für einen Streik zur Durchsetzung der Lohnforderungen stimmen mehr als neun Zehntel der in der IG Metall organisierten Arbeitnehmer. Lohnerhöhung um 13,5 vH rückwirkend vom 1. Oktober 1970, Gehaltserhöhung um 13 vH ab 1. November 1970.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	3 000 000	Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31. Dezember 1970. Die ÖTV fordert: Erhöhung der Monatslöhne für Arbeiter und der Grundvergütung für Angestellte um 9 vH zuzüglich 40 DM; Anhebung der Ortszuschläge um 9 vH; Lohn- und Vergütungsstrukturverbesserungen; Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen im Rahmen des dritten Vermögensbildungsgesetzes bei Fortfall der Einkommensgrenze. Übernahme des Beitragsanteils zur Rentenversicherung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber. Der Deutsche Beamtenbund fordert Gehaltserhöhungen von 13 vH. 1970 noch sollen die Sonderzahlungen auf ein volles 13. Monatseinkommen aufgestockt werden.

geben zu sein. Aber die Tarifverhandlungen in den folgenden Monaten richteten sich eher nach den Lohnabschlüssen vom Herbst 1969 (Tabelle 2). Die Tariflöhne wurden im ersten Halbjahr 1970, als der Widerstand der Unternehmen gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen noch gering war, im Durchschnitt um 10 vH erhöht (Schaubild 13). Auch im zweiten Halbjahr schwächte sich der Tariflohnanstieg nicht ab, obwohl erkennbar wurde, daß der konjunkturelle Höhepunkt überschritten war, und obwohl sich die Unternehmen nun den gewerkschaftlichen Lohnforderungen stärker widersetzten. Der noch anhaltende Arbeitskräftemangel und die starke Verteuerung der Lebenshaltung haben diese Lohnforderungen mitbestimmt.

50. Ein weiteres Motiv der gewerkschaftlichen Lohnforderungen war, die Differenz zwischen Effektivlöhnen und Tariflöhnen zu verringern. So wurde 1970 für große Bereiche — insbesondere in der Metallindustrie — eine Vorweganhebung der Tariflöhne zu Lasten dieser Spanne vereinbart und mehr als sonst auf regionaler Ebene verhandelt. Dennoch stiegen die Effektivverdienste insgesamt wiederum schneller als die Tariflöhne. Das ist jedoch nicht allein durch den Nachfragesog auf dem Arbeitsmarkt bewirkt worden. Die statistisch gemessene Lohndrift — die Abweichung zwischen Effektiv- und Tariflohnsteigerungen — beruht auch auf tarifvertraglich vereinbarten Leistungen, wie zum Beispiel Überstundenentgelte, die sich nur in der Verdienststatistik, nicht in der Tarifstatistik niederschlagen (Schaubild 14). Ebenso erhöht ein leistungsbedingter Anstieg der effektiven Stundenverdienste in Akkordlohnsystemen die Lohndrift (JG 66 Ziffern 322 ff.). Dasselbe gilt für die gesetzlich eingeführte Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter. Auch vermögenswirksam anzulegende Lohnzuschläge, wie sie 1970 für einen großen Teil der Beschäftigten tarifvertraglich vereinbart wurden, gehen, wenn sie nicht regelmäßig gezahlt werden, nicht in die Tarifstatistik ein. Ähnliches gilt, wenn, wie 1970, für die unteren Lohngruppen, Altersstufen und Ortsklassen, die in der Tarifstatistik nicht enthalten oder dort — verglichen mit der Verdienststatistik — unterrepräsentiert sind, überdurchschnittliche Lohnerhöhungen ausgehandelt werden.

Schaubild 14

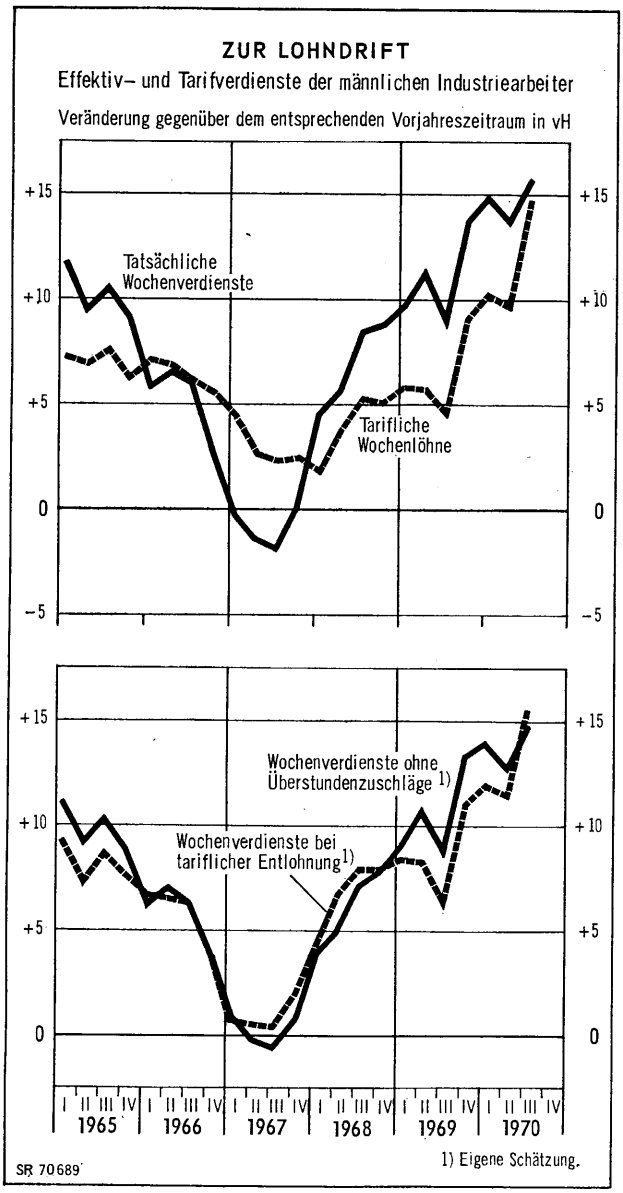
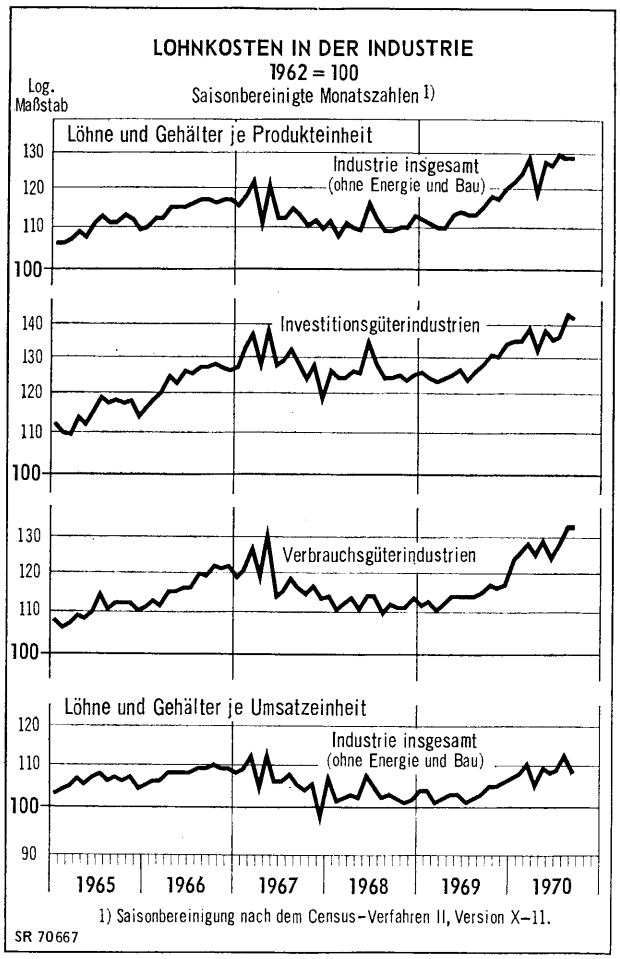


Schaubild 15



51. Die Erhöhung des Lohneinkommens im Jahre 1970 war, je beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet, weit größer als jenem Einkommenszuwachs entsprach, der aufgrund des inländischen Produktivitätsfortschritts und der — aufwertungsbedingt — deutlichen Verbesserung der Terms of Trade kostenniveauneutral hätte verteilt werden können [1]). Obwohl sich auch das Preisniveau spürbar erhöhte (Ziffern 58 ff.), erzielten die Arbeitnehmer 1970 erstmals seit 1961 wieder eine beträchtliche Verbesserung ihrer Reallohnposition (Tabelle 3).

52. In der Industrie nahmen die Lohnkosten je Produkteinheit — bei abnehmenden Produktivitätssteigerungen und sich verschärfendem Lohnauftrieb — rasch zu (Schaubild 15). Diese Entwicklung hatte schon 1969 begonnen. Sie setzte sich im Jahre 1970, zeitweise beschleunigt, fort. Da die Lohnerhöhungen in den einzelnen Industrien nicht in gleicher Weise durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden konnten, entwickelten sich die Lohnstückkosten uneinheitlich. Sie lagen in den ersten acht Monaten 1970 in den Investitionsgüterindustrien um 10 vH und in den Verbrauchsgüterindustrien um 13 vH höher als ein Jahr zuvor, obwohl die Lohnsteigerungen in beiden Industrien annähernd gleich groß waren. Da die Nachfrage in den Verbrauchsgüterindustrien geringere Preiserhöhungen zuließ (Schaubild 16), war hier der Druck auf die Gewinnmargen erheblich stärker als in den Investitionsgüterindustrien.

[1]) Wenn sich die Terms of Trade verbessern, erbringt der Außenhandel einen zusätzlichen Einkommensvorteil, der — wie ein inländischer Produktivitätsfortschritt — in Form höherer Lohneinkommen verteilbar ist.
Eine Veränderung der Kapitalkosten je Produkteinheit müßte nach dem Konzept des Rates bei der Berechnung der kostenniveauneutralen Lohnerhöhungen eigentlich berücksichtigt werden (JG 64 Ziffer 248). Das ist in dieser Rechnung nicht geschehen, da nach wie vor die Unterlagen für eine Schätzung dieser Größe unzureichend sind.

Tabelle 3

Produktivität, Preise, Löhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Preisindex für die Lebenshaltung [1])	Reallohnposition der Arbeitnehmer [2])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1961	+4,2	+0,6	+10,6	−0,3	+2,3	+2,9
1962	+3,3	+0,4	+ 9,0	−0,1	+3,0	+2,0
1963	+3,0	+0,1	+ 6,1	+0,1	+3,0	±0,0
1964	+6,3	±0,0	+ 8,9	−0,6	+2,3	−0,5
1965	+4,9	−0,2	+ 9,0	−0,1	+3,4	+0,6
1966	+3,1	−0,1	+ 7,2	+0,4	+3,5	+0,9
1967	+2,8	±0,0	+ 3,2	+0,2	+1,4	−0,8
1968	+6,8	+0,2	+ 6,1	+0,4	(+1,1) [a])	−1,6
1969	+6,0	−0,1	+ 9,2	+0,4	(+2,4) [a])	+1,1
1970 [3])	+3,4	+0,9	+14,0	+0,6	+3,7	+6,0

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) (3) + (4) — (1) — (2) — (5). — Bei der Berechnung wurden die Meßzahlen multiplikativ verknüpft. Nicht berücksichtigt wurde die Veränderung der Kapitalkosten (JG 66 Ziffern 309 ff.). — Weitere Erläuterungen siehe JG 66 Anhang VI.
[3]) Eigene Schätzung.
a) Nach Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli 1968 (JG 69 Ziffer 74).

53. Will man die Erhöhung des gesamten Kostenniveaus in der Industrie im Vergleich zum Anstieg des Preisniveaus schätzen, so muß man außer den Lohnstückkosten auch die Kapitalkosten je Produkteinheit und die Kosten der Vorleistungen, insbesondere der Einfuhrgüter, berücksichtigen. Die Kapitalkosten sind nur schwer zu ermitteln. Aus dem starken Anstieg der Fremdfinanzierungskosten und dem Preisschub bei Investitionsgütern und Bauten kann man jedoch auf eine überdurchschnittliche Zunahme der Kapitalkosten im Jahre 1970 schließen. Obwohl der Nachfragesog den Unternehmen auch 1970 Preiserhöhungen in großem Ausmaß erlaubte (Ziffer 59), ist es daher recht wahrscheinlich, daß — je Umsatzeinheit gerechnet — nicht nur die Lohnkosten (Schaubild 15), sondern auch die Kapitalkosten gestiegen sind. Von den Vorleistungen her dürfte der Kostendruck dagegen eher abgeschwächt worden sein, denn importierte Güter haben sich nach der Aufwertung gegenüber den inländischen Industrieprodukten relativ verbilligt (Ziffer 125).

54. Die Unternehmereinkommen sind — trotz unverminderter Umsatzexpansion in Industrie und Handel — 1970 kaum noch gestiegen. Nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung war zwar das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (brutto) im ersten Halbjahr 1970 um 5,8 vH höher als ein Jahr zuvor (Tabelle 4). Stellt man jedoch in Rechnung, daß ein Teil der Gewerbesteuerzahlungen für 1970, anders als sonst, bereits im Vorjahr geleistet worden ist (Ziffer 89) und daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im zweiten Halbjahr 1969 verbucht wurde, so ergibt sich für 1970 ein geringerer Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (gegenüber dem ersten Halbjahr 1969: 2½ vH). Da außerdem Zinsen, Mieten und Pachten, die in dieser Größe enthalten sind, 1970 kräftig anzogen, dürften die Bruttogewinne kaum noch zugenommen haben.

55. Die Unternehmen konnten im ersten Halbjahr 1970 das erheblich größere Investitionsvolumen etwa im gleichen Umfang mit eigenen Mitteln finanzieren wie 1969. Die Selbstfinanzierungsquote erreichte — auch nach Ausschaltung der im voraus entrichteten Gewerbesteuerzahlungen — noch einmal ungefähr den Wert des ersten Halbjahres 1969 (73 vH).

Dazu hat beigetragen, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen netto stärker stiegen als brutto. Die direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen waren im ersten Halbjahr 1970 um 3,5 vH niedriger als im Vorjahr, vor allem weil sich die Veranlagung bei den Gewinnsteuern 1970 besonders verzögerte. Auch wurden die Gewinnentnahmen — anders als

Tabelle 4

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [4]	Empfangene laufende Übertragungen vom Staat [5]	Verfügbares Einkommen [6]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto [3]	private Haushalte		
1968	+10,7	+ 7,3	+ 5,5	+17,5	+20,2	+11,9	+4,5	+ 7,0
1969	+10,3	+12,6	+10,4	+ 6,1	+ 4,6	+17,2	+7,9	+11,3
1969 1. Hj.	+10,7	+11,2	+ 9,6	+ 9,8	+ 9,9	+20,7	+6,6	+11,2
2. Hj.	+ 9,9	+13,8	+11,1	+ 3,0	+ 0,4	+14,9	+9,3	+11,5
1970 1. Hj.	+13,5	+17,6	+14,7	+ 5,8	+ 8,6	+ 3,5	+7,5	+10,2

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und des fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2] Bruttoeinkommen abzüglich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und abzüglich Lohnsteuer.
[3] Bruttoeinkommen abzüglich direkter Steuern u. ä.
[4] Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich der direkten Steuern auf diese Einkommen (z. B. Einkommensteuer u. ä., jedoch nicht der Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer u. ä.), der Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung sowie der nichtentnommenen Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[5] Nach Abzug der Steuern auf Pensionen.
[6] Ohne nichtentnommene Gewinne.

in den vorangegangenen Jahren — nur noch geringfügig erhöht. Ferner wurden die Abschreibungen der Unternehmen, die in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen angesetzt werden, wegen des ungewöhnlichen Preisanstiegs erheblich heraufgesetzt; im ersten Halbjahr 1970 waren sie um ein Fünftel größer als ein Jahr zuvor.

56. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit nahmen diesmal stärker zu als die Gewinneinkommen, und zwar sowohl brutto als auch netto. Dabei war der Anstieg der Nettoarbeitseinkommen im ersten Halbjahr 1970 (14,7 vH) geringer als der der Bruttoeinkommen (17,6 vH). Hierin zeigt sich erneut die Progression der Einkommensteuer, die sich bei einem infolge Preissteigerungen überhöhten Nominaleinkommen verschärft auswirkt (JG 69 Ziffer 84). Bei unverändertem Einkommensteuerrecht stieg das Lohnsteueraufkommen in der ersten Jahreshälfte 1970 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 33,6 vH an.

Der Anstieg der Nettoarbeitseinkommen war ausschlaggebend dafür, daß die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1970 noch einmal fast ebenso stark zunahmen wie 1969, obwohl die Gewinnentnahmen stagnierten. Im ersten Halbjahr 1970 verfügten die privaten Haushalte insgesamt über ein um 10 vH größeres Nettoeinkommen als ein Jahr zuvor (Tabelle 4).

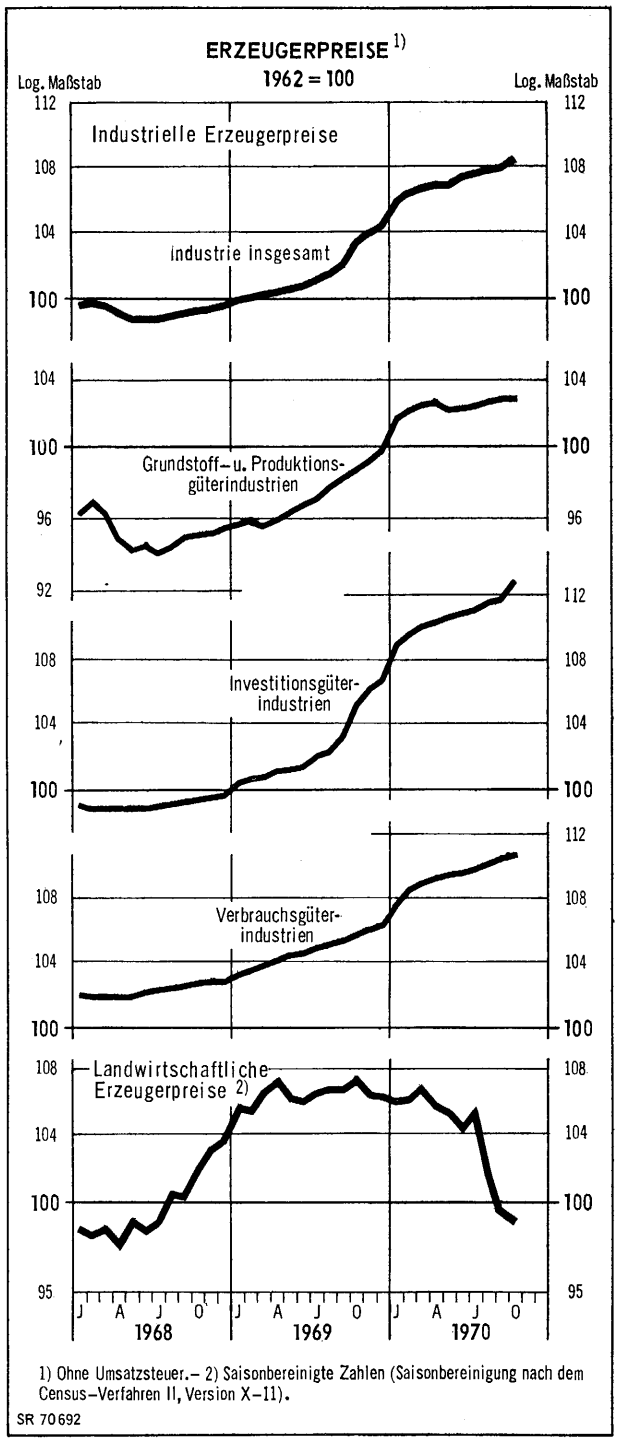
57. Die Sozialeinkommen stiegen 1970 schwächer als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und auch schwächer als 1969 (Tabelle 4). Hierin spiegelt sich in erster Linie die Entwicklung der Renteneinkommen aus der Sozialversicherung. Der geltenden Rentenformel entsprechend wirkte sich auf die Sozialrenten erstmals die Stagnation der Bruttoentgelte der Versicherten im Rezessionsjahr 1967 aus. Die Beamtenpensionen wurden hingegen wie üblich sofort an die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst angepaßt. Die Einkommensübertragungen der Arbeitslosenversicherung gingen zurück, wenn auch wegen der gestiegenen Schlechtwettergeldzahlungen weniger, als bei der extrem niedrigen Arbeitslosigkeit zu erwarten gewesen wäre. Die Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall verringerte außerdem die Barleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ungewöhnlicher Anstieg der Erzeugerpreise, Nachziehen der Verbraucherpreise

58. Der starke Preisauftrieb, der seit Herbst 1969 alle inländischen Märkte erfaßt hat, schwächte sich im Laufe des Jahres 1970 kaum ab. In der verarbeitenden Industrie übertrafen die Preiserhöhungen bei weitem das Ausmaß früherer Boomjahre (Ziffer 59). Von der Erzeugerstufe griffen die Preissteigerungen zunehmend auf die Verbraucherstufe über. Die Verbraucherpreise erhöhten sich 1970 vor allem durch die außergewöhnliche Verteuerung der industriell erzeugten Güter (Ziffer 62). Auch die Dienstleistungspreise stiegen beschleunigt (Ziffer 62). Die Mieterhöhungen waren jedoch geringer als in den Vorjahren (Ziffer 63). Bei den Agrarpreisen trat die erwartete Aufwertungswirkung erst in der zweiten Jahreshälfte 1970 ein.

59. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise war unter dem Einfluß des stärkeren Nachfrage-

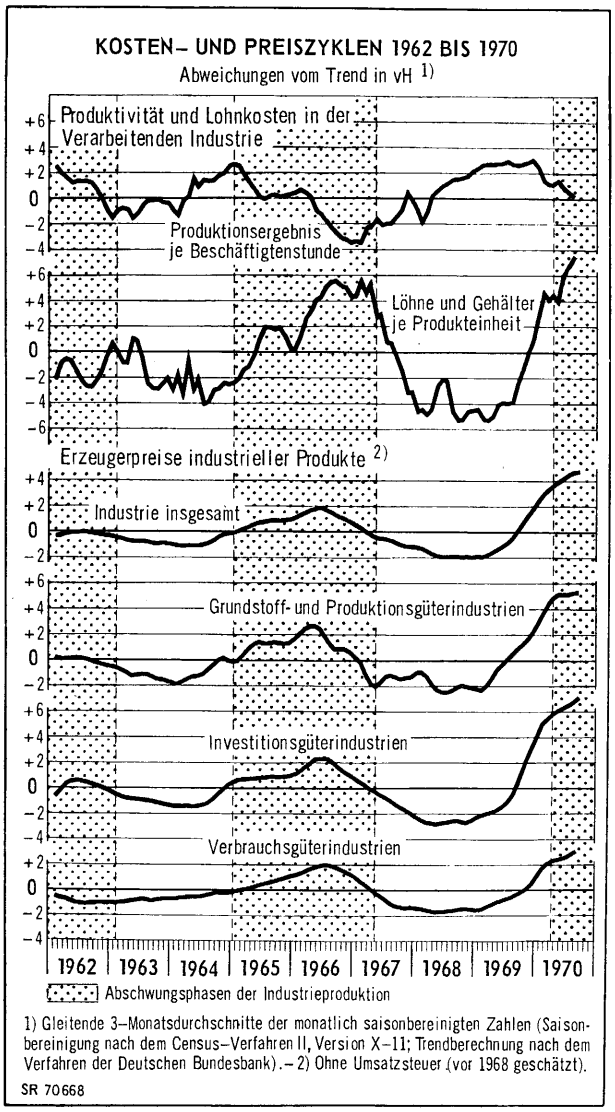
Schaubild 16



1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Saisonbereinigte Zahlen (Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11).

SR 70692

Schaubild 17



sogs und Kostendrucks ungleich größer als im vorangegangenen Zyklus, wenn auch die Phase konjunkturbedingter Preissteigerungen bisher nicht viel länger dauerte als damals. Im Herbst 1970, mehr als zwei Jahre nach der konjunkturellen Preiswende, hält der Auftrieb der Preise in der Industrie fast unvermindert an (Schaubild 16).

Am stärksten sind die Preise in den Investitionsgüterindustrien gestiegen, in denen die Auftragseingänge die Produktionskapazität am weitesten übertrafen. In den Verbrauchsgüterindustrien war zwar der Nachfragesog schwächer, dafür aber der Kostendruck ausgeprägter, so daß sich auch hier die Preise stärker als in der vergleichbaren Phase des vorangegangenen Zyklus erhöhten (Schaubild 17).

60. Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte sind — saisonbereinigt — im Verlauf des ersten Halbjahres 1970 leicht gesunken. Demgegenüber sind sie von Juli bis Oktober um nicht weniger als 6,3 vH gesunken (Schaubild 16).

Aufgrund der D-Mark-Aufwertung war erwartet worden, daß das Niveau der Agrarpreise bereits zu Beginn des Jahres spürbar sinken würde; denn zum 1. Januar 1970 wurden die Interventionspreise sowie die Orientierungs-, Grund- und Richtpreise entsprechend den Agrarmarktordnungen der EWG herabgesetzt (Tabelle 5). Daß sich die Erwartungen nicht erfüllten, hatte vor allem folgende Gründe: Im ersten Halbjahr 1970 fehlte bei wichtigen Marktordnungsprodukten offenbar der Angebotsdruck, der die Erzeugerpreise den herabgesetzten Interventionspreisen angepaßt hätte. Der Getreidepreis lag schon längere Zeit vor der Aufwertung unter dem Interventionspreis; denn die deutschen Interventionsstellen wurden vom 9. Mai 1969 an von der Pflicht entbunden, Weichweizen und Gerste aus anderen EWG-Ländern aufzukaufen. Auf diese Weise sollte dem rasch zunehmenden Import französischen Getreides gegen billige Terminfranken begegnet werden. Auf den Zuckerpreis konnte sich die Aufwertung ohnehin erst auswirken, nachdem im Herbst 1970 die neue Ernte auf den Markt gekommen war [1]).

61. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, in der öffentlichen Diskussion der gebräuchliche Maßstab für die Kaufkraftentwicklung, stieg 1970 schneller als im Vorjahr (Schaubild 18). Nach einem Preisschub im Januar erhöhte er sich im weiteren Verlauf des Jahres — saisonbereinigt — mit einer Jahresrate von 3½ vH. Im Oktober 1970 lagen die Verbraucherpreise um 4,0 vH höher als im Vorjahr. Dabei verteuerten sich

— Nahrungsmittel um 1,6 vH,

— sonstige Waren, das sind hauptsächlich Industrieprodukte, um 4,5 vH,

— Wohnungsmieten um 4,6 vH und

— Dienstleistungen um 5,8 vH.

62. Der größte Anteil an der Verteuerung der Lebenshaltung seit Herbst 1969 entfiel auf den Preisanstieg für sonstige Waren, die über zwei Fünftel der im Lebenshaltungsindex enthaltenen Güter ausmachen (Schaubild 18). In ihrem Preisanstieg spiegelte sich vor allem das diesmal ungewöhnliche Anziehen der industriellen Erzeugerpreise, den der Handel bei der lebhaften Verbrauchsnachfrage zumeist leicht auf die Konsumenten überwälzen konnte. Der Anstieg der Dienstleistungspreise hat sich 1970, wie erwartet, stark beschleunigt. In diesem arbeitsintensiven Bereich mußten sich die Lohnsteigerungen besonders stark auf die Preise auswirken.

Im Herbst 1970 gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise bald ab-

[1]) Für die inländische Getreideernte des Jahres 1969 garantierte die Intervention B auch nach der Preisherabsetzung den alten Interventionspreis. Auch wurde in zunehmendem Umfang Getreide denaturiert. Durch die Zahlungen von Abschlachtprämien hat sich das Milchangebot verringert; das dadurch vergrößerte Rinderangebot wurde von den staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen teilweise aus dem Markt genommen.

Tabelle 5

Ausgewählte landwirtschaftliche Erzeugerpreise

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Ware	Gewicht im Index (vH)	1969	1970		
		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Marktordnungsprodukte mit unbeschränkter Interventionspflicht					
Getreide (einschließlich Hülsenfrüchte)	8,74	+ 0,2	− 5,6	− 3,2	−3,5
Zuckerrüben	3,38	—	.	.	−8,5
Milch	26,65	− 0,8	− 2,1	− 3,9	−4,1
Marktordnungsprodukte mit beschränkter Interventionspflicht					
Schlachtvieh	39,08	+ 5,6	+ 1,3	+ 0,7	−4,6
darunter:					
Schweine	20,95	+12,0	+ 7,6	+ 5,1	−5,5
Rinder	14,72	− 0,7	− 5,6	− 4,1	−3,2
Obst und Gemüse	4,44	−16,3	−28,2	−25,2	−1,9
außerdem: Speisekartoffeln	4,07	+67,7	+57,8	+26,0	−2,6
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	100	+ 3,8	+ 0,4	− 1,4	−2,4

schwächt. Die Preise für industriell erzeugte Verbrauchsgüter ebenso wie jene für Dienstleistungen steigen unvermindert an. Die Preiserwartungen in Industrie und Handel, die von der tatsächlichen Entwicklung zumeist bestätigt werden, deuten darauf hin, daß diese Tendenz vorerst anhält (Schaubild 19).

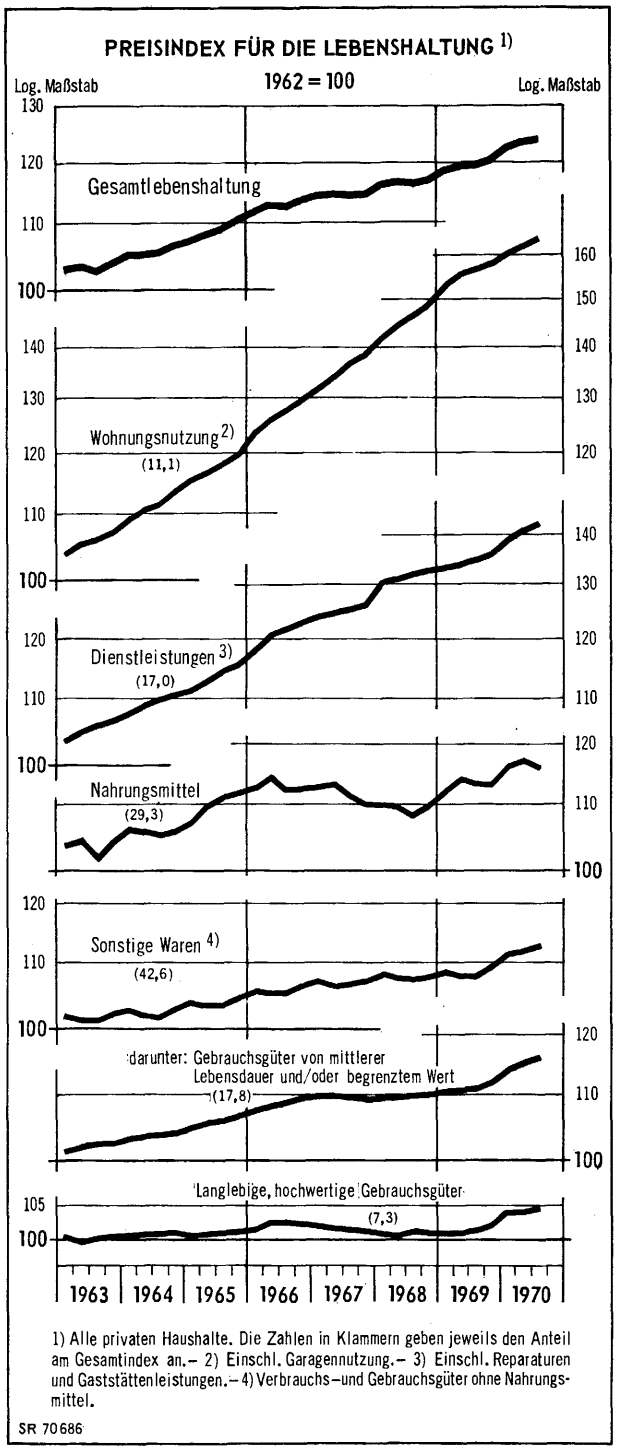
63. Die Klagen über die zunehmende Verteuerung der Lebenshaltung betrafen seit dem Sommer 1970 vor allem die Wohnungsmieten. Dies läßt sich mit der Entwicklung der Mieten, wie sie die Statistik ausweist, nicht erklären. Der Mietanstieg war 1970 deutlich geringer als in den vorangegangenen Jahren, wenngleich in den ausgewiesenen Mieterhöhungen sehr unterschiedliche Einzelbewegungen enthalten sein dürften. Wenn über die Mieten in der Öffentlichkeit so heftig diskutiert wurde, so mag dies teils damit zusammenhängen, daß sich die

außerordentlichen Baupreissteigerungen (Ziffer 64) in hohen Mieterhöhungen bei neuerstellten Wohnungen niederschlagen, die im Bewußtsein der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielen dürften, als ihrem Gewicht im Preisindex für die Lebenshaltung entspricht; teils mag der inflationäre Auftrieb der Baupreise die Befürchtung künftiger Mietsteigerungen ausgelöst haben.

In den vergangenen Jahren sind die Mieten der Altbau- und der öffentlich geförderten Wohnungen am stärksten gestiegen (Tabelle 6) — also Wohnungen, in denen ein großer Teil der Bezieher niedriger Einkommen lebt, die in der Regel relativ mehr für Miete ausgeben als Haushalte mit höheren Einkünften. Von den Mieterhöhungen wurden daher besonders die unteren Einkommensgruppen getroffen. Diese sozialen Folgen der Liberalisierung des Wohnungsmarktes und des Abbaus der öffentlichen Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden erst allmählich durch Inanspruchnahme von Wohngeld gemildert.

Das allgemeine Interesse wird so lange auf die Mietenentwicklung gerichtet sein, wie die Nachfrager erhebliche Mietsteigerungen — ohne Ausweichmöglichkeiten — hinnehmen müssen.

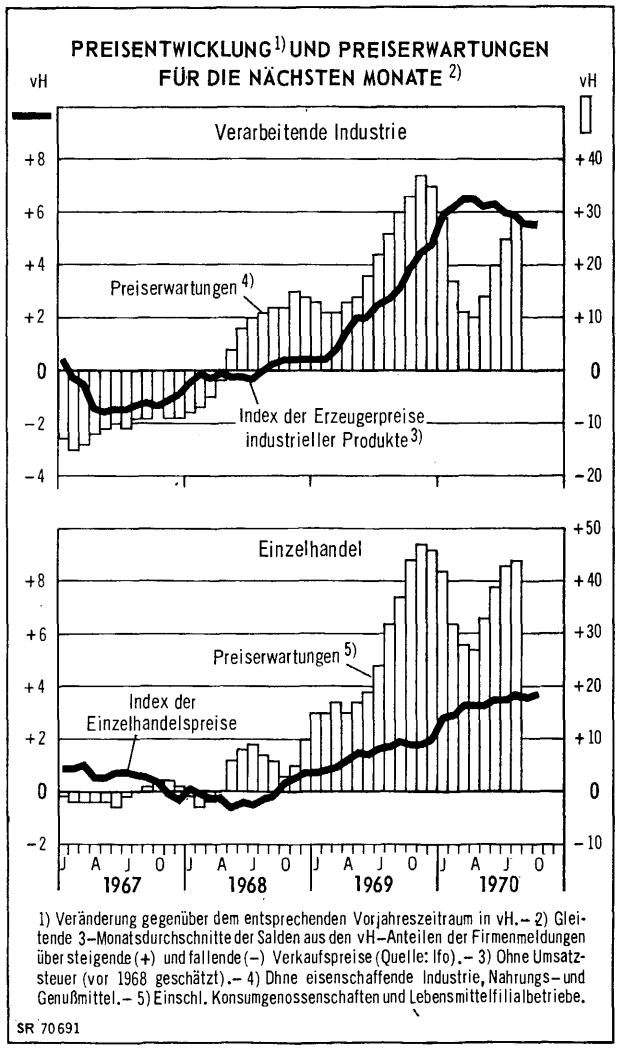
Schaubild 18



1) Alle privaten Haushalte. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Anteil am Gesamtindex an.– 2) Einschl. Garagennutzung.– 3) Einschl. Reparaturen und Gaststättenleistungen.– 4) Verbrauchs– und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

SR 70686

Schaubild 19



1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH.– 2) Gleitende 3–Monatsdurchschnitte der Salden aus den vH–Anteilen der Firmenmeldungen über steigende (+) und fallende (–) Verkaufspreise (Quelle: Ifo).– 3) Ohne Umsatzsteuer (vor 1968 geschätzt).– 4) Ohne eisenschaffende Industrie, Nahrungs– und Genußmittel.– 5) Einschl. Konsumgenossenschaften und Lebensmittelfilialbetriebe.

SR 70691

Tabelle 6

Entwicklung der Wohnungsmieten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Altbauwohnungen [1]	Neubauwohnungen	
		sozialer [1]	freifinanzierter [2]
		Wohnungsbau aus der Zeit nach dem 20. Juni 1948	
1950 bis 1960 [3]	+ 2,7	+ 1,9	.
1960 bis 1969 [3]	+ 7,1	+ 6,3	.
1960	+ 6,8	+ 5,3	.
1961	+ 9,3	+ 7,8	.
1962	+ 1,6	+ 2,9	.
1963	+ 8,6	+ 2,8	+4,6
1964	+ 7,0	+ 5,2	+4,6
1965	+ 6,2	+ 5,4	+5,3
1966	+11,8	+ 6,7	+4,7
1967	+ 6,2	+ 7,1	+7,1
1968	+ 7,1	+ 7,7	+8,0
1969	+ 6,5	+11,9	+4,5

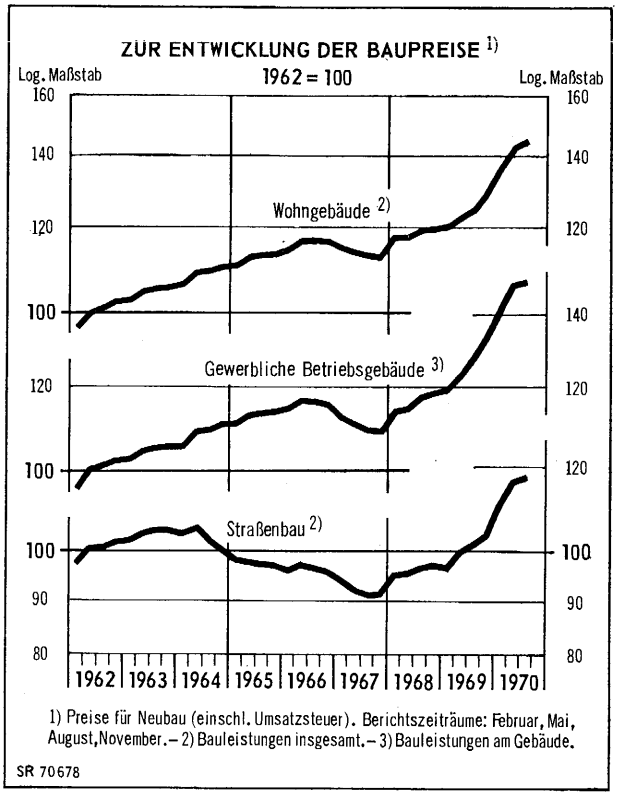
[1] Hauptgruppe „Wohnungsmiete" im Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2] Teil der Hauptgruppe „Wohnungsmiete" im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[3] Durchschnittliche jährliche Veränderung.

III. Spektakuläre Preissteigerungen auf dem Baumarkt

64. In der Bauwirtschaft nahmen die Preissteigerungen ein inflationäres Ausmaß an. Seit dem Herbst 1969 stiegen die Baupreise im Hochbau nahezu viermal so schnell wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre.

Den stärksten Preisschub gab es im gewerblichen Hochbau: Der Bau von Betriebsgebäuden war im August 1970 um 18 vH teurer als vor Jahresfrist. Die Preissteigerungen, die bereits in der ersten Jahreshälfte 1969 eingesetzt und sich um die Jahreswende 1969/70 weiter verschärft hatten, griffen zunehmend auf den Wohnungsbau über. Wohnbauten waren im August 1970 um 17 vH teurer als ein Jahr zuvor. Auch der Tiefbau, der im letzten Konjunkturzyklus durch sinkende Preise gekennzeichnet war, blieb von der Preishausse nicht ausgenommen (Schaubild 20).

Schaubild 20



65. Der Anstieg der Baupreise dürfte sogar noch kräftiger gewesen sein, als die amtliche Statistik ihn ausweist. In den Baupreisindex gehen nur die kontrahierten, nicht aber die tatsächlich gezahlten Baupreise ein, die wegen der üblichen Preisgleitklauseln diesmal wohl erheblich über den Kontraktpreisen lagen. Das gilt um so mehr, als sich im vergangenen Winter die Baufertigstellungen witterungsbedingt ungewöhnlich lang verzögert hatten. Außerdem lassen die Baupreisindizes die besonders starken Preiserhöhungen in Ballungsgebieten nicht erkennen.

66. Es war zu erwarten, daß der im Jahre 1969 einsetzende Preis- und Kostenauftrieb auch den Baumarkt erfassen würde. Die inflationären Züge der Baupreisentwicklung haben jedoch vielfach Zweifel aufkommen lassen, ob das marktwirtschaftliche System in diesem Teilbereich seiner Lenkungs- und Kontrollfunktion gewachsen ist:

— Die Nachfrage zeigte sich gegenüber Preisforderungen der Bauwirtschaft wie gegenüber Kreditverteuerungen außerordentlich unempfindlich (Ziffern 67 ff.).

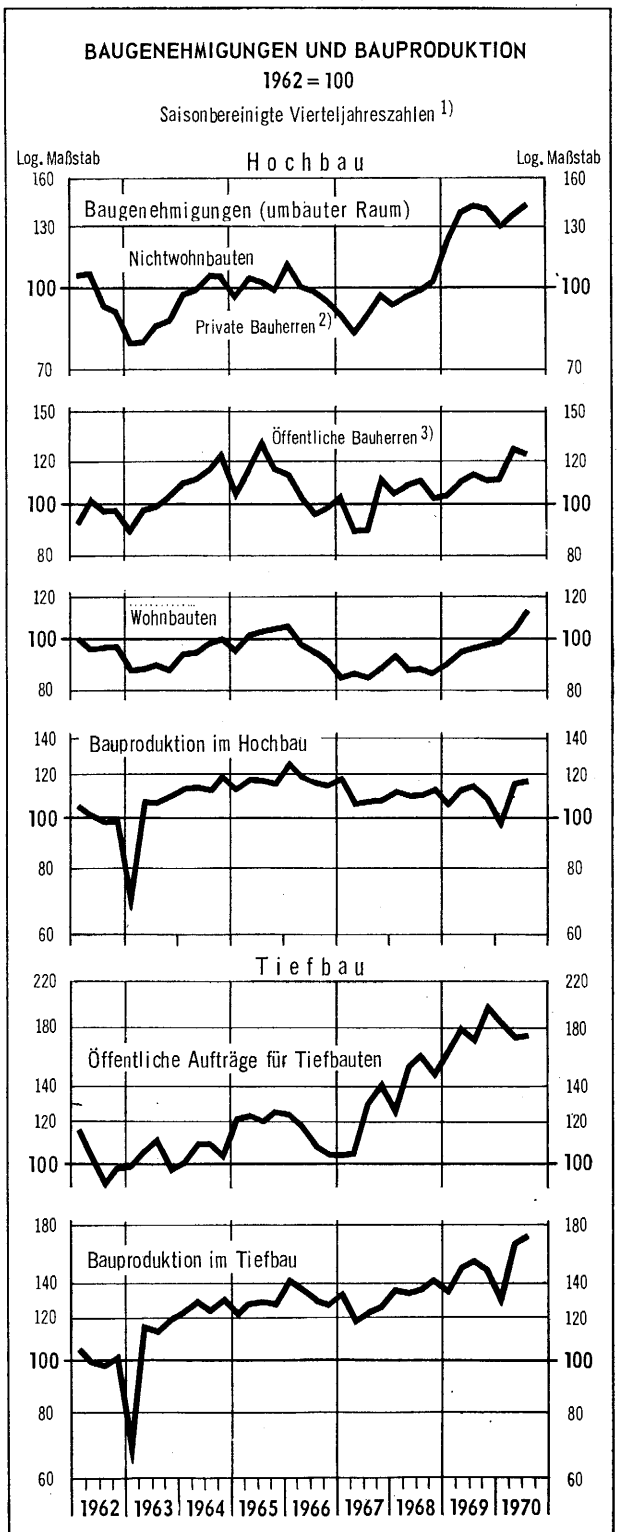
— Das Bauangebot erwies sich wegen strukturbedingter Schwächen als kaum ausdehnungsfähig (Ziffern 70 ff.).

— Der Wettbewerb im Bausektor war nicht wirksam genug, überhöhte Gewinnmargen abzubauen (Ziffer 74).

Unelastische Nachfrage

67. Die hohen Preisforderungen der Bauunternehmen haben offenbar im Jahre 1970 kaum bewirkt, daß Bauvorhaben in größerem Umfang zurückgestellt wurden (Schaubild 21).

Schaubild 21



1) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 2) Unternehmen, freie Berufe und private Haushalte.– 3) Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.

SR 70673

Nur die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand zeigten (saisonbereinigt) von Beginn des Jahres 1970 an eine deutliche Abwärtstendenz; sie dürften im Jahresdurchschnitt kaum höher sein als im Vorjahr. Dies ist aber vermutlich weniger auf die Preissteigerungen als vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Ausgabenkürzungen, auf die sich die finanzpolitischen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung bis zum Sommer 1970 weitgehend konzentrierten, Bund und Länder zu einer zurückhaltenden Auftragsvergabe zwangen.

Im öffentlichen Hochbau dagegen ergab sich eine deutliche Zunahme der Nachfrage. Vor allem die Gemeinden haben ihren erweiterten Finanzierungsspielraum dazu genutzt, verstärkt Bauaufträge zu vergeben.

68. Im privaten Wohnungsbau nahmen die Genehmigungen im laufenden Jahr beschleunigt zu. Dies mußte um so mehr überraschen, als bei den Bauherren neben den Baupreissteigerungen auch kräftige Zinserhöhungen zu Buche schlugen. Die Erwartung fortgesetzter Preissteigerungen auf dem Baumarkt scheint die Nachfrage nach Wohnbauten sogar noch gesteigert zu haben. Zudem mag die Furcht vor einem anhaltenden Geldwertschwund das Verlangen nach Wohnungseigentum als sicherer Vermögensanlage verstärkt haben. Das erklärt auch, weshalb die Erhöhung der Zinsen, anders als bei normaler Baupreisentwicklung, auf die Nachfrage nicht durchgeschlagen hat.

69. Die Nachfrage nach gewerblichen Hochbauten verharrte auf dem Ende 1969 erreichten hohen Niveau. Es bestätigt sich hier die Erfahrung aus den vergangenen Zyklen, daß die Unternehmen im Konjunkturaufschwung zunächst verstärkt Bauinvestitionen durchführen, weil sie zumeist die Grundlage für kapazitätserweiternde Ausrüstungsinvestitionen sind. Daß es nunmehr zu einer Stagnation der Nachfrage gekommen ist, dürfte somit kaum eine Reaktion auf die Preissteigerungen sein.

Unelastisches Angebot

70. Zu den hohen Preissteigerungen konnte es nur kommen, weil die unelastische Nachfrage auf ein unelastisches Angebot stieß. Die Bauleistungen wurden im Jahre 1970 kaum mehr ausgedehnt. Im Hochbau hatte die Produktion offenbar bereits im Herbst 1969 ihre Kapazitätsgrenze erreicht, obwohl das Bauvolumen noch geringer war als vor der Rezession (Schaubild 21). Nicht nur der Mangel an Bauarbeitern erklärt dies. Seit Jahren wird auf Strukturschwächen der Bauwirtschaft hingewiesen; sie scheinen immer noch vorhanden zu sein.

71. Die Struktur des Baugewerbes wird durch eine Vielzahl von kleinen Bauunternehmen mit wenigen Beschäftigten geprägt; rund 50 000 Bauunter-

nehmen, das sind fast drei Viertel aller Anbieter, erzielen nur ein Fünftel des Umsatzes im Bauhauptgewerbe (Tabelle 7).

Weder die Rezession des Jahres 1967, von der die Bauwirtschaft besonders stark betroffen war, noch der nachfolgende Aufschwung haben eine nennenswerte Verschiebung zwischen den Betriebsgrößenklassen bewirkt. Dies überrascht, da die Erfahrung zeigt, daß moderne technische Ausrüstungen in Kleinbetrieben des Baugewerbes oft nur unzulänglich genutzt werden können. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß Mangel an Wettbewerb auf den örtlichen und regionalen Märkten sowie Mangel an Mobilität des Angebots einer Bildung größerer Betriebe entgegenstehen. Die Vielfalt der individuellen Bauwünsche dürfte dies gefördert haben.

72. Die Bauwirtschaft hatte im Jahre 1967 rund ein Zehntel ihrer Beschäftigten verloren. Diese während des Aufschwungs zurückzugewinnen, war durch die geringe Attraktivität der Bauberufe erschwert; die Abwanderungstendenz hielt sogar an. So war es unumgänglich, daß die Bauarbeiter — durch überdurchschnittliche Lohnerhöhungen — in der Lohnhierarchie aufrückten. Die Bruttostundenverdienste der Bauarbeiter nahmen von Juli 1969 bis Juli 1970 um 21 vH und damit stärker zu als in der verarbeitenden Industrie (+ 14 vH). Doch die Entwicklung zeigt, daß der Abwanderungstrend wohl nur dann gehemmt werden kann, wenn die Anstrengungen um bessere Arbeitsbedingungen für die Bauarbeiter wesentlich vergrößert werden.

Bauarbeiter wären noch knapper gewesen, hätten nicht ausländische Arbeiter in größerer Zahl angeworben werden können. So konnte die Anzahl der Bauarbeiter trotz der zunehmenden Abwanderungstendenz inländischer Arbeiter in andere Wirtschaftsbereiche immerhin leicht erhöht werden (Tabelle 8).

73. Der strukturelle Mangel an Arbeitskräften in der Bauwirtschaft verschärft den Rationalisierungszwang. Dies spiegelt sich seit 1968 in einem starken Anstieg der inländischen Nachfrage nach Baumaschinen wider. Ein großer Teil dieser Investitionsnachfrage ging von Betrieben mit geringen Beschäftigtenzahlen aus, die fast ausschließlich im Hochbau tätig sind. Ihre Arbeitsproduktivität dürfte trotz zunehmender Mechanisierung der Fertigung nur wenig zugenommen haben, da die neugeschaffenen Kapazitäten wegen der Enge der lokalen und regionalen Märkte vielfach nicht voll ausgelastet werden konnten. Auf diese Weise wurde die hohe Fixkostenbelastung, die in der Bauwirtschaft wegen Witterungsabhängigkeit und diskontinuierlicher Auftragsentwicklung noch immer besteht, weiter verstärkt.

Steigende Kosten, steigende Gewinne

74. Das Kostenniveau der Bauwirtschaft dürfte sich im Jahre 1970 sowohl als Folge des kräftigen Lohnauftriebs als auch des Anstiegs der Kapitalkosten

Tabelle 7

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe nach Betriebsgrößenklassen

Ergebnisse der Totalerhebung (jeweils für Juni)

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe				Beschäftigte				Umsatz [1]			
	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969	1966	1967	1968	1969
	Anzahl				1 000				Mill. DM			
1 bis 19	47 921	48 876	48 299	47 671	334	338	333	327	742	757	874	803
20 bis 99	15 640	14 688	14 392	14 728	653	604	597	599	1 623	1 537	1 527	1 399
100 und mehr	3 175	2 634	2 731	2 822	704	558	590	626	1 905	1 572	1 433	1 566
Insgesamt	66 736	66 198	65 422	65 221	1 699	1 500	1 520	1 552	4 270	3 866	3 834	3 768
					Anteil in vH							
1 bis 19	*71,8*	*73,8*	*73,8*	*73,1*	*19,8*	*22,5*	*21,9*	*21,1*	*17,4*	*19,6*	*22,8*	*21,3*
20 bis 99	*23,4*	*22,2*	*22,0*	*22,6*	*38,6*	*40,3*	*39,3*	*38,6*	*38,0*	*39,7*	*39,8*	*37,1*
100 und mehr	*4,8*	*4,0*	*4,2*	*4,3*	*41,6*	*37,2*	*38,8*	*40,3*	*44,6*	*40,7*	*37,4*	*41,6*

[1] Einschließlich Umsatzsteuer.

stark erhöht haben. Die Lohnkosten je Produkteinheit waren nach einer Schätzung des DIW 1970 um etwa 16 vH höher als vor einem Jahr. Für einen beträchtlichen Anstieg der Kapitalkosten sprechen neben den Zinssteigerungen die gestiegenen Baumaschinenpreise (10 vH in den ersten zehn Monaten 1970 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Die Bauunternehmen waren in der Lage, diese Kostenerhöhungen voll auf die Preise zu überwälzen, konnten also die im Vorjahr stark gestiegenen Gewinnmargen verteidigen. Es ist sogar nicht auszuschließen, daß die Gewinnmargen noch größer geworden sind. Die Unsicherheit darüber ist deshalb so groß, weil es verläßliche Schätzungen über die Produktivitätsentwicklung in der Bauwirtschaft nicht gibt.

Für eine Enquête über die Bauwirtschaft

75. Soll das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft erhalten bleiben, muß verhindert werden, daß sich Preissteigerungen, wie sie 1970 am Baumarkt zu beobachten waren, wiederholen. Gelingt dies nicht, so ist zu befürchten, daß in der Öffentlichkeit die Forderungen nach dirigistischen Eingriffen zunehmen, mit denen lediglich die Symptome, nicht aber die Ursachen der Fehlentwicklungen bekämpft werden können. Mietpreisregulierungen etwa sind keine angemessene Antwort auf strukturelle Schwächen der Bauwirtschaft. Sie werden aber immer drängender verlangt werden, wenn die Baupreise weiter rasch steigen und — wie es unausweichlich ist — die Mieten hinauftreiben.

76. Vielfach wird das Hauptproblem darin gesehen, daß die Baunachfrage rechtzeitiger hätte gedämpft werden müssen. Sicherlich war es auch Ausdruck des Booms, wenn sich die Baunachfrage 1970 als so außerordentlich unelastisch erwies. Diese Erklärung ist jedoch unzureichend angesichts der Tatsache, daß der Baumarkt Preissteigerungen von 15 vH und mehr verlangte, um auch nur das gleiche Bauvolumen bereitzustellen wie im Vorjahr. Schwankungen in der Nachfrage wird es auch künftig geben. Außerdem muß die Bauwirtschaft auf wachsende Anforderungen vorbereitet sein, nicht zuletzt wegen der anstehenden öffentlichen Aufgaben. Helfen können daher im Grunde nur Maßnahmen, die die Elastizität des Angebots erhöhen.

77. Die Klagen über strukturelle Schwächen in der Bauwirtschaft sind schon alt. Sie betreffen die Produktionsbedingungen ebenso wie das Marktverhalten. Der Bauwirtschaft werden Parallelverhalten und Preisabsprachen vorgeworfen, Unwirtschaftlichkeit den kleinen, Mangel an innovatorischem Wettbewerb den großen Unternehmen. Der Sachverständigenrat kann solchen Fragen nicht im einzelnen nachgehen. Wegen der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Vorgänge am Baumarkt haben wir jedoch in Anhörungen ein Urteil darüber zu gewinnen versucht, inwieweit Besonderheiten, die für das

Tabelle 8

Quellen des Arbeitsmarktes im Bauhauptgewerbe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Anzahl)

	1966	1967	1968	1969	1970
Zugang an Lehrlingen (nach beendeter Berufsausbildung)	+11 360	+ 11 680	+12 320	+13 200	+12 800
Natürlicher Abgang (Tod, Alter, Invalidität)	−32 726	− 31 960	−29 537	−30 142	−29 595
Freisetzung von arbeitslosen Bauarbeitern bzw. deren Einstellung	− 730	− 44 519	+36 328	+10 701	+ 236
Wanderungen in andere Wirtschaftszweige (Saldo)	− 7 019	− 25 047	+ 1 435	−18 449	−45 174
Deutsche Bauarbeiter	−29 115	− 89 846	+20 546	−24 690	−61 733
Ausländische Bauarbeiter	+ 9 100	− 89 100	+ 1 670	+54 800	+77 630
Bauarbeiter insgesamt	−20 015	−178 946	+22 216	+30 110	+15 897

Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Jahr 1970 kennzeichnend waren, die jüngste Baupreisentwicklung erklären. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß das Geschehene unter den gegebenen Umständen erklärbar ist. Diese Umstände müssen indessen nicht auch längerfristig gegeben sein. Sorge erweckt, daß die Probleme, die schon bei der übersteigerten Baukonjunktur der Jahre 1963/65 sichtbar geworden waren, unverändert fortzubestehen scheinen, in der Zwischenzeit jedoch durch Nachfragemangel lediglich überdeckt waren. Sollen dirigistische Einzeleingriffe des Staates auch in Zukunft vermieden werden, so ist zu untersuchen, wie der Staat dafür sorgen kann, daß das marktwirtschaftliche System im Bereich der Bauwirtschaft funktionsfähiger wird.

78. Grundlagen hierfür sollte eine Enquete über die Bauwirtschaft liefern. Sie hätte den zu erwartenden Anforderungen an die Bauwirtschaft nachzugehen und den Möglichkeiten, wie diesen Anforderungen mit weniger Friktionen als in der Vergangenheit entsprochen werden kann.

Die Bedingungen für eine Verstetigung der Baunachfrage wären aufzuzeigen; diese ist zu etwa zwei Fünfteln unmittelbar oder mittelbar von der öffentlichen Hand bestimmt. Größtes Gewicht wäre dem Problemkreis beizumessen, der mit der Frage „Wie kann die Elastizität des Bauangebots erhöht werden?" umschrieben ist. Hierzu gehören Probleme der Marktstruktur und des Marktverhaltens (einschließlich Wettbewerbsbeschränkungen) ebenso wie Probleme der Fertigungstechnik, der Arbeitsbedingungen und der Organisation. Die Enquetekommission sollte Empfehlungen unterbreiten, welche gesetzliche Regelungen neu zu fassen oder zu schaffen sind, welche Änderungen im Marktverhalten der öffentlichen Stellen erwünscht wären und wie solche Änderungen bewirkt werden könnten; in welcher Weise das Ausbildungswesen für die Bauwirtschaft verbessert werden sollte sowie, gegebenenfalls, welche finanziellen und sonstigen Hilfen der Staat gewähren müßte, damit rationellere Formen des Bauens rascher vordringen können.

IV. Öffentliche Finanzen — leicht kontraktiv

79. Nach der zurückhaltenden Ausgabenpolitik in den Jahren 1968 und 1969 ließ die Haushaltsplanung der Gebietskörperschaften für 1970 eine Rückkehr zu konjunkturneutralen Haushalten erwarten. Angesichts der anhaltenden Übernachfrage im privaten Bereich mußte jedoch abermals darauf verzichtet werden, die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch staatliche Ausgaben (Staatsquote) auch nur in dem Maße zu erhöhen, in dem der gestiegene Anteil der Steuern am Sozialprodukt (Steuerquote) seit 1966 zusätzliche Entzugswirkungen mit sich gebracht hatte.

80. Zunächst schien es im Hinblick auf die erwartete Konjunkturentwicklung zu genügen, der privaten Nachfrage nur für wenige Monate noch den Vortritt zu lassen. Wie 1969 empfahl der Finanzplanungsrat daher Bund, Ländern und Gemeinden, in ihren Haushaltsplänen Ausgabensperren vorzusehen und diese erst aufzulösen, wenn es die konjunkturelle Lage im zweiten Halbjahr 1970 erlauben sollte. Die neue Bundesregierung verfügte daraufhin in ihrem Etatentwurf Haushaltssperren in Höhe von 2,7 Mrd. DM. Durch eine restriktive vorläufige Haushaltsführung hoffte sie überdies, bis zur Jahresmitte 1970 die Zunahme der Bundesausgaben, im Vergleich zum ersten Halbjahr 1969, auf 4 vH beschränken zu können.

81. Zu weiteren Restriktionen kam es, als die Verbraucherpreise zu Beginn des Jahres 1970 sprunghaft anstiegen. Auf Anregung des Konjunkturrates und des Finanzplanungsrates ordnete die Bundesregierung die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen an. Danach hatten der Bund 1,5 Mrd. DM, die Länder 1,0 Mrd. DM der Einnahmen bis zur Jahresmitte 1970 bei der Deutschen Bundesbank einzuzahlen und mindestens bis zum Jahresende dort zu halten. Außerdem folgten nun die Länder dem Aufruf des Finanzplanungsrates zu einer restriktiven Ausgabenpolitik und sperrten rund 1,3 Mrd. DM ihres geplanten Haushaltsvolumens. Im April 1970 sprach sich der Finanzplanungsrat dafür aus, die Haushaltssperren aufrechtzuerhalten. Der Bund wandelte daraufhin seine Ausgabensperren sogar bis auf einen Restbetrag von 440 Mill. DM in endgültige Kürzungen um.

82. Das Hauptgewicht der stabilitätspolitischen Bemühungen lag damit zunächst auf der Ausgabenseite. Zwar verschob die Bundesregierung im Februar 1970 die geplante Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages und den vorgesehenen Abbau der Ergänzungsabgabe. Sie verzichtete aber darauf, steuerpolitische Maßnahmen zu ergreifen, wie sie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in §§ 26, 27 vorsieht; statt dessen veranlaßte sie lediglich eine Anpassung der Steuervorauszahlungen an die gestiegenen Gewinne (Februar 1970).

83. Anfang Juli 1970 griff die Bundesregierung doch noch zu steuerpolitischen Maßnahmen; sie führte einen rückzahlbaren Konjunkturzuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ein und setzte gemäß § 26 Nr. 3 StWG die Erlaubnis zu degressiven Abschreibungen für neuangeschaffte und neuerstellte Wirtschaftsgüter zeitweise aus.

Tabelle 9

Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1969	
28. Oktober	In der Regierungserklärung kündigt die Bundesregierung Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Steuerrechts an: — Ab 1. Januar 1970 Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages von 240 DM auf 480 DM. — Stufenweiser Abbau der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer: Ab 1. Januar 1970 durch Verdoppelung der bisherigen Einkommensgrenze, ab 1. Januar 1971 durch Aufhebung der Ergänzungsabgabe.
15. Dezember	Finanzplanungsrat empfiehlt: — Bund, Länder und Gemeinden sollen ihre Ausgaben stärker in das zweite Halbjahr 1970 verlagern und zu diesem Zweck bei bestimmten dafür geeigneten Ansätzen Ausgabensperren vorsehen. Die gesperrten Beträge sollen erst verausgabt werden, wenn die konjunkturelle Entwicklung dies gestattet. — Übermäßigen Preissteigerungen im Investitionsbereich soll nötigenfalls durch Verzicht auf Auftragsvergabe entgegengetreten werden.
1970	
19. Januar	Konjunkturrat für die öffentliche Hand schlägt vor: — Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage durch Bund und Länder in Höhe von mindestens 2 Mrd. DM, auf die Schuldentilgungen nicht angerechnet werden sollen; — zeitliche Verschiebung der geplanten Steuersenkungen; — Erhöhung des Begünstigungsrahmens für vermögenswirksame Leistungen auf 624 DM im Jahr.
22. Januar	Erlaß des Bundesministers der Finanzen über die „vorläufige Haushaltsführung" im Haushaltsjahr 1970: Danach darf — für sächliche Verwaltungsausgaben und militärische Beschaffungen nur bis zur Höhe von 70 vH, — für Baumaßnahmen und andere Investitionen sowie Investitionsförderungsmaßnahmen nur bis zur Höhe von 60 vH der Haushaltsansätze des Jahres 1969 verfügt werden, es sei denn, daß die Ansätze im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1970 niedriger sind als die Ansätze 1969.
22. und 23. Januar	Bundesregierung verabschiedet: — Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1970 mit einem Gesamtausgabenvolumen von 91,4 Mrd. DM, von denen nach Verabschiedung des Haushalts 2,7 Mrd. DM zunächst gesperrt sind. — Finanzplanung des Bundes 1969 bis 1973 und verschiebt vorgesehene steuerliche Erleichterungen: — die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages auf den 1. Juli 1970, — den Beginn des Abbaues der Ergänzungsabgabe auf den 1. Januar 1971.
27. Januar	Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht 1970 vor: — Die öffentlichen Ausgaben sollen 1970 um 9 vH zunehmen. — Die Mittel für die mittelständischen ERP-Kreditprogramme und die regionalen ERP-Mittel sollen erhöht werden.

noch Tabelle 9

Datum	
	— Die regionale Strukturpolitik soll im Rahmen der neuen regionalen Aktionsprogramme gemeinsam mit den Ländern verstärkt fortgesetzt werden. — Für die der Forschung und Entwicklung dienenden industriellen Investitionen ist eine neue Investitionszulage in Höhe von 10 vH vorgesehen.
28. Januar	Finanzplanungsrat empfiehlt: — Bund und Länder sollen Konjunkturausgleichsrücklagen in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. DM bilden und in ihren Haushalten Ausgaben in Höhe von 4 bis 5 Mrd. DM sperren. Die Konjunkturausgleichsrücklagen sind bis zum 30. Juni 1971 auf Sonderkonten bei der Deutschen Bundesbank einzuzahlen. Schuldentilgungen sind hierauf nicht anrechenbar. — Die Gemeinden sollen ihre Steuermehreinnahmen zur Verminderung ihres Nettokreditbedarfs oder zur verstärkten Bildung allgemeiner Ausgleichsrücklagen verwenden und ebenfalls Ausgaben sperren. — Bund, Länder und Gemeinden sollen das Schwergewicht ihrer Ausgaben in das zweite Halbjahr 1970 verlagern. Tarifabschluß im öffentlichen Dienst bringt Gehalts- und Lohnerhöhungen von 8 vH, mindestens aber 100 DM monatlich sowie erstmals vermögenswirksame Leistungen für untere Einkommensgruppen.
20. Februar	Der Bundesminister der Finanzen bittet in einem Schreiben die Finanzminister bzw. Finanzsenatoren der Länder, zu veranlassen, die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1969 nachträglich den gestiegenen Gewinnen des Jahres 1969 anzupassen und die Vorauszahlungen für 1970 entsprechend der Gewinnentwicklung zusätzlich zu erhöhen.
17. April	Finanzplanungsrat vertritt die Auffassung, — daß die Ausgabensperren von Bund und Ländern im Haushaltsjahr 1970 aufrechtzuerhalten sind, — daß die öffentlichen Gesamtausgaben bis 1974 stärker steigen sollen als das Sozialprodukt, — daß die Gemeinden (Gv.) bereits in der Übergangszeit bis zu der für 1973 vorgesehenen gesetzlichen Regelung Finanzpläne aufstellen sollen.
26. Mai	Im Nachtrag zum Jahreswirtschaftsbericht hält es die Bundesregierung für notwendig, — die Haushaltssperren bei Bund und Ländern beizubehalten, — die geplanten Steuersenkungen erst im Jahre 1971 nachfragewirksam werden zu lassen, — zusätzliche Steuereinnahmen einer freiwilligen Konjunkturausgleichsrücklage zuzuführen.
27. Mai	Haushaltsausschuß des Bundestages wandelt Ausgabensperren in Höhe von 2,1 Mrd. DM in endgültige Ausgabenkürzungen um. Ausgabensperren von 440 Mill. DM bleiben aufrechterhalten.
4. Juni	Bundestag verabschiedet Drittes Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung, nach dem der begünstigte Höchstbetrag für vermögenswirksame Anlagen von 312 DM auf 624 DM jährlich verdoppelt wird.
18. Juni	Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz 1970: Der Bundeshaushalt 1970 weist ein Ausgabevolumen von 90,9 Mrd. DM (einschließlich Zuführungen an Ausgleichsrücklagen in Höhe von 1,6 Mrd. DM und Ausgabensperren in Höhe von 0,4 Mrd. DM) auf.
23. Juni	Konjunkturrat (Kreditfragen) empfiehlt den Gebietskörperschaften, „für eine gewisse Zeit betonte Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme" zu üben.

noch Tabelle 9

1970	
6. Juli	Bundesregierung beschließt: — Aussetzung der degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter, die nach dem 5. Juli 1970 und vor dem 1. Februar 1971 angeschafft oder hergestellt worden sind sowie für Betriebsgebäude, für die in diesem Zeitraum die Baugenehmigung beantragt worden ist. — Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlages zur veranlagten Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer und zur Lohnsteuer bei Steuerpflichtigen mit einer monatlichen Steuerschuld über 100 DM vom 1. August 1970 bis 30. Juni 1971.
9. Juli	Bundesregierung verabschiedet: — Finanzplan des Bundes für 1970 bis 1974. — Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1971 mit einem Gesamtausgabenvolumen von 100,1 Mrd. DM.
10. und 11. Juli	Bundestag stimmt dem Gesetz über die Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlages zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu.
13. Juli	Finanzplanungsrat spricht sich für die Beibehaltung der beschlossenen Ausgabensperren aus, tritt für eine über die Steigerungsrate des Sozialprodukts hinausgehende Ausdehnung der öffentlichen Haushalte bis 1974 ein und hält für 1971 eine Ausgabensteigerung bei Bund, Ländern und Gemeinden von 12 vH für erforderlich.

Haushalte der Gebietskörperschaften erneut konjunkturdämpfend

84. Bei nahezu unveränderter Steuerquote haben die Ausgabensperren dazu geführt, daß die Haushalte der Gebietskörperschaften im Jahre 1970 etwa im gleichen Maße zur Konjunkturstabilisierung beitrugen wie im Vorjahr.

Ausgaben

85. Die tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften [1]) werden 1970 nach den bis Oktober vorliegenden Informationen um 10 vH höher sein als 1969 und damit 190,1 Mrd. DM betragen (Tabelle 10) — vorausgesetzt, Bund und Länder halten die verbliebenen Ausgabensperren bis zum Jahresende 1970 aufrecht. Die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich dürfte für das zweite Halbjahr 1970 zwar niedriger ausfallen als für das erste. Das ist indes allein damit zu erklären, daß die Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte 1969 besonders hoch waren.

86. Am wenigsten hat 1970 der Bund seine Ausgaben erhöht. Für das ganze Jahr ist mit einer Steigerungsrate der Bundesausgaben (ohne Schuldentilgung) gegenüber 1969 um 9,5 vH zu rechnen. In der ersten Jahreshälfte 1970 hatte die Zuwachsrate noch gut einen Prozentpunkt höher gelegen. Das hatte der Bundesregierung den Vorwurf eingetragen, eine expansive und damit stabilitätswidrige Ausgabenpolitik zu betreiben. Freilich war schon Ende 1969 abzusehen gewesen, daß sich die beabsichtigte Steigerungsrate von 4 vH nicht einhalten lassen würde. Denn die Personalausgaben wurden — tarifvertraglich bedingt — kräftig erhöht, die Kriegsopferversorgung wurde beträchtlich verbessert und auch für Agrarsubventionen mußte wegen der Aufwertung mehr ausgegeben werden; zudem war die Basis für den Vorjahresvergleich im ersten Halbjahr 1970 gerade beim Bund besonders niedrig.

87. Die Länder haben ihre Ausgaben (ohne Schuldentilgung) trotz der Haushaltssperren 1970 gegenüber dem Vorjahr um 10,5 vH ausgeweitet. Damit haben sie ihre Zurückhaltung in der Ausgabenpolitik, die sie 1968 und 1969 geübt hatten, aufgegeben.

Von den Gemeinden ist anzunehmen, daß sie ihre Ausgaben noch stärker als die Länder erhöht haben (knapp 11 vH gegenüber 1969). Das ist weniger, als die Kommunen zu Beginn der Haushaltsperiode vorgesehen hatten. Daß die Gemeinden geplante Ausgaben zurückstellen mußten, dürfte vor allem auf die hohen Kreditkosten zurückzuführen sein, die

[1]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa).

Tabelle 10

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1968 bis 1970

Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Länder und Gemeinden (Gv.)

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1968 [1]	1969 [2]	1970 [3]	1968 [1]	1969 [2]	1970 [3]
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Ausgaben insgesamt [4]	158,1	172,9	190,1	+ 2,4	+ 9,3	+10,0
Laufende Rechnung	119,6	129,9	143,7	+ 4,4	+ 8,6	+10,6
darunter:						
Personalausgaben	45,9	51,8	58,9	+ 6,2	+12,8	+13,8
Sachaufwand [5]	29,7	32,5	33,6	− 4,6	+ 9,3	+ 3,5
Laufende Übertragungen [6]	38,5	39,6	44,5	+10,1	+ 3,1	+12,1
Zinszahlungen	5,5	6,0	6,7	+ 5,6	+ 9,3	+11,1
Kapitalrechnung	38,6	43,0	46,5	− 4,1	+11,3	+ 8,1
darunter:						
Sachinvestitionen	23,2	26,1	29,4	+ 0,0	+12,1	+12,7
Vermögensübertragungen [7]	7,2	8,8	9,3	+ 2,7	+22,8	+ 5,4
Gewährung von Darlehen	7,4	7,2	6,7	−21,3	− 2,7	− 6,1
Einnahmen insgesamt [8]	150,3	175,2	193,2	+ 6,9	+16,6	+10,3
Laufende Rechnung	145,2	170,3	188,0	+ 6,6	+17,2	+10,4
darunter: Steuern	121,8	145,3	162,5[a]	+ 6,3	+19,3	+11,8
Kapitalrechnung	5,0	4,9	5,2	+15,4	− 1,4	+ 5,3
darunter: Darlehensrückflüsse	3,7	3,5	3,6	+19,4	− 5,1	+ 3,7
Nettofinanzierungssaldo	−7,7	+2,3	+3,1	.	.	.

[1] Vorläufige Ergebnisse.
[2] Schätzung nach Teilergebnissen.
[3] Schätzung (Stand Mitte Oktober); eigene Steuerschätzung vgl. Ziffer 89.
[4] Ohne Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Abdeckung von Fehlbeträgen der Vorjahre.
[5] Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[6] Darunter: Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung (1968: 11,5 Mrd. DM, 1969: 11,8 Mrd. DM, 1970: 12,5 Mrd. DM).
[7] Darunter: Investitionszuschüsse (1968: 3,9 Mrd. DM, 1969: 4,8 Mrd. DM, 1970: 5,9 Mrd. DM).
[8] Ohne Schuldenaufnahme, Münzeinnahmen, Entnahmen aus Rücklagen.
[a] Einschließlich 2,6 Mrd. DM Mehreinnahmen aus dem rückzahlbaren Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und aus der Aussetzung der degressiven Abschreibung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

die Kommunen dazu veranlaßten, auf einen beträchtlichen Teil der ursprünglich beabsichtigten Kreditaufnahme zu verzichten.

88. *Noch immer ist in der Bundesrepublik eine Würdigung des Ausgabengebarens aller Gebietskörperschaften im jeweils laufenden Jahr auf unzureichende Informationen angewiesen, weil aktuelle amtliche Zahlen über die Entwicklung der kommunalen Gesamtausgaben fehlen. Zwar werden im Rahmen der Vierteljahresstatistik die Investitionsausgaben der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern erfaßt, doch läßt ihre Veränderung keine Schlüsse über die Entwicklung der Gesamtausgaben der Kommunen zu. Diese Lücke in der amtlichen Statistik müßte geschlossen werden, sollen Fehlschätzungen sowie Fehlurteile über die konjunkturelle Wirkung der öffentlichen Ausgaben vermieden werden.*

Steuereinnahmen

89. Für 1970 ist nach unserer Schätzung gegenüber dem Vorjahr mit einer Steigerung des Steueraufkommens (einschließlich Konjunkturzuschlag) um 10,9 vH zu rechnen. (Zu den Steuereinnahmen in den ersten neun Monaten des Jahres 1970 vgl. Tabelle 11).

Damit ist die Zuwachsrate der Steuereinnahmen im Jahre 1970 trotz der steuerpolitischen Maßnahmen niedriger als die Steigerungsrate des nominalen Bruttosozialprodukts.

Das Steueraufkommen des Jahres 1970 ist unter anderem dadurch beeinflußt, daß die Gemeinden im Jahre 1969 Unternehmen dazu veranlaßt haben, hohe Vorauszahlungen und beschleunigt Abschlußzahlungen auf die Gewerbesteuerschuld der Jahre 1968 und 1969 zu entrichten. Durch diese einmalige Aktion flossen den Gemeinden 1969 schätzungsweise 2,5 Mrd. DM mehr Gewerbesteuer zu, ein Betrag,

Tabelle 11

Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden

Steuerart	1969	1970	Veränderung	
	bei alter Steuerverteilung	bei neuer Steuerverteilung	gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum	durch neue Steuerverteilung
	Mrd. DM		vH	Mrd. DM
		Januar bis September		
Steuereinnahmen des Bundes [1]	55,3	59,5	+7,7	−2,2
davon:				
Anteil an der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer	14,0	19,7	.	+4,2
Anteil an den Umsatzsteuern [1] [2]	24,1	19,4	.	−8,3
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	—	1,0	.	+1,0
Bundessteuern [3]	17,1	19,3	.	+0,9
Steuereinnahmen der Länder [4] [5]	33,4	36,1	+8,3	−0,8
davon:				
Anteil an der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer	26,0	19,7	.	−9,2
Anteil an den Umsatzsteuern [2] [5]	—	8,3	.	+8,3
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	—	1,0	.	+1,0
Ländersteuern [4]	7,3	7,0	.	−0,9
Nachrichtlich:				
Anteil der Gemeinden an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	—	5,0	.	+2,9
		Januar bis Juni		
Steuereinnahmen der Gemeinden	7,7	8,0	+2,9	+0,6
darunter:				
Einnahmen aus Gewerbesteuern	6,1	4,6	.	−1,0
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	—	1,6	.	+1,6

[1] Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland und Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.
[2] Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer.
[3] Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland.
[4] Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.
[5] Ohne Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

von dem ihnen nach Inkrafttreten der Finanzreformgesetze am 1. Januar 1970 nur noch ein Teil zugestanden hätte. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer-Veranlagung hat sich 1970 in so beträchtlichem Maß verzögert, vor allem wohl durch die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1969, daß bei diesen Steuern 1970 vermutlich rund 3 Mrd. DM weniger aufkommen werden, als noch im Mai vorausgeschätzt wurde.

90. Durch die Erhebung des Konjunkturzuschlages zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ab 1. August 1970 entsteht nach unserer Schätzung 1970 ein Mehraufkommen von 2,5 Mrd. DM. Die Mehreinnahmen aufgrund der Aussetzung der degressiven Abschreibungen veranschlagen wir auf 0,2 Mrd. DM.

Demgegenüber ist 1970 mit Steuerausfällen zu rechnen, unter anderem wegen

— des erhöhten Vorsteuerabzugs für die Landwirtschaft bei der Mehrwertsteuer (0,7 Mrd. DM),

— der Aufhebung des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes (0,6 Mrd. DM), die sich erst 1970 voll in den Steuereinnahmen auswirken dürfte, und

— der Einführung des 624-DM-Gesetzes (0,2 Mrd. DM).

Konjunkturelle Wirkung des Haushalts

91. Um die konjunkturellen Effekte abschätzen zu können, die von den Haushalten der Gebietskörperschaften im Jahre 1970 ausgelöst worden sind, ist zunächst das tatsächliche Haushaltsvolumen in Höhe von 190,1 Mrd. DM an einer Ausgabengröße zu messen, die konjunkturneutral gewesen wäre. *Nach dem Konzept des Sachverständigenrates ist ein Haushaltsvolumen konjunkturneutral, wenn die Ausgaben einem (mittelfristig) konstanten Anteil am Produktionspotential entsprechen, gegebenenfalls vermehrt (oder vermindert) um den Betrag der Steuereinnahmen, der aufgrund einer Erhöhung (oder Verminderung) der volkswirtschaftlichen Steuerquote aufkommt (Ziffern 324 ff.). Dabei gehen wir vom Jahre 1966 als Basis aus und berücksichtigen fortlaufend Änderungen der Entzugswirkungen, die von der Einnahmenseite hervorgerufen werden. Änderungen des Preisniveaus gehen in die Werte des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens nur ein, soweit sie schon eingetreten sind oder selbst bei einer stabilisierungskonformen Politik — soll diese nicht größere Beschäftigungsrisiken einschließen — kurzfristig als unvermeidlich angesehen werden müssen („konjunkturneutrales" Preisniveau). Das Konzept wird an anderer Stelle dieses Gutachtens noch einmal ausführlich dargestellt und erläutert (Ziffern 322 ff.). Der Aufbau der Tabelle 12 veranschaulicht den Rechengang.*

92. Das Wachstum des Produktionspotentials, an dem sich die Haushaltspolitik orientieren sollte, haben wir für das Jahr 1970 auf 5,5 vH geschätzt (Ziffer 38). Was die Preisentwicklung anbelangt, so mußte zu Anfang des Haushaltsjahres 1970 für unvermeidlich angesehen werden, daß das Preisniveau (im Durchschnitt des Jahres 1970) um mindestens 3,5 vH über dem des Vorjahres liegen werde (Deflator des Bruttosozialprodukts). Denn im vierten Vierteljahr 1969 waren die Preise besonders stark gestiegen; der Überhang in das Jahr 1970 hinein war also groß. Die im Herbst 1969 ausgelöste Lohnwelle würde, so mußte man annehmen, zumindest teilweise erst im Jahre 1970 preiswirksam werden. Auf der Basis des so geschätzten „konjunkturneutralen" Preisniveaus betrug das Produktionspotential, das potentielle Sozialprodukt gleichsam, für das Jahr 1970 658,1 Mrd. DM.

93. Geht man von der Staatsquote des Jahres 1966 (28,5 vH) aus und rechnet die Entzugswirkungen ein, die von der nach und nach eingetretenen Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote ausgelöst worden sind, so wäre im Jahre 1970 eine Staatsquote von 29,3 vH konjunkturneutral gewesen. Dem entspricht ein Haushaltsvolumen von 192,9 Mrd. DM. Tatsächlich werden die Gebietskörperschaften 1970 etwa 190,1 Mrd. DM ausgeben.

94. Der kontraktive Effekt der Haushalte der Gebietskörperschaften — knapp 3 Mrd. DM — war demnach 1970 geringer als im Vorjahr. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß das Vorweginkasso der Gemeinden bei der Gewerbesteuer (2,5 Mrd. DM) den konjunkturellen Effekt des Haushaltes 1969 zu hoch, den des Haushaltes 1970 zu niedrig erscheinen läßt. Im Vorjahresvergleich muß das Urteil also lauten: Der kontraktive Kurs der Finanzpolitik hat sich leicht verschärft oder leicht gemildert, je nachdem, wie man die Wirkung der vorverlagerten Gewerbesteuereinnahmen einschätzt.

95. Da das Preisniveau des Bruttosozialprodukts sehr viel stärker stieg (7,4 vH), als für unvermeidlich zu halten und daher vorwegzunehmen war (3,5 vH), erwies sich der Realwert der öffentlichen Ausgaben als zu gering; die realisierte Staatsquote (27,8 vH), das heißt die tatsächlichen Staatsausgaben bezogen auf das Produktionspotential in jeweiligen Preisen, war deutlich niedriger, als der Inanspruchnahme des Produktionspotentials bei „konjunkturneutralem" Preisniveau entsprochen hätte (beanspruchte Staatsquote: 28,9 vH). Ein zusätzlicher kontraktiver Effekt ist hierin nicht zu sehen; vielmehr weist diese Abweichung darauf hin, daß die Beanspruchung des Produktionspotentials durch die Privaten zu groß war.

Kreditaufnahme

96. Per Saldo dürfte die öffentliche Verschuldung 1970 ähnlich wie im Vorjahr nicht wesentlich zunehmen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gebietskörperschaften wegen der erhöhten Steuereinnahmen seit 1969 in beträchtlichem Umfang jene — vorwiegend kurzfristigen — Kredite tilgen, die sie 1966, insbesondere aber im Rezessionsjahr 1967 aufgenommen haben. Bei der Nettobetrachtung der staatlichen Kreditaufnahme wird

Tabelle 12

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970
(1) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	490,7	494,6	538,5	602,2	678,6[a])
(2) Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 ..... $\frac{(1)}{100}$ · (11) im Basisjahr 1966	Mrd. DM	112,5	113,3	123,4	138,0	155,5
(3) Tatsächliche Steuereinnahmen [2])	Mrd. DM	112,5	114,6	121,8	145,3	161,1[a])[b])
(4) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote ..... (3) ⁄ (2)	Mrd. DM	—	+1,3	−1,6	+7,3	+5,6
(5) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [3])	Mrd. DM	509,8	533,1	559,3	602,9	682,7
(6) Produktionspotential bei „konjunktur-neutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [4])	Mrd. DM	509,8	538,1	561,7	597,0	658,1
(7) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 ..... $\frac{(6)}{100}$ · (12) im Basisjahr 1966	Mrd. DM	145,1	153,2	159,9	169,9	187,3
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen .. (7) + (4)	Mrd. DM	145,1	154,5	158,3	177,2	192,9
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [5])	Mrd. DM	145,1	154,4	158,1	172,9	190,1
(10) Konjunktureller Effekt [6]) des Haushalts .. (9) ⁄ (8)	Mrd. DM	—	−0,1	−0,2	−4,3	−2,8
(11) Volkswirtschaftliche Steuerquote $\frac{(3)}{(1)} \cdot 100$	vH	*22,9*	*23,2*	*22,6*	*24,1*	*23,7*
(12) Konjunkturneutrale Staatsquote $\frac{(8)}{(6)} \cdot 100$	vH	*28,5*	*28,7*	*28,2*	*29,7*	*29,3*
(13) Beanspruchte Staatsquote $\frac{(9)}{(6)} \cdot 100$	vH	*28,5*	*28,7*	*28,2*	*29,0*	*28,9*
(14) Konjunktureller Effekt, bezogen auf das Produktionspotential in (6) ..... (13) ⁄ (12)	vH	—	*−0,0*	*−0,0*	*−0,7*	*−0,4*
(15) Realisierte Staatsquote $\frac{(9)}{(5)} \cdot 100$	vH	*28,5*	*29,0*	*28,3*	*28,7*	*27,8*
(16) Abweichungen der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen . . . Mrd. DM ..... (15) ⁄ (12) · (5)	Mrd. DM	—	+1,4	+0,1	−6,1	−10,0
Nachrichtlich (für 1970 eigene Schätzung): Steigerungsrate						
des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1962	vH	*+2,9*	*−0,3*	*+7,2*	*+ 8,0*	*+ 5,0*
des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	vH	*+6,6*	*+0,8*	*+8,9*	*+11,8*	*+12,7*
des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	*+4,8*	*+3,5*	*+3,3*	*+ 4,2*	*+ 5,5*
des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ...	vH	*+3,6*	*+1,1*	*+1,6*	*+ 3,5*	*+ 7,4*
„Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	—	*+2,0*	*+2,0*	*+ 2,5*	*+ 3,5*

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Kassenmäßige Einnahmen.
[3]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[5]) Eigenfinanzierte Ausgaben.
[6]) Expansiv: +; kontraktiv: —.
a) Eigene Schätzung.
b) Einschließlich Konjunkturzuschlag.

Anmerkung: Abweichungen von Tabelle 9 im Jahresgutachten 1969/70 sind zum Teil auf Korrekturen der Finanzstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen. Wegen des konjunkturellen Effektes im Jahre 1968 vgl. Ziffer 331 Fußnote 1. Nur aus rechnerischen Gründen ist das Produktionspotential mit der Genauigkeit von 0,1 Mrd. DM angegeben.
Quelle: Ist-Ergebnisse für 1965 bis 1969, Ausgabenschätzung für 1970: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 13

Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970
Kurzfristige Kredite [2])	+3,5	+5,8	+ 0,3	−8,8	.
Längerfristige Kredite [3])	+7,0	+8,3	+10,7	+8,7	.
Zum Vergleich: Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme [4])	+7,5	+7,6	+ 8,2	+9,2	+10,4

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine, Kredite (einschließlich Buchkredite) der Deutschen Bundesbank, Kassenobligationen.
[3]) Anleihen, verzinsliche Schatzanweisungen, Kredite von Banken und Sparkassen, Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen.
[4]) Eigene Berechnung (siehe Ziffern 342 ff.).

deswegen nicht sichtbar, daß die längerfristige öffentliche Verschuldung, vor allem in Form von Anleihen und Bankkrediten, seit 1966 — abgesehen vom Jahre 1968 — kontinuierlich zugenommen hat (Tabelle 13).

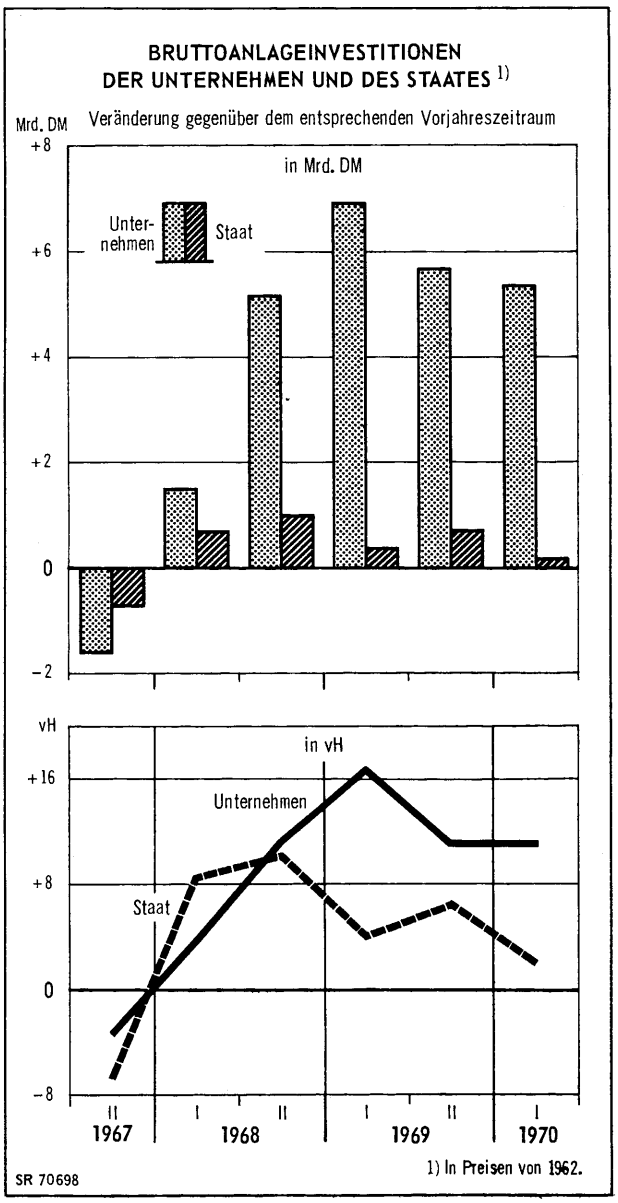
97. Die längerfristige Kreditaufnahme wird 1970 — darauf lassen erste Ergebnisse schließen — hinter dem zurückbleiben, was konjunkturneutral gewesen wäre (Ziffer 346). Bei gegebenen Staatsausgaben wäre dieser Verzicht auf eine stärkere Verschuldung — für sich genommen — als expansiver Vorgang zu werten, denn der Staat hätte insoweit die Finanzierungschancen der Privaten verbessert und damit möglicherweise deren expansive Ausgabenpläne begünstigt.

Nachhinken öffentlicher Investitionen

98. Zwar erhöhten die Gebietskörperschaften 1970 ihre Ausgaben für Sachinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr um knapp 13 vH — darunter die für Baumaßnahmen um etwa 12 vH — und somit stärker als ihre Gesamtausgaben, doch reichte das angesichts der beträchtlichen Preissteigerungen nicht aus, die Ausgaben für öffentliche Investitionen real auch nur auf dem gleichen Niveau zu halten wie 1969. Damit mußten 1970 staatliche Investitionen erneut zurückstehen.

99. Bereits während der Aufschwungsphase war (Schaubild 22) die Steigerung der öffentlichen Investitionen hinter der der Investitionen im Unternehmensbereich zurückgeblieben. Die Gebietskörperschaften haben antizyklische Finanzpolitik vorwiegend dadurch betrieben, daß sie ihre geplanten Ausgaben — und zwar vorwiegend für Investitionen — kürzten, anstatt rechtzeitig private Übernachfrage durch einnahmenpolitische Maßnahmen zurückzudrängen.

Schaubild 22



100. Wegen der Komplementarität zwischen öffentlichen und privaten Investitionen ist es aus wachstumspolitischen Gründen nicht unbedenklich, wenn staatliche Investitionen dauernd zurückstehen müssen. Die Wahrscheinlichkeit ist nicht allzu groß, daß der zurückgestaute Investitionsbedarf des Staates, der durch die restriktive Ausgabenpolitik entstanden ist, nachträglich voll befriedigt werden kann. Zum einen ist die Konjunkturpolitik in der Regel bei der Vermeidung von Rezessionen, in denen staatliche Investitionen gegenüber privaten aufholen könnten, erfolgreicher als bei der Zügelung eines Booms. Zum anderen ist, selbst wenn es zu einer Rezession kommt, diese zumeist kürzer als die vorausgegangene Boomperiode.

Konsolidierter Haushalt erstmals leicht kontraktiv

101. In der konjunkturpolitischen Debatte des Jahres 1970 wurde wiederholt auf die konjunkturellen Effekte hingewiesen, die vom Finanzgebaren der Sozialversicherung ausgehen. Diese Wirkungen lassen sich allerdings wegen der Verflechtung der Einnahmen und Ausgaben zwischen den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung nicht isoliert von der Haushaltspolitik des Bundes, der Länder und Gemeinden beurteilen (Ziffern 354 ff.). Daher haben wir die Haushalte der Gebietskörperschaften mit denen der Parafisci zu einem konsolidierten Haushalt zusammengefaßt, der — soweit wie möglich — von Doppelzählungen bereinigt ist (Ziffer 355).

102. Der konsolidierte Haushalt, das heißt die Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung zusammen genommen, hat 1970 zum erstenmal seit 1966 kontraktiv gewirkt, also einen Beitrag dazu geleistet, private Übernachfrage abzubauen.

103. *Im Sozialbudget 1969/70 hat die Bundesregierung für das Jahr 1970 das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung[1]) auf 68,0 Mrd. DM, ihre Ausgaben auf 78,9 Mrd. DM beziffert. Dabei ist aber zu bedenken, daß das Sozialbudget 1969/70 auf den Grundannahmen der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung für 1969/73 basierte, die seither von der tatsächlichen Entwicklung überholt wurden.*

104. *Nach unserer Schätzung beträgt das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung 1970 72,0 Mrd. DM. Allerdings sind in dieser Summe Arbeitgeberbeiträge der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung — wir veranschlagen sie für 1970 auf 4,0 Mrd. DM — enthalten, die bei der Konsolidierung der Haushalte zu eliminieren sind. Insgesamt ergibt sich dann ein Steuer- und Beitragsaufkommen von 229,1 Mrd. DM.*

Das Ausgabenvolumen der Sozialversicherung dürfte sich — nach Ausschluß von Verrechnungen — 1970 auf 81,2 Mrd. DM belaufen. Zusammen mit den eigenfinanzierten Ausgaben der Gebietskörperschaften schätzen wir die Gesamtausgaben auf 251,6 Mrd. DM, wobei dieses Ausgabenvolumen von

- *Staatszuschüssen an die Sozialversicherung (12,2 Mrd. DM),*
- *Arbeitgeberbeiträgen der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung (4,0 Mrd. DM) und*
- *Zahlungen der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften für Krankenhausleistungen (3,6 Mrd. DM)*

bereinigt ist.

105. Das Volumen der öffentlichen Gesamtausgaben für Käufe von Gütern und Diensten sowie für Einkommensübertragungen entsprach 1970 38,2 vH des Produktionspotentials. Das war reichlich 1/2 Prozentpunkt mehr als im Basisjahr 1966 (Tabelle 25). Diese erhöhte Inanspruchnahme des Produktionspotentials wurde jedoch dadurch ausgeglichen, daß das Steuer- und Beitragsaufkommen — auch hervorgerufen durch die mehrfache Erhöhung der Beitragssätze der Sozialversicherung — von 1966 an in zunehmendem Maße private Nachfrage zurückdrängte: Seit dem Basisjahr ist die Steuer- und Beitragsquote ebenfalls um fast 2 Prozentpunkte gestiegen. Damit hat der konsolidierte Haushalt 1970 erstmals — wenn auch nur in geringem Umfange — zur Konjunkturstabilisierung beigetragen.

Im Vorjahresvergleich muß bei dieser Betrachtung berücksichtigt werden, daß Steuereinnahmen in das Jahr 1969 vorverlagert wurden (Ziffer 89). So gesehen war der konsolidierte Haushalt 1969 nicht konjunkturneutral, sondern expansiv. Die konjunkturstabilisierende Wirkung des konsolidierten Haushaltes 1970 ist entsprechend höher einzuschätzen.

V. Geld- und Kreditpolitik auf Restriktionskurs

106. Die Deutsche Bundesbank hat im Jahre 1970 ihren 1969 eingeschlagenen Restriktionskurs verschärft. Die westdeutschen Kreditinstitute hatten einen drastischen Entzug liquider Mittel hinzunehmen; die freien Liquiditätsreserven verringerten sich, vor allem im Zusammenhang mit der Aufwertung, von ihrem Höchststand im Mai 1969 (rund 41 Mrd. DM) auf rund 15 Mrd. DM im März 1970. Dies und die kräftige Diskontsatzerhöhung von März 1970 ließen das westdeutsche Zinsniveau im Frühjahr 1970 auf eine bisher noch nicht erreichte Höhe ansteigen. Bei mittlerweile leicht sinkendem internationalen Zinsniveau war die Bundesbank damit allerdings an die Grenze ihres Spielraums für eine autonome Restriktionspolitik gestoßen. Das Zinsgefälle zum Ausland führte 1970 zu Devisenzuflüssen, deren liquidisierende Wirkung die Bundesbank ab Mai mit Mindestreservemaßnahmen nicht mehr in voller Höhe kompensieren konnte. Seit Frühsommer 1970 zeigen die liquiden Mittel der Kreditinstitute wieder eine leicht steigende Tendenz.

Die Liquiditätssituation der Wirtschaft hat sich 1970 deutlich verschlechtert. Die Wirtschaft mußte in verstärktem Maße Kredite in Anspruch nehmen, die sich bis in die zweite Jahreshälfte hinein zunehmend verteuerten.

[1]) Einschließlich der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst.

Tabelle 14

Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1969	
5. Dezember	Der Lombardsatz wird von 7½ auf 9 % erhöht. Die Mindestreservesätze werden — beschränkt auf den Monat Dezember — um 10 vH gesenkt.
8. Dezember	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel werden um ⅛ bis ⅜ % erhöht.
18. Dezember	Die am 28. August verfügte Einschränkung der Freistellung von Verbindlichkeiten aus Zinsarbitragegeschäften von der Mindestreservepflicht (zur Verhinderung von „Karussellgeschäften") wird aufgehoben.
1970	
6. März	Der Diskontsatz wird mit Wirkung vom 9. März von 6 auf 7½ % und der Lombardsatz von 9 auf 9½ % erhöht. Die Abgabesätze für Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel werden um ¾ bis 1½ % heraufgesetzt. Gleichzeitig beschließt der Zentralbankrat, vom 1. April an die Zunahme der Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts gegenüber dem Ausland mit einer zusätzlichen Mindestreserve von 30 vH zu belegen.
6. bis 22. April	Die Bundesbank nimmt schrittweise ihren Ankaufskurs für den US-Dollar von 3,65 auf den unteren Interventionspunkt von 3,63 DM zurück, um nicht Dollarbeträge aufnehmen zu müssen.
13. Mai	Der Zentralbankrat beschließt, das Rediskontkontingent eines Kreditinstituts um den Zuwachs seiner Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern aus Pensionsgeschäften zu kürzen. Außerdem erstreckt sich die Kürzung auf einen etwaigen Zuwachs an Indossamentsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Die Bundesbank behält sich vor, weiteren Tatbeständen, die zu einer Umgehung der 30%igen Zuwachsmindestreserve führen, durch eine entsprechende Kürzung des Rediskontkontingents eines Kreditinstituts zu begegnen. Am selben Tag muß die Bundesbank erstmals im Jahre 1970 Dollars aus dem Markt nehmen, weil der Kurs des US-Dollars den unteren Interventionspunkt erreicht.
ab 15. Juni	Um spekulative Devisenzuflüsse abzuwehren, interveniert die Bundesbank am Devisenterminmarkt. Sie erklärt sich bereit, Drei-Monats-Dollars zum festen DM-Preis von 3,6330 anzukaufen. Der Satz wird später auf 3,6310 zurückgenommen.
18. Juni	Der Zentralbankrat kündigt an, am 1. Juli die Mindestreservesätze zu erhöhen — um wieviel, soll davon abhängen, welche zusätzliche fiskalpolitische Dämpfungsmaßnahme die Bundesregierung ergreift.
1. Juli	Die Mindestreservesätze werden um 15 vH erhöht; dadurch werden rund 3 Mrd. DM liquider Mittel der Kreditinstitute gebunden.
16. Juli	Der Diskontsatz wird von 7½ auf 7 % und der Lombardsatz von 9½ auf 9 % gesenkt. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel werden um ¼ % zurückgenommen.
4. August	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um ⅛ % heraufgesetzt.
12. August	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 1. September den Zuwachs an Sicht- und Terminverbindlichkeiten eines Kreditinstituts mit einer zusätzlichen Mindestreserve von 40 vH und den Zuwachs an Spareinlagen mit 20 vH zu belegen. Bezugsgröße für den Zuwachs ist der Durchschnittsstand der betreffenden Verbindlichkeiten im 2. Quartal 1970. Die am 1. April eingeführte Mindestreserve auf den Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten eines Kreditinstituts wird mit Wirkung vom 31. August aufgehoben. Von da an gelten für die Auslandsverbindlichkeiten dieselben Sätze wie für die reservepflichtigen Verbindlichkeiten gegenüber Inländern.

noch Tabelle 14

Datum	
1970	
27. August	Der Zentralbankrat korrigiert seinen Mindestreservebeschluß vom 12. August. Die Mindestreserve für den Zuwachs an Sicht- und Terminverbindlichkeiten sowie Spareinlagen darf im September 25 vH und im Oktober 30 vH des Reservesolls nicht übersteigen. Der Basisbetrag für Spareinlagen, der der Zuwachsrechnung zugrunde liegt, kann um 60 vH der am 1. Juli frei gewordenen prämienbegünstigten Spareinlagen erhöht werden.
9. September	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/8 % herabgesetzt. Schatzanweisungen werden nur noch unter der Voraussetzung an Kreditinstitute abgegeben, daß sie nicht an ausländische Banken verkauft werden („Exportverbot" für Geldmarktpapiere).
21. Oktober	Die am 27. August beschlossene „Härteregelung" für die Zuwachsmindestreserve wird um einen Monat verlängert; auch im November darf die Mindestreserve für den Zuwachs an Sicht- und Terminverbindlichkeiten sowie Spareinlagen 30 vH des Reserve-Solls nicht übersteigen. Die Freistellung bestimmter bankgeschäftlicher Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland von der Mindestreserve wird mit Wirkung vom 22. Oktober eingeschränkt. Dieser Beschluß trifft Zinsarbitragegeschäfte und „von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite", deren bisherige Regelung den Kreditinstituten Möglichkeiten geboten hatte, ihre Mindestreservepflicht zu verringern.
17. November	Der Diskontzsatz wird von 7 auf 6½ % und der Lombardsatz von 9 auf 8 % gesenkt. Die Zuwachsmindestreserve auf Inlandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute wird mit Wirkung vom 1. Dezember aufgehoben. Dafür werden die Mindestreservesätze auf den Bestand an Einlagen vom gleichen Stichtag an um 15 vH erhöht. Die Zuwachsmindestreserve auf Auslandsverbindlichkeiten bleibt mit einem Satz von 30 % aufrechterhalten. Bezugsgröße für den Zuwachs ist der Durchschnitt der Auslandsverbindlichkeiten zwischen dem 16. Oktober und dem 15. November.

Liquiditätsverknappung und Kreditverteuerung

107. Nachdem seit Mitte 1969, bedingt durch den Liquiditätsentzug und die zweimalige Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes, die Geldmarktsätze zu steigen begonnen hatten und die Zinsen für Bankkredite und Rentenwerte mitzogen, wurde im Dezember 1969 durch die starke Heraufsetzung des Lombardsatzes von 7½ auf 9 Prozent das Zinsniveau noch weiter in die Höhe getrieben. Die Bundesbank begründete die Anhebung des Lombardsatzes, der nunmehr um 3 Prozentpunkte über dem Diskontsatz lag, damit, daß die deutschen Kreditinstitute den Lombardkredit dazu benutzten, ihre kurzfristigen Auslandsanlagen stark zu erhöhen: Auch nach der Paritätsänderung war das Zinsniveau im Inland zunächst noch unter dem des Euro-Dollar-Marktes geblieben (Schaubild 25). Die Geldexporte stellten nach Ansicht der Bundesbank eine zusätzliche Belastung der zentralen Währungsreserven dar, die sich in den ersten zwei Monaten nach der Aufwertung um rund 20 Mrd. DM (einschließlich der Minderung ihres Buchwertes) verringert hatten. Die Lombardsatzerhöhung war daher auch als Maßnahme gedacht, den Devisenbestand zu schonen.

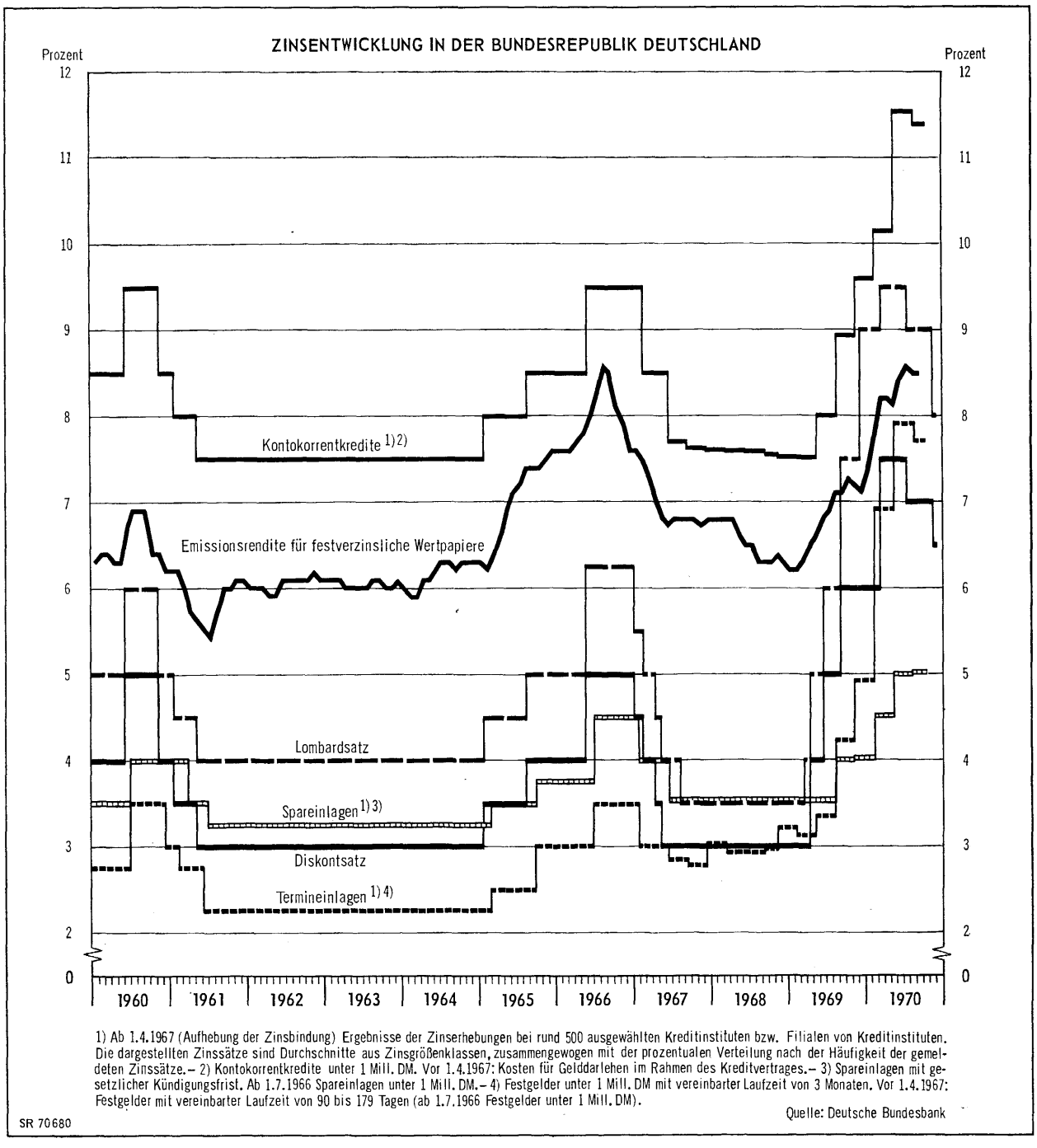
108. In der Folgezeit setzte sich der Zinsauftrieb im Inland beschleunigt fort, bis schließlich im März 1970, nach der Erhöhung des Diskontsatzes von 6 auf 7½ Prozent, das westdeutsche Zinsniveau, gemessen an den Geldmarktsätzen, das inzwischen leicht sinkende internationale Niveau überschritt. Die Liquiditätsknappheit trieb die Geldmarktsätze auf die Höhe des Lombardsatzes, teilweise sogar darüber hinaus. In den Monaten April und Mai mußten für Tagesgeld, Monatsgeld und Dreimonatsgeld Sätze von durchschnittlich 9,5 Prozent gezahlt werden. Am Kreditmarkt wurden für Kontokorrentkredite im Mai 1970 am häufigsten Zinssätze von 11,75 Prozent und darüber genannt (Mai 1969: 8,5 Prozent).

109. Waren die massiven Liquiditätsverluste, die den Kreditschöpfungsspielraum erheblich einschränkten, bis zum Jahresanfang 1970 vornehmlich durch Devisenabflüsse bestimmt, so traten danach binnenwirtschaftliche Faktoren in den Vordergrund, vor allem die Kassentransaktionen der öffentlichen Hand. Wie angespannt die Liquiditätslage war, zeigt sich daran, daß das Refinanzierungsobligo der Kreditinstitute bei der Bundesbank seit Januar 1970

ständig fast dreimal so hoch war wie im Sommer 1966, der Zeit der schärfsten Liquiditätsklemme im vorangegangenen Zyklus.

110. Nach der Aufwertung hat sich die Kreditnachfrage bei den Banken vorübergehend stark erhöht, während die Einlagen zeitweise leicht zurückgegangen sind. Verringerter Kreditangebotsspielraum und zunehmende Kreditnachfrage zwangen die Banken, alle Refinanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Konkurrenz um Einlagen führte im Passivgeschäft zu noch stärkeren Zinssteigerungen als im Aktivgeschäft (Schaubild 23). Für Festgelder (unter 1 Mill. DM) mit vereinbarter Laufzeit von drei Monaten mußten die Kreditinstitute im Mai 1970 etwa 8 Prozent vergüten gegenüber weniger als 3 Prozent im Mai 1969. Die höheren Zinssteigerungen im Einlagengeschäft gegenüber dem Kreditgeschäft führten zu Rentabilitätseinbußen.

Schaubild 23



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mill. DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages. – 3) Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Ab 1.7.1966 Spareinlagen unter 1 Mill. DM. – 4) Festgelder unter 1 Mill. DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mill. DM).

SR 70680

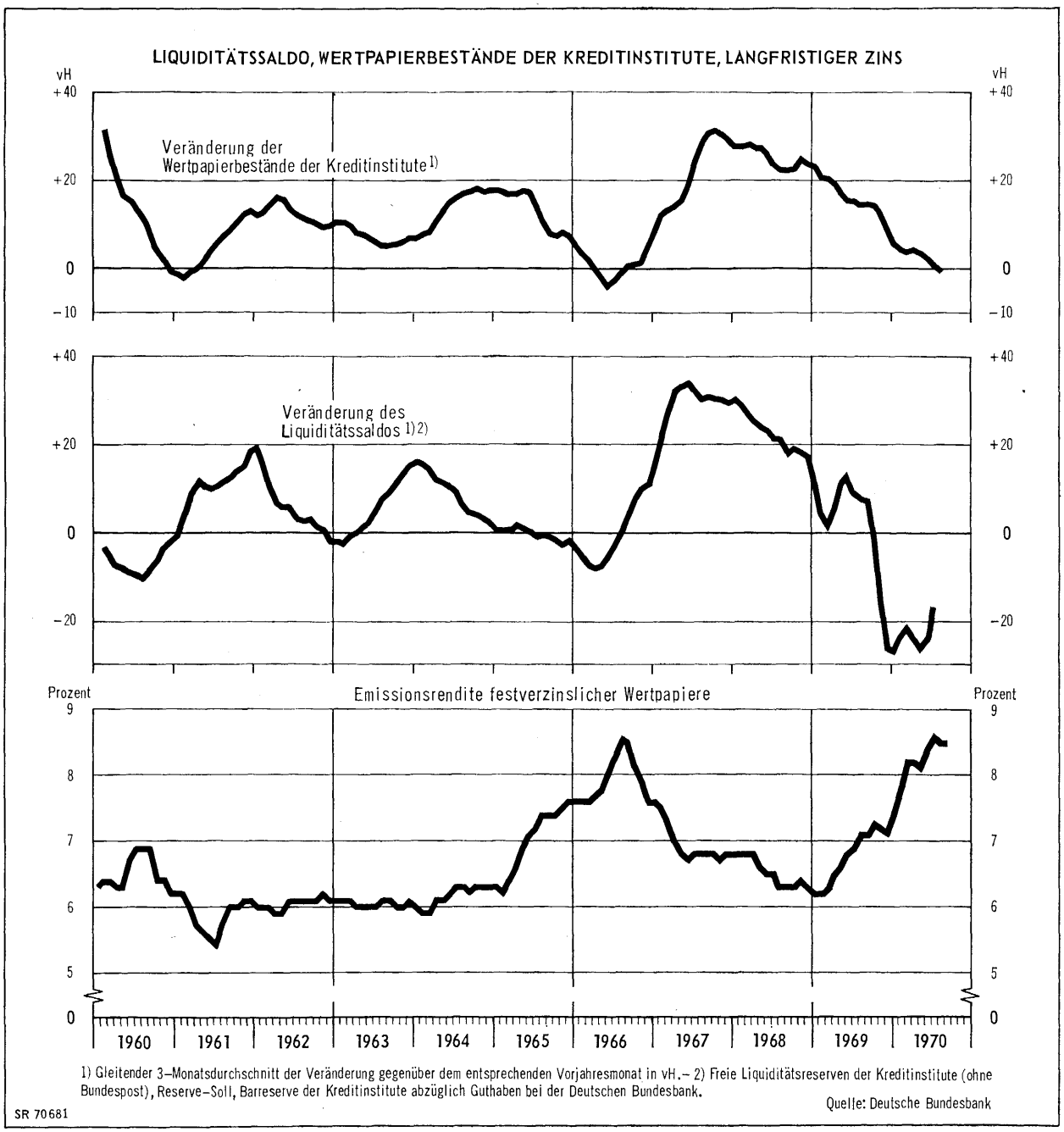
Quelle: Deutsche Bundesbank

111. Die Liquiditätsverknappung ist, obwohl durch Marktfaktoren (Devisenabflüsse, Kassentransaktionen der öffentlichen Hand) verursacht, durchaus ein Ausdruck der Kreditpolitik der Bundesbank; diese hat die marktbedingten Liquiditätsabflüsse toleriert. Da die Liquiditätssituation zusammen mit administrativen Maßnahmen der Bundesbank das Zinsniveau bestimmt, ist der außergewöhnliche Zinsanstieg der Jahre 1969 und 1970 durch die Politik der Bundesbank mit verursacht. Auch wenn durch die internationale Interdependenz der Geld- und Kapitalmärkte die inländische Zinsentwicklung nicht unabhängig von der ausländischen gesehen werden kann, wäre der Anstieg des westdeutschen Zinsniveaus bei entsprechender Politik der Bundesbank nicht so stark gewesen.

Kapitalmarkt unter Restriktionsdruck

112. Die Geschäftsbanken haben am Kapitalmarkt als Anbieter wie als Nachfrager die größte Bedeutung. Wird ihnen Liquidität entzogen, halten sie sich, wie das in den Jahren 1960, 1965/66 und 1970 der Fall war, mit Wertpapierkäufen zurück (Schaubild 24). Solche Zurückhaltung der Banken beeinträchtigte auch im Jahre 1970 die Aufnahmefähig-

Schaubild 24



1) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in vH. – 2) Freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute (ohne Bundespost), Reserve-Soll, Barreserve der Kreditinstitute abzüglich Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

SR 70681

Quelle: Deutsche Bundesbank

keit des Marktes. Hinzu kam, daß auch die Wirtschaftsunternehmen und Privaten ihre Wertpapierkäufe einschränkten.

113. Liquiditätsknappheit und Zinssteigerungen an den anderen monetären Märkten schlugen auch auf den Kapitalmarkt durch. Gemessen an der Emissionsrendite festverzinslicher Wertpapiere betrug im Juli 1970 der Kapitalzins 8,6 gegenüber 6,9 Prozent vor Jahresfrist.

Insgesamt gesehen erwies sich der Markt nicht mehr so aufnahmefähig wie im Vorjahr. In den ersten neun Monaten 1970 konnten knapp 14 Mrd. DM an festverzinslichen Wertpapieren von inländischen Emittenten abgesetzt werden (Januar bis September 1969: 14,8 Mrd. DM). Noch stärker war der Rückgang bei der Emission von Investment-Anteilen. Das Mittelaufkommen bei den deutschen Publikumsfonds betrug im gleichen Zeitraum 1,2 Mrd. DM gegenüber 2,7 Mrd. DM ein Jahr zuvor. Lediglich die Ausgabe neuer inländischer Aktien, deren Emissionsvolumen allerdings geringere Bedeutung für den Kapitalmarkt hat, nahm zu (2,4 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1970 gegenüber 2 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres).

Grenzen der restriktiven Geld- und Kreditpolitik erreicht

114. Die angespannte Liquiditätssituation und das extrem hohe Zinsniveau in Deutschland führten zu einer Umkehr im Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Überwogen bis zum Januar 1970 noch die Abflüsse von Devisen, so kam es ab Februar wieder zu Zuflüssen als Folge von kurzfristigen Kapitalimporten, zunächst vornehmlich von den Banken. Die Bundesbank versuchte, den liquiditätspolitisch unerwünschten Geldaufnahmen der deutschen Banken im Ausland zu begegnen, indem sie im Mai

— eine zusätzliche Mindestreserve von 30 vH auf die Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute einführte,

— die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um den Zuwachs ihrer Verpflichtungen aus Pensionsgeschäften und Indossamentsverbindlichkeiten bei ausländischen Geschäftsbanken kürzte und

— eine entsprechende Kürzung des Rediskontkontingents bei einer weiteren Umgehung der Zuwachsmindestreserve ankündigte.

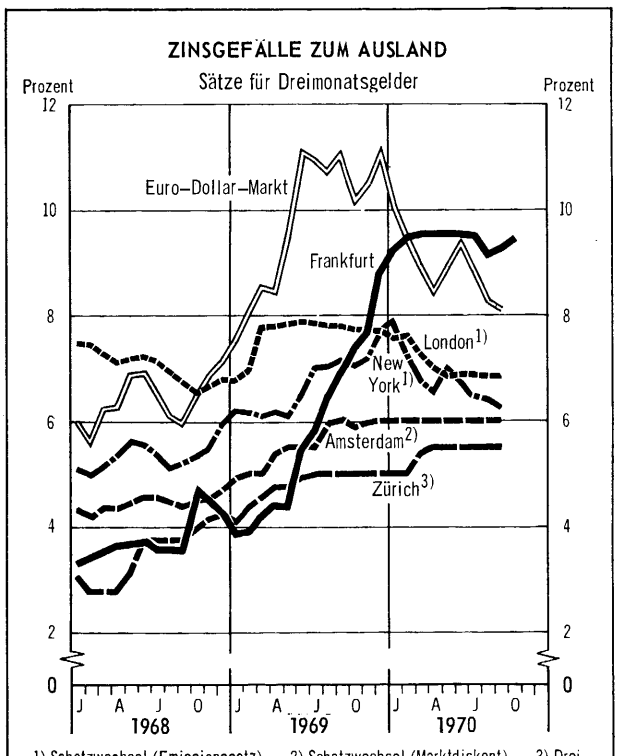
115. Dieses Maßnahmenpaket genügte jedoch nicht, Devisenzuflüsse aus dem Ausland hinreichend abzuwehren. Vor allem große Industrieunternehmen neigten in steigendem Maße dazu, angesichts hoher Zinsen und eingeschränkter Verfügbarkeit von Krediten im Inland auf Auslandskredite auszuweichen. Eine weitere Quelle des verstärkten Devisenangebots war der Zustrom solcher kurzfristigen Mittel, deren Anleger die bestehenden Zinsdifferenzen ausnutzen wollten. Eine gewisse Rolle mag ferner gespielt haben, daß sich am Devisenmarkt vorübergehend erneute Aufwertungsspekulationen um die D-Mark zeigten, denen die Bundesbank Mitte Juni durch direkte Interventionen am Terminmarkt allerdings ein Ende bereiten konnte.

116. Spätestens seit Mai 1970 war erkennbar, daß wieder einmal außenwirtschaftliche Einflüsse den Spielraum einer autonomen Dämpfungspolitik der Bundesbank begrenzten. Es war abzusehen, daß jede zusätzliche Verschärfung der monetären Restriktionen vermehrte Devisenzuflüsse anregen würde, die so lange die Politik der Bundesbank unterlaufen mußten, wie diese das herkömmliche notenbankpolitische Instrumentarium einsetzte.

117. So konnten die weiteren Maßnahmen der Bundesbank nur noch defensiven Charakter haben. Weder die Mindestreserveerhöhung vom Juli noch jene vom August 1970 reichten indes aus, liquide Mittel in einem Umfang zu binden, der die vorausgegangenen Devisenzuflüsse kompensiert hätte. Zufließendes Zentralbankgeld wirkt jedoch, auch wenn es in der Mindestreserve gebunden wird, auf die Dispositionsbereitschaft der Banken anregend. Dem zu begegnen, hätte den zusätzlichen Einsatz von Instrumenten erfordert, die geeignet sind, den Umfang liquider Mittel zu steuern (Ziffer 367).

118. Mit der Bindung zugeflossener Liquidität in der Mindestreserve allein konnte nicht verhindert werden, daß die freien Liquiditätsreserven des Bankensystems aufgrund des Auslandsgeschäftes der Bundesbank seit Frühjahr 1970 wieder einen leichten Anstieg zeigen und somit die Kreditmärkte tendenziell aufgelockert werden. Die im Juli und

Schaubild 25



1) Schatzwechsel (Emissionssatz).– 2) Schatzwechsel (Marktdiskont).– 3) Dreimonatsdepots bei Großbanken in Zürich.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 70682

November vorgenommenen Diskontsenkungen um jeweils einen halben Prozentpunkt, zu denen sich die Bundesbank durch das gefallene internationale Zinsniveau veranlaßt sah (Schaubild 25), ließ nochmals erkennen, daß die Grenzen einer traditionellen monetären Dämpfungspolitik erreicht waren.

Langer Bremsweg

119. Würde man die Wirkung der Restriktionspolitik am Grad der monetären Expansion messen, so wäre festzustellen, daß sowohl das Geldvolumen als auch die Kreditvergabe bis in den Spätsommer 1970 stärker als im Vorjahr zunahmen. Man käme also zu dem Schluß, daß die von der Bundesbank seit Anfang 1969 betriebene zunehmende Erschwerung der Kreditvergabe des Bankensystems an Nichtbanken zwar den Refinanzierungsmarkt der Kreditinstitute anspannte, aber noch nicht die Ausgabendispositionen der Wirtschaftsunternehmen und Haushalte beeinflußte. Es ergäbe sich der Eindruck, daß die monetären Bremsen bis dahin noch nicht wirkten.

120. Der Sachverständigenrat hat demgegenüber schon früher zu zeigen versucht, daß aus der Entwicklung der Kreditbestände nicht ohne weiteres auf die Richtung der Ausgabentätigkeit der Nichtbanken geschlossen werden kann (JG 66 Ziffer 164). Außer von der Umsatztätigkeit und der Einkommensentwicklung wird nämlich die Nachfrage nach Bankkrediten der Wirtschaftsunternehmen und Privaten entscheidend von ihrem Liquiditätsstatus insgesamt, aber auch von den Unterschieden im individuellen Liquiditätsstatus bestimmt. Dies zeigte sich im vergangenen wie in diesem Zyklus. Obwohl die Bundesbank seit 1964 einen Restriktionskurs betrieb, setzte sich die Kreditexpansion bis Mitte 1966 unvermindert fort. Erst als im zweiten Halbjahr 1966 erhebliche Devisenzuflüsse die Liquiditätssituation der Wirtschaftsunternehmen deutlich auflockerten, ging auch die Kreditnachfrage zurück. Umgekehrt Ende 1969: mit dem aufwertungsbedingten, massiven Devisenabfluß kam es zu einer überaus hohen Kreditnachfrage der Nichtbanken (rund 22 Mrd. DM im vierten Vierteljahr 1969 gegenüber rund 12 Mrd. DM im entsprechenden Zeitraum 1968).

121. Die Wirkung der geldpolitischen Restriktionen ist also nicht am Ausmaß der Kreditexpansion zu messen, sondern an der Verschlechterung des Liquiditätsstatus der Wirtschaft und an der Verteuerung der Fremdfinanzierung. Auch diesmal haben die Zinserhöhungen auf die wirtschaftliche Aktivität wohl dämpfend gewirkt. Die Intensität der Bremswirkung hängt jedoch von den Preiserhöhungsspielräumen und damit von den Gewinnerwartungen ab. Je kräftiger die Preise steigen, desto mehr muß der Zins erhöht werden, soll er kontraktive Wirkungen haben. Bei den 1970 noch vorherrschenden Verkäufermärkten dürfte daher der Dämpfungseffekt der Zinssteigerungen zu einem erheblichen Teil durch Überwälzungsmöglichkeiten kompensiert worden sein.

VI. Die Außenwirtschaft nach der Aufwertung

122. Nach einer vorübergehenden Freigabe des Wechselkurses wurde die Parität der D-Mark am 24. Oktober 1969 um 9,3 vH erhöht. Gleichzeitig wurde das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung vom November 1968, das bereits Anfang Oktober außer Kraft gesetzt worden war, endgültig aufgehoben. Mit Hilfe der Aufwertung sollte der Preisauftrieb im Innern gebremst und auch die überschäumende Konjunktur gedämpft werden.

Bereits in den Wochen vor der Aufwertung war jedoch zu erkennen gewesen, daß selbst eine solche Maßnahme die bereits in Gang gekommene Anpassungsinflation nur noch zum Teil abfangen konnte (SG 69 II Ziffer 5). Die Monate nach der Paritätsänderung haben die Vermutung bestätigt, daß von dem gewählten Aufwertungssatz, angesichts der Preisentwicklung im Ausland sowie der Nachfrage- und Kostenentwicklung im Inland, kein nachhaltiger Bremseffekt ausgehen würde (JG 69 Ziffer 211). Gleichwohl hat die Paritätsänderung dem Inflationsimport entgegengewirkt.

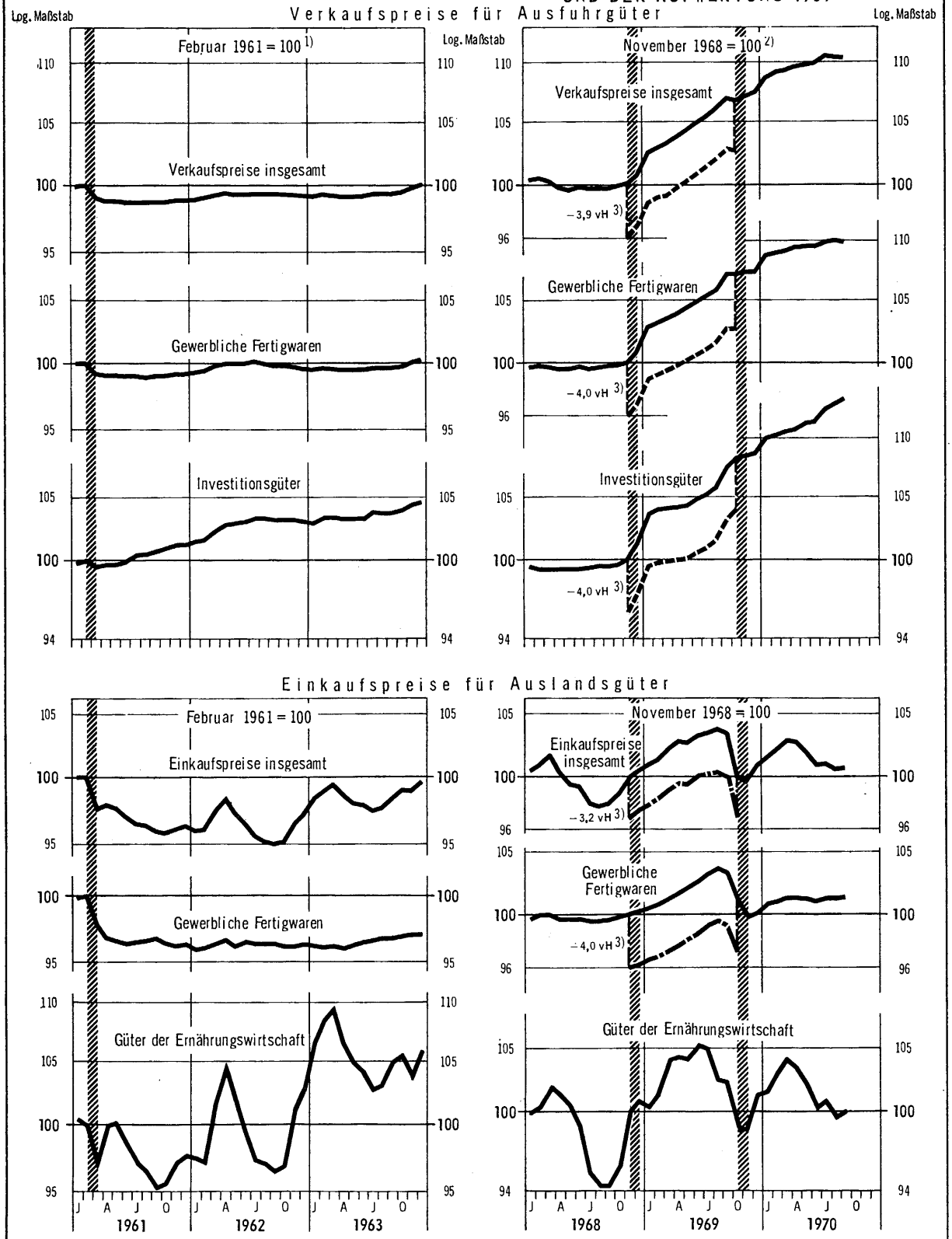
Keine Verbilligung der Einfuhr, Verteuerung der Ausfuhr

123. Die Entwicklung der Außenhandelspreise läßt keine unmittelbaren Preiswirkungen der Aufwertung erkennen (Schaubild 26). Zwar lag der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter im September 1970, knapp ein Jahr nach der Aufwertung, um 2,6 vH unter dem Vorjahresstand; doch spiegelt sich darin nicht eine Verbilligung für die deutschen Importeure wider. Denn diese erhielten vor der Aufwertung eine Rückvergütung aufgrund des Absicherungsgesetzes, die — bezogen auf alle Importe — etwa 3,2 vH betrug. Rechnet man den Wegfall dieser Importvergütung gegen den Rückgang der Einfuhrpreise auf, so läßt sich allenfalls feststellen, daß die Importe gegenwärtig nicht viel teurer sind als vor der Paritätsänderung.

124. Die Entwicklung der Einfuhrpreise für Güter der Ernährungswirtschaft entsprach nicht den Erwartungen. Bei den meisten dieser Güter konnte sich die Verbilligung durch die Aufwertung erst seit Anfang 1970 im Inland auswirken. (Bis zum 31. Dezember 1969 wurden die in Rechnungseinheiten fixierten D-Mark-Preise konstant gehalten und zum Ausgleich befristete Abschöpfungsmaßnahmen eingeführt.) Im September 1970 waren diese Güter jedoch nur wenig billiger als im Vorjahr (2,3 vH). Die durch die Aufwertung möglichen Preissenkungen wurden also durch Preiserhöhungen im Ausland überwiegend verhindert. Infolgedessen kam es auch nicht zu der Beruhigung des Preisauftriebs bei den Verbraucherpreisen für Nahrungsmittel, die wir im Herbst 1969 für den Fall erwartet hatten, daß die Aufwertung auf die Agrarpreise durchschlagen sollte (Ziffer 60).

Schaubild 26

DIE ENTWICKLUNG DER AUSSENHANDELSPREISE NACH DER AUFWERTUNG 1961 DEM ABSICHERUNGSGESETZ 1968 UND DER AUFWERTUNG 1969



1) Originalbasis: 1958 = 100. – 2) Originalbasis: 1962 = 100. – 3) Durchschnittliche Be- und Entlastungssätze, auf der Basis der Export- und Importstruktur von 1962, in vH des vereinbarten Entgeltes (eigene Schätzung). Da die Preisindizes frei Grenze berechnet werden, sind die prozentualen Anteile der steuerlichen Be- und Entlastung an den Außenhandelspreisen etwas niedriger, der Nettoerlös je Ausfuhreinheit sowie der Nettoaufwand je Einfuhreinheit folglich etwas höher als angegeben.
▬▬ Nettoerlös je Ausfuhreinheit; ▬·▬ Nettoaufwand je Einfuhreinheit.

SR 70684

125. Gewerbliche Importgüter sind nach der Aufwertung im Durchschnitt nicht billiger geworden. Verglichen mit inländischen Industrieprodukten, die — gemessen am Index der industriellen Erzeugerpreise — im September 1970 um 5,8 vH teurer waren als vor Jahresfrist, haben sie sich jedoch stark verbilligt. Dieser erhöhte Konkurrenzdruck von außen hat zweifellos preisdämpfend gewirkt.

126. Vergleicht man die Preisentwicklung bei den Importgütern nach der Aufwertung 1969 mit der nach der Aufwertung 1961, so ist festzustellen, daß damals im Gegensatz zu 1969 die Einfuhrpreise bis weit in das folgende Jahr hinein fast um den ganzen Aufwertungssatz niedriger waren als vor der Paritätsänderung. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß die preisdämpfenden Wirkungen diesmal geringer waren als 1961, denn bei einem solchen Vergleich ist die in beiden Fällen unterschiedliche Preisentwicklung im Ausland zu berücksichtigen. So stiegen die Verbraucherpreise in zwölf wichtigen Industrieländern (ohne Bundesrepublik) vom vierten Vierteljahr 1960 zum vierten Vierteljahr 1961 nur um 2,3 vH, während der Preisanstieg vom zweiten Vierteljahr 1969 zum zweiten Vierteljahr 1970 5,8 vH betrug, also mehr als doppelt so stark war wie damals. Stellt man ferner in Rechnung, daß der effektive Aufwertungssatz für die Importe 1969 nur unwesentlich höher lag als 1961 [1]), so wird verständlich, daß die Importpreise seit der Aufwertung 1969 nicht stärker zurückgegangen sind.

127. Auch die Entwicklung der Exportpreise verlief diesmal wesentlich anders als nach der Aufwertung 1961. Ging der Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter damals geringfügig zurück und veränderte er sich dann bis Ende 1963 nur wenig, so blieben die Ausfuhrpreise nach der Aufwertung im Herbst 1969 nicht einmal konstant, sondern stiegen sogar weiterhin stark an. Im September 1970 lagen sie um 3,2 vH über dem Vorjahresniveau. Den Exporteuren ist es also nicht nur gelungen, die D-Mark-Aufwertung voll in ihren Dollar-Preisen weiterzugeben; sie haben darüber hinaus in erheblichem Maße auch Kostensteigerungen auf ihre ausländischen Abnehmer überwälzt. In Dollar gerechnet waren damit deutsche Güter im September 1970 um nahezu 13 vH teurer als im Vorjahr und um fast 20 vH teurer als im November 1968, dem Zeitpunkt unmittelbar vor Einführung des Absicherungsgesetzes.

128. Dieser Anstieg der Exportpreise (in Dollar) macht deutlich, daß die Preiserhöhungsspielräume für die deutschen Exporteure recht groß waren. Zwar mögen die Ausländer nach der Aufwertung zunächst einen Preisvorteil erlangt haben, doch hat sich dieser angesichts des anhaltend starken Preisauftriebs im Ausland wohl laufend vermindert (Ziffer 14).

Die Exportpreiserhöhungen (in D-Mark) weisen auch darauf hin, wie stark die inflatorischen Einflüsse auf das Binnenpreisniveau von der Ausfuhrseite her waren, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Preise in den Exportgüterindustrien wegen der überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen in diesen Bereichen tendenziell leicht sinken müßten (JG 67 Ziffern 445 ff.), soll Preisniveaustabilität im Innern erreicht werden.

129. Die Entwicklung der Exportpreise bei einzelnen Gütergruppen spiegelt die unterschiedliche konjunkturelle Anspannung im Inland deutlich wider. So stiegen die Exportpreise der Investitionsgüterindustrien, deren Kapazitäten besonders stark ausgelastet waren, von der Aufwertung bis zum September 1970 wesentlich stärker (5,5 vH) als die Exportpreise der Verbrauchsgüterindustrien (1,7 vH).

130. Da die Ausfuhrpreise weiter stiegen und die Einfuhrpreise rückläufig waren, verbesserten sich, gemessen an den Kontraktpreisen, die Terms of Trade von Oktober 1969 bis September 1970 um 5,8 vH. Eine erhebliche Verbesserung ergibt sich auch, wenn man der Berechnung — wie üblich — die Durchschnittswerte der Aus- und Einfuhr zugrunde legt, in denen sich Veränderungen der Kontraktpreise gewöhnlich mit einer zeitlichen Verzögerung niederschlagen. Im Durchschnitt des Jahres 1970 dürfte diese Verbesserung mit rund 4 vH noch stärker sein als 1961 und 1962.

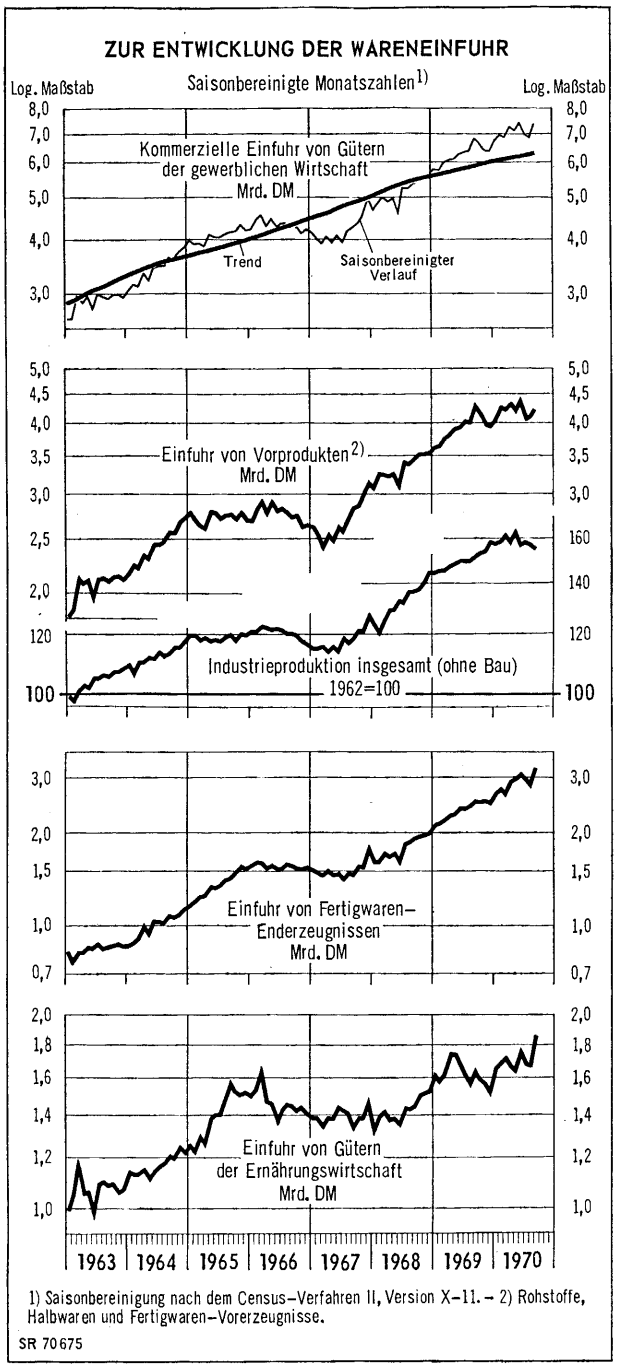
Außenwirtschaftliche Überschüsse nur wenig verringert

131. Seit Beginn des Jahres 1970 stagnieren die Auftragseingänge aus dem Ausland; real sind sie sogar zurückgegangen. Neben dem starken Anstieg der Exportpreise haben wohl auch die immer längeren Lieferfristen der deutschen Exporteure zu dieser Abschwächung beigetragen (Ziffer 20). Kapazitätsengpässe dürften jedenfalls im wesentlichen erklären, weshalb trotz stagnierender Bestellungen die Reichweite der Auftragsbestände im Auslandsgeschäft Mitte 1970 fast noch so hoch war wie vor der Aufwertung 1969. Es ist daher nicht erstaunlich, daß der abgeschwächte Auftragseingang aus dem Ausland noch keinen Niederschlag in der Exportentwicklung gefunden hat. Zwar ging die Ausfuhr im vierten Vierteljahr 1969 (saisonbereinigt) zurück, jedoch expandiert sie seit Jahresbeginn wieder recht kräftig. In den ersten neun Monaten 1970 lag sie um 9,8 vH über dem Vorjahresniveau. Die Zuwachsraten der beiden vorangegangenen Jahre werden 1970 nicht erreicht werden; die Steigerungsrate der Exporte dürfte aber — nominal — noch denen entsprechen, die im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1959 bis 1969) erreicht wurden (10,7 vH).

[1]) 1969 wurden die Importe durch die Aufwertung um 8,5 vH verbilligt; davon sind jedoch im Durchschnitt 3,2 vH durch den Wegfall der Importvergütung aufgrund des Absicherungsgesetzes abzuziehen; in Ansatz gebracht werden muß ferner die nicht genau bestimmbare Verbilligung infolge der hohen Abschläge der Termindevisen vor der Aufwertung. 1961 wurden die Importe durch die Aufwertung um 4,86 vH verbilligt.

132. Angesichts der konjunkturellen Spannungen in Italien (Ziffer 4) und in den Niederlanden (Ziffer 5) erhöhten sich 1970 unsere Exporte in diese Länder noch stärker als im Vorjahr; die Ausfuhr nach Frankreich stagnierte, wohl im wesentlichen als Folge der kumulierten Wirkung von Franc-Abwertung und D-Mark-Aufwertung (Ziffer 3). Die Ausfuhren in den EFTA-Bereich stiegen, vor allem wegen des Nachfragesogs aus der Schweiz und aus Österreich, rasch an. Sie dürften in diesem Jahr erstmals seit 1965 wieder stärker zunehmen als die Exporte in die Mitgliedsländer der europäischen Gemeinschaft.

Schaubild 27



1) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren-Vorerzeugnisse.

SR 70675

133. Die Importe expandierten bis zum Frühjahr 1970 noch kräftig, doch zeigt sich seitdem eine deutliche Verlangsamung, bei den Importen von Vorprodukten sogar ein leichter Rückgang (Schaubild 27), der vor allem mit der stagnierenden Industrieproduktion zusammenhängen dürfte. Für die Situation einer konjunkturellen Spätphase bezeichnend war die zunächst rasche Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren, die insbesondere durch die stark angespannte Lage bei den Investitionsgüterindustrien, aber auch durch die Expansion der Verbrauchsgüternachfrage bestimmt wurde.

Trotz Aufwertung und starker Beanspruchung des heimischen Produktionspotentials erreichten die Importe in den ersten neun Monaten 1970 mit einer Zunahme von 11,3 vH nicht die Zuwachsrate wie im gleichen Zeitraum 1965 (21,8 vH), eines konjunkturell am ehesten vergleichbaren Jahres. Dies mag damit zusammenhängen, daß im Gegensatz zu damals wenigstens in Kontinentaleuropa die Konjunktur ziemlich gleichläufig war, so daß zu dem deutschen Importsog kein Exportdruck des Auslandes kam. Dafür spricht, daß einerseits die Importe aus Italien und den EFTA-Ländern, in denen die konjunkturellen Spannungen 1970 größer wurden, nur unterdurchschnittlich zunahmen, während die Importe aus den Vereinigten Staaten, wo ungenutzte Kapazitäten vorhanden waren, beschleunigt anstiegen.

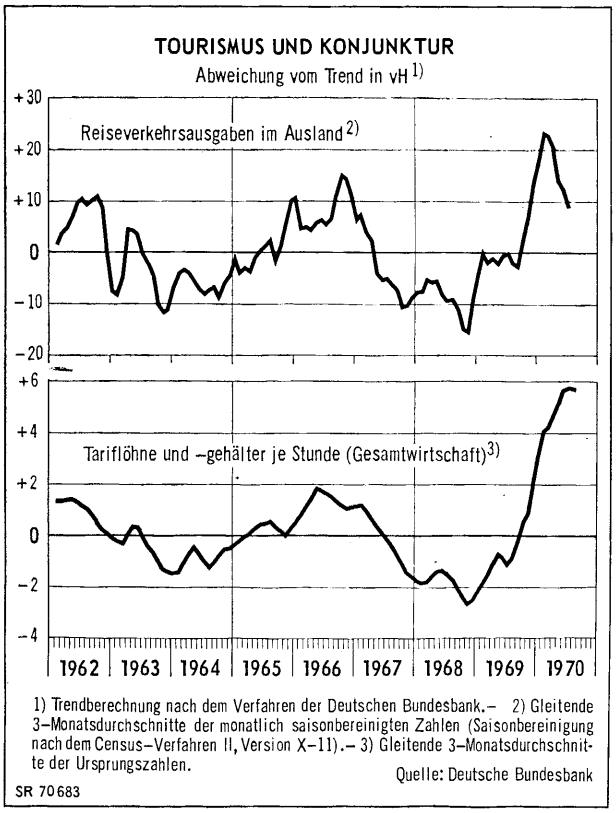
134. Der Überschuß der Handelsbilanz wird nach unserer Schätzung 1970 etwa ebenso hoch sein wie 1969. Dagegen wird das Defizit in der Dienstleistungsbilanz 1970 wesentlich höher ausfallen als 1969; es wird voraussichtlich sogar höher als in den Jahren 1965 und 1966 sein.

135. Diese Passivierung der Dienstleistungsbilanz geht überwiegend auf die Zunahme der Ausgaben für Auslandsreisen zurück, die im ersten Halbjahr 1970 um gut 25 vH höher waren als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist wohl weniger aufwertungs- als einkommensbedingt; denn die Reiseausgaben expandieren erfahrungsgemäß immer dann besonders stark, wenn die Löhne und Gehälter im Inland kräftig steigen (Schaubild 28).

Als Sonderfaktor haben auch die ungewöhnlich hohen Überweisungen von Gewinnausschüttungen an Ausländer zu Beginn des Jahres 1970 das Defizit der Dienstleistungsbilanz erhöht. Vermutlich handelt es sich um Beträge, die 1969 in Erwartung der D-Mark-Aufwertung noch nicht transferiert worden waren.

136. Mit etwa 13 Mrd. DM wird 1970 der Außenbeitrag, der weitgehend mit dem Saldo der Leistungsbilanz übereinstimmt, um rund 2 Mrd. DM niedriger ausfallen als 1969; das entspricht einem Anteil am Bruttosozialprodukt von nahezu 2 vH. Im Gegensatz zu 1961, als sich der Außenbeitrag nach der Aufwertung binnen Jahresfrist halbierte und erst mit der konjunkturellen Abschwächung seit Ende 1962 wieder anstieg, zeichnet sich eine wesentliche Verringerung des Außenbeitrags diesmal nicht ab.

Schaubild 28



137. In laufender Rechnung ist der Überschuß von 4,1 Mrd. DM in den ersten neun Monaten 1969 auf 0,8 Mrd. DM in den drei ersten Vierteljahren 1970 zurückgegangen. Dies beruht im wesentlichen auf dem zunehmenden Defizit in der Übertragungsbilanz. Maßgeblichen Anteil daran hatten, wie schon im Vorjahr, die Überweisungen ausländischer Arbeiter, die mit dem starken Anstieg der Anzahl ausländischer Arbeitnehmer und mit den kräftigen Lohnsteigerungen im Inland weiterhin rasch zunahmen.

Tendenzwandel im langfristigen Kapitalverkehr

138. Nach der Aufwertung nahmen die langfristigen Kapitalexporte im vierten Vierteljahr 1969 noch einmal beschleunigt zu, auch weil ausländische Schuldner den Transfer ihrer Erlöse aus D-Mark-Anleihen bis nach der Aufwertung zurückgestellt haben dürften. Mit der Jahreswende 1969/70 trat jedoch ein Tendenzwandel im langfristigen Kapitalverkehr ein. Als infolge der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank die längerfristigen Zinsen im Inland erneut anstiegen, kam der private langfristige Kapitalexport, der in den Jahren 1968 und 1969 Größenordnungen von 10 beziehungsweise 21 Mrd. DM (netto) erreicht hatte, praktisch zum Erliegen. Nur die Direktinvestitionen nahmen auch nach der Aufwertung — wie seit Jahren — relativ stetig zu.

Die drastische Verminderung des langfristigen Kapitalexports ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß inländische Kreditinstitute, angesichts der massiven Liquiditätsverknappung, ihre Kreditgewährung an das Ausland erheblich verminderten, ja per Saldo in den ersten neun Monaten 1970 wieder langfristiges Kapital importierten. Bei dem Kapitalimport der Banken, der seit Juni stark ansteigt, dürfte es sich vorwiegend um Gelder mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren handeln. Da solche Einlagen nicht mindestreservepflichtig sind, konnten die Kreditinstitute auf diese Weise die Zuwachsmindestreserve auf Auslandsverbindlichkeiten umgehen (Ziffer 114). Ebenso verminderte sich auch der langfristige Kapitalexport der privaten Haushalte.

Erneut starker Anstieg der Devisenreserven

139. Im Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs hatte die Aufwertung zunächst einen durchschlagenden Erfolg. Bis Ende Dezember 1969 verminderten sich im Zusammenhang mit dem Abfluß kurzfristiger Spekulationsgelder und der Entzerrung der Zahlungsmodalitäten im Auslandsgeschäft (Terms of Payment) die Devisenbestände um rund 22 Mrd. DM. Nach dem Wegfall der Aufwertungserwartungen verringerten sich die Abschläge für Termindevisen ziemlich rasch.

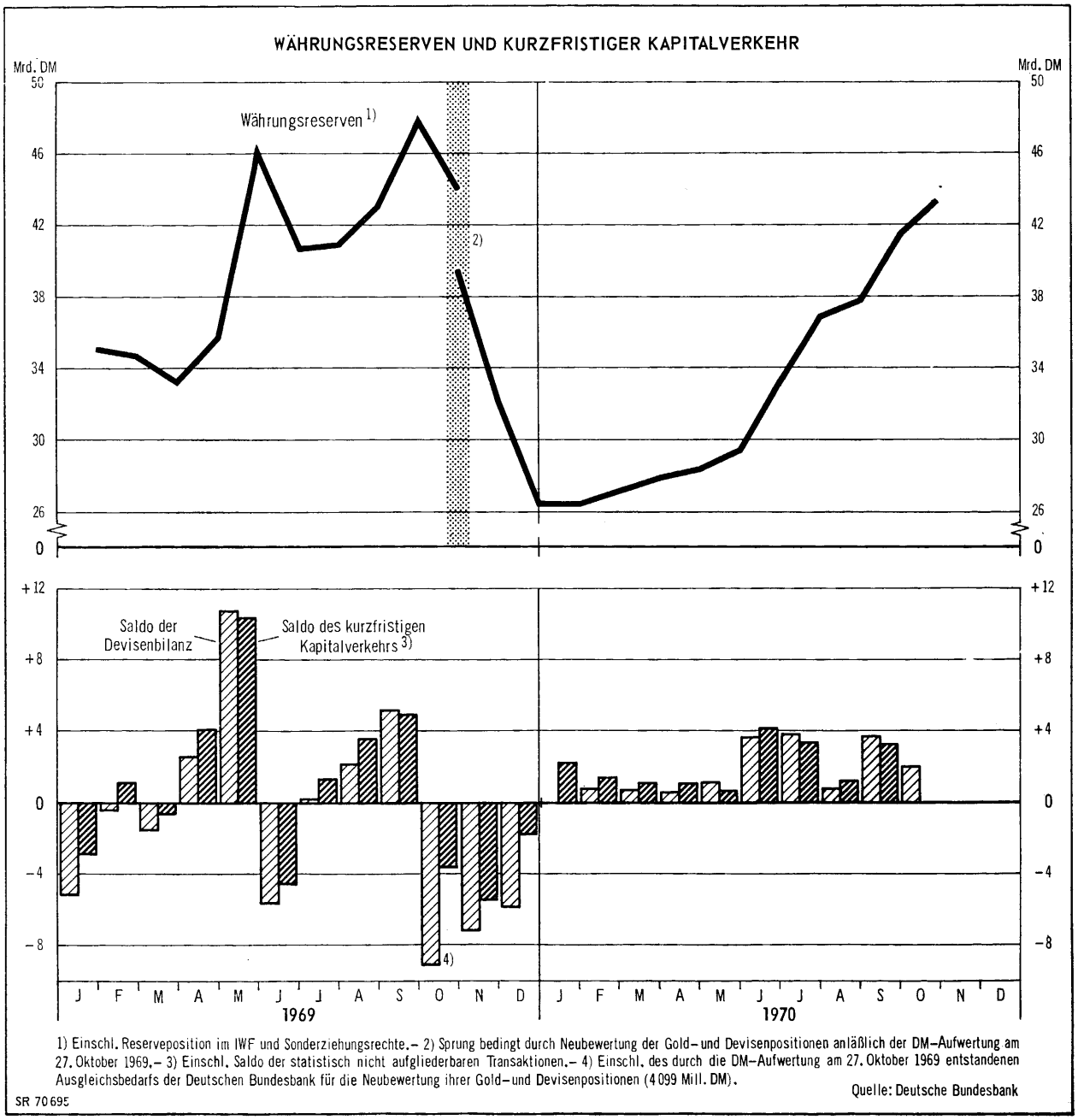
140. Seit Beginn des Jahres 1970 kam es erneut in zunehmendem Maße zu kurzfristigen Kapitalimporten, so daß die Währungsreserven Ende Oktober sogar den Stand wieder überschritten, den sie ein Jahr zuvor — unmittelbar nach der Paritätsänderung — erreicht hatten (Schaubild 29).

In erster Linie hat 1970 wohl das positive Zinsgefälle zum Ausland die hohen Geldzuflüsse hervorgerufen. Neben dem ungewöhnlichen Zinsanstieg in der Bundesrepublik hat das Nachgeben der Zinssätze am Euro-Geldmarkt, das durch die sinkenden Geldmarktsätze in den Vereinigten Staaten begünstigt wurde, zu dieser Zinsschere geführt. Zwar suchte die Bundesbank, den Zufluß kurzfristiger Gelder zum Bankensystem abzubremsen, doch konnte sie nicht verhindern, daß inländische Wirtschaftsunternehmen zunehmend Kredite im Ausland aufnahmen (Ziffern 114 ff.).

141. Hatte die Aufwertung kurzfristig zur Beruhigung der Währungsspekulation beigetragen, so spielten im Frühsommer 1970 auch spekulative Momente wieder eine Rolle. Nach der Freigabe des Wechselkurses in Kanada führte eine zeitweilige Aufwertungsspekulation um die D-Mark im Zusammenhang mit Verschiebungen der Terms of Payment, die sich im Restposten der Zahlungsbilanz niederschlagen, vorübergehend zu starken Devisenzuflüssen (Ziffer 115).

Die Entwicklung der Renditen für Euro-DM- und Euro-Dollar-Anleihen, die sich seit Mitte 1970 wieder deutlich unterscheiden, nachdem sich die vor der Aufwertung im letzten Herbst bestehende Differenz zunächst zurückgebildet hatte, läßt vermuten, daß wohl — auf mittlere Frist — erneut Aufwertungserwartungen bestehen.

Schaubild 29



1) Einschl. Reserveposition im IWF und Sonderziehungsrechte.– 2) Sprung bedingt durch Neubewertung der Gold- und Devisenpositionen anläßlich der DM-Aufwertung am 27. Oktober 1969.– 3) Einschl. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen.– 4) Einschl. des durch die DM-Aufwertung am 27. Oktober 1969 entstandenen Ausgleichsbedarfs der Deutschen Bundesbank für die Neubewertung ihrer Gold- und Devisenpositionen (4 099 Mill. DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

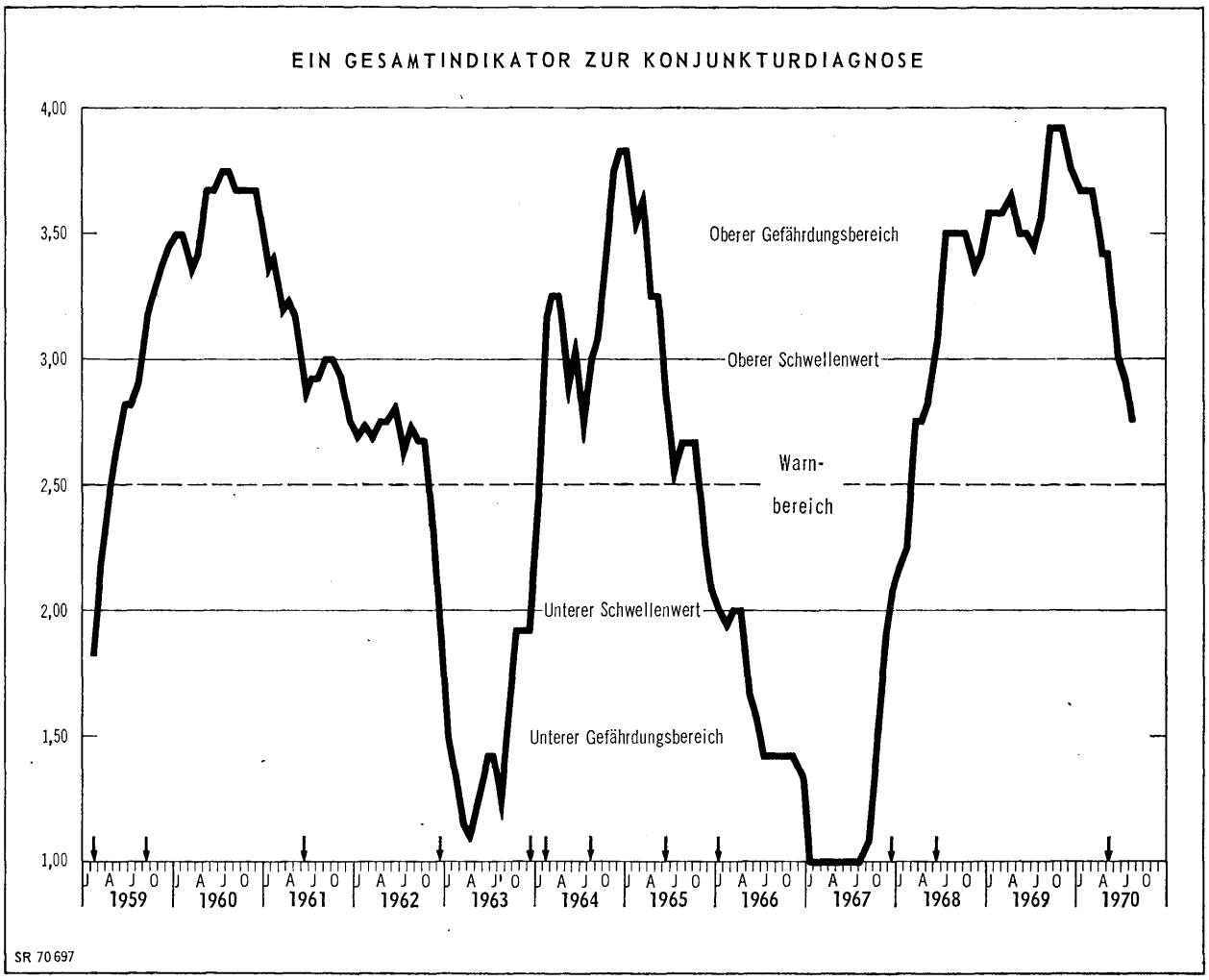
SR 70695

VII. Ein Gesamtindikator für die Konjunkturdiagnose — ein Versuch

142. Um die konjunkturellen Tendenzen zu einem Gesamtbild zu verdichten, hat der Sachverständigenrat verschiedene Einzelindikatoren zu einem Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung zusammengefaßt (Anhang VIII). Dabei wurde eine Methode angewandt, die auf dem Diffusionsprinzip beruht, jedoch die im allgemeinen zu beobachtende Schwäche des Diffusionsindex, nämlich daß er starke erratische Schwankungen aufweist, vermeidet. Die in dem Gesamtindikator erfaßten Einzelreihen repräsentieren Komponenten der Nachfrage und des Angebots, der Kostensituation, des Arbeitsmarkts und der Geldversorgung.

143. Der Gesamtindikator, der so aufgebaut ist, daß er seinen höchsten und seinen tiefsten Wert bisher stets vor dem oberen und unteren konjunkturellen Wendepunkt erreicht hat, weist seit der Jahreswende 1969/70 eine fallende Tendenz auf (Schaubild 30). Der Vergleich mit den beiden vorausgegangenen Zyklen legt die Vermutung nahe, daß wir uns im Sommer 1970 in einer ähnlichen Konjunkturphase wie Mitte 1965 und Mitte 1961 befanden, als der Boom seinen Höhepunkt schon einige Monate lang überschritten hatte.

Schaubild 30



144. Ob sich Gesamtindikatoren, die nach dem von uns verwendeten Prinzip arbeiten, auch als Orientierungshilfe für wirtschaftspolitische Entscheidungen eignen, bleibt zu prüfen. Nachdrücklich sei darauf hingewiesen, daß ein derartiger Gesamtindikator auch bei Bewährung immer nur eines unter mehreren Diagnoseverfahren sein kann, um den zeitlichen Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente mitzubestimmen.

145. Aus den Erfahrungen früherer Zyklen wurden für den Gesamtindikator obere und untere Schwellenwerte gewonnen (Schaubild 30). Überschreitet der Indikator diese Schwellenwerte, so zeigt dies an, daß Gefährdungsphasen in der konjunkturrellen Entwicklung beginnen oder enden.

Der Gesamtindikator hat den Konjunkturverlauf seit 1959 zutreffend beschrieben; inwieweit er dies auch künftig leisten wird, muß abgewartet werden.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

146. In unterschiedlichen Konjunkturphasen sind unterschiedlich lange Zeiträume überschaubar. Der Zeitraum verkürzt sich, wenn — wie gegenwärtig — die Entwicklung auf wichtigen Gebieten nicht klar erkennbar ist. Im Herbst 1970 besteht zwar mehr Gewißheit über die Finanzplanungen von Bund und Ländern als vor einem Jahre, doch ist die Unsicherheit hinsichtlich des Verhaltens der Investoren erheblich größer. Wie schwierig Prognosen in einer so labilen Konjunktursituation sind, hat die Vergangenheit gelehrt. Wenn wir trotzdem eine Prognose für das ganze Jahr 1971 wagen, so deshalb, weil das Vertrauen in die künftige wirtschaftliche Entwicklung bislang so wenig erschüttert erscheint, daß plötzliche Änderungen in den Verhaltensweisen kaum zu erwarten sind.

147. Unsere Prognose beruht auf Informationen, die uns in der ersten Novemberhälfte 1970 zur Verfügung standen, auf Erfahrungen mit zyklischen Bewegungen, auf Annahmen über das Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen und auf Hypothesen über die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Wir messen dieser Prognose zwar einen größeren Wahrscheinlichkeitsgrad bei als anderen, doch braucht sie nicht einmal einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrad zu haben.

148. Im einzelnen geht unsere Prognose davon aus, daß

— die öffentlichen Haushalte wie vorgesehen vollzogen werden, die Aussetzung der degressiven Abschreibung zum 31. Januar 1971 endet und der Konjunkturzuschlag nach dem 30. Juni 1971 wegfällt,

— das Zinsniveau am Kapitalmarkt bis ins erste Halbjahr 1971 hinein hoch bleibt.

149. Wie in früheren Jahren kleiden wir unsere Prognose in Zahlen, um sie dem Konsistenztest der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterwerfen zu können. Dies erfordert, daß wir auch dort eine quantitative Aussage wagen, wo wir das Schätzrisiko für besonders groß halten.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1971

150. Für den Verlauf der Weltkonjunktur im Jahre 1971 wird kennzeichnend sein, daß sich die Expansion in Kontinentaleuropa weiterhin abschwächen, die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und Großbritannien dagegen beleben wird (Tabelle 15). Der Preisauftrieb dürfte vermutlich erst in der zweiten Jahreshälfte nachlassen. Einige Länder werden nicht zögern, ihre Restriktionspolitik weiter zu lockern oder sogar expansive Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die Beschäftigungslage merklich verschlechtern sollte. Insgesamt gesehen ist jedoch in Kontinentaleuropa bis weit in das kommende Jahr hinein noch mit einem recht hohen Beschäftigungsgrad bei leichtem Rückgang der Kapazitätsauslastung zu rechnen. In den Vereinigten Staaten ist eine nennenswerte Zunahme der Beschäftigtenzahl und eine höhere Auslastung des Produktionspotentials wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 1971 zu erwarten.

151. Die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten ist deswegen besonders schwer absehbar, weil einerseits der Kurs der Finanzpolitik noch nicht genau bekannt ist, andererseits die Konjunkturindikatoren gegenwärtig durch den seit September anhaltenden Automobilarbeiterstreik beeinflußt sind. Erst im Frühjahr 1971 wird zu erkennen sein, ob sich der seit Mitte 1970 abzeichnende Aufschwung durchgesetzt hat.

Wir nehmen an, daß die konjunkturelle Erholung Fortschritte machen wird. Von den Investitionsausgaben werden zunächst nach wie vor kaum expansive Impulse ausgehen; hingegen dürften die privaten Konsumausgaben wieder stärker expandieren, nicht zuletzt wegen der Anfang 1971 bevorstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst und der Rentenanhebungen. Die Arbeitslosigkeit dürfte — kurzfristig durch Streikeinflüsse verstärkt — vorerst noch zunehmen. Der Kostendruck wird sich mit einem größeren Produktivitätszuwachs, der wegen einer Verbesserung der Kapazitätsauslastung zu erwarten ist, verringern, ebenso der Preisanstieg.

Dies wird den wirtschaftspolitischen Instanzen den Übergang zu einer Expansionspolitik, die auch die sozialen Spannungen vermindern dürfte, erleichtern. Die Kreditpolitik wird vermutlich weiter einen leicht expansiven Kurs steuern. Die Zinssenkungstendenz an den kurzfristigen Märkten wird sich, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen; es ist anzunehmen, daß schließlich auch ein Druck auf die längerfristigen Zinsen entsteht. Auch die Finanzpolitik dürfte angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit stärker auf Expansionskurs gehen. Dadurch könnte es vor allem im zweiten Halbjahr 1971 zu einer konjunkturellen Beschleunigung kommen.

Schaubild 31

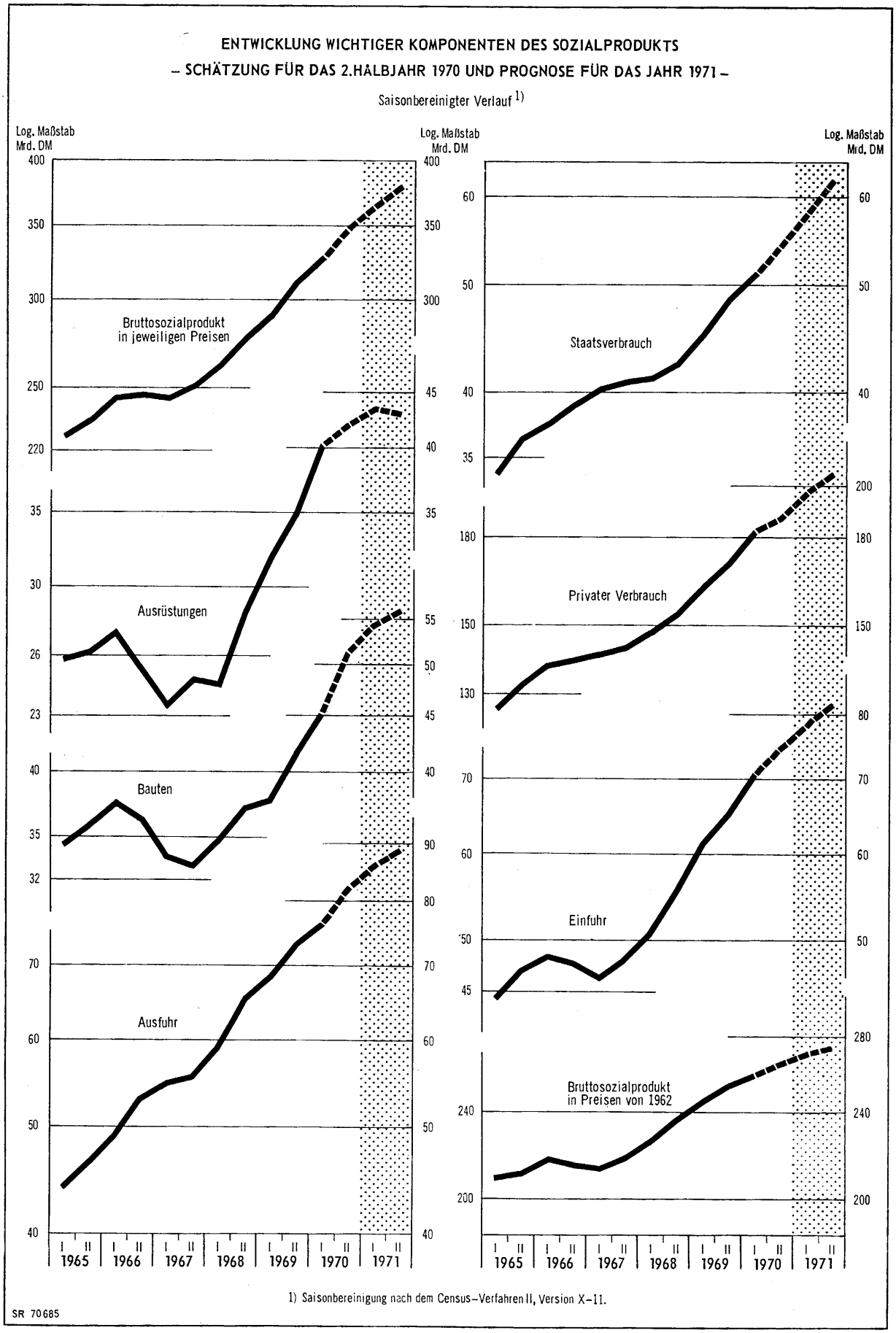


Tabelle 15

Zur Auslandskonjunktur

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Preisindex des Bruttosozialprodukts [2]		Wareneinfuhr (nominal) [2] [3]	
	1968		1970	1971	1970	1971	1970	1971
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Vereinigte Staaten	51,7	10,9	0	3½	5	4	10	8½
Großbritannien	6,0	4,0	1½	2½	6	6	10	9
Frankreich	7,4	12,3	6	5½	5½	4½	10	10½
Italien	4,4	7,6	6½	6	6½	5	21½	14
Niederlande	1,5	10,2	5	4½	5½	6	19½	10
Belgien-Luxemburg	1,2	7,5	5	4	4½	5½	13	9½
Schweiz	1,0	5,7	4½	3½	4½	5	20	8
Österreich	0,7	4,4	6½	4	4½	4½	24	8
Schweden	1,5	3,9	4½	3	6	6	20	7
Dänemark	0,7	2,4	4	3	5½	5	16½	6

[1] Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung nach Information internationaler Organisationen und ausländischer Institute.
[3] In US-Dollar.

152. In Großbritannien zeichnet sich für 1971 eine leichte wirtschaftliche Belebung ab, die in der Hauptsache vom privaten Konsum getragen werden dürfte. Die von der neuen britischen Regierung beschlossenen und angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen (darunter eine lineare Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer) werden die Liquidität der Unternehmen und die Ertragserwartungen verbessern. Man kann daher annehmen, daß sich auch die Investitionstätigkeit beleben wird. Die interne Nachfrageexpansion dürfte bei einem unvermindert starken Preisanstieg zu einer weiterhin kräftigen Zunahme der Importe führen. Die britische Außenhandelssituation wird sich, wie bereits seit Mitte 1970 erkennbar, deshalb wohl wieder verschlechtern.

153. Die konjunkturelle Expansion in Frankreich wird sich 1971, allenfalls leicht abgeschwächt, fortsetzen. Die kürzlich ergriffenen kreditpolitischen Lockerungsmaßnahmen und eine expansivere Finanzpolitik dürften dazu beitragen, daß die Investitionen weiter kräftig und die Verbrauchsausgaben beschleunigt expandieren. Von der Auslandsnachfrage hingegen werden weniger starke Impulse ausgehen als bisher; denn einmal bahnt sich bei wichtigen Handelspartnern Frankreichs eine konjunkturelle Abschwächung an, zum anderen dürfte sich der Preisvorsprung französischer Exporteure inzwischen stark verringert haben. Der Preisanstieg wird sich etwas verlangsamen.

154. Nach der Verminderung der sozialen Konflikte ist damit zu rechnen, daß sich die Expansion in Italien zunächst leicht beschleunigt. Trotz stärkerer Verbrauchsbesteuerung wird der private Konsum angesichts der Lohnerhöhungen wohl weiter kräftig steigen. Zwar dürften die erhöhten Lohnkosten und die zu Beginn des Jahres 1971 vorgesehene Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung die Gewinnmargen unter Druck setzen; jedoch wird sich ein Teil der zusätzlichen Kosten — jedenfalls bei verminderten sozialen Spannungen — durch eine verbesserte Auslastung der Produktionsanlagen auffangen lassen, ein anderer Teil überwälzt werden. Die Investitionen werden nur wenig abgeschwächt zunehmen. Die Lockerung der Angebotsengpässe und die leichte Abkühlung des Preisklimas kommen auch dem Export zugute. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Verschlechterung der Leistungsbilanz 1971 nicht fortsetzt.

155. In den meisten übrigen Ländern Kontinentaleuropas wird es zu einer spürbaren Verlangsamung der Expansion kommen. Zum einen schwächen sich die internen Auftriebskräfte ab, zum anderen wird die Auslandsnachfrage, vor allem aus der Bundes-

republik und Italien, beträchtlich langsamer zunehmen. Der Preisauftrieb wird jedoch — abgesehen vielleicht von den Ländern, die bereits einen Preisstopp verhängt haben — nur in geringem Maße nachlassen.

156. Da fast zwei Drittel unserer Ausfuhren in westeuropäische Länder gehen, spricht die Abflachung der konjunkturellen Expansion in Westeuropa dafür, daß sich die Zunahme der deutschen Exporte gegenüber 1970 verringern wird. Die konjunkturelle Belebung in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien kann dies nur zum geringen Teil ausgleichen. Der Preisauftrieb dürfte allerdings auch im kommenden Jahr in den meisten Ländern eher stärker sein als in der Bundesrepublik. Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte der Ausfuhr) der Bundesrepublik — in Dollar gerechnet — sind zwar bis zum Herbst 1970 gegenüber dem Vorjahr stärker gestiegen als im Durchschnitt bei unseren wichtigsten Handelspartnern. Doch hat sich die Diskrepanz, die nach der Aufwertung zu Lasten der deutschen Exporteure bestanden haben mag, im Laufe des Jahres 1970 stark verringert.

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1971

157. Die Gebietskörperschaften [1]) beabsichtigen, einer Empfehlung des Finanzplanungsrates folgend, ihre Ausgaben 1971 um 12 vH und damit stärker als 1970 auszuweiten, wobei die Steigerungsrate bei Bund, Ländern und Gemeinden etwa gleich groß sein wird. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Ausgaben eher noch stärker zunehmen werden. Wir rechnen mit einem Ausgabenvolumen von rund 213,5 Mrd. DM (12,5 vH). Weit weniger dürften sich hingegen die Ausgaben der Sozialversicherung erhöhen (8,5 vH).

158. Die Ausgaben für Sachinvestitionen — vier Fünftel davon entfallen auf Bauten — werden wahr-

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ofta, Länder und Gemeinden (GV.)

Tabelle 16

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1970 und Prognose für das Jahr 1971 [2])

	1969		1970	1971
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	232,6	100	+12,0	+10,0
Steuern	146,9	63,2	+11,0	+ 9,5
Sozialversicherungsbeiträge	69,3	29,8	+16,0	+12,5
Sonstige laufende Übertragungen	14,3	6,1	+ 5,0	+ 5,5
Vermögensübertragungen	2,1	0,9	+ 9,5	+ 4,5
Ausgaben insgesamt	224,0	100	+10,5	+11,5
Staatsverbrauch	93,7	41,8	+12,5	+14,0
Einkommensübertragungen	93,5	41,8	+ 8,0	+ 7,0
Private Haushalte	80,1	35,8	+ 7,0	+ 7,5
Unternehmen und übrige Welt	13,4	6,0	+15,0	+ 2,5
Zinsen	5,7	2,5	+11,0	+13,5
Vermögensübertragungen	10,9	4,9	+ 5,0	+27,0
Investitionen [3])	20,1	9,0	+16,0	+14,5
Finanzierungssaldo [4])	+8,6	.	(+12,9) [5])	(+10,5) [5])
Gebietskörperschaften [2])	+7,2	.	(+ 6,9) [5])	(+ 2,0) [5])
Sozialversicherung [2])	+1,4	.	(+ 6,0) [5])	(+ 8,5) [5])

[1]) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[2]) Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.
[3]) Nettoinvestitionen.
[4]) Überschuß: +, Defizit: —.
[5]) Mrd. DM.

scheinlich kräftig steigen (14,5 vH). Der Staat wird damit bei abgeschwächter Expansion der privaten Nachfrage nach Bauleistungen einen größeren Anteil der Baukapazitäten beanspruchen als 1970. An der Spitze stehen dabei die Länder. Sie planen, ein Viertel mehr für Bauinvestitionen auszugeben als 1970; sie forcieren insbesondere den Hochschulbau. Die Zuwachsrate der kommunalen Investitionsausgaben wird demgegenüber nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr zurückgehen.

Beschleunigt wird auch der Staatsverbrauch (Tabelle 16) zunehmen (knapp 14 vH), vor allem deshalb, weil der Bund nach der Zurückhaltung in den Jahren 1969 und 1970 seine Verteidigungsausgaben kräftig steigern wird. Bei den Personalausgaben zeichnet sich eine ähnlich hohe Zuwachsrate ab wie 1970. Neben der tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhung, die mit Beginn des Jahres wirksam wird, ist mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl, insbesondere im Bildungswesen, zu rechnen.

159. Die Übertragungen der Sozialversicherung an die privaten Haushalte werden zwar etwas stärker zunehmen, doch wird ihr Anstieg vergleichsweise gering bleiben (6,5 vH), da die Anpassungsrate für die Renten durch die niedrigen Lohnsteigerungen der Jahre 1967 und 1968 mitbestimmt wird. Dagegen schwächt sich die Zuwachsrate der Übertragungen von Bund, Ländern und Gemeinden spürbar ab; zu Mehrausgaben wird es lediglich aufgrund der bereits erfolgten Anhebung des Kindergeldes und der vorgesehenen Erhöhung des Wohngeldes kommen. Die Subventionen werden 1971 nach dem sprunghaften Anstieg im Vorjahr absolut zurückgehen, da die Ausgaben für die Landwirtschaft nach einer Vereinbarung in der EWG reduziert werden.

160. Die Einnahmen der Gebietskörperschaften werden um etwa 9 vH steigen. Die Zuwachsrate des Steueraufkommens (9,5 vH) wird damit unserer Schätzung nach nicht stärker sein als die des Bruttosozialprodukts. Zu Mindereinnahmen führen die Herabsetzung des Investitionssteuersatzes, die Förderung der Vermögensbildung (0,9 Mrd. DM) sowie Änderungen der Lohnsteuerpräferenz für Arbeitnehmer in Berlin (0,3 Mrd. DM). Trotz beträchtlicher Steuerausfälle wird sich das Aufkommen an Lohnsteuer 1972 wiederum von allen Steuern am stärksten erhöhen.

Mit einer kräftigen Zunahme ist auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu rechnen. Sie wird den Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme übertreffen, denn in allen Zweigen der Sozialversicherung werden die Beitragsbemessungsgrenzen und in der Krankenversicherung auch die Versicherungspflichtgrenze beträchtlich angehoben.

161. Der Finanzierungsüberschuß der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) wird sich von 13 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 10,5 Mrd. DM im Jahre 1971 vermindern. Während die Sozialversicherung ihre Überschüsse vergrößern kann, wird sich der Überschuß der Gebietskörperschaften verringern. Bei der angenommenen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben dürfte die Nettokreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden etwa 7 Mrd. DM betragen.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

162. Die Entwicklung der Binnenkonjunktur wird durch unterschiedliche Tendenzen bestimmt sein: Die Ausgaben des Staates werden beschleunigt steigen; der private Verbrauch wird unvermindert stark zunehmen, die Investitionstätigkeit dagegen deutlich nachlassen. Die konjunkturelle Entspannung wird sich weiter fortsetzen und im Laufe des nächsten Jahres in eine spürbare Konjunkturabschwächung münden. In einer solchen Konjunkturphase ist die Gefahr groß, daß sich bei den Investoren Pessimismus ausbreitet, was leicht zu einer Rezession führen kann. Wir erwarten allerdings nicht, daß der Rückgang der Kapazitätsauslastung vor Ende des Jahres über jenes Maß hinausgeht, das als Normalisierung anzusehen ist.

163. Kontraktive Wirkungen werden vor allem von der Investitionsneigung ausgehen. Die Nachfrage nach Investitionsgütern nimmt bereits seit dem Frühjahr 1970 leicht ab. Anzeichen für eine Umkehr dieser Entwicklung sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Eher befürchten wir, daß die Investitionsneigung weiter erlahmt. Dafür sprechen vor allem folgende Gründe:

- Der Kostendruck wird vorerst nur wenig nachlassen. Die Überwälzungschancen werden sich jedoch zunehmend verringern; die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten dürften sich daher nachhaltig verschlechtern.
- Die Unternehmen haben ihre Investitionen zu einem großen Teil mit kurzfristigen Krediten finanziert. Diese Schulden müssen konsolidiert werden. Gelingt dies nicht, so könnte sich ein Überschuldungspessimismus ausbreiten, der die Investitionsneigung zusätzlich beeinträchtigt.
- Die Industrie plant für das Jahr 1971 zwar eine Steigerung ihrer Investitionsausgaben um 8 vH; real bedeutet dies aber nur noch eine geringe Zunahme.

Dies alles könnte schon bald dazu führen, daß die Investitionsgüterhersteller die Produktion drosseln. Gegen einen drastischen Rückgang der Investitionsneigung spricht allerdings,

- daß noch immer viele Unternehmen ihre Kapazitäten als unzureichend betrachten und Erweiterungsinvestitionen planen,
- daß die Aussetzung der degressiven Abschreibung abläuft.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die realen Ausrüstungsinvestitionen zwar kaum mehr zunehmen, vorerst aber auch nicht zurückgehen, da die Auftragsbestände gegenwärtig noch sehr hoch sind. Erst für den späteren Verlauf des Jahres erwarten wir einen Rückgang (Tabelle 19).

164. Auch von den Lagerdispositionen werden voraussichtlich kontraktive Wirkungen auf den Konjunkturverlauf ausgehen. Die vorsichtige Einschätzung der Produktionsentwicklung könnte die Unternehmen veranlassen, ihre Bestände an Rohstoffen und Halbwaren nur noch wenig aufzustocken oder sogar zu verringern, zumal in einzelnen Bereichen, namentlich bei den Stahlverarbeitern, die Lagerbestände bereits jetzt als überhöht gelten. Die Fertigwarenläger dürften dagegen wieder etwas stärker zunehmen, allerdings werden die hohen Kreditkosten die Unternehmen weiterhin in ihren Lagerdispositionen beeinflussen.

165. Anders als die Ausrüstungsinvestitionen dürften die Bauinvestitionen das ganze Jahr weiter steigen und die Konjunktur stützen. Zusätzliche Impulse werden insbesondere von der Nachfrage der öffentlichen Hand ausgehen. Die Nachfrage nach Wohnbauten dürfte kaum schwächer zunehmen als bisher. Die gewerbliche Wirtschaft wird sich dagegen bei der Auftragsvergabe zurückhalten. Das gilt allerdings nur für die Industrie, nicht für die Dienstleistungsbereiche.

Insgesamt dürfte die Nachfrage kaum mehr ausreichen, die Produktionskapazitäten der Bauwirtschaft voll auszulasten.. Die für 1971 geschätzte Zuwachsrate der realen Bauinvestitionen wird noch hoch bleiben; allerdings zum Teil nur deshalb, weil die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1970 durch den langen Winter stark behindert war (Basiseffekt).

166. Das Schwergewicht der internen Expansion wird sich 1971 von den Investitionen auf den Verbrauch verlagern. Die privaten Verbrauchsausgaben werden das ganze Jahr über nahezu unvermindert zunehmen; vor allem wegen der zunächst noch kräftig steigenden Lohneinkommen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Expansion der Lohneinkommen zwar nachlassen, da aber der Konjunkturzuschlag zur Jahresmitte wegfällt, dürfte sich dies auf die Verbrauchsausgaben nur wenig auswirken.

Die Renteneinkommen werden 1971 erheblich schwächer steigen als die Lohneinkommen, ähnliches gilt für die Entnahmen der Selbständigen: die Renteneinkommen, weil ihre Erhöhung noch immer von der schwachen Lohnentwicklung der Jahre 1967 und 1968 bestimmt wird, die Selbständigeneinkommen, weil die Liquidität der Unternehmen weiter angespannt bleibt. Insgesamt wird das verfügbare Einkommen etwa ebenso stark steigen wie 1970. Allerdings dürfte 1971 wieder ein größerer Teil des Einkommens gespart werden, denn erfahrungsgemäß steigt in Abschwungsphasen die Sparquote. Hinzu kommt, daß für einen großen Teil der Arbeitnehmer vermögenswirksame Leistungen vereinbart werden dürften (624 DM-Gesetz) und daß im zweiten Halbjahr der Konjunkturzuschlag wegfällt (Tabelle 17).

Tabelle 17

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte

Schätzung für das 2. Halbjahr 1970 und Prognose für das Jahr 1971 [1])

	1969		1970	1971	1970		1971	
	Mrd. DM	Anteil in vH			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	210,6	55,3	+13,5	+12,5	+14,7	+12,5	+13,0	+12,0
Öffentliche Einkommensübertragungen	79,4	20,9	+ 7,0	+ 7,5	+ 7,5	+ 6,5	+ 7,5	+ 7,5
Privatentnahmen und Vermögenseinkommen	102,2	26,9	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,0	+ 5,0
⁄. Übertragungen	11,5	3,0	.	.	.	.	.	.
Verfügbares Einkommen	380,7	100	+ 9,5	+ 9,5	+10,2	+ 9,0	+10,0	+ 9,0
Privater Verbrauch	333,6	87,6	+10,5	+ 9,0	+11,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 8,5
			Anteil in vH					
Sparquote [2])	×	12,4	11,5	11,8	10,3	12,6	10,5	13,0

[1]) Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.
[2]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

167. Besonders wird der Staatsverbrauch steigen. Wir haben die Zuwachsrate auf 14 vH veranschlagt (Ziffer 158).

168. Die Exportschätzung geht davon aus, daß sich die Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern abschwächt. Die Nachfrage des Auslands wird in den kommenden Monaten nur wenig zunehmen. Die hohen Bestände an Auslandsaufträgen lassen jedoch zunächst nur eine geringe Verminderung im Anstieg der Ausfuhren erwarten. Erst im weiteren Verlauf dürften die Exporte mehr dem Auftragseingang folgen. In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schätzen wir die Zuwachsrate der Exporte auf 10,5 vH, wobei wir angenommen haben, daß die Ausfuhrpreise, gemessen an den Durchschnittswerten, um reichlich 3 vH steigen (Tabelle 18).

Diese Schätzung wäre nach oben zu korrigieren, wenn

— unsere Partnerländer im Falle eines Zielkonflikts zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung sich für Vollbeschäftigung entscheiden und expansive Maßnahmen ergreifen,

— die Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik ausgeprägter ist, als wir angenommen haben, und deutsche Unternehmen sich wieder verstärkt um Auslandsaufträge bemühen.

169. Bei der vorausgeschätzten Entwicklung der Auslands- und Inlandsnachfrage wird sich das Tempo der Produktionsausweitung verlangsamen. Für das reale Sozialprodukt rechnen wir im Jahresdurchschnitt mit einer Zuwachsrate von rund 4 vH, nach 5 vH im Jahre 1970. Im Jahresverlauf bedeutet dies eine recht deutliche Abschwächung; vom ersten zum zweiten Halbjahr nimmt nach unserer Rechnung das reale Bruttosozialprodukt nur noch mit einer Jahresrate von 2,5 vH zu (Tabelle 19).

170. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird insbesondere in der Industrie spürbar nachlassen. In tertiären Bereichen wird sie freilich weiter steigen. Auch künftig ist mit einem Zustrom von ausländischen Arbeitskräften zu rechnen.

171. Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials — gemessen am Zuwachs der Sachkapazitäten — schätzen wir für 1971 auf rund 5 vH. Dabei haben wir angenommen, daß der Rückgang der Kapitalproduktivität nur halb so stark sein wird wie in den Jahren 1960 bis 1968 (Ziffer 38).

Bei der erwarteten Nachfrageentwicklung wird das Produktionspotential nicht mehr voll ausgeschöpft. Zwar wird der Auslastungsgrad im Jahresdurchschnitt 1971 mit 99 vH nur wenig geringer sein als im Jahresdurchschnitt 1969 und 1970, im Verlauf des Jahres dürfte er auf knapp 98 vH sinken. Der Auslastungsgrad wäre aber dann immer noch so hoch wie in der Hochkonjunktur von 1964/65. Die Unternehmer dürften den Rückgang der Kapazitätsauslastung zunächst als eine erwünschte Entwicklung ansehen.

Tabelle 18

Außenhandel

Schätzung für das 2. Halbjahr 1970 und Prognose für das Jahr 1971 [1])

Zeitraum	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Anteil des Saldos am Bruttosozialprodukt
	Mrd. DM		Mrd. DM	vH
1967	110,5	94,3	+16,2	3,3
1968	124,4	106,4	+18,0	3,3
1969	141,6	126,4	+15,2	2,5
	Veränderung in vH [2])			
1969	*+13,8*	*+18,8*	+15,2	2,5
1970	*+12,0*	*+15,0*	+13,0	*1,9*
1971	*+10,5*	*+10,0*	+15,0	2,0
1970 1. Hj.	*+11,7*	*+15,5*	+ 4,8	*1,5*
2. Hj.	*+12,5*	*+14,5*	+ 8,3	*2,3*
1971 1. Hj.	*+13,0*	*+11,0*	+ 6,7	*1,9*
2. Hj.	*+ 8,0*	*+ 9,0*	+ 8,3	*2,1*

[1]) Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.
[2]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Tabelle 19

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1970

Absolute Werte

	Einheit	1969	1970	1971	1970		1971	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Nachfrage in jeweiligen Preisen								
Ausfuhr	Mrd. DM	141,6	158,5	174,9	74,4	84,1	83,9	91,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	146,2	178,8	196,5	79,7	99,1	91,0	105,5
Ausrüstungen	Mrd. DM	66,9	82,2	86,3	38,4	43,8	41,4	44,9
Bauten	Mrd. DM	79,3	96,6	110,2	41,3	55,3	49,6	60,6
Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+13,5	+12,2	+9,0	+12,2	± 0	+10,0	—1,0
Staatsverbrauch	Mrd. DM	93,7	105,6	120,3	48,0	57,6	54,4	65,9
Privater Verbrauch	Mrd. DM	333,6	368,9	402,6	174,4	194,5	191,4	211,2
Endnachfrage	Mrd. DM	728,6	824,0	903,3	388,6	435,3	430,7	472,6
Gesamtangebot								
Bruttosozialprodukt	Mrd. DM	602,2	678,6	743,4	319,0	359,5	353,5	389,9
Einfuhr	Mrd. DM	126,4	145,4	159,9	69,6	75,8	77,2	82,7
Komponenten des Angebots								
Erwerbstätige	1 000	26 713	27 120	27 330	26 930	27 310	27 210	27 440
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	499,1	524,6	546,6	251,4	273,2	263,7	282,9
Preisentwicklung								
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	120,8	129,7	136,4	127,2	131,9	134,5	138,1
Privater Verbrauch	1962 = 100	119,2	123,8	128,0	122,9	124,5	127,3	128,6
Einkommensverteilung								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	299,6	351,5	398,6	165,1	186,4	190,3	208,3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd. DM	158,4	169,7	171,4	78,3	91,3	79,5	91,9
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	210,6	238,9	268,3	115,6	123,3	130,4	137,9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	118,6	129,3	129,1	59,9	69,3	59,9	69,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	380,7	416,9	456,7	194,4	222,5	213,9	242,8

Tabelle 19

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Prognose für das Jahr 1971 [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1969	1970	1971	1970		1971	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Nachfrage in jeweiligen Preisen							
Ausfuhr	+13,8	+12,0	+10,5	+11,7	+12,5	+13,0	+ 8,0
Bruttoanlageinvestitionen	+17,2	+22,5	+10,0	+23,1	+21,5	+14,0	+ 6,5
Ausrüstungen	+26,5	+23,0	+ 5,0	+25,5	+20,5	+ 8,0	+ 2,5
Bauten	+10,3	+22,0	+14,0	+21,0	+22,5	+20,0	+ 9,5
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Staatsverbrauch	+12,1	+12,5	+14,0	+13,6	+12,0	+13,5	+14,5
Privater Verbrauch	+10,8	+10,5	+ 9,0	+11,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 8,5
Endnachfrage	+13,0	+13,0	+ 9,5	+13,6	+12,5	+11,0	+ 8,5
Gesamtangebot							
Bruttosozialprodukt	+11,8	+12,5	+ 9,5	+13,2	+12,0	+11,0	+ 8,5
Einfuhr	+18,8	+15,0	+10,0	+15,5	+14,5	+11,0	+ 9,0
Komponenten des Angebots							
Erwerbstätige	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,5
Arbeitszeit	− 1,0	− 0,0	− 0,5	− 0,6	− 0	− 0	− 0,5
Arbeitsvolumen	+ 1,0	+ 1,5	+ 0	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,0	± 0
Produktivität	+ 7,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 8,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,6	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,5
Preisentwicklung							
Bruttosozialprodukt	+ 3,5	+ 7,5	+ 5,0	+ 7,3	+ 7,5	+ 5,5	+ 4,5
Privater Verbrauch	+ 2,5	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5
Einkommensverteilung							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+12,6	+17,5	+13,5	+17,6	+17,0	+15,5	+11,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6,1	+ 7,0	+ 1,0	+ 5,8	+ 8,0	+ 1,5	+ 0,5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+10,4	+13,5	+12,5	+14,7	+12,5	+13,0	+12,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+ 4,5	+ 9,0	− 0	+ 8,7	+ 9,0	± 0	− 0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+11,3	+ 9,5	+ 9,5	+10,2	+ 9,0	+10,0	+ 9,0

[1]) Veränderungsraten gerundet.

172. Den Anstieg der Arbeitsproduktivität veranschlagen wir auf knapp 4 vH. Er bleibt damit unter jener Größe, die wir mittelfristig für erreichbar halten (JG 69 Ziffer 54); dies vor allem deshalb, weil die Kapazitätsauslastung zurückgeht, das Arbeitsvolumen aber nicht im entsprechenden Umfang.

173. Die konjunkturelle Entspannung wird nicht ohne Einfluß auf die Lohntarifabschlüsse bleiben; allerdings werden sich die hohen Steigerungsraten nur langsam zurückbilden. So wird in jenen Bereichen, in denen zu Beginn des Jahres 1970 Tariflohnerhöhungen unter 10 vH vereinbart wurden, ein „Nachholbedarf" geltend gemacht. Außerdem wird der Anstieg der Verbraucherpreise auch 1971 noch so stark sein, daß die Gewerkschaften ihn nicht ohne kompensatorische Lohnforderungen hinnehmen dürften.

Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß nach den starken Lohnsteigerungen in der Metallindustrie auch im öffentlichen Dienst die Löhne und Gehälter kräftig angehoben werden. Hohe Steigerungsraten erwarten wir zudem in jenen Bereichen, in denen im ersten Halbjahr 1971 neue Tarife ausgehandelt werden. Erst danach dürften sich die Lohnerhöhungen den in der Zielprojektion der Bundesregierung als Orientierungshilfe vorgegebenen Eckwerten nähern.

Unter diesen Annahmen wird das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau im Jahresdurchschnitt 1971 um reichlich 11 vH höher sein als im Jahresdurchschnitt 1970. Unter Einschluß der Lohndrift, die wir auf 1 vH veranschlagen, ergibt sich eine Steigerung der Effektivverdienste von rund 12 vH.

174. Bei einem Produktivitätszuwachs von rund 4 vH — Jahresdurchschnitt gegen Jahresdurchschnitt gerechnet — bedeuten diese Lohnsteigerungen einen Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit um etwa 8 vH. Hinzu kommt voraussichtlich die Belastung aus der erhöhten Bemessungsgrenze in der Krankenversicherung und aus der Einführung eines Arbeitgeberanteils für die höher verdienenden Angestellten, die wir zusammen auf rund 1 vH der Bruttolohn- und -gehaltssumme veranschlagen. Der Anstieg der Lohnstückkosten wird zum Teil dadurch gemildert, daß die Einfuhrpreise weniger stark steigen als das inländische Preisniveau und zudem die kurzfristigen Zinssätze sinken werden. Trotzdem werden die Gewinnmargen weiter schrumpfen und sich die Verteilungsrelationen, wie schon 1970, weiter zugunsten der Arbeitnehmer verschieben, um wieviel, hängt vor allem von der Preisentwicklung ab. Die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen lehren, daß es in Abschwungsphasen immer weniger gelingt, steigende Kosten voll in den Preisen zu überwälzen. Möglicherweise sind jedoch 1971 die Überwälzungschancen größer als in den Jahren 1962/63 und 1966/67, denn die starken Preissteigerungen im Ausland werden anhalten.

Nach unserer Prognose, die zu einem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) von rund 5 vH gelangt, werden die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kaum noch zunehmen, die der Finanzierung neuer Investitionen dienenden unverteilten Gewinne sogar zurückgehen. Unter Einschluß der Abschreibungen werden den Unternehmen nur wenig mehr Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen als 1970; die Selbstfinanzierungsquote wird beträchtlich sinken.

175. Der Preisanstieg dürfte sich im Jahre 1971 abschwächen. Das gilt insbesondere für die Baupreise und die Preise für Ausrüstungsgüter. Für die Investoren ergibt sich eine Entlastung dadurch, daß die Investitionsteuer mit Beginn des Jahres 1971 um zwei Prozentpunkte gesenkt wird.

176. Bei den Verbraucherpreisen erwarten wir für die letzten beiden Monate des Jahres 1970 noch starke Steigerungen, so daß der Preisindex für die Lebenshaltung am Jahresende 1970 saisonbereinigt um rund 1,5 vH über dem Jahresdurchschnitt 1970 liegen dürfte.

Allerdings rechnen wir mit einer Abschwächung des Preisanstiegs im Verlauf des Jahres 1971. Die laufenden Raten (von Dezember 1970 bis Dezember 1971 gerechnet) schätzen wir im einzelnen:

— bei den gewerblich erzeugten Gütern auf 3 vH,

— bei den Wohnungsmieten auf 4,5 vH,

— bei den Dienstleistungen auf 4 vH und

— bei Ernährungsgütern auf 2 vH.

Besonders unsicher sind wir bei den Nahrungsmittelpreisen. Unsere Prognose ist nur zu halten, wenn es im kommenden Jahr nicht zu der von der Landwirtschaft geforderten Erhöhung der Preise für Marktordnungsgüter, vor allem bei Getreide und Rindfleisch kommt.

Bei den Preisen für Dienstleistungen haben wir angenommen, daß die Bundesregierung geplante Anhebungen bei administrierten Preisen zeitlich staffelt. Da noch unbekannt ist, um wieviel die Preise erhöht werden, gibt unsere Schätzung eher die Untergrenze an.

Unter diesen Annahmen wird der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 1971 um rund 3,5 vH über dem Jahresdurchschnitt 1970 liegen.

177. Den Einfuhranstieg, den wir bei der vorausgeschätzten Entwicklung von Nachfrage, Produktion und Preisen im In- und Ausland erwarten, beziffern wir auf 10 vH. Dabei dürfte die Einfuhr von Vorprodukten und Investitionsgütern weniger stark zunehmen als bisher, während bei Verbrauchsgütern nach wie vor mit einem kräftigen Anstieg zu rechnen ist.

178. Der Außenbeitrag wird, wenn die Ansätze für die Ausfuhr und Einfuhr zutreffen, 15 Mrd. DM betragen, nach reichlich 13 Mrd. DM im Jahre 1970. Sein Anteil am Bruttosozialprodukt beliefe sich damit auf 2 vH, also etwa ebensoviel, wie die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Zielprojektion als Obergrenze ansieht.

DRITTES KAPITEL

Gegen Geldwertschwund — für stetiges Wachstum

I. Nach der konjunkturellen Wende

179. Nach stürmisch verlaufenem Aufschwung hat sich im Jahre 1970 die konjunkturelle Wende in der Bundesrepublik vollzogen.

Von den dem Sachverständigenrat vorgegebenen Zielen wurden die Ziele eines angemessenen Wachstums und eines hohen Beschäftigungsstandes 1970 abermals erreicht. Nicht erreicht wurde ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Stark verletzt war das Ziel der Geldwertstabilität.

180. Im Jahre 1970 wurde das reale Wachstum des Sozialprodukts nur vom Wachstum des Produktionspotentials begrenzt. Im Jahresdurchschnitt 1970 dürfte der Auslastungsgrad fast ebenso hoch sein wie im Vorjahr; der vorhandene Wachstumsspielraum konnte also ausgeschöpft werden. Mit einer Zunahme der Anzahl der Erwerbstätigen von rund 400 000 wurde der Beschäftigtenstand des Jahres 1965 erstmals wieder übertroffen. Ermöglicht wurde die hohe Beschäftigung ausschließlich durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, da sich die heimische Erwerbsbevölkerung verringerte. Wie schon im vorangegangenen Jahr hat sich damit gezeigt, daß das Arbeitskräfteangebot in einer offenen Wirtschaft wie der unseren recht elastisch ist.

181. Erreichte die Beschäftigung 1970 einen Stand, den man als Überbeschäftigung zu charakterisieren hat, so läßt unsere Prognose für das Jahr 1971 eine Normalisierung erwarten. Dabei wird es in der zweiten Jahreshälfte, wenn überhaupt, nur noch zu einer sehr geringen Zunahme der Anzahl der Beschäftigten kommen. Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes dürfte also 1971 nicht beeinträchtigt sein.

Sollte es zu einem Beschäftigungsrückgang kommen, so würde er sich zunächst nicht allein zu Lasten der inländischen Beschäftigten auswirken, sondern teilweise durch eine verminderte Zuwanderung und eine verstärkte Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte aufgefangen werden. Allerdings sollte in einer Volkswirtschaft, die die Vorteile eines offenen Arbeitsmarktes ständig in Anspruch nimmt, die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte nicht als Puffergröße bei einem Beschäftigungsrückgang angesehen und ein hoher Beschäftigungsstand nur für die inländischen Arbeitnehmer angestrebt werden.

182. Kommt es zu der von uns erwarteten Entwicklung, so ist insbesondere in der zweiten Hälfte 1971 ein Rückgang im Auslastungsgrad des Produktionspotentials unvermeidlich. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten könnte gegen Ende 1971 hinter dem zurückbleiben, was die Unternehmen als normal und wünschenswert betrachten. Ein Rückgang der Investitionstätigkeit würde das Wachstum des Produktionspotentials und damit künftige Produktionsmöglichkeiten beeinträchtigen.

183. Zeichnet sich die Gefährdung des Beschäftigungs- und Wachstumszieles gegenwärtig erst im Ansatz ab, so ist das Ziel der Geldwertstabilität nach wie vor stark verletzt. Im Dezember 1970 wird der Preisindex für die Lebenshaltung voraussichtlich um mehr als 4 vH höher liegen als im Dezember 1969. Die industriellen Erzeugerpreise sind in der gleichen Zeit im Durchschnitt noch wesentlich stärker gestiegen. Auf dem Baumarkt kam es sogar zu einer Preisexplosion. Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe fiel nur deshalb nicht noch stärker aus, weil sich die Importpreise infolge der Aufwertung nicht erhöhten.

184. Zwar nehmen die Gefahren für die Geldwertstabilität von der Nachfrageseite mehr und mehr ab; doch ist die Gefährdung der Preisstabilität von der Kostenseite unverändert groß. Dabei wirkt mit, daß sich die Produktivitätszuwächse bei abnehmender Kapazitätsauslastung abschwächen dürften. Die Lohnstückkosten werden vermutlich 1971, wie schon im Vorjahr, stark steigen. Trotz Preiserhöhungen und einer Verbesserung der Terms of Trade ist ein weiterer Druck auf die Gewinnmargen fast unvermeidlich. Der Verteilungskampf dürfte auch 1971 zugunsten der Arbeitnehmer ausgehen.

185. Nach der Aufwertung ließen die außenwirtschaftlichen Spannungen nach; ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht hat die Bundesrepublik 1970 dennoch nicht erreicht. Mit schätzungsweise 13 Mrd. DM wird der Überschuß im Waren- und Leistungsverkehr um rund 2 Mrd. DM niedriger als im Vorjahr ausfallen. Auch hat der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt abgenommen. Er liegt aber immer noch an der Obergrenze des von der Bundesregierung mittelfristig angestrebten Wertes. Dies ist um so überraschender, als er nach einer Aufwertung und angesichts der starken konjunkturellen Anspannung im Innern eigentlich weit unter dem mittelfristigen Maß liegen müßte.

Kommt es zu der von uns erwarteten konjunkturellen Abschwächung im nächsten Jahr, wirkt dies tendenziell wieder auf eine Erhöhung des Außenbeitrags hin. Da dann auch die Preisentwicklung bei uns eher ruhiger verlaufen dürfte als im Ausland, wird es nur eine Frage der Zeit sein, wann sich das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung infolge zu hoher Überschüsse wieder stellt.

Aber unabhängig von der Höhe der außenwirtschaftlichen Überschüsse, gefährden die absehbaren hohen Preissteigerungen im Ausland kontinuierlich die Preisstabilität von außen.

186. Dieses Bild der gesamtwirtschaftlichen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung läßt erkennen, daß gegenwärtig ein Ziel — die Geldwertstabilität — stark verletzt ist, daß aber für zwei weitere Ziele — angemessenes und stetiges Wachstum sowie hoher Beschäftigungsstand — eine Gefährdung sichtbar wird. Dabei ist noch ungewiß, ob der Geldwertschwund in dem Maße abnimmt, wie die Gefährdung der beiden anderen Ziele zunimmt. Es kann also durchaus sein, daß sich die Wirtschaftspolitik 1971 der Situation gegenübersieht, Gefahren für alle drei Ziele gleichzeitig begegnen zu müssen.

187. Diese Konstellation der Fehlentwicklung hat nicht nur heutige Ursachen, sondern beruht wesentlich auf Versäumnissen in der Vergangenheit. Der Sachverständigenrat sieht sich daher, wie auch in früheren Jahren, veranlaßt, den Ursprüngen der Fehlentwicklungen nachzugehen, bevor er die Grundprobleme gegenwärtiger Stabilisierungspolitik erörtert und schließlich Möglichkeiten für eine Rückkehr zum Gleichgewicht aufzeigt.

II. Ursprünge der Fehlentwicklungen

188. Als die westdeutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1967 in ihre bisher längste und stärkste Expansionsphase der Nachkriegszeit eintrat, konnte man hoffen, daß es diesmal, im Gegensatz zu früheren Zyklen, gelingen würde, die Wirtschaft an den Gleichgewichtspfad heranzuführen und eine konjunkturelle Überhitzung, die die Gefahr eines erneuten starken Rückschlags in sich bergen würde, zu vermeiden. Diese Erwartung gründete sich besonders darauf, daß es nach der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes im Juli 1967 — von vielen als das modernste und fortschrittlichste Steuerungsinstrument der Konjunkturpolitik begrüßt — möglich sein werde, eine bessere, den konjunkturellen Veränderungen sich rascher anpassende Wirtschaftspolitik zu betreiben als bisher. Zudem war zu hoffen, daß man die wirtschaftspolitischen Lehren aus dem vorangegangenen Zyklus, in dem es erstmals zu einer Rezession in der Bundesrepublik gekommen war, beherzigen werde.

189. Das erste wesentliche Moment, das eine Heranführung der Wirtschaft an den Gleichgewichtspfad verhinderte, ist darin zu sehen, daß es der Wirtschaftspolitik auch mit Hilfe der Konzertierten Aktion nicht gelang, den Lohn-Lag zu verkürzen, also eine gleichmäßigere Gewinn- und Lohnentwicklung im Aufschwung zu erreichen. Bis weit in das Jahr 1969 hinein blieb die Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Da demgegenüber die Preise trotz stark rückläufiger Lohnstückkosten angesichts der steigenden Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, eher nach oben tendierten, kam es zu einer „Gewinnexplosion", auf die bei zunehmender Anspannung am Arbeitsmarkt eine starke Lohnwelle folgen mußte.

Daß es in diesem Aufschwung zu einem noch längeren und ausgeprägteren Lohn-Lag als in früheren Zyklen kam, beruht wohl darauf,

- daß zum einen die Gewerkschaften unter dem Eindruck des Rezessionsschocks ihre Verhandlungsposition im Aufschwungsjahr 1968 unterschätzt haben mögen und
- daß zum anderen in den Orientierungsdaten, die die Bundesregierung bei Beginn des Aufschwungs zur Verfügung stellte, der Expansionsspielraum unserer Wirtschaft zu gering eingeschätzt wurde.

Die zurückhaltende Lohnpolitik während des Aufschwungs, eigentlich eine Chance für eine auf Geldwertstabilität bedachte Globalsteuerung, trug bei zu deren Versagen, als unterlassen wurde, rechtzeitig die Nachfrageexpansion einzudämmen und die Preiserhöhungsspielräume klein zu halten. Nötig wäre gewesen, mäßige Lohnerhöhungen marktgerecht werden zu lassen (Verstetigung bei stabilem Preisniveau). Was geschah — ungenügend gebremste Nachfrageexpansion bei mäßigen Lohnerhöhungen —, trug die Keime der späteren Übersteigerung auf allen Gebieten schon in sich: exzessive Nachfrageexpansion — exzessive Lohnerhöhungen — exzessive Preissteigerungen.

190. Anders als im vorangegangenen Konjunkturzyklus wurde in diesem Zyklus der Versuch unternommen, die binnenwirtschaftliche Expansion gegen außenwirtschaftliche Einflüsse (importierte Inflation) abzusichern.

Zeitlich gesehen kann der erste Versuch der außenwirtschaftlichen Absicherung mit Hilfe des Absicherungsgesetzes vom November 1968 zwar nicht mehr als prophylaktisches Handeln gewertet werden, kam er doch erst, als die außenwirtschaftliche Fehlentwicklung schon in Gang war und eine massive Spekulationswelle die Regierung zum Handeln zwang; doch wäre es immerhin noch nicht zu spät gewesen, den inflationären Anpassungsprozeß im Innern weitgehend zu unterbinden. Aber die steuerlichen Maßnahmen wurden schwächer dosiert, als es der Sachlage nach schon damals angemessen schien; statt der Reversibilität dieser Maßnahmen hätte eine Verschärfung für den Fall angekündigt werden müssen, daß sich ihre Wirkungen als nicht ausreichend erweisen sollten.

Dies trat schon Anfang 1969 zutage. Gleichwohl votierte die Bundesregierung mit ihrem Nicht-Aufwertungsbeschluß vom Mai 1969 dagegen, die außenwirtschaftliche Absicherung zu verstärken. Damit war endgültig die Chance vertan, der Preiswelle, die der inzwischen überaus starke Boom in sich trug, noch rechtzeitig wirksam entgegenzutreten.

191. Angesichts des bestehenden Überschußungleichgewichts waren die Möglichkeiten der monetären Restriktionspolitik, wie schon in früheren Aufschwungsphasen, begrenzt. Zwar nutzte ab Frühjahr 1969 die Bundesbank, die bis dahin — wohl auch unter dem Eindruck des Absicherungsgesetzes — auf kontraktive Maßnahmen verzichtet hatte, fast jeden Spielraum für eine monetäre Dämpfung des Booms. Doch wurden ihre Maßnahmen durch spekulative Devisenzuflüsse aus dem Ausland, Karussellgeschäfte der Banken und Kreditaufnahme der Unternehmen im Ausland weitgehend konterkariert, so daß die Wirkung dieser Dämpfungspolitik, angesichts der Stärke des Booms, völlig unzureichend bleiben mußte.

192. Da es der Wirtschaftspolitik im Aufschwung der Jahre 1968 und 1969 nicht gelang, den Boom mit Hilfe außen- und binnenwirtschaftlicher Maßnahmen zu zügeln und eine Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu verhindern, war der Gewinn an Geldwertstabilität, den die Rezession 1966/67 mit sich gebracht hatte, rasch vertan. Vom Herbst 1969 an konnte es schon nicht mehr darum gehen, Geldwertstabilität kurzfristig wieder zu erreichen, sondern allenfalls darum, noch schlimmere Gefahren für das Ziel der Geldwertstabilität zu verhüten und eine weitere Übersteigerung des Booms zu vermeiden.

193. Das galt auch für die Aufwertung der D-Mark vom Oktober 1969. Mit ihr war nicht mehr zu verhindern, daß das, was als Anpassungsinflation begonnen hatte, nun als „hausgemachte" Inflation weiterlief. In unserem Jahresgutachten 1969/70 schrieben wir dazu: „Alles in allem darf man wohl nicht darauf vertrauen, daß von dem gewählten Aufwertungssatz ein Bremseffekt ausgeht, der angesichts der Preisentwicklung im Ausland und der Konjunktursituation im Inland längere Zeit preispolitisch wirksam sein könnte" (JG 69 Ziffer 211).

Schneller, als auch wir es vorausgesehen hatten, schon Anfang 1970, wurde sichtbar, wie sehr diese Skepsis berechtigt war. Der Boom erwies sich auch in seiner Spätphase noch als so stark, daß ein rasches Auslaufen der Preiswelle nicht abzusehen war.

Seitdem wissen wir, daß es nötig gewesen wäre, schon zum Zeitpunkt der Aufwertung ein ergänzendes Programm zur Dämpfung der Binnenkonjunktur in Kraft zu setzen. Auch nach Beginn des Jahres 1970 war wohl noch Spielraum vorhanden, mit nachfragedämpfenden Maßnahmen zugleich der Geldwertstabilität und der Normalisierung in den Ansprüchen an das Produktionspotential zu dienen, Spielraum also, das Tempo, in dem sich die Preis-Lohn-Spirale zu drehen begann, zu verlangsamen — und dies noch ohne Beschäftigungsrisiken.

194. Danach schwand dieser Spielraum rasch. Die ersten verläßlichen Anzeichen wurden sichtbar, daß der Höhepunkt der Nachfrageexpansion überschritten war und die Preisentwicklung nun mehr und mehr vom Kostendruck bestimmt wurde. Auf die Konjunkturpolitik kam der alte Zielkonflikt zu; sie sah sich vor die Entscheidung gestellt, entweder den noch immer anhaltenden Preisauftrieb als Spätfolge früherer Versäumnisse endgültig hinzunehmen und im übrigen darauf zu vertrauen, daß schließlich die Nachfrageexpansion sich weiter abschwächen und dies dann auch eine Preisberuhigung mit sich bringen werde, oder aber durch weitere Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage kurzfristig auch jetzt noch etwas für die Geldwertstabilität zu tun, selbst auf die Gefahr hin, damit die ersten Tendenzen, die auf einen Abschwung hinwiesen, in unerwünschtem Maße zu verstärken. Gegen weitere Restriktionsmaßnahmen sprach, daß die Verstetigung der Nachfrageentwicklung eine Hauptaufgabe der Konjunkturpolitik ist. Warnungen kamen aber auch von all denen, die bei Beschäftigungsrisiken eher zur Prophylaxe bereit sind als bei Geldwertrisiken.

Für die zweite Strategie sprach die Not der Konjunkturpolitiker, im Bereich der Stabilisierungspolitik wieder glaubwürdig zu werden und damit zumindest in den längerfristigen Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmer das Vertrauen auf Geldwertstabilität zu erhalten. Vordringlich schien dabei vor allem, für die Einkommenspolitik im weiteren Verlauf des Jahres rechtzeitig ein neues Zeichen zu setzen.

195. Bis in den Sommer 1970 hinein blieb die Konjunkturpolitik uneinheitlich, vor allem weil die Bundesregierung in ihrer Mehrheit unentschlossen war. Diese hatte zwar schon zu Jahresbeginn die geplante Ausgabenexpansion der öffentlichen Hand durch Haushaltssperren und Anordnungen, die den Haushaltsvollzug verzögern sollten, beschränkt sowie angekündigte Steuersenkungen vertagt; aber danach versagte sie sich zunächst dem Verlangen, über eine bloße Bekräftigung und Verlängerung dieser Politik wesentlich hinauszugehen.

196. Nur die Bundesbank nutzte voll den Spielraum für eine binnenwirtschaftlich orientierte Konjunkturpolitik, der durch die Aufwertung der D-Mark zunächst gewonnen war; und da sie sich wieder auf sich allein gestellt sah, überzog sie ihn auch sogleich. Sie trieb die Zinsen so weit hinauf, daß nicht nur Banken, sondern — wie schon 1966 — auch inländische Unternehmen, vor allem große, auf Kredite im Ausland auswichen, so die monetäre Restriktionspolitik unterliefen und damit abermals die Grenzen aufzeigten, denen sich bei festen Währungsparitäten eine solche Politik gegenübersieht. Immerhin schlugen diesmal die Maßnahmen der Bundesbank an allen Kreditmärkten durch; Zinsen und übrige Konditionen sowie höhere Bonitätsanforderungen an die Kreditsuchenden wiesen aus, daß die monetären Bremsen zogen.

197. Unterdessen hielt sich die Bundesregierung weiterhin an den Indikator, der für eine prophylaktische Konjunkturpolitik am wenigsten geeignet ist, weil er Fehlentwicklungen immer erst anzeigt, wenn es zu spät ist: die Preisentwicklung auf den Verbrauchermärkten.

Erst Mitte des Jahres, nachdem der starke Preisanstieg über den Winter hinaus mehrere Monate unvermindert angehalten hatte, und nun auch in der Öffentlichkeit mehr und mehr ein Eingreifen des Staates verlangt wurde, entschloß die Bundesregierung sich zu finanzpolitischen Dämpfungsmaßnahmen: dem rückzahlbaren Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und der zeitweisen Aussetzung der degressiven Abschreibung.

198. Der rückzahlbare Konjunkturzuschlag stellt, da er einer kurzfristigen Zwangsanleihe (ohne Verzinsung) gleichkommt, eine weitaus mildere Maßnahme dar, als sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zur Bekämpfung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorgesehen ist. Ähnliches gilt für die aus sozialen Gründen verfügte Befreiung der niedrigen Einkommen; sie dürfte — ebenso wie die Rückzahlbarkeit — bewirkt haben, daß ein erheblicher Teil der abgeschöpften Kaufkraft nicht die Konsumausgaben, sondern die Ersparnisse verminderte.

199. Mochte zwar die besondere Ausgestaltung des Steuerzuschlags den einkommenspolitischen Bedingungen des Jahres 1970 Rechnung tragen — echte Steuererhöhungen ließen ausgleichende Lohnforderungen befürchten —, so ist es doch bemerkenswert, daß damit wiederum konjunkturpolitische Maßnahmen ergriffen wurden, die einer neuen Gesetzesgrundlage bedurften, also nicht bereits vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gedeckt waren.

Damit zeigte sich, daß zwar, wie schon beim Absicherungsgesetz vom November 1968, notwendige Gesetzesgrundlagen für wirtschaftspolitische Maßnahmen relativ rasch geschaffen werden können, wenn die Regierung sich entschlossen für solche Maßnahmen einsetzt. Andererseits kann sich die Regierung zu Maßnahmen oftmals erst entschließen, wenn sie durch nicht zu kontrollierende Ereignisse unter Handlungszwang gerät oder von der Öffentlichkeit, bei der im allgemeinen ein ausgeprägter konjunkturpolitischer Bewußtseins-Lag zu beobachten ist, zunehmend zum Handeln gedrängt wird.

200. Prophylaktische wirtschaftspolitische Maßnahmen, für die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gerade die gesetzlichen Grundlagen hatte legen sollen, unterblieben im vergangenen Aufschwung ebenso wie früher weitgehend. Der konjunkturpolitische Entscheidungs-Lag, den wir bei unserem Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre im letzten Jahresgutachten als einen der wichtigen Gründe dafür angeführt hatten, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele so selten gleichzeitig erreicht wurden (JG 69 Ziffern 232 ff.), hat sich also — wie die Erfahrungen des Jahres 1970 erneut bestätigen — trotz der gegenüber früher verbesserten konjunkturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten nicht wesentlich verringert.

201. Sind Nachfragesteuerung und Preispolitik erfolglos, folgt meist unmittelbar ein Versagen der Einkommenspolitik.

Seit Ende des Jahres 1969 ist die Lohnpolitik, betrachtet man sie für sich, eindeutig stabilitätswidrig. Die Lohnerhöhungen haben die Verbindung zur Produktivitätsentwicklung verloren. Auch wenn man das Voraneilen der Gewinnentwicklung in den frühen Phasen des Aufschwungs berücksichtigt, muß man für ausgeschlossen halten, daß ein Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit, wie er seit Mitte 1969 zu beobachten ist, etwa mit stabilem Preisniveau hätte vereinbar sein können.

Eine solche Betrachtung der „Lohnentwicklung für sich genommen" wird jedoch der Sache nicht gerecht. Zu den hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften und zu den, insgesamt gesehen, recht bereitwilligen und schnellen Zugeständnissen der Arbeitgeber konnte es nur kommen, nachdem es der Wirtschaftspolitik 1968 und 1969 nicht gelungen war, die Preiserhöhungsspielräume enger zu begrenzen. Auch die Tatsache, daß seit Herbst 1969 die Lohnstückkosten schneller steigen als die Preise, steht hiermit in engem Zusammenhang. Aus der Erfahrung des Lohnrückstandes 1968/69 und der spontanen Arbeitsniederlegungen vom Herbst 1969 heraus haben sich die Gewerkschaften nicht damit zufrieden gegeben, diesen Rückstand aufzuholen, sondern mit unverminderten Lohnforderungen die Unternehmen dahin gebracht, daß sie ihre Preiserhöhungsspielräume voll ausschöpfen und schließlich — und das war jedenfalls das Ziel — ein Teil der Lohnerhöhungen auf Kosten der Gewinne zugestehen mußten. Nach dem verbreiteten Unwillen über die Gewinnexplosion haben die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften handeln, ein anderes Verhalten offenbar nicht zugelassen, obgleich eine längerfristige Vorteilsrechnung einer solchen Politik meist kein gutes Zeugnis ausstellt, weil sie den Keim der Rezession in sich trägt.

202. Wenn es auch schwierig ist, die Verantwortung für die gegenwärtigen Fehlentwicklungen eindeutig zuzurechnen, da sie auf verschiedenen Maßnahmen und Unterlassungen in der Vergangenheit beruhen, wobei eine Fehlentwicklung das Entstehen der nächsten begünstigte, so drängt sich doch der Schluß auf, daß das oftmals verhängnisvolle Zögern der Wirtschaftspolitik im Verein mit einer ungenügenden Koordinierung der Kreditpolitik, Finanzpolitik und Währungspolitik die Übersteigerung des konjunkturellen Aufschwungs und die zunehmende Gefährdung des Geldwertes vor allem gefördert hat.

203. Dabei verkennen wir nicht — es sei wiederholt —, daß die wichtigsten Versäumnisse nicht im Jahre 1970 lagen, sondern in der frühen und der mittleren Phase des Aufschwungs. Grundlegend anders wäre die Entwicklung also nicht verlaufen, hätte etwa die Steuerpolitik den Kurs der Bundesbank im Jahre 1970 frühzeitiger und tatkräftiger unterstützt. Zur Besinnung ruft gleichwohl auf — und dies weist über das Jahr 1970 hinaus —, daß die abwartende Haltung der Regierung bei Investoren wie Verbrauchern, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern dem Eindruck Vorschub geleistet hat, jenes Maß an Preissteigerungen, das bis zur Jahresmitte

1970 zu verzeichnen war, sei nunmehr für das zu halten, was die Regierung toleriert, bevor sie durch Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes dem Geldwertschwund entgegentritt.

III. Grundprobleme gegenwärtiger Stabilitätspolitik

Geldwertstabilität heute

204. Der Mißerfolg der Konjunkturpolitik im Aufschwung belastet nachhaltig die Chancen einer Stabilitätspolitik, die auf Verstetigung ausgerichtet ist und Zielkonflikte vermeiden will. Nichts muß die Konjunkturpolitik mehr fürchten als eine Situation wie diejenige, in der sie sich gegenwärtig befindet: Die Gefahr eines konjunkturellen Abschwungs bei starken Preissteigerungen. Schwer wird es sein, für das Instrumentarium der Konjunktursteuerung, nun es einmal diskreditiert ist, das Vertrauen zurückzugewinnen, das eine der Grundlagen seiner Wirksamkeit ist. Am schwersten wiegt dabei die Gefahr einer — mehr oder weniger resignierenden — Gewöhnung an die schleichende Geldentwertung.

205. Daß morgen schon als Erfolg gilt, was heute noch ein Skandal ist, wäre in der Tat nur eine Fortsetzung dessen, was sich in der Vergangenheit vollzogen hat. Noch Anfang der sechziger Jahre galten 2 vH Geldentwertung je Jahr fast unbestritten als eine Tendenz, der auf jeden Fall Einhalt geboten werden müsse. Heute melden sich mehr und mehr Stimmen, die eine jährliche Steigerung des Preisniveaus um 2 vH, ja 3 vH schon für einen Satz halten, bei dem der Widerstand gegen den Fortgang der Geldentwertung aufhören solle.

206. Die Erfolglosigkeit der Konjunkturpolitik, zumal die erneute Erfolglosigkeit nach hoffnungsvollem Neubeginn, kann den politischen Willen zur Stabilität aushöhlen, das heißt die Bereitschaft, um der Stabilität willen Anstrengungen zu unternehmen. Die letzte große Anstrengung führte in die Rezession des Jahres 1967. In einer Zeit, in der das soziale Recht auf den Arbeitsplatz in der Nähe der allgemeinen Grundrechte gesehen wird, darf ein so ausgeprägter Konjunkturabschwung nicht der Preis für die Beseitigung einer inflatorischen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sein, sollen nicht soziale Konflikte die Funktionsfähigkeit der Ordnung, in der wir leben, in Frage stellen.

Bemerkbar macht sich auch, daß die Bereitschaft erlahmt, zum Ausgleich für eine privatwirtschaftliche Übernachfrage immer wieder auf öffentliche Vorhaben, deren Vordringlichkeit niemand bestreitet, zu verzichten.

207. Ebenso ernst zu nehmen ist die Resignation, die sich von der Auffassung her ausbreitet, daß die außenwirtschaftlichen Umstände für Geldwertstabilität ungünstig sind und ungünstig bleiben werden. Der Sachverständigenrat kann feststellen, daß die wirtschaftspolitische Diskussion heute anders als noch vor wenigen Jahren weithin von der Einsicht bestimmt ist, daß ein Land in einer inflationierenden Umwelt wegen des internationalen Preiszusammenhangs keine Insel der Geldwertstabilität sein kann; es sei denn, dieses Land hätte einen beschränkt oder unbeschränkt beweglichen Wechselkurs, oder es wäre bereit und in der Lage, seine Währung in mäßig langen Zeitabständen aufzuwerten und zwischen je zwei Aufwertungen durch binnenwirtschaftliche Restriktion das Mitziehen im internationalen Inflationstrend um den Preis übermäßiger außenwirtschaftlicher Überschüsse aufzuhalten.

Diese Einsicht hat jedoch nicht zu Entscheidungen geführt, mit denen die währungspolitischen Bedingungen durchgreifend gebessert worden wären. Rücksichten auf die institutionellen Probleme der westeuropäischen Integrationspolitik waren hierfür mit maßgeblich. Im Rahmen dieser Integrationspolitik ist der Plan einer westeuropäischen Wirtschafts- und Währungsunion gereift. Zu dieser Wirtschafts- und Währungsunion werden außer der Bundesrepublik vornehmlich Länder gehören, deren stabilitätspolitische Möglichkeiten weniger von dem Spielraum, den ihnen ihre außenwirtschaftliche Verflechtung läßt, als vielmehr von dem Kräftespiel im Innern begrenzt sein dürften. Stufenweise soll die wirtschafts- und währungspolitische Autonomie der beteiligten Länder weiter herabgesetzt und schließlich aufgehoben werden. Nationale Wechselkursänderungen wären in den ersten Phasen des Integrationsprozesses noch möglich; doch dürfte für eine prophylaktische Wechselkurspolitik von Anfang an nur wenig Raum sein. Später käme gegenüber Drittländern für die Union als ganze eine größere währungspolitische Beweglichkeit in Betracht, als sie heute üblich ist. Unter den Bedingungen der Währungsunion würden die Chancen für Geldwertstabilität in der Bundesrepublik stärker noch als bisher von unseren wichtigsten Partnerländern bestimmt. Die Furcht vor noch mehr Inflationsimport läßt sich unter diesen Umständen nur dämpfen durch die Hoffnung, das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik möchte ausreichen, mäßigend auf den Hang zur Übernachfrage in den anderen Ländern einzuwirken. Daß die deutschen stabilitätspolitischen Vorstellungen die künftige gemeinsame Konjunkturpolitik überwiegend prägen könnten, wird jedoch von vielen Seiten bezweifelt; folgerichtig wird dafür geworben, den stabilitätspolitischen Ehrgeiz der Bundesrepublik auf ein „realistisches Maß" zurückzunehmen [1]).

208. Stabilitätspolitische Resignation aufgrund der Erfahrung der jüngeren Vergangenheit und angeblich realistische Einschätzung der Chancen für den kleinsten gemeinsamen Nenner in einer künftigen westeuropäischen Währungsunion verbünden sich mit der These, ein gewisses Maß an Inflation sei ohnehin wohltuend, weil es das wirtschaftliche

[1]) Ein Ratsmitglied, Claus Köhler, vertritt zum Problem flexiblerer Wechselkurse eine abweichende Meinung (Ziffern 302 ff.).

Wachstum fördere. Diese These ist alt; unterstützt durch die hohen Wachstumsraten in den Aufschwungsjahren, findet sie jedoch neuerdings wieder mehr Resonanz.

Inflationsneigung und Widerstände

209. Der Abbau der Widerstände gegen die schleichende Geldentwertung ist ein sehr ernst zu nehmender Vorgang. Setzt er sich fort, so schwindet mit ihnen zugleich die Chance, Stabilität auch nur annähernd zu erreichen.

210. Die entwickelten Industrieländer sind in der Nachkriegszeit mit dem früher so gravierenden Problem häufiger Massenarbeitslosigkeit durchweg gut fertig geworden. Seither gibt es — entgegen der in der großen Depression aufgekommenen Befürchtung einer säkulären Stagnation — eher einen ständigen Hang zur Übernachfrage. Dieser ist letztlich Ausdruck des Verteilungskampfes, in dem die Interessen der sozialen Gruppen und oftmals auch des Staates gegeneinander ausgetragen werden. Immer höhere Ansprüche an das Volkseinkommen konkurrieren miteinander; niemand steckt zurück. Gewählt wird eine Form des sozialen Kompromisses, bei dem — ist er gut eingeübt — die Gruppen sich auf Kosten Dritter zu einigen versuchen, einen Anfangsgewinn aber meist nicht behalten, scheinbar kein einzelner den Kampf verliert, niemand ihn gewinnt, jedoch alle die Vorteile einer stabilen Währung aufgeben müssen.

211. Eine Marktwirtschaft tendiert zwar, soweit sie im wesentlichen wettbewerblich organisiert ist, zu einem stabilen Preisniveau — von Störungen, die sich aus strukturellen Verwerfungen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums ergeben, abgesehen. Dieses Gleichgewicht ist jedoch labil gegenüber Änderungen der Nachfrage wie gegenüber Änderungen der Kosten, die alle Unternehmen betreffen oder immerhin so viele, daß Anpassungsprozesse bei den übrigen ausgelöst werden.

Allein die staatlichen Instanzen sind in der Lage, eine ständige Übermacht der inflatorischen Kräfte zu verhindern, wenn sie bereit sind, gegebenenfalls die nötigen Finanzierungsmittel zu verweigern, Einkommen zu entziehen oder Ausgaben zu unterlassen, auf die die Privaten — als Einnahmen — rechnen konnten.

212. Ist der Staat entschlossen, eine übermäßige Nachfrageexpansion nicht zuzulassen, so besteht die Gefahr eines ständigen Wechsels von konjunktureller Übersteigerung und Unterbeschäftigung. Das kann nur vermieden werden, wenn alle Beteiligten hochempfindlich auf Gefährdungen des Gleichgewichts reagieren. Hohe Reagibilität des Staates bestünde darin, aufgrund frühzeitiger Diagnose stabilitätswidrigen Tendenzen schon mit prophylaktischen Maßnahmen entgegenzutreten und damit die Entschlossenheit zu stabilitätskonformer Politik immer wieder zu bekräftigen. Hohe Reagibilität der autonomen Gruppen im Verteilungskampf bestünde darin, diese Entschlossenheit des Staates ebenso in Rechnung zu stellen wie die Markttendenzen, das heißt, im Wissen um diese Entschlossenheit zu handeln, wenn entschieden wird, wieviel von dem durchgesetzt oder gewährt werden soll, was der Markt kurzfristig hergibt.

213. Die Stärke der staatlichen Instanzen liegt darin, von der Kreditpolitik, Finanzpolitik und Währungspolitik her die Rahmenbedingungen so setzen zu können, daß die Nachfrage nur in dem Maße ausgeweitet werden kann, in dem das Produktionspotential ein Wachstum bei stabilem Preisniveau zuläßt. Diese Stärke können die staatlichen Instanzen jedoch nicht voll nutzen. Denn in diesem Falle werden konjunkturelle Rückschläge, verbunden mit Gewinneinbußen für die Unternehmer und Entlassungen für die Arbeitnehmer, zu einem Verhaltensrisiko der Marktparteien. Diesem Risiko könnte der Staat die Marktparteien nur überlassen, wenn er für Geldwertstabilität und sie für Vollbeschäftigung zuständig wären. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Erhaltung der Vollbeschäftigung gehört ebenso zur Aufgabe der Konjunkturpolitik wie die Wahrung des Geldwertes. Im Konfliktfall der Geldwertstabilität auch nur den gleichen Rang zu geben wie der Vollbeschäftigung, ist erfahrungsgemäß schon schwer. Die Wirtschaftspolitik wird sogar dahin gedrängt, mit Rücksicht auf die sozialen Härten der Arbeitslosigkeit bei der Stabilisierungspolitik überhaupt keine Beschäftigungsrisiken einzugehen, das heißt, dem Vollbeschäftigungsziel grundsätzlich den Vorrang zu geben. Je höher der Rang des Vollbeschäftigungsziels gesetzt wird, um so mehr ist die Wirtschaftspolitik hinsichtlich der Geldwertstabilität auf die Reagibilität des Marktsystems, besonders aber der autonomen Gruppen, angewiesen. Anders gesagt: Soll Vollbeschäftigung ohne anhaltenden Geldwertschwund beziehungsweise Geldwertstabilität ohne ernsthafte Beschäftigungsrisiken möglich sein, so setzt dies voraus, daß milde Maßnahmen der Globalsteuerung, rechtzeitig ergriffen, ausreichen, ein stabilitätskonformes Verhalten am Markt herbeizuführen und zu erhalten.

214. Die Schwäche der staatlichen Instanzen ist die Stärke der autonomen Gruppen. Daß diese Rücksicht auf Stabilität nehmen, ist nicht selbstverständlich. Die sozialen Spannungen, die dem Verteilungskampf zugrunde liegen, wiederstreben der Zurückhaltung, die stabilitätskonformes Verhalten verlangt. Die Hoffnung auf einen Gewinn zu Lasten Dritter begünstigt daher eine Koalition der autonomen Gruppen gegen eine konsequente Stabilisierungspolitik. In diesem Fall führt eine Wirtschaftspolitik, die stabilitätskonformes Verhalten der Marktparteien zu marktgerechtem Verhalten macht, nicht zu Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung; zwei Ziele also, denen die Regierung gleichermaßen verpflichtet ist, geraten zueinander in Konkurrenz.

Oftmals werden allerdings die sozialen Spannungen verschärft durch konjunkturelle Fehlentwicklungen, für die der Staat die Verantwortung trägt. In diesen Fällen ist es schwer, den autonomen Grup-

pen einen Mißbrauch ihrer Macht vorzuwerfen, wenn sie sich einem Appell an ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung versagen und einen Gewinn auch dort suchen, wo der Markt ihn nur für kurze Zeit gewährt. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, nach Möglichkeit zu verhindern, daß das legitime partikulare Interesse der Gruppen in Widerspruch zum gesamtwirtschaftlichen Interesse gerät.

215. Unter den staatlichen Instanzen ist es die unabhängige Notenbank, die politisch am ehesten in der Lage ist, einer Übermacht der inflatorischen Kräfte konsequent entgegenzuwirken. Sie ist zwar gehalten, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen, doch nach dem Bundesbankgesetz darf sie sich als Hüterin der Währung ansehen und Widerstand gegen inflatorische Tendenzen auch leisten, wenn die anderen Instanzen der Wirtschaftspolitik der Versuchung erliegen sollten, im Falle des Konflikts zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung ständig zugunsten letzterer zu entscheiden. Daß in der Unabhängigkeit der Bundesbank der Wille zur Geldwertstabilität gleichsam institutionell verselbständigt ist, kann allerdings nur als Sicherheitsnetz angesehen werden, denn ein isoliertes Handeln der Kreditpolitik birgt besonders große Gefahren der Übersteuerung. Zudem kann sie unter den gegebenen währungspolitischen Bedingungen einigermaßen zuverlässig zwar den Außenwert der Währung sichern, nur sehr beschränkt hingegen deren Binnenwert.

216. Welches Maß an Rücksicht letztlich alle auf die Geldwertstabilität nehmen müssen, dafür dürfte ausschlaggebend sein, welchen Rang ihr die Bevölkerung zuerkennt. Gibt sie ihr einen hohen Rang, so sind auch die staatlichen Instanzen zum Widerstand gegen die — meist kurzfristigen — Interessen derer gezwungen, die sich von einer entschlossenen Stabilitätspolitik Nachteile erwarten. Zugleich wird der Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung in das Kalkül aller eingehen, auf deren Reagibilität gegenüber Beschäftigungsrisiken es ankommt.

Umgekehrt wird weder die Regierung noch schließlich auch die Notenbank wiederholt um der Geldwertstabilität willen Beschäftigungsrisiken eingehen können, die die Bevölkerung nicht akzeptiert. Allerdings gewährt eine gegenüber dem Hang zur Übernachfrage nachgiebige Politik den Vorteil geringer Beschäftigungsrisiken nur auf kurze Sicht. Denn eine Beschleunigung der Geldentwertung kann zwar eine Zeitlang hingenommen werden, jedoch nicht auf Dauer, soll der Übergang in eine Inflation vermieden werden. Früher oder später würde daher eine Stabilisierungskrise unausweichlich.

217. Hervorzuheben ist noch einmal: Der Geldwertstabilität einen hohen Rang geben, heißt nicht, ihr einen Vorrang geben. Größere Bereitschaft, um der Geldwertstabilität willen Anstrengungen zu unternehmen, heißt nicht, öfter einmal Unterbeschäftigung haben. Im Gegenteil. Rechtzeitige Anstrengungen mindern die Beschäftigungsrisiken. Ob es zur Unterbeschäftigung kommt, entscheidet sich danach, wie reagibel sich die Konjunkturpolitik und die autonomen Gruppen, aber auch der einzelne Unternehmer, bei Störungen des Gleichgewichts verhalten, jeder an seiner Stelle und gemäß seiner Rolle im Wirtschaftsprozeß. Reagibel sein, heißt für alle: bei Dispositionen, die in die Zukunft reichen, das tun, fordern und gewähren, was über den Tag hinaus marktgerecht ist.

218. Diese Reagibilität ist von Land zu Land durchaus verschieden. Von ihr hängt ab, wie stark eine Volkswirtschaft zu Konjunkturschwankungen neigt. Hohe Reagibilität ist auch nicht in jedem Land für den gleichen Trend der Geldwertentwicklung eingeübt. Solche Einübung zeigt, bei welcher Rate der Geldentwertung eine Volkswirtschaft Vollbeschäftigung haben kann.

Die Bundesrepublik hat im internationalen Vergleich beim Trend der Geldentwertung für die Vergangenheit eine recht gute Bilanz aufzuweisen. Die Geldentwertung belief sich im Mittel der Jahre 1955 bis 1970 auf 2,4 vH; eine Mark ist heute also, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, fast ein Drittel weniger wert als 1955. So erschreckend dies erscheinen mag, es ist ein besseres Ergebnis, als man es in vergleichbaren anderen Ländern findet (Tabelle 20).

Tabelle 20

Wachstum und Geldentwertung

durchschnittliche jährliche Veränderung von 1955 bis 1970 in vH [1])

Land	Reales Bruttosozialprodukt	Verbraucherpreise
Bundesrepublik Deutschland ..	+ 6,3 [a]) + 4,8 [b])	+2,4
Frankreich	+ 5,6	+4,6
Italien	+ 5,6	+3,2
Niederlande	+ 4,6	+3,7
Belgien	+ 4,0	+2,6
Schweiz	+ 4,3	+2,6
Österreich	+ 4,8	+3,1
Großbritannien	+ 2,7	+3,6
Dänemark	+ 4,6	+4,6
Schweden	+ 4,3	+3,9
Vereinigte Staaten	+ 3,4	+2,5
Kanada	+ 4,4	+2,5
Japan	+10,4	+4,3

[1]) 1970: Eigene Schätzung.
a) 1955 bis 1960 (ohne Saarland und Berlin, aus noch nicht revidierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).
b) 1960 bis 1970 (Bundesgebiet, aus revidierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

Quelle für Ausland: OECD

Gegen „relative" Geldwertstabilität

219. Waren auch die Mittel unzulänglich, mit denen man versucht hat, in einer Umwelt steigender Preise das Preisniveau im Innern stabil zu halten — der Sachverständigenrat hat hierauf immer wieder hingewiesen —, die inneren Bedingungen waren für Stabilität vergleichsweise günstig, hätten bei jeweils rechtzeitiger außenwirtschaftlicher Absicherung vermutlich sogar noch mehr erlaubt.

220. Der relative Erfolg der Vergangenheit, der an den Zielen der zurückliegenden Jahre gemessen immerhin ein Versagen war, wird als neuer Maßstab diskutiert. Wachstumsfreundlich und darauf gerichtet, ernsthafte außenwirtschaftliche Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen, solle sich die Konjunkturpolitik mit „relativer" Geldwertstabilität begnügen: Es reiche aus, stets ein bißchen weniger Inflation zu haben als die anderen Länder.

221. Daß die schleichende Inflation wachstumsfördernde Wirkungen habe, ist ein Zeugnis, das ihr nicht die Erfahrung ausstellt. Ihr wird damit eine Anziehungskraft gegeben, die ihr unseres Erachtens nicht zukommt. Ein Vergleich der entwickelten Industrieländer zeigt keinen Zusammenhang zwischen der Geldentwertungsrate eines Landes und seinem wirtschaftlichen Wachstum — etwa derart, daß die Länder mit starker Geldentwertung im allgemeinen höhere Zuwachsraten des realen Sozialprodukts hätten als Länder mit geringem Geldwertschwund. Die Bundesrepublik selbst ist ein Gegenbeispiel. Die westdeutsche Wirtschaft hat, längerfristig gesehen, ein Wachstum des Sozialprodukts aufzuweisen, das deutlich höher lag als das der meisten Industrieländer (Tabelle 20). Aus diesem Bild der Vergangenheit den vergleichsweise starken Hang zur Geldwertstabilität in der Bundesrepublik wegzudenken, dürfte nicht zulässig sein.

222. Theoretische Überlegung widerspricht dem nicht. Expansive Wirkungen sind allenfalls von einer Beschleunigung des Preisauftriebs zu erwarten — wenn etwa überraschende Gewinne zu zusätzlicher Verschuldung und zusätzlichen Investitionen verleiten, nicht dagegen von einem inflatorischen Trend, an den die Wirtschaft angepaßt ist. Auf die Abweichungen vom Trend kommt es an, und dabei gilt: Weicht man einmal vom Trend nach oben ab — etwa weil der Zeitpunkt für eine rechtzeitige Dämpfung im Aufschwung verpaßt wird —, so muß man in der Regel früher oder später einmal nach unten abweichen, soll eine ständige Beschleunigung des Preisauftriebs vermieden werden. Sich im scheinbaren Konflikt zwischen Preisniveaustabilität und Wachstum einseitig für das Wachstum zu entscheiden, kann daher allenfalls kurzfristig Vorteile bringen.

223. Eine heilsame Wirkung eines mäßigen, aber ständigen Preisauftriebs wird häufig von daher erwartet, daß sich der Strukturwandel im Wachstumsprozeß, der ständig die Umsetzung von Arbeitskräften erfordert (JG 65 Ziffern 213 ff.) und tendenziell friktionelle Arbeitslosigkeit mit sich bringt, leichter ohne größere Friktionen vollziehen kann, wenn, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, ständig eine leichte Übernachfrage herrscht. Die Vorteilhaftigkeit einer ständigen leichten Übernachfrage wird nicht bestritten, zumal sie die Verhältnisse am Arbeitsmarkt humanisiert, indem sie dort die Stellung des einzelnen Arbeitnehmers stärkt, ihm Alternativen schafft. Die Übernachfrage würde ihre wohltuende Wirkung jedoch sofort verlieren, wenn sie zu entsprechenden Preis- und Lohnerhöhungen genutzt wird. Eine Volkswirtschaft, die an einen bestimmten inflatorischen Trend angepaßt ist, müßte also mit der gleichen friktionellen Arbeitslosigkeit rechnen wie eine Volkswirtschaft mit stabilem Preisniveau. Die Droge würde nur noch wirken, wenn die Dosis erhöht wird.

224. Ein Übergang zu der Norm „relative" Geldwertstabilität würde nicht nur alte Probleme nicht lösen, sondern neue schaffen. Der gleichsam offizielle Verzicht auf das Ziel Geldwertstabilität in seiner strengen Form wäre eine ebenso offizielle Einladung an die Unternehmen und Haushalte, den Fortgang der Geldentwertung — beispielsweise mit einer Rate von 4 vH — in ihren Dispositionen stärker als bisher vorwegzunehmen; in die laufenden Lohnerhöhungen würde der inflatorische Trend ebenso selbstverständlich eingehen wie in Zinsversprechen, Rentenformeln, Versicherungsverträge usw. Zu fragen ist, ob sich dabei die Preissteigerungserwartungen bei der Rate von 4 vH jährlich halten lassen, der Anpassungsprozeß also an ein Ende käme. Wir halten hier große Zweifel für angebracht.

225. Stabilität in den Erwartungen beruht auf dem Vertrauen, daß über die Schwankungen des Tages hinweg wichtige Größen konstant bleiben. Dazu gehört das nominalistische Prinzip: Mark gleich Mark. Wird es als Grundlage des Verhaltens im Wirtschaftsverkehr mehr und mehr aufgegeben, so besteht die Gefahr, daß das Marktsystem hinsichtlich des Preisniveaus labil wird. Gegenwärtig ist das noch nicht der Fall. Die Anpassung an die Geldentwertung findet offenbar nicht schon überwiegend durch Antizipation statt, sondern erst, wenn sie eingetreten ist. Der Staat läßt sogar in diesem Falle vielfach keine Anpassung zu — so etwa im Steuerrecht, nach dem Einnahmen, die lediglich die Erhaltung einer Vermögenssubstanz sichern (Inflationsausgleich im Zins, Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswert), steuerpflichtig sind. In der Geldillusion von Unternehmen und Haushalten mag angesichts der lange anhaltenden Geldentwertung ein gewisser Mangel an Rationalität zum Ausdruck kommen. Die Geldillusion ist jedoch sehr hilfreich für die Stabilisierungspolitik. So ist etwa nach einer Phase stärkeren Preisauftriebs eine beschäftigungsneutrale Rückkehr zu mehr Stabilität nur möglich, wenn keine Einkommenserwartungen enttäuscht werden müssen, auf die schon in die Zukunft reichende Dispositionen gegründet worden sind (Gefahr der Stabilisierungskrise).

226. Relativiert der Staat sein Streben, mit Hilfe der Stabilisierungspolitik die auf den Nominalismus

gegründeten Verhaltensweisen zu schützen, so wäre zu fragen, ob dann etwa eine Trendrate der Geldentwertung die Erwartungen der Unternehmen und Haushalte stabilisieren und insoweit die Funktion des nominalistischen Prinzips übernehmen wird, gleichsam ein „Nominalismus + 4 vH". Wir halten dies für wenig wahrscheinlich, befürchten vielmehr, daß — ist die Antizipation des Geldwertschwunds erst einmal üblich geworden — kurzfristige Tendenzen die Erwartungen und damit das Verhalten sehr viel stärker als heute bestimmen werden, vor allem Tendenzen, die nach oben weisen.

Kommt es dazu, so wären die Chancen für ein stetiges Wachstum bei Vollbeschäftigung durch die „realistische" Norm „relative Geldwertstabilität" nicht nur nicht besser, sondern schlechter geworden. Dann müßte in der Tat damit gerechnet werden, daß auch die Bundesrepublik, anders als in der Vergangenheit, öfter einmal die Vorteile fester Wechselkurse in Anspruch zu nehmen hätte, die Vorteile nämlich, sich von außen — durch Zahlungsbilanzkrisen — zu einer stabilitätspolitischen Disziplin zwingen zu lassen, zu der sie von innen heraus nicht mehr in der Lage ist.

227. Der Staat könnte sich gezwungen sehen, den Prozeß der Abkehr vom Nominalismus sogar zu erleichtern. Er wird dem Verlangen gegenüberstehen, schon aus Gründen der Rechtlichkeit seinen Bürgern alle die Verhaltensformen freizugeben, mit denen diese sich gegen die Folgen einer Entwicklung schützen könnten, die der Staat billigt. Geldwertsicherungsklauseln in allen Verträgen, auch am Kapitalmarkt, würden also selbst dann zugelassen werden, wenn man sie wegen der Gefahr, daß sich dann destabilisierende Erwartungen leichter auswirken könnten, zu mißbilligen hätte. Gleiches gilt für das Steuerrecht sowie eine Reihe anderer Rechtsgebiete (JG 66 Anhang V).

228. Kein Ausweg wäre es, sich zur absoluten Geldwertstabilität bloß zu bekennen, tatsächlich aber eine Politik der relativen Geldwertstabilität zu betreiben. Von der Unredlichkeit einer solchen Politik abgesehen, müßte dies deren Glaubwürdigkeit in Frage stellen; damit wäre zugleich die Grundlage zerstört, von der aus alle diejenigen zusammenwirken sollen, die — wie die autonomen Gruppen — wirtschaftliche Macht haben und daher auf Marktdaten nicht bloß reagieren, sondern die selbst Marktdaten setzen. Um der Verstetigung des Wachstums bei Vollbeschäftigung willen sind wir auf dieses Zusammenwirken jedoch angewiesen.

229. Die Erfahrung lehrt: Geldwertstabilität zu erreichen, ist keine Aufgabe, die sich leicht erfüllen läßt. Es dürfte jedoch Selbstbetrug sein, wollte man glauben, daß mehr Probleme gelöst wären als neue geschaffen, wenn das gelegentlich lästige Ziel in seiner strengen Form endlich aufgegeben würde. Der Sachverständigenrat hat auch davon auszugehen, daß das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Regierung nach wie vor zur Pflicht macht, das Ziel der Geldwertstabilität zu verfolgen, nicht das Ziel der relativen Geldwertstabilität. Dieser Auftrag des Gesetzes erscheint voll gedeckt durch den hohen Rang, den die deutsche Bevölkerung der Geldwertstabilität zuerkennt. Aus den erwähnten Gründen halten wir den Widerstand der Bevölkerung gegen die schleichende Geldentwertung für eine Chance der Volkswirtschaft, nicht für eine Last. Er schafft für die Verantwortlichen des Staates und der Wirtschaft Zwang und Spielraum zugleich, bei der Suche nach dem Vernünftigen beharrlich zu bleiben.

230. Bleibt es in der Bundesrepublik bei dem Bemühen um Geldwertstabilität im Wortsinne, so ist doch das Problem ungelöst, dieses Bemühen in eine Umwelt einzupassen, die dieses Ziel weniger wörtlich nimmt. Berechtigte Sorgen und berechtigte Hoffnungen gegeneinander abzuwägen, die sich in diesem Zusammenhang mit dem Plan einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verbinden, ist nicht Aufgabe des Sachverständigenrates. Dieser Plan dient Zielen, die über das hinausreichen, was unserem Urteil unterliegen soll.

Die Experimentierphase, die nach dem Stufenplan für den Aufbau der Union vorgesehen ist, müßte zeigen, wie reif die zusammenzufassenden Volkswirtschaften für eine einheitliche Willensbildung sind. Die Ernsthaftigkeit des Willens in der Bundesrepublik, der Geldwertstabilität, wenn auch nicht als Selbstzweck, den gleichen Rang zuzuerkennen wie den anderen wirtschaftspolitischen Hauptzielen, sollte sich darin erweisen, daß in dieser ersten Phase, in der Wechselkursänderungen noch zugelassen wären, die binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik rechtzeitig außenwirtschaftlich abgesichert wird.

Einkommenspolitik und Verteilungskampf

231. Es muß zur Last der freien Gesellschaft gezählt werden, daß es im Zusammenspiel der Kräfte, die im Marktsystem wirksam sind, immer einmal wieder zu Fehlentwicklungen kommt. Doch fordert die Gesellschaft von denen, die wirtschaftspolitische Macht und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, ein Handeln, das ihrer Einsicht entspricht. Dies zu erleichtern, treffen in der Konzertierten Aktion, das heißt außerhalb des Verteilungskampfes am Markt, die Vertreter der autonomen sozialen Gruppen zusammen und versuchen, ihre Vorstellungen von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung voreinander und vor den Vertretern der amtlichen Wirtschaftspolitik zu begründen. Dies geschieht auf der Grundlage von Orientierungsdaten, mit denen die Regierung — unter Berücksichtigung dessen, was überhaupt erreichbar erscheint — ihre Zielvorstellungen im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung quantitativ ausdrückt. Die Orientierungsdaten umschließen auch Angaben über die vorgestellte Entwicklung der Einkommen — ausdrücklich jedoch nicht in der Form von Leitlinien für das Verhalten der Marktpartner.

Eine solche Einkommenspolitik des vollkommenen Respekts vor der Autonomie der sozialen Gruppen braucht nicht ohne Wirksamkeit zu sein. Sie kann durch Diskussion, die unter den Anspruch der Sachlichkeit gestellt ist, den Streit entgegengesetzter Interessen entkrampfen und auf diese Weise allseits die Bedingungen für ein Verhalten, das marktgerecht über den Tag hinaus ist, verbessern.

232. Soll die Konzertierte Aktion zu einer Entschärfung des Verteilungskampfes beitragen und damit ein reagibles Marktverhalten erleichtern, so kann sie um so eher erfolgreich sein, je deutlicher die Beteiligten sehen, wie begrenzt unter den gegebenen Bedingungen ihr Spielraum ist, zumindest auf mittlere Sicht, die Einkommensverteilung durch eine Politik, die die Veränderung der Nominaleinkommen zum Gegenstand hat, zu beeinflussen. Will man eine Änderung der marktmäßigen Einkommensverteilung, so müßten die Bedingungen geändert werden, unter denen sie sich vollzieht.

233. Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit hat der Sachverständigenrat für eine stabilitätskonforme Nominallohnpolitik schon in seinem ersten Jahresgutachten das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik zur Diskussion gestellt (JG 64 Ziffer 248). Für den Fall des konjunkturellen Gleichgewichts soll danach gelten, daß die Löhne im Durchschnitt um den Prozentsatz zunehmen um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde erhöht, von einigen ergänzenden Faktoren abgesehen, die nur in wenigen Jahren quantitativ stark ins Gewicht fallen, oder die — wie etwa eine Änderung des Anteils der Kapitalkosten an den Gesamtkosten — noch immer nicht zuverlässig geschätzt werden können. Die Erfahrung im vergangenen Jahrzehnt hat bestätigt, daß auf mittlere Sicht, das heißt über konjunkturelle Schwankungen hinweg, die Reallöhne nur geringfügig von der durch das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik vorgezeichneten Entwicklung abweichen.

In einer Wirtschaft mit stagnierendem Arbeitskräftepotential und rasch wachsendem Kapitalstock ist dieses Ergebnis nicht selbstverständlich, da bei unserer Rechnung Änderungen der Kapitalkosten je Produkteinheit unberücksichtigt blieben. Nur rascher technischer Fortschritt kann bewirken, daß unter den genannten Bedingungen die Kapitalproduktivität nicht sinkt, bei gegebenem Zins also die Kapitalkosten je Produkteinheit nicht steigen und damit den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnerhöhungen schmälern. Die eigentliche Anpassungsgröße eines solchen Prozesses, der Kapitalzins, ist bei freiem internationalen Kapitalverkehr nicht allein von den Investitionschancen im Inland abhängig.

234. Daß mit den Mitteln der Nominallohnpolitik eine durchgreifende Änderung der Einkommensverteilung nicht erreicht werden kann, mit anderen Worten, daß die Stellung des Kapitals im Verteilungskampf der Marktwirtschaft so stark ist, ist letztlich in dessen Knappheit begründet (gesichert durch internationale Mobilität). An den Erträgen dieser Knappheit teilzuhaben, ist nur durch Vermögensbildung möglich, sei sie freiwillig oder verordnet. Bemühungen, die Vermögensbildung der breiten Schichten zu fördern, sind im Gange; doch eine erhebliche Änderung der personellen Einkommensverteilung, die dadurch möglich erscheint, kann nicht ein Ziel sein, das in wenigen Jahren zu verwirklichen ist. Dieser Prozeß geht langsam vor sich.

235. *Wie rasch man auf diesem Wege vorankommt, wird bestimmt*

- *von der Bereitschaft der Unternehmen, eine Gewinnminderung hinzunehmen und statt eigener Gewinne fremde Ersparnisse zu investieren, ohne daß es zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit kommt;*
- *von der Bereitschaft der Arbeitnehmer, um der Vermögensbildung willen Konsumverzicht zu üben.*

Der Sachverständigenrat hat diese Fragen schon in früheren Gutachten erörtert (JG 68 Ziffern 299 ff.). Er sieht sich durch die einkommens- und vermögenspolitische Diskussion jedoch veranlaßt, auf zwei Gesichtspunkte noch einmal einzugehen.

236. *Soll es, was die Investitionsneigung der Unternehmer angeht, nicht dahin kommen, daß der Staat durch Steuererleichterungen voll für das einstehen muß, was die Konsumenthaltung der privaten Haushalte den Unternehmen an Gewinnmöglichkeiten nimmt (kurzgeschlossen: Vermögensbildung, voll finanziert durch den Staat), so müssen die Investitionsrisiken gesenkt und die Bedingungen für die Beteiligungsfinanzierung verbessert werden. Auf die Investitionsrisiken hat der Staat nur mäßigen Einfluß; immerhin würde eine konsequent auf Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung gerichtete Politik auch hier ihre Erträge haben. Ebenso wichtig ist es jedoch, die Möglichkeiten der Beteiligungsfinanzierung zu verbessern und zu erweitern und so zu sichern, daß „verringerte Selbstfinanzierung" nicht heißen muß „verringerte Eigenkapitalfinanzierung".*

237. *Läßt sich die Abhängigkeit der Investitionen von den Gewinnen verringern und insoweit erreichen, daß bei der Finanzierung an die Stelle von (nicht: zuzüglich zu) Gewinnen Arbeitnehmerersparnisse treten, sei es als Beteiligungskapital, sei es als Fremdkapital, so kann sich in gleichem Maße die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ohne zusätzlichen Konsumverzicht vollziehen, das heißt, kann ein vermögenswirksam angelegter Lohnbestandteil zuzüglich zur kostenniveauneutralen Barlohnerhöhung gewährt werden (ohne daß es zu Überwälzungsversuchen oder zu sinkenden Investitionen kommt). Ein gewisser Spielraum hierfür mag gegeben sein. Unter den gegebenen Bedingungen halten wir ihn jedoch für gering. Die strategische Position der Investoren und Kapitalanleger, die ihre Renditeerwartungen durchsetzen wollen, ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit freiem internationalen Kapitalverkehr zu stark.*

238. Die Ohnmacht gegenüber den Kräften des Marktes bedrückt diejenigen, die dessen Verteilungsergebnis als nicht gerecht empfinden und die nachträgliche Umverteilung durch den Staat als unzureichend. Die Schärfe des Kampfes um die Einkommensverteilung ist deshalb nicht nur Abbild des Marktgeschehens, sondern auch Ausdruck der Auflehnung gegen die empfundene Ungerechtigkeit, an

der sich so wenig ändert. Solange dies so ist, muß wohl als unvermeidlich gelten, daß die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern gedrängt werden, mit den Mitteln der Nominallohnpolitik, so ungeeignet diese letztlich sein mögen, den „gerechten" Reallohn zu erstreiten.

239. Gleichwohl haben sich die deutschen Gewerkschaften in ungewöhnlichem Maße für die sachliche Diskussion gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge offengehalten.

Im Oktober 1970 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund zum zweiten Male seine wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen als mittelfristige Zielprojektion in der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgelegt (Anhang VII).

Grundsätzlich wäre es zu begrüßen, wenn alle autonomen Gruppen ihre Vorstellungen unter der strengen Disziplin entwickeln und vertreten würden, die ein solches Rechenwerk, da es in sich widerspruchsfrei sein muß, verlangt. Einkommenspolitische Interventionen des Staates können um so eher auch in Zukunft unterbleiben, je mehr eine versachlichte Diskussion zu spontanem Verhalten werden läßt, was andernfalls die Regierung um der Stabilität willen fordern — oder gar erzwingen — müßte.

240. Die DGB-Projektion für den Zeitraum von 1971 bis 1975 umfaßt Ansätze für alle größeren Aggregate des Wirtschaftskreislaufs unter den Aspekten der Entstehung, der Verwendung und der Verteilung des Volkseinkommens. Ihr sind Vorschläge für Maßnahmen der Wirtschaftspolitik beigegeben, die sichern sollen, daß die Entwicklung so verlaufen kann wie projiziert.

Kern der Projektion sowie des wirtschaftlichen Programmes sind die verteilungspolitischen Zielsetzungen des DGB. Angesichts der geringen Änderungen in der — primären — Einkommensverteilung, die das Marktgeschehen in den zurückliegenden 20 Jahren erbracht hat, müssen die Verteilungsziele, die hier für einen Zeitraum von nur 5 Jahren aufgestellt sind, als sehr weitgehend bezeichnet werden.

241. In der Projektion wird — für die Zeit nach 1971 — mit einem Wachstum des Bruttosozialproduktes von jährlich 5 vH (konstante Preise) beziehungsweise 7,5 vH (jeweilige Preise) gerechnet; für diesen Wachstumsspielraum steht ein Zuwachs der nominalen Bruttoinvestitionen von jährlich 7 vH ein; das Arbeitsvolumen bleibt konstant. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sollen brutto um 9 vH, netto um durchschnittlich 8 vH zunehmen; für die privaten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zuzüglich Abschreibungen auf das Anlagevermögen bliebe ein Zuwachs von — brutto wie netto — 5,5 vH; diesen Einkommen sind auch die freiwilligen Sozialleistungen der Unternehmen zugeschlagen.

Das Jahr 1971 wird im Zeichen der konjunkturellen Abschwächung gesehen und bringt, wie schon das Vorjahr, eine besonders kräftige Änderung der Verteilungsrelationen zugunsten der Arbeitnehmer.

242. Ob die Zielprojektion des DGB realistisch ist, muß vor allem danach beurteilt werden, ob die Wachstumsmöglichkeiten realistisch eingeschätzt sind und ob unter den zugrunde gelegten Bedingungen die Annahmen über das Verhalten der wirtschaftenden Menschen realistisch erscheinen.

Soll das reale Bruttosozialprodukt dauerhaft mit einer Rate von 5 vH wachsen, ohne daß das Arbeitskräftepotential erweitert wird, so kann die Quelle dieses Wachstums nur die Erhöhung des Kapitalbestandes und die Realisierung von technischem Fortschritt in der Volkswirtschaft sein. Nach der DGB-Projektion nehmen die Bruttoinvestitionen, das heißt der Ersatz für Abgänge und die Vermehrung des Kapitalbestandes zusammengenommen, langsamer zu als das Sozialprodukt. Dabei wird sogar angenommen, daß der Anteil der privaten Investitionen zugunsten der öffentlichen (Infrastruktur-)Investitionen merklich eingeschränkt wird (von 84,5 vH 1970 auf 79,5 vH 1957).

Bei leicht sinkender Investitionsquote (im privaten Bereich 1970: 22,1 vH, 1975: 19,8 vH) ein gegenüber früher im wesentlichen unverändertes Wachstum zu haben, ist nur möglich, wenn gleichzeitig entweder die Kapitalproduktivität steigt oder der Altersaufbau des Kapitalbestandes sinkende Abgangsquoten (ausgeschiedenes Anlagevermögen gemessen am gesamten Anlagevermögen) mit sich bringt, der Anteil der Nettoinvestitionen an den Gesamtinvestitionen also zunimmt, oder wenn in der Ausgangssituation — wie 1970 — die Investitionsquote besonders hoch liegt. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, ist die Unsicherheit bei Schätzungen über die Entwicklung der Kapitalproduktivität sehr groß (Ziffer 38). Auch fehlen zuverlässige Unterlagen über die Abgänge alter Anlagen aus dem Kapitalbestand. Zieht man dies in Betracht, so ist, unseren Berechnungen zufolge, die vom DGB geschätzte Entwicklung zwar als eine sehr günstige, aber noch mögliche anzusehen. Dabei haben wir unterstellt, daß die Kapitalproduktivität, die zuletzt nur noch wenig abgenommen hat, nicht wieder rascher sinken wird.

243. Weniger wahrscheinlich erscheint uns, daß die Unternehmer bereit sein werden, die hierfür erforderlichen Investitionen vorzunehmen, wenn es zu der Einkommensentwicklung kommt, die der DGB projiziert.

Danach soll die Lohnquote — der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen — von 65,4 vH im Jahre 1969 auf 72,5 vH im Jahre 1975 ansteigen (Tabelle 21). Bereinigt man die Lohnquote von den Einflüssen, die der Zunahme des Anteils der abhängigen Erwerbstätigen zugerechnet werden können, so erscheint der geplante Anstieg, verglichen mit den geringfügigen Änderungen in den zurückliegenden Jahren, noch ungewöhnlicher.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen den Selbständigen als Arbeitseinkommen zuzurechnen ist. Setzt man je Selbständigen

Tabelle 21

Tatsächliche und rechnerische Lohnquote

vH

Jahr	Tatsächliche Lohnquote [1]	Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener	
		Einkommensrelation [2]	Beschäftigtenstruktur [3]
	Ergebnisse der amtlichen Statistik		
1960	60,6	60,6	60,6
1961	62,2	61,2	61,6
1962	64,0	61,7	62,8
1963	64,4	62,2	62,7
1964	64,3	62,7	62,1
1965	64,7	63,2	62,1
1966	65,7	63,4	62,8
1967	66,1	63,3	63,4
1968	64,1	63,6	61,1
1969	65,4	64,2	61,8
	Zielprojektion des DGB [4]		
1970	67,2	64,6	63,0
1971	69,0	64,9	64,5
1972	69,9	65,2	65,0
1973	70,8	65,5	65,5
1974	71,7	65,8	66,0
1975	72,5	66,1	66,4

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2]) des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen des Jahres 1960.
[3]) der Abhängigen an den Erwerbstätigen des Jahres 1960.
[4]) Eigene Berechnung auf Grundlage der DGB-Zielprojektion 1971 bis 1975.

hierfür nur das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen an, so beträgt der Anteil am Volkseinkommen, der für die Kapitaleinkommen steht, 20 vH (1969). In dieser Restquote müßte die Zunahme der Lohnquote aufgefangen werden; auch dem Betrage nach würden die Kapitaleinkommen dann nicht mehr steigen, sondern fallen.

244. Trotz der relativ geringen Zunahme auch des gesamten Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen würden nach der Zielprojektion genügend Mittel bereitstehen, die vorgesehenen privaten Investitionen zu finanzieren; denn, wie erwähnt, sollen auch die Investitionen langsamer als bisher zunehmen, und neben den Einkommen der Selbständigen stünden die erwirtschafteten Abschreibungen und zusätzliche Ersparnisse der Arbeitnehmer zur Verfügung.

Aus einer solchen auf die Größen des Wirtschaftskreislaufs gestützten Überlegungen kann jedoch nicht hergeleitet werden, daß es zu den vom DGB projizierten privaten Investitionen auch tatsächlich kommt. Die Bereitschaft der Unternehmer zur Investition ist nicht schon dann gegeben, wenn die Finanzierung volkswirtschaftlich möglich erscheint; entscheidend ist letztlich die Gewinnerwartung. Selbst wer für wahrscheinlich hält, daß die Unternehmer in der Bundesrepublik auf eine im Durchschnitt etwas geringere Kapitalrendite nicht nachhaltig mit Investitionszurückhaltung reagieren werden, kann keinesfalls erwarten, daß ein Rückgang der Kapitalrendite, wie ihn die Zielprojektion des DGB einschließt, die Investitionsneigung unberührt läßt.

245. *Die verteilungspolitischen Ziele der Gewerkschaften richten sich auf eine Änderung der Verteilung bei den Nettoeinkommen. Kosten der Unternehmen sind jedoch die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer. Auf sie käme es daher bei einer stabilitätspolitischen Würdigung an. Entwickelt sich die Abgabelast der Selbständigen und der Unselbständigen unterschiedlich (Ziffer 56), so stellt dies ein soziales Problem der Steuerpolitik dar. Verteilungspolitische Forderungen, die daraus entstehen, müßten den Steuergesetzgeber treffen, nicht den Markt, der solche Probleme nicht löst. Das DGB-Programm trägt dem teilweise Rechnung; es werden steuerpolitische Maßnahmen „Zur Verbesserung der Einkommensverteilung in Ergänzung der Lohnpolitik" gefordert.*

246. *In der verteilungspolitischen Diskussion wird häufig die Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen, bezogen auf die Anzahl der Selbständigen, mit der Entwicklung der Lohn- und Gehaltseinkommen je Arbeitnehmer verglichen. Ein solcher Vergleich muß zu einem falschen Bild führen:*

- *Die Anzahl der Selbständigen nimmt ständig ab; aus Selbständigen werden Unselbständige; aus Altersgründen Ausscheidende haben keine Nachfolger. Haben die Ausscheidenden nicht das durchschnittliche Einkommen der übrigen Selbständigen, so bringt allein dieser Wechsel statistisch eine Änderung der Durchschnittseinkommen für die verbleibenden Selbständigen mit sich. Der Einfluß auf die Veränderungsraten für die Einkommen je Selbständigen kann erheblich sein.*
- *Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fließt nicht ausschließlich den Selbständigen zu, sondern — in der Form von Zinsen, Mieten, Dividenden usw. — auch Unselbständigen. Da der Anteil der Unselbständigen mit der Sach- und Geldvermögensbildung in breiteren Bevölkerungsschichten langsam zunehmen dürfte, ist die Relation Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Selbständigen, auch hinsichtlich der Veränderungsraten, nicht aussagekräftig.*

247. Der DGB geht davon aus, daß sich die verteilungspolitische Herausforderung, als die seine Zielprojektion gelten kann, durch wettbewerbspolitische Maßnahmen stabilitätskonform machen läßt. Hier wird von der Wettbewerbspolitik vermutlich zu viel verlangt. Eine Intensivierung des Wettbewerbs ist zwar auch stabilitätspolitisch von großer Bedeutung, weil sie geeignet ist, die Reagibilität des Marktsystems zu erhöhen und damit die Be-

seitigung von Gleichgewichtsstörungen zu erleichtern. Doch eine Änderung der Verteilungsrelationen sollte man sich von der Wettbewerbspolitik nicht ohne weiteres versprechen, zumindest keine, die gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fällt. Während funktionslose Monopol- oder Oligopolgewinne abgebaut würden, kämen an anderer Stelle neue Gewinne durch aktiven Wettbewerb hinzu (etwa Innovations- und Rationalisierungsgewinne). Eine leistungsfähige Volkswirtschaft — Hauptziel der Wettbewerbspolitik — ist durch hohe Löhne und hohe Gewinne gekennzeichnet.

248. Es muß wohl grundsätzlich damit gerechnet werden, daß in Zielprojektionen der autonomen Gruppen deren spezifische Interessen dominieren. Wenn wir gleichwohl die Konfrontation solcher gruppen-spezifischen Zielprojektionen für zweckmäßig halten, so deshalb, weil auf diese Weise mögliche Konfliktträume sichtbar werden. Konfliktträume können sich aus den Gegensätzen in den Zielen der Gruppen ergeben. Sie können jedoch auch damit zusammenhängen, daß das vermutete Verhalten der einzelnen, das im Marktgeschehen wirksam ist, nicht zu den Zielen paßt, die eigentlich jeder anstrebt. Gerade in der verteilungspolitischen Diskussion etwa scheint die Einigkeit recht groß zu sein, daß eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung gerechter wäre. Auseinander gehen die Auffassungen über die für gegeben zu nehmenden Verhaltungsweisen, die im Marktzusammenhang die primäre Einkommensverteilung bestimmen, vor allem also die Investitionsneigung der Unternehmer und die Sparneigung der Arbeitnehmer. Das Verhalten der Menschen läßt sich ändern, wenn auch, gesamtwirtschaftlich gesehen, meist nur allmählich. Hier ist die Wirtschaftspolitik aufgerufen, darzulegen, welche Änderung der Verhaltensweisen in welchen Zeiträumen mit welchen Mitteln sie anstrebt. Eine klare Konzeption der Regierung könnte überdies, wenn sie überzeugend ist, schon dadurch, daß es sie gibt, das Vertrauen in eine stetige Entwicklung stärken. Wird aber die Unsicherheit über die Zukunft, ein wichtiges Element im Investitionskalkül der Unternehmen, vermindert, so können Verhaltensannahmen realistisch werden, die es bisher nicht waren.

Im übrigen gehen wir von der Annahme aus, daß die Zielprojektionen keine einkommenspolitischen Festlegungen sind; denn diese könnten Einkommenserwartungen bei den Mitgliedern der Gruppen erzeugen, die später für ein marktgerechtes Verhalten hinderlich sind.

Größerer Anteil für den Staat?

249. Sich inflatorisch zu verhalten, ist eine Versuchung für alle, die wirtschaftliche Macht haben; sie können versuchen, Ansprüche durchzusetzen, für die sie eine in sich widerspruchsfreie Zustimmung aller übrigen und damit auch des Marktes nicht erlangen können. Auch der Staat mit seiner souveränen Finanzgewalt verhält sich so, wenn er Ziele verfolgt, die Geld kosten, das er niemandem abzuverlangen wagt.

Daß dies so ist, sagt über die sachliche Berechtigung der Ansprüche allerdings noch nichts aus. Was den Staat angeht, so sind es in der Tat oft gute Gründe, die ihn immer wieder veranlassen, seine Ausgaben kräftig zu erhöhen.

250. Unsere Wirtschaftsordnung sorgt gut für Bedürfnisse, die sich über den Markt befriedigen lassen, weil die Begünstigten bereit sind, für den verursachten Aufwand zu bezahlen, wenn auch oftmals nur mit Schulden. Die Leistungen, die der Staat erbringt, bedürfen der Legitimation im demokratischen Prozeß, in dem die Bürger dafür gewonnen werden müssen, als Besteuerte einem Aufwand zuzustimmen, dessen Nutzen sie großenteils nicht deutlich sehen oder sich nicht zurechnen und dessen Last sie in jedem Falle lieber anders verteilt sähen. Große Versäumnisse in der Vergangenheit lehren, wie wenig die Weisheit und die Kraft der Politiker ausgereicht haben, das Dringliche immer rechtzeitig zu sehen und dem Wollen der Bürger nahe zu bringen, vor allem wenn es um Aufgaben der langfristigen Zukunftsvorsorge geht, die kurzfristig großen Aufwand mit sich bringen und zunächst nur geringen Ertrag. Andererseits ist ein Bedürfnis nicht schon deshalb besonders dringlich, weil es mit hoheitlichem Anspruch vorgetragen wird, und nicht alles, was einmal Aufgabe des Staates geworden ist, muß es bleiben. Hier ersetzt der Widerwille des Bürgers gegen Steuerlasten vorteilhaft den Zwang zur Bescheidung, der am Markt vom Preis ausgeht.

251. In der Bundesrepublik ist das Bewußtsein dafür gewachsen, daß in den zurückliegenden Jahren wichtige Staatsaufgaben hintan geraten sind und daß der Bedarf an bestimmten Leistungen, die der Staat erbringt, mit wachsendem Wohlstand rascher zunimmt als die privatwirtschaftlich zu deckende Nachfrage. Vor diesem Hintergrund ist die mittelfristige Finanzplanung zu sehen, die für den Bereich des Bundes im Juli 1970 neu vorgelegt worden ist und die nun bis zum Jahre 1974 reicht.

252. Die Bundesregierung rechnet mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 7½ bis 8½ vH im Jahre 1971 und jährlich etwa 7 vH danach. Die Ausgaben des Bundes sollen im Durchschnitt um 9,3 vH zunehmen. Unterstellt, alle Gebietskörperschaften planten etwa die gleiche Expansion, unterstellt auch, das Produktionspotential wäre bei den projizierten Größen voll ausgelastet, so würde die Staatsquote — der Anteil, zu dem der Staat mit seinen Ausgaben direkt oder indirekt das Produktionspotential in Anspruch nimmt — von Jahr zu Jahr um rund 0,5 vH ansteigen und 1974 29,7 vH erreichen, gegenüber 27,8 vH im Jahre 1970 und 28,5 vH 1966, dem Basisjahr der konjunkturneutralen Bezugsgrößen, von denen her der Sachverständigenrat das öffentliche Finanzgebaren im Hinblick auf die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes würdigt (Tabelle 12).

Auch die Steuereinnahmen (aller Gebietskörperschaften zusammengenommen) sollen stärker steigen als das Sozialprodukt, allerdings schwächer als die Ausgaben; die Progressionswirkung des Steuersystems, die sich bei unverändertem Steuerrecht ergeben würde, wird nicht voll in Anspruch genommen: Die volkswirtschaftliche Steuerquote, die gesamten Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt, wird am Ende des Planungszeitraums auf 24,1 vH angewachsen sein, gegenüber 23,7 vH im Jahre 1970 (ohne Konjunkturzuschlag 23,3 vH) und 22,9 vH im Jahre 1966.

Aus der Planung der Ausgaben und der laufenden Einnahmen folgt, daß der Beitrag, den die Nettokreditaufnahme zur Finanzierung der Haushalte leistet, gegenüber heute stark zunehmen muß: Von einem sehr niedrigen Niveau im Jahre 1970 auf 15,9 Mrd. DM im Jahre 1974. Schon im Jahre 1971 soll sich der Staat wieder mit mehr als 8 Mrd. DM verschulden.

253. Die Ansätze für die Ausgaben weisen aus, daß vor allem die öffentlichen Investitionen überdurchschnittlich zunehmen sollen. Den Ausfällen aufgrund der Ausgabenzurückhaltung im Aufschwung (Ziffern 98 ff.) sowie länger zurückliegenden Versäumnissen wird also Rechnung getragen.

Öffentliche Investitionen sind so bedeutsam, weil sie die Produktivität privater Investitionen mitbestimmen (Komplementaritätsbeziehung) und weil der Staat genötigt ist, sich auf die stark gestiegene Nachfrage seiner Bürger nach Leistungen des Staates einzustellen.

So mag der geplante Anstieg der Staatsquote als Aufforderung zu einer wachstumspolitischen Anstrengung der Volkswirtschaft verstanden werden. Zu fragen bleibt, ob die vorgesehenen Einnahmenregelungen derart sind, daß vom Vollzug der Planung keine dauernde Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgehen wird, das heißt, ob gesichert erscheint, daß private Ansprüche an das Produktionspotential (Konsum und Investitionen) in dem Maße zurücktreten werden, wie die öffentlichen Ansprüche vordringen sollen.

Übergangsprobleme

254. In den Aufschwungsjahren 1968 bis 1970 hatte der Staat darauf verzichtet, die ihm aus der Progressionswirkung des Steuersystems sowie einzelnen Steuererhöhungen zufließenden Steuermehreinnahmen voll auszugeben, und sich insoweit kontraktiv verhalten (Ziffern 84 ff.). Im Jahre 1970 war die Staatsquote überdies nicht nur geringer, als den Entzugswirkungen des geltenden Steuersystems entsprochen hätte, sondern auch geringer als geplant, da die Preise stärker stiegen, als erwartet worden war und sich daher der Realwert der beschlossenen öffentlichen Ausgaben als zu gering erwies. Dies ungeplante Zurückbleiben staatlicher Ansprüche soll nun zunächst rückgängig gemacht werden.

Ein solcher Vorgang ist nur konjunkturgerecht, wenn der Anlaß für das kontraktive Verhalten des Staates entfällt, das heißt, wenn sich gleichzeitig mit den staatlichen auch die privaten Ansprüche an das Produktionspotential normalisieren, die private Nachfrage also zeitweise weniger stark zunimmt, als das Produktionspotential wächst (Ziffer 339). Hierin wird sichtbar, daß die Probleme einer konjunkturellen Übersteigerung nicht schon überwunden sind, wenn die Expansionsraten der privaten Nachfrage wieder normal sind. Die dann noch verbleibenden Probleme stellen sich um so schärfer, je stärker im Aufschwung zugelassen wurde, daß sich die privaten Ansprüche vordrängten.

255. Gegen ein nur allmähliches Zurückkehren zum konjunkturneutralen Haushalt steht das Drängen des Staates, nach Jahren des Zurücksteckens nun endlich zumindest einen, mittelfristig gesehen, normalen Haushalt vollziehen zu können. Dieser Konflikt wird immer wieder auftreten, solange unsere Fähigkeiten, politisch wie instrumentell, besser dazu geeignet sind, eine Rezession zu verhindern als eine konjunkturelle Übersteigerung. Diese Asymmetrie bedroht jede mittelfristige Finanzplanung: Jahre der übermäßigen Expansion, in denen sich der Staat kontraktiv verhalten soll, werden nur vergleichsweise selten einmal von Zeiten unterbrochen, in denen dem Staat erlaubt ist, aus Gründen der Rezessionsbekämpfung zurückgestellte Ausgaben nachzuholen. Da die Möglichkeit ausscheidet, solcher Gründe wegen etwa rezessive Entwicklungen bewußt herbeizuführen, muß die Wirtschaftspolitik, auch aus der Sorge um die kontinuierliche Erfüllung der staatlichen Aufgaben heraus, darauf gerichtet sein, konjunkturelle Übersteigerungen rechtzeitig zu bekämpfen. Mäßige konjunkturelle Schwankungen wird es vermutlich auch dann noch geben. Sie zerstören jedoch die Grundlage für eine mittelfristige Finanzplanung nicht.

Ständig steigende Staatsquote

256. Eine steigende Staatsquote bei der Inanspruchnahme des Produktionspotentials ist nur dann nicht stabilitätswidrig, wenn den zusätzlichen Staatsausgaben entsprechende zusätzliche Entzugseffekte gegenüberstehen. Im übrigen kann die Überlagerung des marktwirtschaftlichen Bereichs durch einen öffentlichen Bereich wohl auch nicht beliebig weit getrieben werden. Doch wissen wir wenig darüber, wo die Grenzen hierfür liegen.

Nimmt man die Entwicklung des Produktionspotentials sowie die steuerlichen Regelungen, wie sie der Finanzplanung des Bundes zugrunde liegen, für gegeben, so stehen für eine stabilitätskonforme Steigerung der Staatsausgaben bis zum Jahre 1974 — eine Normalisierung in der Auslastung des Produktionspotentials unterstellt — zur Verfügung:

— Steuermehreinnahmen entsprechend der vorgesehenen Steuerquote,

— eine laufende längerfristige Kreditaufnahme etwa auf dem Niveau des Jahres 1966, fortgeschrieben mit den Zuwachsraten des Sozialprodutks (Ziffer 346).

Der sich so ergebende stabilitätspolitisch unbedenkliche Spielraum ist durchaus nicht klein. Er soll voll genutzt werden. Die Pläne des Bundes gehen sogar noch darüber hinaus. Im Jahre 1974 sollen, bei einer Steuerquote von dann 24,1 vH, noch rund 2 Mrd. DM mehr Kredite aufgenommen werden, als — von der konjunkturneutralen Basis 1966 aus geurteilt — einer normalen laufenden Verschuldung der öffentlichen Hand entspräche (immer unterstellt, die übrigen Gebietskörperschaften folgten dem Vorbild des Bundes).

Die Öffentlichkeit scheint beunruhigt über diese Pläne.

257. Berechtigte Sorgen ergeben sich kaum aus dem inzwischen erreichten Stand der öffentlichen Verschuldung. Das Verhältnis zwischen Zinsausgaben und Steuereinnahmen beziehungsweise Ausgaben der Gebietskörperschaften ist, wie Tabelle 22 zeigt, in der Bundesrepublik, etwa im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, niedrig zu nennen.

258. Es ist auch durchaus normal, daß die Staatsschuld weiter zunimmt, und zwar nicht nur zeitweise, sondern ständig — wenn die Sparneigung der Privaten es erlaubt; sie kann es sogar erfordern (JG 67 Ziffern 516 ff.).

Man sollte nicht im Falle des Staates von vornherein für bedenklich halten, was für den Unternehmensbereich selbstverständlich ist. Da die private Sachkapitalbildung sich vornehmlich in den Unternehmen vollzieht, ist es völlig unausweichlich, daß dieser Bereich sich laufend gegenüber den privaten Haushalten — großenteils auf dem Umweg über das Bankensystem — verschuldet; denn immer nur einem Teil der Sachkapitalbildung stehen zusätzliche Beteiligungsansprüche gegenüber. Zinsen und Tilgung für Fremdkapital zahlen die Unternehmen aus den höheren Erträgen, die ihre Investitionen ihnen bringen. An die Stelle der Erträge treten beim Staat, der ebenfalls in großem Umfange Sachkapital bildet, die Steuereinnahmen; sie wachsen mit dem Sozialprodukt, oftmals sogar schneller.

259. Unausweichlich ist die Kreditaufnahme zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben allerdings nicht. Anders als die Unternehmen hat der Staat die Möglichkeit, sich durch Zwangsabgaben die nötigen Mittel zu beschaffen. Worauf es ankommt, ist, daß der Staat mit der Entscheidung über das Ausmaß, in dem er seine Ausgaben mit Steuern finanziert (Steuerdeckungsquote), zugleich die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen — und damit deren Investitionsneigung — sowie die Nettoeinkommen der pri-

Tabelle 22

Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinsausgaben

	Einheit	1962	1965	1966	1967	1968	1969
		Bundesrepublik Deutschland					
Zinsausgaben	Mrd. DM	2,4	3,4	4,2	5,2	5,5	6,0
Steuereinnahmen	Mrd. DM	86,4	105,5	112,5	114,6	121,8	145,3
Ausgaben insgesamt	Mrd. DM	106,7	139,3	145,1	154,4	158,1	172,9
Anteil der Zinsausgaben							
an den Steuereinnahmen	vH	*2,8*	*3,2*	*3,8*	*4,5*	*4,5*	*4,1*
an den Ausgaben insgesamt	vH	*2,3*	*2,4*	*2,9*	*3,4*	*3,5*	*3,5*
		Vereinigte Staaten					
Zinsausgaben	Mrd. US $	9,2	11,4	12,3	13,4	14,9	.
Steuereinnahmen	Mrd. US $	123,8	145,0	160,7	176,1	185,1	.
Ausgaben insgesamt	Mrd. US $	176,2	205,6	224,8	257,8	282,6	.
Anteil der Zinsausgaben							
an den Steuereinnahmen	vH	*7,4*	*7,9*	*7,9*	*7,6*	*8,0*	.
an den Ausgaben insgesamt	vH	*5,2*	*5,6*	*5,5*	*5,2*	*5,3*	.

Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Bundesministerium der Finanzen; Vereinigte Staaten: Statistical Abstract of the United States

vaten Haushalte — und damit deren Fähigkeit zum Sparen — mitbestimmt.

260. Nur bei konjunkturellem Ungleichgewicht, in einer Rezession etwa, sind beide Wirkungen erwünscht. Eine mittelfristige Finanzplanung, die ja mögliche konjunkturelle Schwankungen nicht zu antizipieren hat, darf daher für zusätzliche Staatsausgaben nur dann auf entsprechende Steuermehreinnahmen verzichten, die Steuerdeckungsquote also senken,

— wenn flankierende Maßnahmen dafür sorgen, daß im gleichen Maße, wie zusätzliche (nicht konjunkturneutrale) Staatsausgaben durch Kredite finanziert werden sollen, die Ersparnisse der privaten Haushalte zunehmen, oder

— wenn damit gerechnet werden darf, daß die Sparneigung der privaten Haushalte ohnehin, trendmäßig, zunimmt, die Senkung der Steuerdekkungsquote also lediglich die kontraktiven Wirkungen abfängt, die andernfalls von der Ausgabenzurückhaltung der privaten Haushalte ausgingen (Ziffer 327).

261. Nach unserer Auffassung würde es demnach nicht etwa schon ausreichen, wenn der Staat seine Anleihewünsche an den Kreditmärkten, wo er auf die Konkurrenz der privaten Investoren trifft, konsequent durchsetzte in der Absicht, damit eine Zinssteigerung herbeizuführen, die ausreichend viele Konkurrenten zu einer Revision ihrer Pläne veranlassen würde. Auf die Zinsabhängigkeit der privaten Investitionen ist nicht zu bauen, zumindest dann nicht, wenn der Staat gleichzeitig durch expansive Ausgabenpolitik die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen verbessert. Außerdem würden Kapitalzuflüsse vom Ausland der Zinssteigerungstendenz entgegenwirken, während ohne dauernde inflatorische Impulse eine reale Entlastung von der Importseite her nicht zu erwarten wäre.

262. Ein echter Ersatz für die Entzugswirkungen von Steuern ist nur in der erhöhten Sparneigung der privaten Haushalte zu sehen. Sie erlaubt es in der Tat, zusätzliche Staatsausgaben statt durch Zwangsabgaben (Steuern) durch freiwillige Abgaben (Anlage suchende Ersparnisse) zu finanzieren.

Die Sparneigung der privaten Haushalte wies in den vergangenen Jahren keinen eindeutigen Trend nach oben auf. Andererseits sind die jüngsten Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung noch nicht so lange in Kraft, daß sich ihre Wirkungen schon abschätzen ließen. Im Jahre 1966 nahm die öffentliche Hand längerfristige Kredite auf, die rund 20 vH des privaten Sparaufkommens entsprachen. Bliebe die Sparquote auf dem Stand, den sie in den Jahren 1966 bis 1970 durchschnittlich aufwies, so müßten den öffentlichen Stellen im Jahre 1974 knapp 24½ vH der privaten Ersparnisse reserviert bleiben.

Stabilitätspolitisch ist es daher angezeigt, abzuwarten, ob die Sparförderungsmaßnahmen (einschließlich der geplanten) tatsächlich die Wirkungen haben, die man sich von ihnen verspricht — etwa eine starke Zunahme tarifvertraglich vereinbarter Lohnbestandteile, die vermögenswirksam angelegt werden müssen. Die Bundesregierung hat ihre Verschuldungsvorhaben daher auch unter einen entsprechenden Vorbehalt gestellt.

263. Eine kreditfinanzierte Erhöhung der Staatsquote, die nicht durch eine erhöhte Sparneigung der Privaten abgesichert ist, wäre nicht nur stabilitätspolitisch bedenklich, sondern widerspräche auch verteilungspolitisch den erklärten Zielen der Regierung.

Die öffentliche Verschuldung hat aus dem Kreislaufzusamenhang der Wirtschaft heraus auf jeden Fall ihr Gegenstück in einer entsprechenden (Geld-)Vermögensbildung bei den Privaten, entweder in zusätzlichen Ersparnissen aus gegebenen Einkommen oder in zusätzlichen Ersparnissen aus inflatorisch aufgeblähten Einkommen. Im letzten Fall würde die Vermögensbildung mit großer Wahrscheinlichkeit ausschließlich bei denjenigen anfallen, deren Einkommen so hoch ist, daß ihnen das Sparen leicht fällt, während doch alles darauf ankäme, die Sparfähigkeit und den Sparwillen derer zu stärken, auf die die Vermögensbildungspolitik ausgerichtet ist, und die Kreditaufnahme des Staates hierauf abzustimmen.

In jedem Falle, sowohl bei inflatorischer als auch bei stabilitätskonformer Finanzierung, ist zu bedenken: Die Last einer verstärkten Inanspruchnahme des Produktionspotentials für Aufgaben des Staates muß die Volkswirtschaft tragen, unabhängig davon, ob Steuern oder Kredite diese Ansprüche decken. Steuern schließen den Prozeß der Finanzierung sofort endgültig ab. Mit Vermögenstiteln in der Hand der Privaten ist eine fortdauernde steuerlich zu deckende Zinslast für die öffentlichen Haushalte verbunden. Das ist nur zu rechtfertigen, wenn die zusätzliche Vermögensbildung die Vermögensverteilung verbessert, oder wenn anders nicht verhindert werden kann, daß die Investitionsneigung der Unternehmer sinkt.

IV. Rückkehr zum Gleichgewicht

264. Die Konjunkturpolitik steht Ende 1970 vor den Folgen der vorangegangenen Übersteigerung. Der stärkste Boom der Nachkriegszeit hat in seiner Endphase Preise und Löhne mehr als je zuvor in die Höhe getrieben und zugleich Abschwungskräfte entwickelt, die sich schon auswirken, ihrer Intensität nach aber noch unbekannt sind.

265. Die Sorge der Wirtschaftspolitik sollte daher nicht mehr allein dem anhaltenden Preisauftrieb gelten, sondern auch schon und zunehmend dem beschleunigten Rückgang der Investitionsneigung. Die Investitionstätigkeit prägt das zyklische Muster des Konjunkturverlaufs. Für 1971 läßt unsere Prognose erwarten, daß nicht nur die Zunahme der Investitionen nachläßt, sondern daß die Investitionen im zweiten Halbjahr, ihrem Volumen nach, sogar absolut sinken werden. Mehr und mehr Unterneh-

men werden in die Zange einer sich abschwächenden Nachfrage und eines sich verstärkenden Kostendrucks geraten. Pessimistische Gewinnerwartungen, die von unseren Prognosewerten bestätigt werden — die Nettoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden 1971 nicht höher sein als 1970 — lassen befürchten, daß sich das Absinken der Investitionsneigung selbst verstärkt.

266. Eine Konjunkturpolitik, die prophylaktisch handelt, hätte schon jetzt Anlaß, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Da mit erheblichen Wirkungsverzögerungen zu rechnen ist, wäre dies selbst dann angezeigt, wenn wir nur die Entwicklungsrichtung zutreffend geschätzt hätten, die Stärke der Abschwungskräfte jedoch übertrieben groß sähen. Es ist schwer vorherzusagen, ob und wann ein kumulativer Prozeß nach unten — wie etwa 1966/67 — einsetzt. Die Gefahr, daß es im späteren Verlauf des Jahres 1971 zu diesem Prozeß kommt, ist gegeben. Wenn er begonnen hat, ist es schwer, ihn noch rechtzeitig abzufangen.

267. Was die Expansion der Gesamtnachfrage anbelangt, so werden allerdings die stabilisierenden Faktoren im Jahre 1971 noch dominieren: die ungewöhnlich hohen Auftragsbestände in der Industrie, die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte und nicht zuletzt die Ausgaben der öffentlichen Hand. Daß dies so ist, mindert die Sorgen der Konjunkturpolitik für das Jahr 1971. Es verstellt jedoch auch den Blick für die Aufgaben vor uns.

268. Die Konjunkturpolitik muß versuchen, die Vorteile zu nutzen, die in einer Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung liegen. Die Reagibilität des Marktsystems, besonders die der autonomen Gruppen, wird überfordert, wenn ihr abverlangt wird, sich bei heftigen konjunkturellen Schwankungen zu bewähren. Es wäre daher falsch, wegen des überaus stürmisch verlaufenden Aufschwungs nun etwa eine gewisse Überanpassung nach unten als ausgleichendes Element der Stabilisierung zu begrüßen. Im Aufschwung scheint die Genugtuung über die hohen Wachstumsraten einer rechtzeitigen und nachhaltigen Eindämmung der Nachfrageexpansion im Wege gestanden zu haben. Die Folge war der Verlust der Stabilität. Als Reaktion hierauf nun das Heil in einer Phase des Ausruhens zu suchen, hieße den nächsten Zyklus programmieren.

Wir sprechen uns hiermit nicht für eine Entwicklung mit dauernder Hochkonjunktur (Überbeschäftigung) aus. Mißverständnisse in der Vergangenheit legen uns nahe, dies zu betonen. Wir vertreten auch nicht die Auffassung, daß sich konjunkturelle Schwankungen vollständig vermeiden ließen. Doch eine Verringerung der Ausschläge nach oben und unten scheint uns wichtig und möglich.

269. Wenn es gleichwohl zwiespältig zu beurteilen ist, ob in der gegenwärtigen Situation ohne Einschränkung das empfohlen werden kann, was zur Glättung des Investitionszyklus schon jetzt nötig erscheint, so deshalb, weil eine befriedigende Dämpfung des Preisauftriebs trotz der abgeschwächten Nachfrageexpansion noch nicht in Sicht ist.

Die eine Auffassung ist:

> Die gegenwärtigen und die noch abzusehenden Preissteigerungen sind als Spätfolge des Booms hinzunehmen. Der Anstieg wird sich in dem Maße verlangsamen, in dem im Abschwung die Expansion der Nachfrage und der Lohnauftrieb schwächer werden. Mit Rücksicht auf die Stabilisierung des Preisniveaus jetzt eine Belebung der Investitionsneigung zu unterlassen, hieße einem Ziel dienen, das zwar noch verletzt ist, aber nicht mehr gefährdet (Geldwertstabilität), dafür jedoch ein anderes zu vernachlässigen, das zwar noch nicht verletzt ist, aber schon gefährdet (stetiges Wachstum bei Vollbeschäftigung).

Die andere Auffassung ist:

> Die jüngste Kostenentwicklung hat sich noch nicht allenthalben voll in den Preisen niedergeschlagen, und die allmähliche Abschwächung des Lohnauftriebs, die wir unserer Prognose zugrunde gelegt haben (Ziffer 173), ist bei weitem nicht stark genug, als daß von einem Ende des Kostendrucks gesprochen werden könnte. Wird nun die Lohnentwicklung nicht einmal in einem Jahr, das hinsichtlich der Investitionstätigkeit von einer Stagnation geprägt ist, auch nur annähernd kostenniveauneutral sein, so läuft eine Konjunkturpolitik, die prophylaktisch expansiv handelt — wenn sie auf sich allein gestellt ist — Gefahr, einen neuen Aufschwung einzuleiten, ohne daß zuvor die Voraussetzungen für mehr Preisstabilität geschaffen sind. Mit sehr hohen Preissteigerungsraten ginge man in eine Konjunkturphase, in der sich die Preiserhöhungsspielräume erneuerten. Die Zeit ruhiger Preisentwicklung, den Jahren 1967/68 vergleichbar, entfiele.

Die Mehrheit des Sachverständigenrates neigt der zweiten Auffassung zu. Eine Minderheit, Claus Köhler, neigt der ersten Auffassung zu. Gemeinsam halten wir für dringlich, daß eine auf Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung gerichtete Politik ermöglicht und auf jeden Fall vermieden werden sollte, daß die Annäherung an eines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik damit bezahlt wird, daß eine Fehlentwicklung bei einem anderen Ziel unterstützt wird.

270. Die Wirtschaftspolitik hat keine Mittel, mit denen sie dem Gefährdungstatbestand „sinkende Investitionsneigung" und dem Gefährdungstatbestand „Lohnkostendruck" auf kurze Sicht gleichermaßen begegnen könnte. Sie ist auf Hilfe angewiesen. Die Hilfe müßte von der Lohnpolitik kommen. Die Konjunkturpolitik könnte sich um so unbedenklicher der Verstetigung der Nachfrageexpansion zuwenden, dem Ziele also, für das letztlich nur sie Sorge tragen kann, je zuverlässiger für später mit einer deutlichen Abschwächung des Preisauftriebs gerechnet werden kann. Daher sollten sich die Tarifpartner dem Appell der Regierung nicht versagen, den Anstieg des Lohnniveaus nach Möglichkeit stärker zu

verlangsamen, als es bisher wahrscheinlich ist. Dieser Appell geht derzeit nicht am Markt vorbei. Angesichts der konjunkturellen Risiken für den späteren Verlauf des Jahres 1971 ist jetzt marktgerecht, was den Tarifpartner abverlangt wird. Geringere Lohnerhöhungen würden überdies eine expansive Strategie der Wirtschaftspolitik nicht nur stabilitätspolitisch abschirmen, sondern diese auch unterstützen, da gegenwärtig von der Lohnentwicklung — über den Druck auf die Gewinne — kontraktive Wirkungen ausgehen.

Kurzfristig: Begrenzte Chancen

271. Auch bei hoher Reagibilität sowohl der Konjunkturpolitik als auch des Verhaltens der Marktparteien dürfte es unmöglich sein, schon im Jahre 1971 zum Gleichgewicht zurückzukehren, also Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gleichzeitig zu erreichen. Zu stark noch wirken die Übersteigerungen nach, die den Boom gekennzeichnet haben.

272. Dies gilt vor allem für die Preisentwicklung. Eine exzessive Nachfrageexpansion bringt meist eine Verzerrung der Preisstruktur mit sich, die erst allmählich beseitigt wird. Bereiche, die besonders konjunkturabhängig sind, eilen in der Preisentwicklung voran, andere, die von Nachfrageschwankungen weniger betroffen werden und deren Preisverhalten vor allem kostenbestimmt ist, Dienstleistungsbereiche etwa und Wirtschaftszweige mit administrierten Preisen, folgen erst, wenn in der Spätphase des Aufschwungs und danach der Lohn-Lag aufgeholt wird.

273. Unrealistisch wäre es auch, etwa von der Lohnpolitik zu erwarten, daß sie ohne allmählichen Übergang kostenniveauneutral werden könnte. Die Lohnerhöhungen im Verlauf des Jahres 1971 müßten sich auf etwa 5 vH beschränken, wenn das Kostenniveau im Jahresdurchschnitt 1971 nur entsprechend dem Anstieg des Preisniveaus über dem des Vorjahres liegen soll.

Soll die Verteilungsrelation des Jahres 1970 beibehalten werden, so beträgt der Spielraum für die Erhöhung des Niveaus der Effektivlöhne gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1970 etwa 7½ vH. Im einzelnen haben wir geschätzt

- *eine Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde um knapp 4 vH,*
- *ein Terms of Trade-Effekt (Verbesserung des realen Austauschverhältnisses mit dem Ausland) von ½ vH,*
- *eine Erhöhung der Lohnkosten durch zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber von ½ vH und*
- *einen Anstieg der Verbraucherpreise von 3½ vH unter den Bedingungen der Prognose.*

Dieser Spielraum ist jedoch schon zu einem erheblichen Teil genutzt. Am Jahresende 1970 dürfte das Niveau der Effektivlöhne um 4½ vH über dem durchschnittlichen Stand des Jahres liegen. Mit dieser Vorbelastung geht man in das Jahr 1971. Rechnet man die zeitliche Verteilung der anstehenden Tarifabschlüsse ein, so ergibt sich für die laufende Erhöhung der Effektivlöhne im Jahre 1971 der Satz von etwa 5 vH.

274 In den beiden vorangegangenen Jahren sind Lohnsteigerungen von mehr als 10 vH üblich geworden. Es ist anzunehmen, daß dies und die Tatsache anhaltender Preissteigerungen die Einkommenserwartungen der Arbeitnehmer stärker bestimmen als die Erinnerung an das normale Maß. Auch Gewerkschaften, die das was der Markt dauerhaft hergibt, nicht überschätzen, können an solchen Erwartungen nicht vorbei. Anderenfalls laufen sie Gefahr, die Führung in den Lohnauseinandersetzungen zu verlieren, denn erfolgreiche spontane Arbeitsniederlegungen könnten rasch zeigen, daß auch die Arbeitgeber großenteils kurzfristig denken und daher, unter stärkeren Druck gesetzt, heute mehr zugestehen, als ihnen der Markt morgen vergütet. Diese Gefahr ist um so größer, als die Dämpfung der Nachfrageexpansion zunächst nur die Preiserhöhungsspielräume in einigen Teilbereichen rasch enger werden läßt.

Für die Gesamtwirtschaft ist fest damit zu rechnen, daß sich die Verteilungsposition der Unternehmen 1971 noch einmal verschlechtert, im Jahre 1971 zumindest schlechter sein wird, als sie im Durchschnitt des Jahres 1970 war.

275. Eine gewisse Entlastung könnte den Unternehmen bei den Kapitalkosten durch eine rasche Senkung des Zinsniveaus zuteil werden. Da das deutsche Zinsniveau im internationalen Vergleich gegenwärtig an der Spitze liegt, könnte die Bundesbank eine starke Zinssenkung herbeiführen, ohne die zentralen Währungsreserven nennenswert zu gefährden. Dies würde jedoch auf die Zinskosten der Unternehmen nicht überall voll durchschlagen, denn in der jüngsten Vergangenheit wurden Zinsversprechen zu hohen Sätzen verlangt und gegeben, die nicht immer kurzfristig widerruflich sind. War hierbei die Erwartung eines anhaltenden Preisauftriebs mitbestimmend, so führt eine abrupte Dämpfung des Preisanstiegs dazu, daß Ertragserwartungen enttäuscht werden. Das Bewußtsein, überschuldet zu sein, könnte um sich greifen und ein Verlangen nach Entlastung auslösen, das mit einer Überanpassung der Ausgabenpläne nach unten verbunden wäre.

Gleichgewicht in spätestens zwei Jahren

276. Damit die Spätfolgen des Booms ohne größere Friktionen auslaufen können, halten wir für die Rückkehr zum Gleichgewicht einen Zeitraum von etwa zwei Jahren für nötig und ausreichend. Die Aufgabe für das erste Jahr, das Jahr 1971, besteht darin, für eine Stabilisierung im Jahre 1972 die Grundlage zu legen. Auf deutlich sichtbare Erfolge, besonders bei der Preisentwicklung, kann die Konjunkturpolitik im kommenden Jahr nicht mehr und noch nicht rechnen.

277. Nahziele sind

- die Normalisierung in der Beanspruchung des Produktionspotentials,
- die allmähliche Dämpfung des Kostenauftriebs und
- die Erhaltung der unternehmerischen Investitionsneigung derart, daß ein kumulativer Abschwungsprozeß vermieden wird.

278. Hinzunehmen wären,

- daß sich die Preisentwicklung zunächst nur sehr langsam beruhigt und
- daß die private Investitionstätigkeit zeitweise, etwa im zweiten Halbjahr 1971, das mittelfristig anzustrebende Niveau unterschreitet, wenn auch nicht so stark, wie wir unter den Bedingungen unserer Prognose geschätzt haben.

Während also die meisten Komponenten der Nachfrage sowie das Preisniveau sich von oben dem Gleichgewicht nähern sollen, würde das Volumen der Investitionen zunächst unerwünscht stark sinken und sich dann von unten dem mittelfristigen Pfad nähern. Der Übergang in eine gleichgewichtige Entwicklung könnte im späteren Verlauf des Jahres 1972 erreicht werden.

Erfordernisse für 1971

279. Um einer pessimistischen Einschätzung zukünftiger Investitionschancen, die sich bei den Unternehmen aufgrund der zum Teil erst 1971 sichtbar werdenden Verschlechterung ihrer Gewinnposition breitmachen könnte, erfolgreich entgegenzuwirken, wäre eine rasche und starke Zinssenkung seitens der Bundesbank spätestens dann angezeigt, wenn die Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung, die ein beunruhigend starkes Absinken der Investitionsneigung vorerst nur undeutlich anzeigen, die Tendenz, die unserer Prognose zugrunde liegt, einige Monate lang bekräftigt haben. Ist die Investitionsneigung erlahmt, wie wir befürchten, so braucht nicht angenommen zu werden, daß ein starker Zinsrückgang alsbald einen neuen Boom anheizt. Um auch nur einen mäßig starken Einfluß auf die Investitionspläne der Unternehmen rasch ausüben zu können, muß wahrscheinlich zuvor der Konsolidierungsbedarf der Wirtschaft befriedigt werden, der sich in der Vergangenheit überall dort aufgestaut haben dürfte, wo die hohen Zinsen zu einer kurzfristigen Vorfinanzierung der Investitionen verleiteten. Die Zinsen schrittweise zu senken, hieße Zinssenkungserwartungen erzeugen und so den Konsolidierungsprozeß unnötig verzögern.

280. Eine Rückkehr zum Gleichgewicht bis 1972 erfordert wohl, daß sich die Sozialpartner auf Lohnerhöhungen einigen, die wenigstens gegenüber dem Stand Anfang 1971 die Verteilungsrelation nicht mehr zugunsten der Arbeitnehmer verändern. Das würde zwar erheblich größere Lohnerhöhungen erlauben als unter Ziffer 273 dargelegt, jedoch immer noch merklich geringere, als wir schon für wahrscheinlich halten. Für die Unternehmen bedeutet dies, daß es im Durchschnitt bei den gegenwärtigen Gewinnmargen bliebe, der Druck auf die Gewinne also nicht mehr zunähme.

281. Wenn wir unserer Prognose Lohnsteigerungen zugrunde gelegt haben, die weder kostenniveauneutral noch verteilungsneutral sind, so deshalb, weil die Erfahrung lehrt, daß der Aufholprozeß bei den Löhnen auch in früheren Zyklen meist erst längere Zeit nach dem konjunkturellen Höhepunkt auslief, dabei die Gewinne überholte und so den Abschwung mit einleitete. Uns gegen diese Erfahrung zu stellen und unter Verweis auf die nachteiligen Folgen dieses zyklischen Verhaltens an die Vernunft zu appellieren, wagen wir nur, weil wir auch in der Stabilitätspolitik Fortschritte für möglich halten.

Wir gehen dabei davon aus, daß die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände die konjunkturelle Lage und die Risiken, die sie enthält, nicht wesentlich anders beurteilen als wir.

282. Es müßte vorläufig dahingestellt bleiben, inwieweit die Ende 1970 erreichten Verteilungsrelationen über die gegenwärtige Konjunkturphase hinaus lange Bestand haben können. Immerhin dürfte eine deutliche Wende bei den Tarifvereinbarungen die Unternehmer zu einer optimistischeren Einschätzung der Investitionschancen veranlassen, und zwar wohl auch dann, wenn sie nicht sofort eine merkliche Besserung ihrer Gewinnsituation feststellen.

283. Eine Signalwirkung für die Runde der Tarifvereinbarungen im Jahre 1971 kommt wahrscheinlich dem Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu. Dies ist insofern zu beklagen, als für 1971 weniger der Nachfrageeffekt, als vielmehr der Kosteneffekt von Lohnerhöhungen zu Sorge Anlaß gibt. Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst berühren — von Bahn und Post abgesehen — das Kostenniveau der Wirtschaft nicht und sind so gesehen ohne Bedeutung für die Preisentwicklung. Da jedoch der Staat kaum seine eigenen Orientierungsdaten für die Lohnpolitik desavouieren darf, ohne daß er die Verständnisfähigkeit der Öffentlichkeit überforderte, käme viel darauf an, daß zumindest die Tarifanhebungen, die sofort wirksam werden, sich deutlich von den Raten unterscheiden, die 1970 vorherrschten.

284. Unmittelbar an die Bedingung einer Wende in der Lohnpolitik könnte die Bundesregierung die Bereitschaft knüpfen, den Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht mehr zu erheben und die seit August 1970 angesammelten Beträge schon von der Jahresmitte 1971 an wieder zurückzuzahlen. Das dürfte zwar die Dämpfung von Lohnforderungen nur geringfügig erleichtern, es würde jedoch dazu beitragen, daß der unerwünschte Nachfrageausfall verringert würde, der — verglichen mit den von uns prognostizierten Werten — einer verlangsamten Expansion des Lohnniveaus

zuzurechnen wäre und der für sich genommen einen kontraktiven Effekt ausüben würde.

285. Umstritten ist seit Monaten, ob die Haushaltsplanentwürfe, die von den Gebietskörperschaften für 1971 vorgelegt worden sind, in Ausgaben und Einnahmen konjunkturgerecht seien. Die Bundesregierung hat, was ihren Entwurf vom Juli 1970 angeht, die Entscheidung unter dem Vorbehalt getroffen, daß eine Konjunkturdiagnose zum Jahresende den geplanten Haushalt als konjunkturgerecht erscheinen läßt.

Die Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden also, wollen — unseren Informationen und Schätzungen zufolge — im Jahre 1971 213,6 Mrd. DM ausgeben (Tabelle 23). Das sind zwar etwa 2,5 Mrd. DM weniger, als angesichts der inzwischen erreichten volkswirtschaftlichen Steuerquote mittelfristig gesehen konjunkturneutral zu nennen ist. Was jedoch konjunkturneutral ist, ist kurzfristig gesehen nicht immer konjunkturgerecht (Ziffer 326).

Das geplante Haushaltsvolumen ist um 7,5 Mrd. DM größer, als — unter Berücksichtigung der zu erwartenden Änderung in der Steuerquote — der im Jahre 1970 realisierten Staatsquote (27,8 vH) entsprechen würde. Diese war, wie erwähnt (Ziffer 95), wegen der unerwartet starken Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts + 7,4 vH) nicht nur — wie geplant — hinter der konjunkturneutralen Staatsquote (29,3 vH), sondern auch noch — ungeplant — hinter der beanspruchten Staatsquote (28,9 vH) zurückgeblieben. Demnach ist der Betrag von 7,5 Mrd. DM, das sind rund 3,5 vH des Ausgabenvolumens, im wesentlichen Ausdruck dafür, daß der Staat das ungeplante Zurückbleiben öffentlicher Ansprüche an das Produktionspotential, das für 1970 kennzeichnend war, im Jahre 1971 rückgän-

Tabelle 23

Haushalte der Gebietskörperschaften 1971 [1])

	Einheit	1970	1971
Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (2)	Mrd. DM	155,5	170,4
Tatsächliche Steuereinnahmen (3)	Mrd. DM	161,1 a) b)	176,3 a) b)
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (4)	Mrd. DM	+5,6	+5,9
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (7)	Mrd. DM	187,3	210,2
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd. DM	192,9	216,1
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd. DM	190,1	213,6 a)
Konjunktureller Effekt des Haushalts (10)	Mrd. DM	−2,8	−2,5
Volkswirtschaftliche Steuerquote (11)	vH	*23,7*	*23,7*
Konjunkturneutrale Staatsquote (12)	vH	*29,3*	*29,2*
Beanspruchte Staatsquote (13)	vH	*28,9*	*28,9*
Realisierte Staatsquote (15)	vH	*27,8*	.
Abweichungen der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen . . . Mrd. DM (16)	Mrd. DM	−10,0	.
Nachrichtlich:			
Steigerungsrate			
des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	vH	*12,7*	*9,4* a)
des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	*5,5*	*5,0*
des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*7,4*	*5,1* a)
„Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*3,5*	*3,0*

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Länder und Gemeinden (Gv.).
a) Eigene Schätzung.
b) Einschließlich Konjunkturzuschlag.
Anmerkung: Die in Klammern eingefügten Ziffern weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 12 hin.

gig machen will. Unseren Rechnungen, die dieses Urteil stützen, haben wir die Annahme zugrunde gelegt, daß ein Anstieg des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) um mindestens 3 vH (1971 gegen 1970) für unvermeidlich zu halten und daher vorwegzunehmen ist.

Unsere Prognose zeigt, daß wir mit einer Normalisierung der privaten Ansprüche an das Produktionspotential schon bald zu rechnen haben, im zweiten Halbjahr sogar mit einer noch stärkeren Abschwächung. Zu konstanten Preisen gerechnet nehmen die Komponenten der privaten Nachfrage weniger stark zu, als das Produktionspotential wächst. Einer Normalisierung der privaten Ansprüche entspricht eine Normalisierung der öffentlichen Ansprüche. Wir sehen daher keine stabilitätspolitischen Bedenken, daß die Haushaltsplanung der Gebietskörperschaften vorläufig unverändert bleibt. Im übrigen gehen wir davon aus, daß der Staat in ausreichendem Umfang ergänzende Ausgabenprogramme für den Fall vorbereitet hat, daß sich die Abschwungstendenzen in einem Maße verstärken, wie es bisher noch nicht abzusehen ist.

286. *Bei der Aufgabe, binnenwirtschaftliche Stabilisierungsbemühungen preispolitisch abzusichern, muß die Hauptlast der Währungspolitik zufallen. Sie hat zu verhindern, daß inflatorische Entwicklungen im Ausland auf das Inland übergreifen können. Auf diese Weise würde dafür gesorgt, daß der internationale Wettbewerb seine stabilisierende Funktion nicht nur bei steigendem Preistrend, sondern bei mittelfristig stabilem Preisniveau erfüllt.*

287. Zu fragen bleibt, ob für das Jahr 1971 wechselkurspolitische Maßnahmen in Betracht gezogen werden müssen.

Das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik ist angesichts der anhaltenden schleichenden Inflation in der Welt eigentlich ein Trendproblem und als solches dauernd aktuell. Besonderheiten der konjunkturellen Lage — im Inland oder im Ausland — überlagern es jedoch zumeist. Der Sachverständigenrat hat in früheren Gutachten dargelegt, welche Maßnahmen dem Dauercharakter des Problems entsprechen würden (JG 66 Ziffern 259 ff.).

Auch für die hier erörterte Rückkehr zum Gleichgewicht in zwei Jahren wäre es an sich wünschenswert, daß eine frühzeitige möglichst stetige Aufwertung der D-Mark eingeleitet oder ermöglicht würde, damit verhindert wird, daß sich von dem Fortgang der Geldentwertung im Ausland her die Preiserhöhungsspielräume auch im Inland alsbald wieder vergrößern und den angestrebten Stabilisierungserfolg gefährden. Da der kontraktive Einfluß, der von einer Aufwertungstendenz für sich genommen ausginge, zur Zeit unerwünscht wäre, hätten flankierende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die allmähliche Paritätsänderung konjunkturneutral bliebe (JG 68 Ziffer 248). Desto stetiger die Paritätsänderung wäre, desto vollständiger leistete dies schon eine Zinssenkung, die dem Aufwertungstrend, aufs Jahr gerechnet, entspräche; sie würde sich bei stetiger Aufwertung wegen des internationalen Zinsverbundes überdies von selbst durchsetzen — immer verglichen mit dem, was ohne Aufwertung geschähe.

288. Wir befürchten, daß in der Wirtschaft die Zusammenhänge nicht so gesehen werden, wie wir sie sehen, und daß daher eine baldige Aufwertung der D-Mark, auch schon eine geringfügige, die Investoren weiter verunsichern würde. So unbegründet dieses Gefühl zusätzlicher Unsicherheit sein mag, es könnte ausreichen, in den bevorstehenden Abschwungsprozeß, der zunächst ein Prozeß der Normalisierung sein wird, das gefährliche Moment der Selbstverstärkung zu tragen, zumal auch eine allenfalls stabilisierungskonforme Lohnentwicklung keineswegs schon eine besonders wahrscheinliche Lohnentwicklung ist.

289. Unumgänglich für den angestrebten Stabilisierungserfolg ist eine Aufwertung der D-Mark am Anfang nicht. Auch im Ausland ist im allgemeinen das konjunkturelle Klima kühler und der Preisauftrieb schwächer geworden. Zudem werden erfahrungsgemäß Preiserhöhungsspielräume, die vom Ausland her entstehen, nicht sofort genutzt, wenn die Inlandsnachfrage nachläßt. Dadurch ist Zeit gewonnen. Allerdings wohl kaum lange Zeit, zumal die außenwirtschaftlichen Überschüsse in Anbetracht der Konjunkturlage schon heute eher als überhöht gelten müssen (Ziffer 185). Ausreichen würde es zunächst, wenn die Regierung glaubwürdig erkennen ließe, daß sie zu einer rechtzeitigen außenwirtschaftlichen Absicherung des Stabilisierungsprozesses entschlossen ist. Dies würde zwar bald wieder Aufwertungserwartungen entstehen lassen; sie dürften sich jedoch kaum auf einen Zeitpunkt in der allernächsten Zukunft richten. In diesem Falle wären sie auch nicht unerwünscht. Sie brächten ein Element größerer Stabilität in die Preiserwartungen und würden damit helfen, ein stabilisierungskonformes Verhalten zu sichern. Niedrigere Zinsen als im Ausland wie 1968 bis 1969 trügen dazu bei, daß die Kostenentwicklung zu solchen Preiserwartungen paßt.

290. Binnenwirtschaftliche Maßnahmen, die unmittelbar preispolitisch wirksam sind, stehen kaum zur Verfügung. Die Wettbewerbspolitik ist ohne rasch fühlbaren Einfluß auf die Preisniveauentwicklung. Sie kann die Reagibilität des Marktsystems erhöhen und damit die Erfolgschancen von Maßnahmen der Globalsteuerung verbessern — aber wohl erst auf längere Sicht.

Dies heißt allerdings nicht, daß Maßnahmen der Wettbewerbspolitik, welche die Kompetitivität unseres Marktsystems zu fördern geeignet sind, noch größeren Aufschub vertrügen. Die schubartigen Preiserhöhungen, die für zahlreiche Wirtschaftszweige vom Herbst 1969 an kennzeichnend waren, haben der Wettbewerbsintensität unserer Wirtschaft kein gutes Zeugnis ausgestellt; denn Kostenerhöhungen, die alle Unternehmen einer Branche gemeinsam betroffen haben, erklären diese Vorgänge nicht vollständig.

291. Die Bundesregierung hat angekündigt, daß sie die Erhöhung von Preisen, die ihrem unmittelbaren Einfluß unterliegen, sogenannten administrierten Preisen (beispielsweise die Tarife bei Bahn und Post), nur nach und nach zulassen wird. Dies hat

Vorteile, weil eine solche Streckung den Preisauftrieb zunächst mildert und damit zu einer Entspannung der stabilitätspolitischen Diskussion beiträgt, was sachgerechte Entscheidungen erleichtern dürfte. Allerdings ist die Anhebung der administrierten Preise wegen der Kostenentwicklung vielfach unausweichlich geworden, und jede Vertagung kostet den Staat große Summen, wenn er, wie etwa bei Bahn und Post, bei Ablehnung begründeter Preiserhöhungswünsche die Defizithaftung übernehmen muß. Es stellt daher nur eine andere Form der Belastung dar, wenn der Staat über Steuern zu finanzieren hat, was er durch den Verzicht auf Preisanhebungen einem Teil der Bürger an Lasten erspart.

Folgen für 1971 und 1972

292. Wir haben in der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammengefaßt, welche Entwicklungstendenzen wir erwarten, wenn das, was für eine Verringerung des Geldwertschwunds noch möglich und für die Vermeidung eines unerwünscht starken Abschwungs schon nötig erscheint, bald geschieht.

Unseren Rechnungen liegen, abweichend von der Prognose, folgende Annahmen zugrunde.

— Die Effektivlöhne werden im Verlauf des Jahres 1971 um etwa 2 vH weniger stark steigen, als für die Prognose angenommen wurde.

— Der Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer wird bis zum 31. März 1971 erhoben und vom 1. Juli 1971 an bis zum Ende des Jahres zu zwei Dritteln zurückgezahlt.

— Die Kreditpolitik führt gegen Ende des Winters eine rasche und starke Zinssenkung herbei.

293. Die Werte, die in Tabelle 24 mitgeteilt sind, zeigen, wie gering die Wirkungen sind, die hiervon schon für 1971 erwartet werden können.

Eine Belebung der Investitionsneigung führt nicht sogleich zu höheren Investitionsausgaben. Auch für das zweite Halbjahr haben wir den entsprechenden Wert gegenüber der Prognose nur geringfügig heraufgesetzt.

Für das Niveau der Verbraucherpreise schätzen wir die Verlangsamung des Anstiegs auf ½ vH für den Jahresdurchschnitt. Erst im späteren Verlauf des Jahres dürfte die zusätzliche Beruhigung des Preisauftriebs spürbar sein, zumal sie dann eine Tendenz verstärkt, die auch unter den Bedingungen der Prognose schon merklich sein wird. Geringere Preiserhöhungen wird es vor allem dort geben, wo derzeit der Kostendruck die Entwicklung bestimmt. Die angenommene Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sichert eine gegenüber der Prognose unverminderte Verbaucher-nachfrage.

Aus unseren Annahmen ergibt sich weiter, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigen werden. Dies gehört zu den Zielen des hier zur Diskussion gestellten Programms, da vor allem der Druck auf die Gewinne die Investitionsneigung der Unternehmen beeinträchtigen dürfte. Die Löhne und Gehälter nehmen, im Vorjahresvergleich, nur um rund 1 vH weniger zu als unter den Bedingungen der Prognose, da sich die angenommene Verlangsamung des Lohnanstiegs erst im Verlauf des Jahres — entsprechend den anstehenden Tarifverhandlungen — allmählich auswirkt. Die Nettolohn- und -gehaltssumme wird wegen der vorverlegten Erstattung des Steuerzuschlags nicht geringer sein.

294. Die Werte unserer Projektion weichen von den jüngsten Orientierungsdaten der Bundesregierung im allgemeinen nach oben ab. Diese Abweichungen sind überwiegend damit zu erklären, daß wir keine so starke Abschwächung des Lohnauftriebs für realistisch halten wie die Bundesregierung.

295. Wie erwähnt, sehen wir die Bedeutung der hier angenommenen Wende in der Lohnpolitik darin, daß auf diese Weise die Grundlage für einen echten Stabilisierungserfolg im Jahre 1972 gelegt würde.

Das Kostenniveau würde im späteren Verlauf des Jahres 1972 um rund 2 vH niedriger sein können, als es sonst wäre. Dabei unterstellen wir, daß das, was bei den Lohnkosten bewirkt wird, auch bei den Zinskosten und den Einfuhrpreisen sich erreichen läßt. Ist der Anstieg des Kostenniveaus um 2 vH geringer, so kann auch der Anstieg des Preisniveaus — beschäftigungsneutral — um den gleichen Satz geringer sein. Würde die Konjunkturpolitik bald nach Beginn des Jahres 1971 einen expansiven Kurs einschlagen, so dürfte man erwarten, daß die Richtung der konjunkturellen Tendenzen, die für die zweite Hälfte des Jahres zu Sorge Anlaß geben, noch rechtzeitig verändert werden. Auch hier läge der Hauptvorteil erst im Jahre 1972. Wird der Abschwung des Investitionszyklus abgefangen, so wäre die Gefahr einer Rezession gebannt. Der Globalsteuerung müßte es dann gelingen, ohne Wachstumsverluste ein Einschwenken auf den Pfad gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums zu bewirken.

296. Der Sachverständigenrat würde nicht bedauern, am Ende des Jahres 1971 eingestehen zu müssen, daß die tatsächliche Entwicklung von der durch ihn prognostizierten abgewichen ist, wenn dies Ausdruck eines reagiblen Marktverhaltens wäre, wie es nach unserer Auffassung gerade am Beginn eines Abschwungs den Interessen aller Gruppen dieser Volkswirtschaft am meisten entspricht.

★ ★ ★

In zwei Punkten stimmt ein Ratsmitglied, Claus Köhler, nicht mit der Auffassung der Mehrheit überein, und zwar

— in der Frage des Beitrags der Sozialpartner zur Wirtschaftspolitik und

— in der Beurteilung flexiblerer Wechselkurse.

Tabelle 24

Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1971

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	Prognose / Projektion des Sachverständigenrates	Orientierungsdaten der Bundesregierung [1]
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	1/2	1/2
Arbeitslosenquote in vH	*(0,7)*	(0,7)	*(0,7)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	−1/2	−1/2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962		
insgesamt	4	4 1/2	3 bis 4
je Erwerbstätigen	3 1/2	4	2 1/2 bis 3 1/2
je Erwerbstätigenstunde	4	4 1/2	3 bis 4
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	9	9	7 1/2 bis 8 1/2
Staatsverbrauch	14	13 1/2	12 1/2 bis 13 1/2
Anlageinvestitionen	10	10	7 bis 8
Inlandsnachfrage	9 1/2	9 1/2	7 1/2 bis 8 1/2
Außenbeitrag		
insgesamt in Mrd. DM	(15)	(15)	(rd. 13)
Anteil am Bruttosozialprodukt in vH	*(2)*	*(2)*	*(1,7)*
Bruttosozialprodukt	9 1/2	9 1/2	7 1/2 bis 8 1/2
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	3 1/2	3	rd. 3
Inlandsnachfrage	4 1/2	4 1/2	3 1/2 bis 4 1/2
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	9 1/2	9	7 1/2 bis 8 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1	3	3 bis 4
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	13 1/2	12	9 1/2 bis 10 1/2
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	11 1/2	10 1/2	8 1/2 bis 9 1/2

[1] Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 146/1970, S. 1537.

Zur Mitverantwortung der Sozialpartner für die Wirtschaftspolitik

297. Den Sozialpartnern kann eine Mitverantwortung am konjunkturellen Geschehen nur aufgebürdet werden, wenn die Wirtschaftspolitik eine weitgehende Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage herbeiführt. In einem solchen Fall hat die Wirtschaftspolitik die entscheidende Voraussetzung für ein gleichgewichtiges Wachstum geschaffen: ein Konjunkturklima, in dem weder Gewinne noch Löhne explodieren können. In diesem konjunkturellen Klima können Fehlentwicklungen durch einen relativ geringen wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatz verhindert werden.

298. Versagt die Wirtschaftspolitik, indem sie Rezessionen oder übermäßige Nachfrageexpansio-

nen zuläßt, statt zyklische Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern, dann ergeben sich daraus unvermeidlich Verhaltensweisen der Sozialpartner, die die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs erschweren. Das Fatale an einem solchen Konjunkturverlauf ist, daß sich die Sozialpartner zwar stabilitätsgefährdend verhalten; jedoch kann man ihnen das nicht vorwerfen, weil die Sozialpartner nicht eine unzulängliche Wirtschaftspolitik ersetzen können.

299. In dem konjunkturellen Aufschwung 1968 und 1969 gelang es der Wirtschaftspolitik nicht, Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die starke Nachfrageexpansion ermöglichte es den Unternehmen nicht nur, eine hohe Selbstfinanzierungsquote zu realisieren, sondern darüber hinaus auch Gewinneinbußen aus der Rezession auszugleichen. Die Gewerkschaften waren während der Rezession mit Lohnerhöhungen auf die Aufschwungsphase vertröstet worden und forderten nun, im Aufschwung, entsprechend höhere Löhne. So kam es insbesondere 1969 zu einer Preis- und Lohnexpansion, die wiederum unvermeidliche Verhaltensänderungen der Sozialpartner zur Folge haben mußte. Die Gewerkschaften beziehen seither die Preissteigerungen in die Lohnforderungen ein, und die Unternehmen versuchen, Kostensteigerungen durch weitere Preissteigerungen zu überwälzen. Erst verhältnismäßig spät bremste die Wirtschaftspolitik diese Entwicklung durch restriktive Eingriffe, die im Jahre 1970 die sich ohnehin verlangsamende Gesamtnachfrage weiter dämpften. Preis- und Lohnsteigerungen, die der Nachfrageentwicklung mit einem Time-Lag folgen, weisen jedoch noch hohe Zuwachsraten auf. Das führt zu neuen Problemen, denn Preis- und Kostensteigerungen in einer Phase gedämpfter Nachfrage können einen stärkeren Rückschlag und Unterbeschäftigung heraufbeschwören.

300. Über die Lohnentwicklung wie auch über die Preisentwicklung in einer solchen konjunkturellen Phase sollte man sich keine falschen Hoffnungen machen. Löhne, wie alle anderen Preise, werden in ihrer Entwicklung weitgehend vom Markt bestimmt. Die Wirtschaftspolitik kann das Marktklima nur allmählich abkühlen, wenn sie nicht neue Fehlentwicklungen riskieren will. Entsprechend können auch die Zuwachsraten der Löhne nur langsam zurückgehen. Sie werden — wie auch in früheren Zyklen — der Nachfrageberuhigung mit zeitlicher Verzögerung folgen. Das gilt auch für die Güterpreise. Der Time-Lag und die Marktkonstellation beschränken also die Reagibilität der Gewerkschaften und Unternehmen.

301. Eine Strategie, die die wirtschaftliche Entwicklung auf einen Gleichgewichtspfad zurückführen soll, kann nicht auf Lohnpolitik beruhen. Der Staat kann den Sozialpartnern bei der Lohnfindung gut zureden, mehr nicht. Und Einkommenspolitik der Sozialpartner kann nicht Konjunkturpolitik sein. Ein konjunkturgerechtes Verhalten der Sozialpartner ist nur zu erreichen bei einer erfolgreichen, einen gleichgewichtigen Wirtschaftsablauf sichernden Finanz- und Kreditpolitik. Die Verantwortung für eine Rückkehr auf den Gleichgewichtspfad, das heißt für den Erfolg einer mittelfristigen Verstetigungsstrategie, liegt bei der Wirtschaftspolitik, nicht aber bei den Sozialpartnern.

Zur Problematik beweglicherer Wechselkurse

302. Das Weltwährungssystem mit fixierten Währungsparitäten bei gelegentlichen Aufwertungen und Abwertungen hat sich in den vergangenen 25 Jahren bewährt. Dieses System hat mit zu dem schnellen Anstieg des Welthandels, der Liberalisierung des internationalen Geld- und Kapitalverkehrs und damit zum raschen Wiederaufbau der nationalen Volkswirtschaften beigetragen. Ein Nachteil dieses Systems besteht darin, daß bei unterschiedlicher nationaler Konjunkturpolitik, unterschiedlichen Preissteigerungsraten und unterschiedlichen Wachstumsraten in den einzelnen Ländern Leistungsbilanzungleichgewichte entstehen. Sie tendieren jedoch dazu, sich von selbst wieder zu verringern, und zwar über den internationalen Preiszusammenhang und über die Bewegungen internationaler Liquidität. Ein System flexiblerer Wechselkurse hat zum Ziel, diese Einflüsse des internationalen Preiszusammenhangs und der internationalen Liquiditätsströme zu unterbinden. Es will vermeiden, daß die Preise in den preisstabileren Volkswirtschaften, wie der Bundesrepublik, auslandsinduziert steigen. So wünschenswert es wäre, einzelne Inflationsquellen zu verstopfen, so fraglich ist es aber auch, ob die Einführung flexiblerer Wechselkurse geeignet ist, außenwirtschaftlich induzierte Probleme zu lösen. Die Bedenken gegen ein System flexiblerer Wechselkurse sind insbesondere:

— der internationale Preiszusammenhang wird überbewertet,

— die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird auch bei flexibleren Wechselkursen durch außenwirtschaftliche Einflüsse gestört,

— Preisniveaustabilität im Ausland wird erschwert und

— der Integrationsprozeß wird behindert.

Störungen der binnenwirtschaftlichen Entwicklung

303. Es ist schwierig, den Einfluß des internationalen Preiszusammenhangs auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu quantifizieren. Der internationale Preiszusammenhang wird überbewertet, wenn man darin einen entscheidenden Faktor für die Preisentwicklung eines Landes sieht. Die wichtigsten Ursachen für inflatorische Prozesse liegen im binnenwirtschaftlichen Bereich und sind von außenwirtschaftlichen Entwicklungen unabhängig. Zu diesen Ursachen zählen der unzureichende Wettbewerb in unserer heutigen Wirtschaft und die fehlende Flexibilität der Preise nach unten. Die Tatsache, daß Unternehmen einen die

Kostensteigerungen übertreffenden Produktivitätszuwachs nicht oder nur bedingt in Preissenkungen weitergeben, trägt maßgeblich zur schleichenden Inflation bei. Die Preise steigen ferner, wenn die Ausgaben privater Haushalte stärker zunehmen, als es vom Angebot her gerechtfertigt ist und/oder die öffentlichen Ausgaben durch Parlamentsbeschlüsse übermäßig erhöht werden und/oder die private Investitionstätigkeit umfangreicher ist, als sie zur Sicherung der Preisstabilität sein dürfte. Derartige Entwicklungen führen zu einer Nachfrageinflation und rufen ein stabilitätswidriges Verhalten der Sozialpartner hervor. Im Aufschwung entstehen Verkäufermärkte, Unternehmen erhöhen die Preise und Gewerkschaften richten ihre Lohnforderungen am Produktivitätszuwachs und den Preissteigerungen aus. Im Abschwung ist damit zu rechnen, daß die daraus resultierenden Kostensteigerungen bei unzureichender Nachfrage zu Preissteigerungen führen (Kosteninflation).

Auch ohne störende Auslandseinflüsse läßt sich Preisniveaustabilität nur erreichen durch konjunkturgerechte Finanzpolitik, konjunkturgerechte Kreditpolitik, stabilitätsorientierte Lohnpolitik und Preisflexibilität garantierende Wettbewerbspolitik. In der Wirklichkeit wird Monat für Monat immer wieder deutlich, wie ungemein schwierig es ist, alle diese Bedingungen zu erfüllen. Man sollte sich daher vor dem vorschnellen Urteil hüten, eine außenwirtschaftliche Absicherung in Form beweglicherer Wechselkurse könnte wesentlich die Verwirklichung von Preisniveaustabilität erleichtern.

304. Auch wenn ein Lösen vom internationalen Preiszusammenhang zur Preisniveaustabilität beitragen würde, könnte ein System flexiblerer Wechselkurse nur befürwortet werden, wenn zu erwarten ist, daß dann die binnenwirtschaftliche Entwicklung nicht durch neue außenwirtschaftlich induzierte Einflüsse gestört wird. Aber das ist keinesfalls sicher. Vielmehr muß befürchtet werden, daß auch bei flexibleren Wechselkursen störende außenwirtschaftliche Transaktionen vorhanden sind. Sie können auftreten in Form

— einer destabilisierenden Spekulation und

— von Zinsarbitragegeschäften.

305. Ob die Spekulation bei flexibleren Wechselkursen stabilisierend wirkt oder nicht und mit dazu beiträgt, daß die Devisenkursänderungen Unterschiede in der Preisniveauentwicklung zwischen einzelnen Volkswirtschaften ausgleichen, hängt davon ab, welche Vorstellungen die am Devisenverkehr Beteiligten vom Devisenkursgleichgewicht haben. Um den internationalen Preiszusammenhang zu überwinden, müßten die Devisenkurse sich entsprechend der Änderung der Kaufkraftparität entwikkeln. Nur wenn die Spekulation die Devisenkurse richtig antizipiert, wirkt sie stabilisierend. Die verwirklichte Differenz zwischen der inländischen und ausländischen Preissteigerungsrate müßte also der Spekulation ex ante bekannt gewesen sein. Weichen dagegen die Erwartungen über Differenzen in den Preissteigerungsraten von den erzielten Ergebnissen ab, wirkt die Spekulation destabilisierend. Es kommt hinzu, daß auf die Kursentwicklung an den Devisenmärkten außer den Preisniveaudifferenzen zwischen dem Inland und dem Ausland auch die internationalen Geld- und Kapitaltransaktionen einwirken. Dadurch verursachte Kursschwankungen können ebenfalls die Kurserwartungen ändern und zu destabilisierenden spekulativen Transaktionen führen. Solche destabilisierenden Transaktionen haben einen expansiven oder kontraktiven Effekt und stören dadurch die wirtschaftliche Entwicklung.

306. Eine größere Flexibilität der Wechselkurse soll vermeiden, daß die inländische Ausfuhr zunimmt, wenn im Ausland die Preise schneller steigen als im Inland. Bei freier Kursbildung an den Devisenmärkten wird, so wird angenommen, die Währung des preisstabilen Landes aufgewertet, im Idealfall um den Betrag der entstandenen Preisdifferenz zwischen dem Inland und dem Ausland. Ein zusätzlicher Export wird dann — eine Preiselastizität der Exportnachfrage von 1 angenommen — vermieden. Das braucht jedoch nicht so zu sein. Wenn die Preissteigerungen im Ausland höher sind als im Inland, ist im allgemeinen auch das Zinsniveau im Ausland höher als im Inland. Höhere Preissteigerungen und höhere Zinsen im Ausland als im Inland können dann aber sowohl Leistungsbilanzüberschüsse als auch Geldexporte (Zinsarbitragegeschäfte) induzieren. Wenn der Umfang der Geldexporte der Höhe der Leistungsbilanzüberschüsse entspricht, ändert sich der Wechselkurs nicht. Die inländische Ausfuhr wird also nicht zurückgedrängt; die Störung der wirtschaftlichen Entwicklung hält an.

307. Mit Störungen, wie sie in der voranstehenden Ziffer beschrieben wurden, ist vor allem in einem System flexibler Wechselkurse und in einem System erweiterter Bandbreiten zu rechnen. Bei einem System mit mittelfristig garantiertem Paritätsanstieg liegt das Problem in der Prognose des richtigen Aufwertungssatzes. Diese Beispiele zeigen, daß auch bei flexibleren Wechselkursen keine Garantie dafür gegeben ist, daß die binnenwirtschaftliche Entwicklung von außenwirtschaftlichen Einflüssen unberührt bleibt.

308. Problematisch sind auch Aufwertungen mit Vorhalteeffekt. Dabei handelt es sich um Aufwertungen, bei denen der Aufwertungssatz höher liegt als die Differenz zwischen dem Preisniveau des Inlandes und dem des Auslandes. Eine solche Aufwertung soll zu einer Verbilligung der Einfuhr und damit zu einer Beruhigung des Preisklimas beitragen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß die Wirkungen einer solchen Aufwertung mit Vorhalteeffekt entgegengesetzt sind. Die verbilligte Einfuhr kann auch statt zu niedrigeren Preisen der Einfuhrgüter zu höheren Gewinnen in der Importwirtschaft führen. Die negativen Rückwirkungen, die davon auf die Preisstabilität ausgehen können, so zum Beispiel ein größerer Lohnerhöhungsspielraum, sind die gleichen, die bei festen Wechselkursen und

steigenden Gewinnen bei der Exportwirtschaft gegeben sind.

Nachteile für die Handelspartner und für den Integrationsprozeß

309. Außer Störungen der binnenwirtschaftlichen Entwicklung haben beweglichere Wechselkurse auch Nachteile im internationalen Bereich:

— sie erschweren im Ausland Preisniveaustabilität,

— sie beseitigen eine Inflationsbremse und

— sie behindern den Integrationsprozeß.

310. Wirtschaftspolitische Eingriffe, die eine Volkswirtschaft vornimmt und die auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wirken, sollten nicht zu Lasten der Handelspartner gehen. Wenn die Bundesrepublik für sich in Anspruch nimmt, Preisniveaustabilität zu sichern, sollte sie nichts unternehmen, was es dem Ausland erschwert, dieses Ziel ebenfalls zu erreichen. Beweglichere Wechselkurse, die zur Sicherung der außenwirtschaftlichen Flanke im Inland beitragen sollen, sind ein Hindernis für Stabilisierungsbemühungen des Auslandes. Wenn die Preise im Ausland schneller steigen als im Inland und es zu einer entsprechenden Aufwertung der inländischen Währung käme, dann würde sich der Import für das Ausland verteuern und der Export des Auslandes würde tendenziell angeregt. Die prozyklische Wirkung der Aufwertung fördert die inflatorischen Tendenzen im Ausland. Das Aufwertungsland exportiert Inflation, und das ist ein unfreundlicher Akt. Es ist nicht auszuschließen, daß das Ausland eine größere Flexibilität der Wechselkurse in Ländern mit geringeren Preissteigerungsraten als eine neue Form der „beggar-my-neighbour-policy" auffaßt.

311. Ein System flexiblerer Wechselkurse erleichtert es Ländern, die weniger stabilitätsbewußt sind, preissteigernde Ausgaben durchzuführen. Die im System fester Wechselkurse vorhandene Inflationsbremse, ausgelöst durch den Verlust von Devisenreserven im inflationierenden Land, entfällt. Solche Länder können dann inflatorische Prozesse aufrechterhalten oder beschleunigen, ohne befürchten zu müssen, international zahlungsunfähig zu werden. Eine Intensivierung des Inflationsprozesses führt bei flexibleren Wechselkursen nur zu einer Erhöhung des Preises ausländischer Devisen im inflationierenden Land.

312. Sich durch flexiblere Wechselkurse vom internationalen Preiszusammenhang zu lösen, bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenhang der Volkswirtschaften zu lockern. Eine solche Entwicklung wäre aber vor allem für die europäischen Volkswirtschaften nachteilig. Der wirtschaftliche Fortschritt bedingt eine zunehmende Arbeitsteilung, und bei der relativ geringen Größe der einzelnen europäischen Volkswirtschaften heißt das, zunehmende internationale Arbeitsteilung zwischen den europäischen Volkswirtschaften. Zu dieser internationalen Arbeitsteilung gehört nicht nur der freie Warenaustausch, sondern auch der ungehinderte Geld- und Kapitalverkehr. Flexiblere Wechselkurse werden aber vor allem den Kapitalverkehr, insbesondere Kreditgewährungen und Anleihegeschäfte, beeinträchtigen. Bei flexibleren Wechselkursen wäre die Bereitstellung von Mitteln über nationale Grenzen hinweg mit einem so hohen Kursrisiko belastet, daß ein kalkulierter Einsatz dieser Mittel nahezu unmöglich wäre. Kurssicherungen, zum Beispiel der Annuitäten einer Anleihe, wären für eine langfristige Mittelbereitstellung so schwer zu realisieren, daß dadurch der internationale Kapitalverkehr behindert würde. Das aber wäre für die internationale Entwicklung und den Integrationsprozeß ein Rückschlag.

313. Eine fortschreitende Integration in Europa ist unter Berücksichtigung der Ziele von Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und angemessenem Wirtschaftswachstum notwendig. Europa wird mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den bestehenden Großräumen, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, nur Schritt halten können, wenn es einen ausreichenden Produktivitätszuwachs aufweist. Längerfristig setzt dieser Produktivitätszuwachs eine Zunahme der Kapitalintensität voraus, die in Europa nur auf einem gemeinsamen Markt realisiert werden kann. Preisniveaustabilität und Wachstum sind abhängig von einem ausreichenden Produktivitätszuwachs. Sollte ihn Europa nicht verwirklichen können und produktivitätsmäßig hinter den Entwicklungen in den wirtschaftlichen Großräumen zurückbleiben, sind auf längere Sicht beide Ziele noch schwieriger zu erreichen als heute. Die Einführung flexiblerer Wechselkurse wäre also mit einem unangemessen hohen Preis verbunden.

Stabilitätsbemühungen bei festen Wechselkursen

314. Jede Volkswirtschaft muß, sowohl bei festen als auch bei flexibleren Wechselkursen, mit störenden außenwirtschaftlichen Einflüssen rechnen, und zwar um so mehr, je unterschiedlicher die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Volkswirtschaften ist und je enger die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Volkswirtschaften im internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sind. Wenn außenwirtschaftlich induzierte Störungen bei Aufrechterhaltung voller Konvertibilität an der Wurzel beseitigt werden sollen, dann verlangt das eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik aller Volkswirtschaften. Da eine solche Aufgabe weltweit zunächst nicht lösbar ist, sollte sie bei interregionalen Zusammenschlüssen, wie zum Beispiel der EWG, angestrebt werden. Eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in den Integrationsräumen wäre ein beachtlicher Beitrag, Störungen durch internationale Einflüsse abzubauen. Im weltweiten Maßstab sollte dafür gesorgt werden, daß nur solche Volkswirtschaften internationale Finanzhilfen erhalten, die eine stabilitätsbewußte Konjunkturpolitik betreiben. Eine Änderung der Wechselkurse

wäre nur dann vorzunehmen, wenn ein fundamentales Ungleichgewicht in der Bilanz der laufenden Posten vorliegt. Störende außenwirtschaftliche Einflüsse, hervorgerufen insbesondere durch Liquiditätszuflüsse und -abflüsse, sollten die Zentralbanken durch kreditpolitische Eingriffe zu neutralisieren versuchen. Für die Bundesrepublik bedeutet das,

— die Harmonisierungsbemühungen in der EWG zu fördern,

— zu einer Verbesserung des internationalen Währungssystems beizutragen,

— Wechselkurse nur bei fundamentalen Ungleichgewichten zu ändern und

— die Kreditpolitik zu aktivieren, um Liquiditätszuflüsse oder -abflüsse zu kompensieren.

315. Die Vorschläge der EWG-Kommission für die erste Etappe zur Wirtschafts- und Währungsunion sind geeignet, die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Volkswirtschaften der EWG voranzutreiben. Sie zu fördern, erhöht nicht nur die Chance einer Kooperation der Volkswirtschaften auf internationalem Gebiet, sondern stimuliert auch den Produktivitätszuwachs in diesem Gebiet und erleichtert es damit, langfristig Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wachstum zu sichern. Das Gewicht der Bundesrepublik ist groß genug, um dazu beizutragen, daß die Gemeinschaft der Sechs mehr als bisher eine Stabilitätsgemeinschaft wird. Andererseits wäre es für die europäische Integration verhängnisvoll, wenn die Bundesrepublik resignieren und durch flexiblere Wechselkurse sich der Lösung der Harmonisierungsaufgabe entziehen würde.

316. Die Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds zum Ausgleich von Defiziten in der Bilanz der laufenden Posten, vor allem die Ziehungen und die stand by-Kredite, sind in den vergangenen Jahren durch weitere Fazilitäten ergänzt worden, die auch zum Ausgleich von Ungleichgewichten im Geld- und Kapitalverkehr eingesetzt werden können. Hierzu zählen die Swap-Abkommen zwischen den Zentralbanken, die Mittel, die im Rahmen des Allgemeinen Kreditabkommens bereitgestellt werden, und die Sonderziehungsrechte. Mit der Schaffung dieser Ausgleichsmöglichkeiten haben die Volkswirtschaften gezeigt, daß sie bereit sind, internationale Probleme gemeinsam zu lösen. Diese Ausgleichsmöglichkeiten haben allerdings den Nachteil, daß sie ohne eine ausreichende Prüfung der Ursachen der entstandenen Ungleichgewichte gewährt werden. Sie kommen also auch Volkswirtschaften zugute, die in ihrer binnenwirtschaftlichen Konjunkturpolitik sich nicht stabilitätsbewußt verhalten. Daher ist es notwendig, die verschiedenen internationalen Kreditfazilitäten zu institutionalisieren und ihre Inanspruchnahme mehr als bisher mit konjunkturpolitischen Auflagen zu verbinden.

317. Eine Änderung der Wechselkurse sollte, wie es die Satzung des Internationalen Währungsfonds vorsieht, nur dann vorgenommen werden, wenn ein fundamentales Ungleichgewicht in der Bilanz der laufenden Posten vorhanden ist. Tritt eine solche Situation ein, wie das zum Beispiel in der Bundesrepublik 1968 der Fall war, darf eine Regierung mit einer Wechselkursänderung nicht zögern. Eine Zentralbank ist dann nämlich nicht mehr in der Lage, zufließendes Auslandsgeld im notwendigen Umfang zu neutralisieren. Ein längeres Hinauszögern der Wechselkursänderung führt zu einer unangemessenen Verflüssigung der monetären Märkte, wodurch die binnenwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt werden kann.

318. Störenden außenwirtschaftlichen Einflüssen, wie sie bei festen Wechselkursen in Form von Liquiditätszuflüssen oder Liquiditätsabflüssen auftreten können, sollte die Zentralbank mit kreditpolitischen Maßnahmen begegnen. Die Deutsche Bundesbank hat zu diesem Zweck in den vergangenen Jahren eine Reihe von zusätzlichen Instrumenten geschaffen, um Liquiditätszuflüsse abzuwehren. Sie errichtete gegen zufließendes Auslandsgeld zwei Verteidigungslinien

— eine, um den Zufluß von Devisen von vornherein auszuschalten, und

— eine zweite, um zugeflossene Devisen wieder ins Ausland zurückzuleiten.

Es wäre wünschenswert, wenn diese zwei Verteidigungslinien noch ergänzt würden durch

— eine dritte, um Liquiditätszuflüsse zu den Banken zu kompensieren.

319. Zur ersten Verteidigungslinie gehört einmal das Verzinsungsverbot von Auslandsverbindlichkeiten der Banken. Ausländische Einleger sollen dadurch abgeschreckt werden. Ferner sind dazu höhere Mindestreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten zu rechnen. Mit einer solchen Maßnahme verteuert die Bundesbank die von Banken aufgenommenen Mittel und verringert die Rentabilität damit durchgeführter Aktivgeschäfte. Auch die Anrechnung von hereingenommenen Auslandseinlagen und von abgeschlossenen Pensionsgeschäften mit ausländischen Partnern auf die Rediskontkontingente zählt zu dieser Gruppe von Maßnahmen. Entsprechend einer Mittelaufnahme im Ausland wird die Rückgriffsmöglichkeit auf die Bundesbank eingeschränkt. Alle diese Maßnahmen sollen die Kreditinstitute von einer Mittelaufnahme im Ausland abhalten.

320. Die Instrumente der zweiten Verteidigungslinie sind die Swap-Politik, die Kompensationspolitik und die Devisenkurspolitik. Mit einer Anwendung dieser Instrumente versucht die Bundesbank, zugeflossenes Auslandsgeld wieder in das Ausland zu leiten. Sie bietet günstige Kurssicherungen an, um dadurch einen Geldexport zu induzieren. Sie verzichtet auf die hohen Mindestreservesätze auf Auslandseinlagen, wenn die Kreditinstitute die zugeflossenen Gelder im Ausland anlegen, und sie interveniert an den Devisenkassa- und Devisenter-

minmärkten, um die Spekulation zu verunsichern und sie zu einem Abzug ihrer Gelder zu veranlassen.

321. Die Bundesbank sollte ihre zwei Verteidigungslinien noch durch eine dritte verstärken, um Störungen aus dem Ausland noch wirksamer zu begegnen. Sie könnte zugeflossenes Auslandsgeld und die damit verbundene Erhöhung des Umfangs liquider Mittel der Banken dadurch kompensieren, daß sie kreditpolitische Instrumente einsetzt, die geeignet sind, den Umfang liquider Mittel der Banken zu verringern. Dazu gehören die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken, die Einlagen/Schuldenpolitik und die Rediskontkontingentpolitik. Ein stärkerer Einsatz auch dieser Instrumente könnte die Wirksamkeit der Kreditpolitik bei der Abwehr von Auslandsgeldern wesentlich erhöhen.

VIERTES KAPITEL

Zu Elementen einer potentialorientierten Konjunkturpolitik

I. Noch einmal: Der konjunkturneutrale Haushalt

322. Eine auf Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung gerichtete Politik soll sich an der Entwicklung des Produktionspotentials orientieren. Ganz besonders gilt dies für das Verhalten der öffentlichen Hand, da Gebietskörperschaften und Parafisci zusammengenommen über die Entstehung und Verwendung von fast zwei Fünfteln des Sozialprodukts unmittelbar (mit-) entscheiden [1]).

323. Die mittelfristige Finanzplanung soll sichern, daß die in die Zukunft reichenden Entscheidungen und Planungen des Staates dieser Forderung entsprechen. Dabei ist über zwei grundsätzliche Fragen zu entscheiden:

— In welchem Umfang soll der Staat das Produktionspotential beanspruchen (Staatsquote)? [2])

— Durch welche Einnahmenregelungen (Steuern, sonstige Abgaben, Kreditaufnahme) wird dafür gesorgt, daß — von konjunkturellen Schwankungen abgesehen — entsprechend der geplanten Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat private Nachfrage zurückgedrängt wird?

Die Entscheidungen hierüber sind politische Entscheidungen, für die die dazu legitimierten Instanzen einen gewissen Spielraum haben, da unsere Marktwirtschaft anpassungsfähig ist, wenn auch nicht unbegrenzt.

Das Konzept

324. Während die Finanzplanung auf mittlere Sicht allein am Wachstum des Produktionspotentials orientiert sein sollte und demnach konjunkturelle Einflüsse nicht zu berücksichtigen hat (JG 68 Ziffern 128 ff.), soll die aktuelle Haushaltsgebarung die anderen Bereiche der Stabilitätspolitik darin unterstützen, daß Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, die sich aus Schwankungen in der privaten Nachfrage ergeben können, entgegengewirkt wird.

Mit dem Konzept des „konjunkturneutralen Haushalts" hat der Sachverständigenrat einen Maßstab entwickelt, der die konjunkturellen Effekte der Haushaltspolitik zu messen erlaubt als Abweichungen von derjenigen Haushaltspolitik, die, wenn sie stetig betrieben wird, für sich genommen die Auslastung des Produktionspotentials nicht verändert.

325. Für die Ausgabenseite hat der Sachverständigenrat folgende Regel aufgestellt (JG 69 Ziffer 113):

„Die Ausgabenseite eines öffentlichen Haushalts ist ... konjunkturneutral, wenn die Ausgaben prozentual so stark zunehmen, wie das Produktionspotential wächst. Das gilt nur für den Fall, daß der Haushalt, von dem aus fortgeschrieben wird (Basis), konjunkturneutral war. Die Basis ist konjunkturneutral, wenn das Produktionspotential durch staatliche Ausgaben in einem Ausmaß in Anspruch genommen wird, wie es die gesetzgebenden Körperschaften für die Situation der Vollbeschäftigung mittelfristig festlegen — potentialorientierte Finanzplanung — (JG 67 Ziffern 184, 188). Andernfalls ist die Basis für die Messung der Konjunkturneutralität des neuen Haushaltes entsprechend zu korrigieren. Zu berücksichtigen sind auch Preisniveausteigerungen, die — gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts — selbst bei konjunkturneutraler Haushaltsgebarung zu erwarten sind."

Für die Einnahmenseite gilt:

„Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist ... dann konjunkturneutral, wenn bei unverändertem Steuersystem zu erwarten ist, daß die Steuereinnahmen — bei einem Zuwachs des Sozialprodukts entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials — mit der gleichen Rate zunehmen wie das Sozialprodukt (Aufkommenelastizität gleich eins, das heißt, die Steuerbelastungsquote ist konstant). In unserem Steuersystem, dessen Aufkommenelastizität größer als eins ist, müßten also entweder in entsprechendem Umfange Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen vorgenommen werden, sollen zusätzliche Entzugseffekte bei den Privaten verhindert beziehungsweise kompensiert werden" (JG 69 Ziffer 113).

Außer den Steuereinnahmen dienen zur Finanzierung der (konjunkturneutralen) Ausgaben die sonstigen Einnahmen und die Kredite. Bei den sonstigen Einnahmen gehen wir davon aus, daß die Ist-Einnahmen konjunkturneutral sind (Ziffern 352 f.). Bei

[1]) Die Entwicklung des Produktionspotentials für gegeben zu nehmen, erscheint auf kurze Sicht gerechtfertigt. Zwar tragen die Ausgaben des Staates, insbesondere diejenigen für öffentliche Investitionen, wesentlich zum Wachstum des Produktionspotentials bei; doch wegen der zumeist langen Ausreifungszeit solcher Investitionen und des hohen Kapitalkoeffizienten schlagen Änderungen in den Staatsausgaben für solche Zwecke nicht schon kurzfristig auf das Wachstum des Produktionspotentials merklich durch.

[2]) Zu dieser Beanspruchung sind auch Transferzahlungen zu rechnen.

den Krediten halten wir eine längerfristige Nettoverschuldung, die im gleichen Maße zunimmt, wie das Sozialprodukt wächst, für konjunkturneutral (Ziffern 342 ff.).

Für den Haushalt insgesamt gilt:

Eine Änderung der Staatsquote ist konjunkturneutral, wenn den konjunkturellen Effekten, die von der Ausgabenseite ausgehen, gleich große, aber entgegengerichtete konjunkturelle Effekte, die von der Einnahmenseite ausgehen, gegenüberstehen.

326. Die Betrachtungsweise beim konjunkturneutralen Haushalt geht ab vom reinen Vorjahresvergleich, bei dem unberücksichtigt bleibt, was im Vergleichsjahr jeweils an Abweichungen vom konjunkturneutralen Haushalt bereits vorlag. Beispielsweise wiederholt der Staat die expansive Inanspruchnahme des Produktionspotentials — und verhält sich nicht schon konjunkturneutral — wenn er die aus konjunkturellen Gründen erhöhte Staatsquote eines Rezessionsjahres im darauf folgenden Jahre aufrechterhält, indem er seine Ausgaben entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials ausweitet. Umgekehrt bleibt der Staat erneut hinter der Normalbeanspruchung des Produktionspotentials zurück — und verhält sich nicht schon konjunkturneutral —, wenn er den kontraktiven Haushalt eines Boomjahres im darauf folgenden Jahr nur entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials ausweitet. Der Bezug auf konjunkturneutrale Haushaltsgrößen macht dies sichtbar. Er könnte auch die finanzpolitische Diskussion versachlichen, würden doch die allgemeinen Erwartungen dahin gelenkt, daß man nach konjunkturpolitisch bedingten Abweichungen zum mittelfristigen Pfad zurückkehrt.

327. Eine Würdigung der aktuellen Haushaltspolitik unter Bezugnahme auf den Maßstab des „konjunkturneutralen Haushalts" macht den Vorjahresvergleich jedoch nicht überflüssig. War beispielsweise in einem bestimmten Jahr ein kontraktives Haushaltsvolumen konjunkturgerecht, weil die private Nachfrage das Produktionspotential überforderte, so ist im folgenden Jahr eine Rückkehr zum konjunkturneutralen Haushalt — indem etwa die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr stärker erhöht werden, als das Produktionspotential wächst — nur konjunkturgerecht, wenn die private Nachfrage zeitweise weniger stark zunimmt, als das Produktionspotential wächst, die private Beanspruchung des Produktionspotentials also auf das normale Maß zurückgeht.

328. Jede konjunkturelle Würdigung des öffentlichen Finanzgebarens hat sich einer Reihe von Einzelproblemen zu stellen, für die vorläufig nur unvollkommene Lösungen möglich erscheinen.

Veranlaßt durch die Diskussion über den konjunkturneutralen Haushalt, die Mißverständnisse sowie Unvollkommenheiten des Konzepts aufgezeigt hat, erörtert der Sachverständigenrat die wichtigsten dieser Probleme eingehender:

- Welches ist die richtige Basis für die Ermittlung der konjunkturneutralen Bezugsgrößen (Ziffern 329 ff.)?
- Wie sind Veränderungen des Preisniveaus und der Preisstruktur zu berücksichtigen (Ziffern 333 ff.)?
- Wie sind die konjunkturellen Wirkungen zu beurteilen, die von steigenden Steuereinnahmen ausgehen (Ziffern 338 ff.)?
- Wie sind die Wirkungen öffentlicher Kreditaufnahme zu beurteilen (Ziffern 342 ff.)?
- Welche konjunkturellen Impulse werden von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Steuereinnahmen ausgelöst (Ziffern 350 f.)?
- Wie ist bei der Beurteilung der sonstigen Einnahmen vorzugehen (Ziffern 352 f.)?
- Wie können die Parafisci in die konjunkturelle Betrachtung des gesamten Staatshaushalts einbezogen werden (Ziffern 354 ff.)?

Basisjahrprobleme

329. Da nach dem Konzept des Sachverständigenrates das Ausgabenvolumen des konjunkturneutralen Haushalts mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials fortzuschreiben ist — wobei ein Ausgabenäquivalent für nicht-konjunkturneutrale Entzugseffekte der Einnahmen zu berücksichtigen ist —, hat die Wahl der Basis für diese Fortschreibung und Korrektur außerordentliche Bedeutung für das Urteil, ob ein Haushalt konjunkturneutral, expansiv oder kontraktiv ist.

Im Jahresgutachten 1969 wählten wir als Basis den öffentlichen Haushalt des Jahres 1966. Zwar haftet einer solchen Entscheidung zwangsläufig ein Element der Willkür an, doch bestimmten gewichtige sachliche Gründe diese Wahl:

- 1966 ist das Anfangsjahr der mittefristigen Finanzplanung; nach dem Willen der Bundesregierung sollte sich von da an die Haushaltspolitik an der Entwicklung des „volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens", das heißt des Produktionspotentials, orientieren, ebenso wie es das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts verlangt.
- Obwohl die konjunkturelle Entwicklung des Jahres 1966 schon von der beginnenden Rezession mitbestimmt war, standen die öffentlichen Haushalte nach dem Exzeß des vorangegangenen Wahljahres im Zeichen der Normalisierung.
- Von der Basis für eine mittelfristige Fortschreibung sollte verlangt werden, daß sie möglichst eine Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat wiedergibt, an den sich die Wirtschaft angepaßt hat. Im Jahre 1966 lag die Staatsquote, gemessen an den Staatsausgaben bezogen auf das Produktionspotential (in jeweiligen Preisen), sehr nahe am Durchschnitt der vorangegangenen vier Jahre (1966: 28,5 vH; Durchschnitt

1962 bis 1965: 29,0 vH); eine steigende oder fallende Tendenz gab es in dieser Zeit nicht.

— Auch was die Einnahmenseite angeht, spricht wenig gegen die Wahl des Jahres 1966 als Basis. Kurz zuvor, Anfang 1965, hatte die Reform des Einkommensteuertarifs eine Steuersenkung bewirkt, wie sie zum Ausgleich für die Progressionswirkung des Steuersystems in einer wachsenden Wirtschaft von Zeit zu Zeit nötig wird, wenn die volkswirtschaftliche Steuerquote nicht ständig steigen soll.

330. Eine Basis, die einmal richtig war, kann falsch werden, wenn die tatsächliche Entwicklung dauerhaft in einer Richtung von dem Pfad abweicht, den die alte Basis wesentlich mitbestimmt.

Die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1967 bis 1970 weicht nur geringfügig von der des Basisjahres ab (zwischen + 0,5 und − 0,7 Prozentpunkte). Ebenso wenig ist ein Trendbruch in der längerfristigen Entwicklung (1962 bis 1970) festzustellen.

331. Die Entwicklung der Steuereinnahmen seit 1966 war gekennzeichnet durch die Progressionswirkung des Steuersystems sowie durch eine Reihe von Steuerrechtsänderungen [1]). Isgesamt hat dies dazu geführt, daß im Jahre 1970 die Steuereinnahmen, gemessen am Bruttosozialprodukt, 23,7 vH ausmachen, verglichen mit 22,9 vH im Basisjahr 1966.

Dem Betrag nach sind es 5,6 Mrd. DM mehr, als von der Steuerquote des Basisjahres aus gerechnet konjunkturneutral gewesen wäre. Diese Steuereinnahmen beruhen vor allem auf der Progressionswirkung des Steuersystems in den Aufschwungsjahren 1968 und 1969. Aus konjunkturpolitischen Gründen wurden die Steuereinnahmen nicht zum Anlaß entsprechend höherer Ausgaben genommen. Im Jahre 1970 ist die Steuerquote nicht mehr nennenswert gestiegen (Ziffern 89 ff.). Kontraktiv wirkte das Steuersystem 1970 gleichwohl noch wegen der kumulierten Erhöhung der Steuerquote in den Vorjahren (Ziffer 93). Die Fortdauer einer höheren Steuerquote ist jedoch einer aktuellen Vergrößerung der Steuerlast nicht ohne weiteres gleichzusetzen. Es kommt zu Prozessen der Gewöhnung an veränderte Daten. Deshalb sollte die zeitliche Struktur solcher Erhöhungen bei Urteilen über die konjunkturellen Wirkungen der Einnahmenseite sichtbar bleiben (Ziffer 332).

Da die Steuermehreinnahmen nicht zu entsprechenden Mehrausgaben führten, hatte die erhöhte Steuerlastquote ihr Korrelat in einem starken Rückgang der Nettoverschuldung des Staates. Solche Entwicklungen sind — anders als es bisher geschehen ist — bei Urteilen nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts zu berücksichtigen (Ziffern 342 ff.).

332. Bleibt die zeitliche Struktur von Änderungen der Steuerquote sichtbar und werden Änderungen der Finanzierungsstruktur berücksichtigt, so besteht weder von der Ausgabenseite noch von der Einnahmenseite her vorläufig Anlaß, das Jahr 1966 als Basis aufzugeben.

Preisniveau und Preisstruktur

333. Steigt das Preisniveau, so müssen auch die Staatsausgaben zunehmen, soll ein bestimmter Anteil des Produktionspotentials in Anspruch genommen werden. Allerdings besteht die Gefahr, daß der Staat, der bei seiner Ausgabenplanung Preissteigerungen antizipiert, mit dem Vollzug dieser Pläne wesentlich dazu beiträgt, daß die vorausgeschätzten Preissteigerungen tatsächlich eintreten.

Aus diesem Grunde ist eine der Geldwertstabilität verpflichtete Finanzpolitik bei der Antizipation von Preissteigerungen in Haushaltsplänen zu großer Zurückhaltung genötigt. Jedoch wäre es in vielen Situationen unrealistisch und für die konjunkturelle Würdigung eines Haushalts falsch, zunächst einmal davon auszugehen, daß das Preisniveau unverändert bleibt.

334. Der Sachverständigenrat hat für die Berücksichtigung von Preissteigerungen folgende Regel aufgestellt:

„Zu berücksichtigen sind ... Preisniveausteigerungen, die — gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts — selbst bei konjunkturneutraler Haushaltsgebarung zu erwarten sind. Auch bei völlig unverändertem Verbraucherpreisindex ergibt sich ein Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts von rund 1 vH. Außerdem ist das Zurückdrängen von Preissteigerungen, die die Unternehmer und Haushalte in ihren Plänen antizipieren, insbesondere Preissteigerungen, an die sie sich gewöhnt haben, nicht mehr nur ein konjunkturneutraler, sondern ein kontraktiver Vorgang (JG 69 Ziffer 113)."

335. In jedem Falle ist realistischerweise mindestens von dem inzwischen erreichten Preisniveau auszugehen [2]). Allein dies kann dazu führen, daß das Haushaltsvolumen — auch bei konjunkturneutralem Finanzgebaren — erheblich stärker ausgeweitet werden muß, als das Produktionspotential, zu

[1]) Die wichtigste Steuerrechtsänderung seit 1966 war die Reform der Umsatzbesteuerung. In früheren Gutachten haben wir die Auffassung vertreten, daß mit der Einführung der Mehrwertsteuer Entzugseffekte verbunden waren, die in der Veränderung des Steueraufkommens nicht voll zum Ausdruck kamen, insbesondere im Zusammenhang mit der Entlastung der Altvorräte (JG 68 Ziffer 117). Bei nachträglicher Würdigung der konjunkturellen Entwicklung im Jahre 1968 sind wir zu der Ansicht gelangt, daß die Unternehmer die Altvorräteentlastung — kurzfristig gesehen lediglich ein Liquiditätsgeschenk — überwiegend wohl als Steuergeschenk angesehen und sich entsprechend verhalten haben.

[2]) In den Berechnungen der früheren Gutachten ist die jeweils schon eingetretene Erhöhung des Preisniveaus bei der Fortschreibung der konjunkturneutralen Staatsausgaben nicht immer voll berücksichtigt worden. Die Beeinträchtigung der Ergebnisse durch diesen Mangel war allerdings gering, da von 1966 bis 1969 die Abweichung des tatsächlichen Preisniveaus vom „konjunkturneutralen" nicht sehr groß war.

konstanten Preisen gerechnet, wächst. Wenn das Preisniveau sich anders entwickelt, als bei der Planung vorwegzunehmen war, so weicht die „realisierte" Staatsquote von der „beanspruchten" Staatsquote ab. Mit gegebenen Staatsausgaben kann nur ein entsprechend geringerer Anteil des Produktionspotentials in Anspruch genommen werden. Für einen konjunkturneutralen Haushalt im folgenden Jahr sind jedoch die Ausgaben so anzusetzen, daß diese — ungeplante — Abweichung rückgängig gemacht werden kann. Beim Vorjahresvergleich zweier Haushalte ist dies ebenso zu berücksichtigen wie die Veränderung des „konjunkturellen Effekts", das heißt der Abweichung zwischen dem tatsächlichen und dem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen.

336. Gegen die Schätzgröße „konjunkturneutrales Preisniveau" ist eingewandt worden, sie sei gegen Schätzwillkür ungeschützt, da quantitative Anhaltspunkte für das, was an erwarteten Preissteigerungen in die Dispositionen der Unternehmer und Haushalte eingeht, in aller Regel fehlten. Dieses Argument hat zweifellos Gewicht. Doch gründet sich eine vorsichtige Schätzung auch hier nicht überwiegend auf allgemeine Eindrücke und Informationen nicht-quantitativer Art.

Vier Komponenten der Schätzgröße „konjunkturneutrales Preisniveau" sind zu unterscheiden:

— Der Preisindex des Bruttosozialprodukts steigt selbst bei konstantem Verbraucherpreisniveau an.

— Am Ende des Jahres liegt das Preisniveau zumeist über dem durchschnittlichen Preisniveau des ganzen Jahres. Selbst wenn das Preisniveau im Laufe des folgenden Jahres überhaupt nicht mehr steigt, liegt es in diesem Jahr um diesen sogenannten Preisüberhang über dem Vorjahresdurchschnitt. Diese Komponente läßt sich im Spätherbst eines Jahres schon recht zuverlässig für das folgende Jahr schätzen.

— Lohnsteigerungen und andere Kostenänderungen, die gerade eingetreten oder übersehbar sind, bestimmen die Preisänderungserwartungen für die Zukunft mit. Auch hier gibt es quantitative Anhaltspunkte. Sie sind jedoch unsicherer als die Schätzungsgrundlage für die erste Komponente; Kostenänderungen schlagen nicht immer rasch und auch nicht immer voll auf die Preise durch, so daß die Chance der raschen und vollen Überwälzung nicht zu den festen Erwartungen der Unternehmer gerechnet werden kann.

— Nur schwer ist die vierte Komponente, nämlich die Gewöhnung an einen fortgesetzten Geldwertschwund, zu schätzen. In einer Wirtschaft, die Zeiten eines völlig stabilen Preisniveaus kaum noch kennt, muß damit gerechnet werden, daß die schleichende Geldentwertung zunehmend in die Dispositionen der Unternehmer und Haushalte eingeht (Ziffer 13). Insoweit dies zutrifft, ist eine plötzliche Rückkehr zu durchschnittlich konstanten Preisen ähnlich zu beurteilen wie ein sinkendes Preisniveau in einer stabilitätsgewohnten Wirtschaft, das heißt, sie ist vermutlich mit kontraktiven Wirkungen verbunden. Allerdings ist auch bei lange anhaltender Geldentwertung ein solcher Anpassungsprozeß quantitativ nicht leicht zu fassen. Viele Menschen neigen zur Geldillusion; sie nehmen also in ihren Entscheidungen den Fortgang der Geldentwertung nicht vorweg. Aus Gründen der Vorsicht hat der Sachverständigenrat diese Komponente daher bei der Schätzung des „konjunkturneutralen Preisniveaus" bisher mit Null angesetzt.

337. Außer dem Preisniveau ändert sich ständig auch die Preisstruktur. Das Niveau der Preise für Waren und Dienste, die der Staat nachfragt, erhöht sich im allgemeinen stärker als das Niveau der übrigen Preise. Nehmen gleichwohl die Staatsausgaben nur in dem Maße zu, wie das Produktionspotential wächst, so steigt die reale Versorgung mit Staatsleistungen entsprechend weniger. Häufig wird der Einwand erhoben, daß solche Vorgänge im „konjunkturneutralen Haushalt" von vornherein zu berücksichtigen seien. Konjunkturneutral wären, folgte man diesem Einwand, Staatsausgaben, die mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials zuzüglich der Rate der unvermeidlichen Preissteigerungen im Bereich staatlicher Nachfrage zunehmen.

Die Änderung der Preisstruktur zuungunsten des Staates mag ein Grund sein, die Staatsausgaben stärker zunehmen zu lassen, als das Produktionspotential wächst. Da jedoch durch Staatsausgaben stets private Einkommen geschaffen werden, können auch solche zusätzlichen Ausgaben nicht von vornherein konjunkturneutral genannt werden. Soll der Haushalt konjunkturneutral sein, so muß — wie bei anderweitig begründeten zusätzlichen Staatsausgaben — durch zusätzliche Einnahmen dafür gesorgt werden, daß in entsprechendem Umfang private Ansprüche an das Produktionspotential zurückgedrängt werden.

Konjunkturneutrale Steuereinnahmen

338. Der Sachverständigenrat läßt sich von der Vorstellung leiten, daß Steuereinnahmen, die bei gegebenem Steuersystem, gegebenen Vorschriften über die Bemessungsgrundlagen und gegebenen Steuersätzen aufkommen, ein unveränderter konjunktureller Effekt beizumessen ist, gleichviel ob dabei die Einnahmen einmal stärker zunehmen, als das Produktionspotential wächst (wie es für den konjunkturellen Aufschwung kennzeichnend ist), oder langsamer (wie es im Abschwung zu beobachten ist). Die Regel unterliegt allerdings einer wichtigen Einschränkung (Ziffern 340 ff.). Sie gilt nicht für Steuermehreinnahmen, die sich mittelfristig aus der Progressionswirkung des Steuersystems ergeben. Zum Ausgleich der Progressionswirkung — die ständig zu einer Erhöhung der Steuerquote führt — wären Mehrausgaben zu tätigen oder Steuern zu senken, soll der Haushalt konjunkturneutral sein.

339. Dies ist sowohl von der dabei angenommenen Verhaltensweise der besteuerten Unternehmer und

Haushalte als auch von den Kreislaufzusammenhängen in einer wachsenden Wirtschaft her zu begründen:

— Zwar hat die Besteuerung sicherlich einen erheblichen Einfluß auf die Ausgabenpläne der Unternehmer und Haushalte; doch bei unverändertem Steuerrecht dürfte dieser Einfluß, von der Progressionswirkung des Steuersystems abgesehen, konstant sein und nicht zu konjunkturellen Schwankungen in der Beanspruchung des Produktionspotentials führen.

— Nehmen im Aufschwung die Steuereinnahmen stärker zu, als das Produktionspotential wächst, und damit stärker als die konjunkturneutralen öffentlichen Ausgaben, so ist dies nur das steuerliche Korrelat expansiver Ansprüche an das Produktionspotential im privaten Bereich, nicht aber ein kontraktiv zu wertender Vorgang [1]). Umgekehrt ist im Abschwung ein Steuerdefizit des öffentlichen Haushalts nicht als expansiv zu werten, wenn es bloß Folge ungenügender privater Ausgaben ist [2]). So werden Unternehmer nicht schon angeregt, unterlassene Investitionen nachzuholen, wenn der Staat die von ihm geplanten Ausgaben tätigt, ohne Rücksicht darauf, daß er wegen der unterlassenen privaten Investitionen Steuerausfälle hinzunehmen hatte. Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts hält davon ab, daß man einem Ungleichgewicht im Staatshaushalt — der Staat schafft mehr Einkommen als er an sich zieht oder umgekehrt — antizyklische Wirkungen bescheinigt, selbst wenn das Ungleichgewicht im Staatshaushalt lediglich Reflex eines konjunkturellen Ungleichgewichts im privaten Bereich ist.

340. Widerspruch hat gefunden, daß Steuermehreinnahmen, die sich bei unverändertem Steuerrecht aus der Progressionswirkung des Steuersystems ergeben, nach dem Konzept des Sachverständigenrates nicht konjunkturneutral genannt werden, weil in diesem Falle die Steuerquote steigt. Aus der Regel des Sachverständigenrates für die Einnahmenseite folgt, daß die konjunkturneutralen Steuereinnahmen im gleichen Ausmaß zunehmen wie das Sozialprodukt. Mittelfristig können sich die Unternehmen und Haushalte in diesem Falle also darauf einrichten, daß die durchschnittliche Steuerlast konstant bleibt. Andernfalls muß der Staat seine Ansprüche an das Produktionspotential relativ ausdehnen oder einschränken. Darin ist, unabhängig von einer bewußt antizyklischen Haushaltsgebarung, ein Beitrag der Finanzpolitik zu einer stetigen wirtschaftlichen Entwicklung, das heißt zu einer konstanten Auslastung des Produktionspotentials, zu sehen.

Die mittelfristige Progressionswirkung des Steuersystems geht vor allem von den Steuern auf das Einkommen aus. Zwar ist es, anders als bei überraschenden konjunkturpolitisch motivierten Steueränderungen, für den Besteuerten vorhersehbar, welche Steuererhöhungen die Steuertarife bei Einkommenssteigerungen mit sich bringen; doch diese Vorhersehbarkeit braucht den Entzugseffekt der Mehrbelastung nicht zu mindern. Im Gegenteil: Stellen die Steuerpflichtigen sich bei ihren Ausgabenplänen auf die erhöhte Steuerlast ein, so heißt dies, daß sie ihre Ansprüche an das Produktionspotential relativ einschränken. Hingegen besteht bei überraschenden Steuerrechtsänderungen die Gefahr, daß die angestrebte Anpassung der privaten Ausgabenpläne zunächst zum Teil unterbleibt, kurzfristig sich also das Sparverhalten oder die Verschuldungsneigung ändert.

341. Neben den Steuern auf das Einkommen bestimmen noch andere Steuern die Stärke der Progressionswirkung des Steuersystems. Vor allem spielen Struktureffekte eine Rolle; sie beruhen darauf, daß die Bemessungsgrundlagen der einzelnen Steuern (beispielsweise auf den Verbrauch und die Investitionen) sich nicht mit der gleichen Rate ändern. Auf diese Weise kommt es selbst bei linearen Steuertarifen dazu, daß die Steuereinnahmen insgesamt mit einer anderen Rate zunehmen können als das Sozialprodukt. Zum Teil sind diese Effekte konjunkturell bedingt, zum Teil beeinflussen sie auch den mittelfristigen Wert der Aufkommenselastizität.

Soweit die jeweils gemessene Progressionswirkung des Steuersystems auf konjunkturell bedingten Struktureffekten beruht, sind die entsprechenden Steuermehreinnahmen (beziehungsweise Mindereinnahmen) zum konjunkturneutralen Steueraufkommen zu rechnen. Denn in diesem Maße ist die Einnahmenentwicklung bei den öffentlichen Haushalten wiederum lediglich Reflex, nicht Komponente, konjunktureller Bewegungen (Ziffer 339) [3]). Es war jedoch bislang nicht möglich, die insgesamt gemessene (geschätzte) Progressionswirkung des Steuersystems in eine mittelfristige und eine konjunkturelle Komponente zu zerlegen, so daß dieses Element des Konzepts vorläufig vernachlässigt werden muß [4]).

Konjunkturneutrale Kreditaufnahme

342. Staatsausgaben, die nicht durch Steuereinnahmen oder sonstige Einnahmen gedeckt sind, müssen

---

[1]) Außer im Bereich der Bankenliquidität, wenn die Mehreinnahmen im Zentralbanksystem stillgelegt werden.

[2]) Außer im Bereich der Bankenliquidität, wenn das Defizit durch Zentralbankkredite finanziert wird.

[3]) Im Konzept des konjunkturneutralen Haushalts ist dies auch berücksichtigt: „Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist ... konjunkturneutral, wenn bei unverändertem Steuersystem zu erwarten ist, daß die Steuereinnahmen — *bei einem Zuwachs des Sozialprodukts entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials* — mit der gleichen Rate zunehmen wie das Sozialprodukt ..." (JG 69 Ziffer 113).

[4]) Je nach der Konjunkturlage wird daher die Progressionswirkung des Steuersystems, die für die konjunkturelle Würdigung der Einnahmenseite bedeutsam ist, überschätzt oder unterschätzt. Im kumulierten Progressionseffekt mehrerer Jahre dürfte das Gewicht der konjunkturellen Komponente allerdings gering sein.

finanziert werden, indem sich der Staat gegenüber der Bundesbank, am Markt für kurzfristige Kredite oder am Markt für längerfristige Kredite verschuldet.

Die Verschuldung gegenüber der Bundesbank oder am Markt für kurzfristige Kredite kommt dann in Betracht, wenn mit der Kreditfinanzierung keine Entzugswirkungen für die Unternehmen und privaten Haushalte verbunden sein sollen. Diese Form der Finanzierung sollte Resultante der im übrigen — stabilitätskonform — zu treffenden Entscheidungen über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben sein. Sie ergibt sich als geplante (negative oder positive) Größe im Fall antizyklischer Haushaltsansätze; als ungeplante, wenn die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung von der erwarteten abweicht.

Von der Aufnahme längerfristiger Kredite durch den Staat können unter Umständen Einflüsse auf die Beanspruchung des Produktionspotentials durch den privaten Bereich ausgehen. Die längerfristige Verschuldung steht insoweit neben den Steuereinnahmen und den sonstigen Einnahmen, mit denen der durch die Staatsausgaben beanspruchte Teil des Produktionspotentials für den Staat freigehalten werden soll. Die Aufnahme längerfristiger Kredite sollte daher nicht Puffergröße unerwarteter konjunktureller Entwicklungen sein.

343. Da der Einfluß der öffentlichen Nachfrage nach längerfristigen Krediten auf die Ausgabenpläne der Privaten je nach der Konjunkturlage und den Bedingungen am Kreditmarkt außerordentlich unterschiedlich ist, hat der Sachverständigenrat es bisher unterlassen, die öffentliche Schuldenpolitik vom Konzept des konjunkturneutralen Haushalts her zu beurteilen. Dies ist jedoch insofern ein Mangel, als gerade bei der öffentlichen Nettoverschuldung — und nicht bei den Ausgaben — in den Jahren 1969 und 1970 die Anpassung der öffentlichen Haushalte an die rasch steigenden Steuereinnahmen vollzogen wurde. Außerdem erscheint uns die finanzpolitische Diskussion in der Öffentlichkeit dadurch belastet, daß es an einer Vorstellung von der mittelfristig normalen öffentlichen Verschuldung fehlt.

344. Es ist davon auszugehen, daß der Staat nicht nur ausnahmsweise, sondern in der Regel auch mittelfristig seine Ausgaben nicht voll durch Steuern finanziert. Die Verschuldung in Abschwungsjahren wird dann nicht durch eine gleich hohe Schuldentilgung in Aufschwungsjahren wieder abgebaut (mittelfristige Steuerdeckungsquote kleiner als 100 vH). Eine Zunahme der Staatsschuld ist, ebenso wie eine stärkere Verschuldung der Unternehmen, stabilitätspolitisch unbedenklich, wenn sie Korrelat zusätzlicher privater Ersparnisse ist. Sie ist als flankierende Maßnahme zu einer wirksameren Politik der Vermögensbildung breiter Schichten sogar wünschenswert (JG 67 Ziffern 516 ff.).

345. Bund und Länder haben im Rahmen ihrer mittelfristigen Finanzplanung keine klare Entscheidung darüber getroffen, wie sich die Staatsverschuldung und damit die Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch öffentliche Stellen für den Fall des konjunkturellen Gleichgewichts mittelfristig entwickeln soll. Dies dürfte einmal damit zusammenhängen, daß die mittelfristige Finanzplanung in der bisherigen Form ein Gemisch aus konjunkturabhängigen Erwartungsgrößen und mittelfristigen Planungsgrößen darstellt. Hinzu kommt, daß sich die Staatsverschuldung, von konjunkturellen Einflüssen abgesehen, nicht stetig entwickeln kann, wenn dem Progressionseffekt des Steuersystems nicht ständig durch entsprechende Steuersenkungen und/oder Ausgabenerhöhungen entgegengewirkt wird, sondern allenfalls im Abstand mehrerer Jahre, und damit die Steuerquote ruckweise verändert wird.

So gesehen erscheint die gesamte Kreditaufnahme, also nicht nur die kurzfristige, in der mittelfristigen Finanzplanung als Puffergröße der übrigen Planansätze. Der Bezug zur erwarteten privaten Ersparnis fehlt ebenso wie eine Vorstellung darüber, welche konkurrierenden Ansprüche an die private Ersparnisbildung von seiten der privaten Investoren zu erwarten sind. Beides müßten Nahtstellen der mittelfristigen Finanzplanung und der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung sein.

346. Konjunkturneutral nach Auffassung des Sachverständigenrates ist eine längerfristige Kreditaufnahme der öffentlichen Hand, die von einer konjunkturneutralen Basis aus mit der gleichen Rate wächst wie das Sozialprodukt.

Die Basis ist konjunkturneutral, wenn sich die Wirtschaft an eine bestimmte Inanspruchnahme der privaten Ersparnisse durch den Staat angepaßt hat. Wird die Kreditquote vom Staat geändert, so müssen Maßnahmen, die geeignet sind, die mittelfristige Spar- und Investitionsneigung der Privaten zu beeinflussen, dafür sorgen, daß die Kreditaufnahme stabilitätskonform wird.

Wächst die längerfristige Nettoverschuldung mit der Zuwachsrate des Sozialprodukts, so nimmt der Staat bei konstanter Sparquote — hier gemessen am Sozialprodukt — einen konstanten Anteil der privaten Ersparnisse in Anspruch. Ändert sich die Sparquote trendmäßig, so können zwangsweise erhobene Abgaben (Steuern) durch Ersparnisse ersetzt werden oder umgekehrt; der Haushalt bleibt dennoch konjunkturneutral. Konjunkturell unerwünschte Schwankungen der Sparquote hingegen geben Anlaß zu einer antizyklischen Finanzgebarung.

347. Für die konjunkturelle Würdigung der Staatsausgaben und der Steuereinnahmen hat der Sachverständigenrat das Jahr 1966 als Basis der konjunkturneutralen Bezugsgrößen gewählt (Ziffern 329 ff.). Damit ist zugleich die Basis für eine konjunkturneutrale Entwicklung der längerfristigen Staatsverschuldung bestimmt. Diese Wahl darf nicht als Empfehlung dahin gehend mißverstanden werden, der Staat möge den so gegebenen Pfad mittelfristig anstreben, wenn er sich konjunkturneutral verhalten will. Bei einem Abweichen von diesem Pfad wären allerdings, soll der öffentliche Haushalt

konjunkturneutral sein, ausgleichende Einnahmenregelungen (etwa Steuererhöhungen oder Verzicht auf Steuersenkungen) notwendig.

348. Im Jahre 1966 hat die öffentliche Hand kurz- und längerfristige Kredite in Höhe von 10,5 Mrd. DM aufgenommen. Ein Teil des Kreditbedarfs ist der beginnenden Rezession zuzuschreiben; ohne konjunkturelle Sonderfaktoren wäre bei dem geltenden Steuersystem die Steuerdeckungsquote höher gewesen. Wir schätzen die konjunkturbedingten Steuerausfälle auf rund 3 Mrd. DM. Wären sie nicht eingetreten, hätte eine längerfristige Kreditaufnahme von rund 7,5 Mrd. DM ausgereicht, das Defizit zu decken. Dies ist der Basiswert für die Fortschreibung der konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme. Er liegt nahe bei dem tatsächlichen Wert für die längerfristige Verschuldung des Jahres 1966 (Tabelle 13) und folgt dem seit 1962 erkennbaren Trend.

Hätte sich nach 1966 das Sozialprodukt entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials entwickelt, so wäre bei konjunkturneutraler Haushaltsführung auch die längerfristige Nettoverschuldung im gleichen Maße gestiegen; die kurzfristige Nettoverschuldung wäre Null gewesen.

349. Es bereitet große Schwierigkeiten, bei Abweichungen der tatsächlichen Staatsverschuldung von der konjunkturneutralen deren konjunkturellen Effekt zu ermitteln, so daß ein Vergleich mit den konjunkturellen Wirkungen der Steuereinnahmen kaum möglich ist.

Konkurriert der Staat am Kapitalmarkt verstärkt um anlagebereite Mittel, indem er über das konjunkturneutrale Maß hinaus längerfristige Kredite nachfragt, so kann dies über Zinserhöhungen Einfluß auf die Investitionspläne anderer Nachfrager am Kapitalmarkt haben. Das muß aber nicht so sein. Es gibt Zeiten, in denen das Angebot am Kapitalmarkt sehr elastisch ist; auch große zusätzliche Nachfrage wird dann bei dem gegebenen oder einem geringfügig erhöhten Zins befriedigt. Das kann konjunkturelle Ursachen haben und auf der Kreditpolitik beruhen. Es kann sich auch aus dem internationalen Kapitalverkehr ergeben. Umgekehrt kann der Einfluß auf private Finanzierungspläne groß sein — Steuererhöhungen durchaus vergleichbar —, wenn die Kreditmärkte angespannt sind und der Staat seine Kreditwünsche bei kräftig steigenden Zinsen durchsetzt.

Die Staatsschuldenpolitik hat also der Art nach mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie die Kreditpolitik. Daß sie, streng genommen, ein Teil der Kreditpolitik ist (sein sollte), wird sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Abweichungen der längerfristigen öffentlichen Kreditaufnahme von der konjunkturneutralen praktisch das gleiche sind wie Offenmarktpolitik mit langfristigen Titeln. Nach verbesserten Bedingungen für die Wirksamkeit der Kreditpolitik (Ziffern 359 ff.) könnte daher auch der Staatsschuldenpolitik größere Bedeutung im Rahmen einer antizyklischen öffentlichen Finanzpolitik zukommen. Andernfalls müßte sie, was die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte angeht, weiterhin im Schatten der Steuerpolitik stehen.

Berücksichtigung von Strukturveränderungen bei den Staatsausgaben und den Steuereinnahmen

350. Der Sachverständigenrat war sich von Anfang an bewußt, daß es für eine konjunkturelle Würdigung der öffentlichen Haushalte wichtig wäre, auch die Wirkungen abzuschätzen, die von einer Änderung der Struktur der Staatsausgaben und der Steuereinnahmen ausgehen (JG 68 Ziffer 115).

Den verschiedenen Einnahmen- und Ausgabenarten sind, das darf man wohl mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, unterschiedliche konjunkturelle Effekte beizumessen. So haben etwa, geht man von theoretischen Überlegungen aus, Personalausgaben geringere expansive Wirkungen als Ausgaben für Investitionen oder Zinszuschüsse, und auslandswirksame Zahlungen können für die konjunkturelle Entwicklung im Inland bedeutungslos sein. Ebenso dürften von den Einnahmen aus verschiedenen Steuern teilweise unterschiedliche Entzugseffekte ausgehen.

351. Wenn auch eine solche Differenzierung plausibel erscheint, so ist doch unser empirisch fundiertes Wissen um diese Unterschiede gering. Deshalb hat der Sachverständigenrat in früheren Jahren beispielsweise den Entzugseffekt von Einnahmenveränderungen nur vereinzelt gewichtet (JG 69 Ziffer 119).

Da das Urteilsvermögen verbessert würde, wenn man genauere Anhaltspunkte für die spezifischen konjunkturellen Impulse von Strukturverschiebungen bei wichtigen Größen der öffentlichen Haushalte hätte, wäre es sehr zu begrüßen, wenn von der empirischen Wirtschaftsforschung die Bemühungen um Antworten auf die drängendsten Fragen vorangetrieben werden könnten. Bis dahin mag der Gedanke beruhigen, daß Berechnungen des amerikanischen Council of Economic Advisers darauf hindeuten, daß solche Strukturverschiebungen — abgesehen von einer radikalen Veränderung in der Struktur öffentlicher Haushalte — zumindest kurzfristig die Ergebnisse nur wenig verändern dürften.

Zur konjunkturellen Würdigung der sonstigen Einnahmen

352. Die übrigen öffentlichen Einnahmen können prinzipiell bei der Beurteilung der Finanzpolitik nicht vernachlässigt werden. Allerdings setzen sich die übrigen Einnahmen aus einer Vielzahl von Einzelgrößen zusammen, die in ihrem ökonomischen Charakter unterschiedlich zu beurteilen sind. Zum einen sind dazu etwa Mieten, Pachten, Zinsen und Erlöse aus Vermögensveräußerungen zu rechnen, die den Gebietskörperschaften in einer privaten Unternehmen vergleichbaren Rolle zufließen. Andererseits zählen dazu auch Gebühren, Beiträge und an-

dere Abgaben, die bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen zu entrichten sind, jedoch auch einen den Steuern ähnlichen Zwangscharakter haben.

353. Diese Unterschiedlichkeit würde erfordern, für jede einzelne Einnahmenkategorie einen konjunkturneutralen Wert nach einer jeweils spezifischen Meßvorschrift zu ermitteln und diese Sollgröße den tatsächlichen Einnahmen gegenüberzustellen. Ein solches Vorgehen würde jedoch die Ermittlung des konjunkturneutralen Vergleichshaushalts unnötig komplizieren, ohne daß sich dessen Aussagekraft dadurch wesentlich erhöhte. Denn es zeigt sich, daß sich die positiven und negativen Abweichungen der Ist- von den Sollgrößen zumeist per Saldo etwa gegeneinander aufheben. Ist dies nicht der Fall, so dürfte die dadurch entstehende kleine Unschärfe beim Urteil über die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Einnahmenpolitik zu vernachlässigen sein. Daher unterstellen wir, daß die sonstigen Einnahmen in jedem Jahr konjunkturneutral sind.

Die Sozialversicherung als Teil eines konsolidierten Haushaltes

354. Bund, Länder und Gemeinden sind nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz dazu aufgerufen, in ihrer Finanzpolitik den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen (§§ 1, 16 StWG). Dieser Verpflichtung unterliegt hingegen die Sozialversicherung nicht. Das hat den Sachverständigenrat dazu bewogen, zunächst den konjunkturellen Effekt zu ermitteln, der von der Haushaltspolitik der Gebietskörperschaften ausgeht, und damit nachzuweisen, ob Bund, Länder und Gemeinden zusammen genommen die von ihnen erwartete antizyklische Finanzpolitik betrieben haben [1]). Will man auch die konjunkturellen Wirkungen der Sozialversicherung würdigen, so kann dies nicht losgelöst von der Haushaltspolitik der Gebietskörperschaften geschehen. Denn zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf der einen und den Parafisci auf der anderen Seite fließen Einnahmen- und Ausgabenströme, die ohne Bereinigung das Urteil über den konjunkturellen Effekt der Parafisci beeinflussen können. Jedes Bereinigungsverfahren ist für Willkür offen, und damit auch die Antwort auf die Frage, von welchen Haushalten stärkere oder schwächere konjunkturelle Effekte ausgehen.

355. Um Fehlurteile so weit wie möglich zu vermeiden, müssen die Haushalte der Parafisci daher mit denen der Gebietskörperschaften — bereinigt um Doppelzählungen — zu einem konsolidierten Haushalt zusammengefaßt werden, für dessen Würdigung die gleichen Meßvorschriften anzuwenden sind wie bei den Haushalten der Gebietskörperschaften (Tabelle 25).

[1]) Wegen der engen Beziehung zum Bund sind ERP-Sondervermögen und Lastenausgleichsfonds — wie in der Finanzstatistik üblich — in diese Betrachtung einbezogen.

Bei der Konsolidierung lassen sich als Doppelzählungen ausschalten

- Verrechnungen der Parafisci untereinander,
- Zuschüsse der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung,
- Arbeitgeberbeiträge des Staates an die Sozialversicherung und
- Zahlungen der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften für Krankenhausleistungen.

356. Die Entzugseffekte der Versicherten- und Arbeitgeberbeiträge, der wichtigsten Einnahmequelle der Sozialversicherung, sind unter konjunkturellen Gesichtspunkten denen von Steuern ähnlich. Das spricht dafür, sie (nach der Bereinigung von Arbeitgeberbeiträgen der Gebietskörperschaften) dem Steueraufkommen zuzuschlagen und zur Ermittlung einer konjunkturneutralen Sollgröße ebenso zu verfahren wie bei den Steuern (Ziffer 340). Für die sonstigen Einnahmen der Parafisci dürfte hingegen das gleiche gelten wie für die sonstigen Einnahmen der Gebietskörperschaften (Ziffern 352 f.).

357. Für sich betrachtet hat das Steuer- und Beitragsaufkommen des konsolidierten Haushaltes in den letzten beiden Jahren konjunkturstabilisierend gewirkt. Dieser antizyklische Effekt wurde auch durch die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung hervorgerufen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die Beitragssätze in den letzten drei Jahren dreimal erhöht wurden. Damit ist die konjunkturpolitisch erwünschte Wirkung des Beitragsaufkommens einer Abweichung von der gesetzlichen für die Rentenversicherung vorgesehenen Finanzierungsvorschrift, dem sogenannten Abschnittsdeckungsverfahren, zuzuschreiben. Denn dieses Verfahren hätte eine Beitragserhöhung zu Beginn des neuen Deckungsabschnittes im Rezessionsjahr 1967 erfordert. Nur damit wäre die Vorschrift zu erfüllen gewesen, den Beitragssatz so zu bemessen, daß jeweils für einen zehnjährigen Deckungsabschnitt die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung ihren Ausgaben zuzüglich einer Vermögensrücklage in Höhe der Ausgaben im letzten Jahr der Finanzierungsperiode entsprechen.

Das Dritte Rentenversicherungs-Änderungsgesetz hat das Abschnittsdeckungsverfahren durch eine neue Finanzierungsregelung ersetzt, die ein Zusammenwirken von Konjunkturpolitik und Finanzierungspolitik der Rentenversicherungen erlaubt.

358. Das neue Finanzierungsverfahren basiert auf Vorausberechnungen der Einnahmen und Ausgaben in den jeweils folgenden fünfzehn Jahren und sieht für jedes Jahr den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben einschließlich einer Schwankungsreserve in Höhe von drei Monatsausgaben vor. Gegenwärtig wird bei der Vorausberechnung für die nächsten fünfzehn Jahre eine jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 4,3 vH sowie eine unvermeidliche Geldentwertung von 1,5 vH unterstellt. Naturgemäß können konjunkturelle Schwankungen in der Rechnung nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 25

Der konsolidierte Haushalt in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970
(1) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	490,7	494,6	538,5	602,2	678,6[a])
(2) Steuer- und Beitragseinnahmen bei gleicher Steuer- und Beitragsquote wie im Basisjahr 1966 ... $\frac{(1)}{100}$ · (11) im Basisjahr 1966	Mrd. DM	156,7	157,9	171,9	192,3	216,5
(3) Tatsächliche Steuer- und Beitragseinnahmen [2]) ...	Mrd. DM	156,7	159,7	172,3	203,6	229,1[a])[b])
(4) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuer- und Beitragsquote ... (3) ⁄ (2)	Mrd. DM	—	+1,8	+0,4	+11,3	+12,5
(5) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [3]) ...	Mrd. DM	509,8	533,1	559,3	602,9	682,7
(6) Produktionspontential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [4])	Mrd. DM	509,8	538,1	561,7	597,0	658,1
(7) Gesamtausgaben bei gleichem Anteil des konsolidierten Haushalts am Produktionspotential wie im Basisjahr 1966 ... $\frac{(6)}{100}$ · (12) im Basisjahr 1966	Mrd. DM	186,3	196,7	205,3	218,2	240,5
(8) Konjunkturneutrales Volumen des konsolidierten Haushalts ... (7) + (4)	Mrd. DM	186,3	198,4	205,7	229,5	253,1
(9) Tatsächliche Gesamtausgaben ...	Mrd. DM	186,3	200,9	209,6	229,7	251,6[a])
(10) Konjunktureller Effekt [5]) des konsolidierten Haushalts ... (9) ⁄ (8)	Mrd. DM	—	+2,5	+4,0	+0,2	−1,5
(11) Steuer- und Beitragsquote $\frac{(3)}{(1)} \cdot 100$ ...	vH	*31,9*	*32,3*	*32,0*	*33,8*	*33,8*
(12) Konjunkturneutraler Anteil des konsolidierten Haushalts am Produktionspotential ... $\frac{(8)}{(6)} \cdot 100$	vH	*36,5*	*36,9*	*36,6*	*38,4*	*38,4*
(13) Beanspruchter Anteil des konsolidierten Haushalts am Produktionspotential ... $\frac{(9)}{(6)} \cdot 100$	vH	*36,5*	*37,4*	*37,5*	*38,5*	*38,2*
(14) Konjunktureller Effekt, bezogen auf das Produktionspotential ... (13) ⁄ (12)	vH	—	*+0,5*	*+0,7*	*+0,0*	*−0,2*
(15) Realisierter Anteil des konsolidierten Haushalts am Produktionspotential ... $\frac{(9)}{(5)} \cdot 100$	vH	*36,5*	*37,7*	*37,5*	*38,1*	*36,8*
(16) Abweichungen des realisierten Anteils des konsolidierten Haushalts am Produktionspotential vom konjunkturneutralen entsprechen . . . Mrd. DM ... (15) ⁄ (12) · (5)	Mrd. DM	—	+4,3	+4,9	−2,1	−11,0

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Länder, Gemeinden (Gv.) und Sozialversicherung.
[2]) Kassenmäßige Einnahmen.
[3]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[5]) Expansiv: +; kontraktiv: —.
a) Eigene Schätzung.
b) Einschließlich Konjunkturzuschlag.
Anmerkung: Nur aus rechnerischen Gründen ist das Produktionspotential mit der Genauigkeit von 0,1 Mrd. DM angegeben.
Quelle: Ist-Ergebnisse für 1966 bis 1969: eigene Berechnung aufgrund von Daten der Bundesministerien der Finanzen sowie für Arbeit und Sozialordnung.

Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist es prinzipiell begrüßenswert, daß das neue Verfahren erlaubt, Änderungen der Beitragssätze auf die jeweilige Konjunktursituation abzustellen. Entscheidend für die Funktionsfähigkeit des Finanzierungssystems und seine konjunkturellen Wirkungen ist jedoch, daß bei der Vorausberechnung die jeweilige gesamtwirtschaftliche Ausgangslage beachtet wird. Geschieht das nicht, wird vielmehr etwa in einem Boomjahr die Entwicklung der Mindestrücklage in den folgenden Jahren falsch eingeschätzt und aufgrund dieser Fehleinschätzung eine zusätzliche Ausgabenbelastung der gesetzlichen Rentenversicherungen durchgesetzt, so besteht die Gefahr, daß in einer Rezession die Schwankungsreserve zur Ausgabenfinanzierung nicht ausreicht und folglich entgegen den konjunkturpolitischen Erfordernissen die Beitragssätze erhöht werden oder gar die Rentenausgaben gekürzt werden müssen, um der Finanzierungsregelung Genüge zu tun. Zu unerwünschten konjunkturellen Wirkungen könnte auch der Vermögensabbau der Rentenversicherungen führen, der allerdings erst nach 1974 einsetzt.

II. Potentialorientierte Kreditpolitik

359. Die Kreditpolitik sollte sich dem Konzept einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, um zusammen mit den übrigen Teilbereichen der Wirtschaftspolitik zu Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich bei angemessenem Wachstum beizutragen. Die Zentralbank hat im Rahmen einer solchen Strategie die Aufgabe, die Kreditversorgung der Wirtschaft und insoweit das Zahlungsvolumen wie die monetäre Nachfrage dahin gehend zu beeinflussen, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele gleichzeitig erreicht werden. Das wird nur dann gelingen, wenn sich die Wirtschaftspolitik insgesamt — wie der Sachverständigenrat wiederholt dargelegt hat — am mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials orientiert. Wir nennen ein Handeln der Zentralbank, das dieser Forderung entspricht, potentialorientierte Kreditpolitik. Sie hat denjenigen Zuwachs des Kreditvolumens anzustreben, der eine monetäre Alimentierung des gleichgewichtigen Wachstums erlaubt. Sie hat zu diesem Zweck die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute der angestrebten Kreditgewährung weitgehend anzupassen.

360. Die Wirtschaftssubjekte können ihre Aktivitäten entweder mit Hilfe der vorhandenen Geldmenge, insbesondere den Sichteinlagen bei Kreditinstituten (Bankengeld), finanzieren oder durch Aufnahme zusätzlicher Kredite. Eine Schwierigkeit für die Kreditpolitik besteht darin, daß sie eine der beiden Finanzierungsquellen, nämlich die Geldmenge, nicht beeinflussen kann. Sie kann vor allem nicht verhindern, daß Wirtschaftssubjekte die Geldmenge erhöhen, indem sie Teile der als Geldkapital festgelegten Beträge auf laufende Konten übertragen. Sie muß hinnehmen, wenn umgekehrt die Geldmenge dazu benutzt wird, die Geldkapitalbildung zu erhöhen. Sie kann ferner nicht unterbinden, daß Wirtschaftssubjekte ihre vorhandene Geldmenge innerhalb einer Periode häufiger oder weniger häufig einsetzen.

361. Eine Zentralbank muß solche Verhaltensänderungen beim Einsatz der Geldmenge in ihr kreditpolitisches Kalkül einbeziehen. Aus der Veränderung des Quotienten von Geldmenge und gesamten Mittelaufkommen der Nichtbanken bei Banken (Liquiditätsneigung) läßt sich ablesen, ob und in welchem Umfang Wirtschaftssubjekte relativ mehr Geld oder relativ mehr Geldkapital halten. Die Geldkapitalbildung ist die Differenz zwischen dem gesamten Mittelaufkommen (im wesentlichen Einlagen, Nostroverpflichtungen und Bankschuldverschreibungen) und der Geldmenge. Eine Änderung der Liquiditätsneigung deutet an, daß die Nichtbanken ihre Bankguthaben liquider oder weniger liquide halten, was sich in einer entsprechenden Zunahme oder Abnahme des Quotienten ausdrückt.

Ob Wirtschaftssubjekte die Geldmenge häufiger oder weniger häufig innerhalb einer Periode einsetzen, kann an der Veränderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes gemessen werden, das heißt an der Veränderung des Quotienten von Zahlungsvolumen (girale Verfügungen von Nichtbanken bei Kreditinstituten) und Geldmenge.

362. Die andere Finanzierungsquelle neben der Geldmenge, die Kreditgewährung, kann mit Hilfe kreditpolitischer Instrumente beeinflußt werden. Zur Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten in einer wachsenden Volkswirtschaft sind stets in gewissem Umfang zusätzliche Kredite erforderlich. Um zusätzliche Kredite gewähren zu können, benötigen die Kreditinstitute liquide Mittel. Ein Zuwachs des Kreditvolumens im erwünschten Umfang läßt sich um so leichter verwirklichen, je besser die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute der angestrebten Kreditgewährung angepaßt wird. Bei einer derartigen Liquiditätspolitik

— kann die Kreditgewährung am wirksamsten gesteuert werden,

— werden somit störende Einflüsse vermieden, die von Liquiditätsschwemmen und übermäßigen Liquiditätsverlusten ausgehen.

363. Die Wirksamkeit der Kreditpolitik, das heißt ihr Einfluß auf die zusätzliche Kreditgewährung, hängt vom Umfang der bei den Kreditinstituten vorhandenen liquiden Mittel ab. Wenn der Umfang der Bankenliquidität etwa der für angemessen erachteten zusätzlichen Kreditgewährung angenähert wird, werden kreditpolitische Maßnahmen, die die Verwendung der vorhandenen liquiden Mittel beeinflussen, vor allem eine Veränderung der Mindestreservesätze, wirksamer werden. Die Kreditinstitute können dann etwa gezwungen werden, ihre zusätzliche Kreditgewährung einzuschränken oder sogar ihr Kreditvolumen abzubauen. Wenn dagegen den Kreditinstituten liquide Mittel in einem Umfang zur

Verfügung stehen, der über das hinausgeht, was bei gleichgewichtiger Entwicklung eine angemessene Kreditgewährung der Banken erfordert, ist es äußerst schwierig, diese liquiden Mittel der Banken durch kreditpolitische Eingriffe zu binden. So bilden die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Höchstsätze für Mindestreserven eine Grenze, über die hinaus die Zentralbank einen Zustrom liquider Mittel zu den Banken nicht mehr neutralisieren kann. Außerdem verliert das Mindestreserveinstrument zunehmend an Schärfe, je mehr liquide Mittel den Banken zufließen. Bei einem hohen Bestand liquider Mittel der Banken wird eine Mindestreserveerhöhung die Kreditgewährung nicht oder nur in geringem Umfang beeinflussen, da die Banken ihre zusätzlichen Mindestreserveverpflichtungen erfüllen können, ohne die Kreditgewährung einschränken zu müssen.

364. Eine stetige wirtschaftliche Entwicklung setzt voraus, daß Störungen durch monetäre Einflüsse möglichst ausgeschaltet werden. Dazu beitragen kann eine Liquiditätsversorgung der Banken, die ebenfalls stetig ist. Verstetigung der Liquiditätsentwicklung bei den Banken bedeutet, die Zentralbank sollte bemüht sein, dem Grundsatz nach das Verhältnis von Liquiditätssaldo und gesamtem Mittelaufkommen, die Liquiditätsquote, konstant zu halten, das heißt übermäßige Schwankungen dieser Liquiditätsquote zu vermeiden. Die liquiden Mittel der Banken umfassen die Guthaben der Kreditinstitute bei der Zentralbank, inländische Geldmarktpapiere, Anlagen an ausländischen Geldmärkten und offene Rediskontkontingente. Sie entsprechen der Differenz zwischen Mittelaufkommen und Mittelbereitstellung der Banken (Liquiditätssaldo).

Eine Veränderung des Liquiditätssaldos beeinflußt die Entwicklung auf fast allen monetären Gebieten. So bedeutet zum Beispiel eine Zunahme der liquiden Mittel der Banken eine Erhöhung des Kreditschöpfungspotentials der Kreditinstitute. Sie führt außerdem zu einer Verflüssigung des Geldmarktes, weil die Kreditinstitute versuchen werden, zugeflossenes Zentralbankgeld bei anderen Banken anzulegen. Die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes wird erhöht, weil die Banken infolge steigender liquider Mittel eher bereit sind als vorher, langfristige Wertpapiere zu kaufen. Wenn die liquiden Mittel der Banken zunehmen, dann steigen die Einlagen schneller als die Kredite. Immer mehr Nichtbanken werden Bankgläubiger. Wenn dabei die Bankguthaben der Wirtschaftsunternehmen und privaten Haushalte zunehmen, werden diese Gruppen von Bankkrediten unabhängiger, und es wächst ihre Bereitschaft zur Geldkapitalbildung. Alle diese Einflüsse führen zu Zinssenkungen an den monetären Märkten.

365. Im Falle einer übermäßigen Nachfrageexpansion oder im Falle von Abschwungstendenzen ist die Liquiditätsquote zu senken oder zu erhöhen. Dabei sollte die Zentralbank jedoch exzessive Veränderungen des Umfangs liquider Mittel der Banken vermeiden, denn diese führen zu entsprechenden Spannungen und Entspannungen (Wechselbäder der Liquiditätsversorgung) an den monetären Märkten und können die Kontinuität des Wirtschaftsablaufs stören. So tragen Liquiditätsverluste bei den Banken in einem Umfang, wie sie 1969 und Anfang 1970 auftraten, zu extremen Zinssteigerungen und zu starken Kurssenkungen umlaufender festverzinslicher Wertpapiere bei. Die Bereitschaft, in solchen Anlageformen zu sparen, kann darunter nachhaltig leiden.

366. Mit einer Anpassung der Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute an die angestrebte zusätzliche Kreditgewährung und mit einer weitgehenden Verstetigung dieser Liquiditätsversorgung wird die Gefahr einer Störung der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine zu hohe „Elastizität" des Bankensystems, also von der monetären Seite her, verringert. Es fällt der Kreditpolitik unter solchen Bedingungen leichter, die zusätzliche Kreditgewährung der Banken zu drosseln, wenn etwa Wirtschaftsunternehmen ihre Bankguthaben verstärkt zur Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten einsetzen.

367. Die potentialorientierte Kreditpolitik kennt zwei Zielgrößen: eine bestimmte Liquiditätsquote und einen bestimmten Zuwachs des Kreditvolumens. Um die angestrebte Liquiditätsquote realisieren zu können, muß die Zentralbank kreditpolitische Instrumente einsetzen, die den Umfang liquider Mittel der Banken beeinflussen. Zu diesen Instrumenten zählen die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken, die Einlagen/Schuldenpolitik und die Rediskontkontingentpolitik. Auf Veränderung des Umfangs liquider Mittel der Banken einzuwirken, dient vor allem der Verstetigung der monetären Entwicklung.

Einen bestimmten Zuwachs des Kreditvolumens bei einer von der Zentralbank angestrebten Liquiditätsquote wird die Kreditpolitik zu verwirklichen suchen, indem sie die Verwendung der vorhandenen liquiden Mittel der Banken beeinflußt. Sie wird bestrebt sein, Zentralbankgeld in der Mindestreserve oder durch Offenmarktoperationen mit Banken oder durch Swap-Politik in bestimmten Anlageformen zeitweise zu binden.

368. Die genannten kreditpolitischen Instrumente beeinflussen Umfang und Verwendung liquider Mittel der Banken, steuern somit das Kreditangebot. Unberührt bleibt die Aufgabe der Zentralbank, mit Hilfe anderer kreditpolitischer Instrumente, zum Beispiel der Zinspolitik und der Konsumkreditpolitik, die Kreditnachfrage direkt zu lenken.

369. Eine solche Strategie der stetigen Liquiditätsversorgung kann auf die Dauer nur wirksam sein, wenn sie außenwirtschaftlich abgesichert ist [1]). Andernfalls können Zinsdifferenzen zum Ausland, lang anhaltende übermäßige außenwirtschaftliche Überschüsse sowie Erwartungen, die sich auf Paritätsänderungen richten, den Kurs der Zentralbank gefährden:

— Ein Zinsgefälle zum Ausland veranlaßt Unternehmen, die im Ausland kreditwürdig sind, sich dort zu verschulden. Sie sind insoweit von dem

[1]) Ein Ratsmitglied, Claus Köhler, ist nicht der Auffassung, daß eine außenwirtschaftliche Absicherung notwendig ist (Ziffern 302 ff.).

Kreditgewährungsspielraum und den Kreditkonditionen der inländischen Banken unabhängig. Die Gefahr, daß auf diese Weise die binnenwirtschaftliche Kreditpolitik unterlaufen wird, wächst mit der zunehmenden internationalen Verflechtung der Kapitalmärkte (Euro-Markt).

— Geld, das den Banken von den internationalen Devisenmärkten zuströmt, kann die Zentralbank zwar längere Zeit abwehren, indem sie zu Diskriminierungspraktiken greift (Verzinsungsverbot und zusätzliche Mindestreserven für ausländische Einlagen). Das gleiche gilt jedoch nicht für Mittel, die etwa aufgrund außenwirtschaftlicher Überschüsse oder einer Verbesserung der Zahlungsbedingungen mit dem Ausland hereinkommen. Die liquidisierende Wirkung, die damit für die Wirtschaft (Geldmenge) und die Banken (Liquiditätssaldo) verbunden ist, macht diese tendenziell vom Refinanzierungsangebot der Bundesbank (Rediskontkontingente) unabhängig. Die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken hätte dem entgegenzuwirken. Konsequent betrieben, könnte dies unerwünschte Einflüsse auf die Liquiditätsversorgung im Inland längere Zeit neutralisieren — länger, als es mit den konventionellen Mitteln der Bundesbank in der Vergangenheit gelang, jedoch wohl kaum auf die Dauer, zumal die Zuflüsse von außen um so größer werden müßten, je erfolgreicher die Stabilisierung im Innern ist.

— Ist das außenwirtschaftliche Gleichgewicht so sehr gestört, daß sich die Erwartungen zunehmend auf eine baldige Paritätsänderung richten, so verliert die Bundesbank mehr und mehr die Kontrolle über die Liquiditätsversorgung.

Die in den vorangegangenen Abschnitten gekennzeichnete stetige Entwicklung der Bankenliquidität kann daher unter den gegebenen währungspolitischen Bedingungen immer nur angestrebt, jedoch nicht gewährleistet werden.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 104

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 106

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 107

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 21. März 1970 an den Bundeskanzler 108

V. Sondergutachten vom 9. Mai 1970: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970 110

VI. Brief des Vorsitzenden des Sachverständigenrates vom 14. November 1970 an den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes 118

VII. DGB-Zielprojektion 1971 bis 1975 119

VIII. Methodische Erläuterungen 124

IX. Statistischer Anhang 127

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966) Sondergutachten März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967" (am 28. März 1967)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967)

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Sondergutachten vom 30. Juni 1969: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht" (am 11. Juli 1969; darin enthalten: Sondergutachten vom Juli 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970 (am 15. Mai 1970). Dieses Sondergutachten ist auch im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart—Mainz erschienen.

IV.

Brief des Sachverständigenrates vom 21. März 1970 an den Bundeskanzler

Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1969/70 für die erste Hälfte dieses Jahres die Gefahr eines kumulativen Preis- und Lohnanstieges mit der möglichen Folge eines inflatorischen Preis- und Kostendenkens aufgezeigt (Ziffern 209 ff.). Für das zweite Halbjahr hielt er eine Konjunkturabschwächung nicht für ausgeschlossen, „die über jenes Maß hinausgeht, das zur Normalisierung der Kapazitätsauslastung durchaus wünschenswert erscheint" (Ziffer 212). Beiden Fehlentwicklungen sei, wie der Sachverständigenrat in den Ziffern 215 ff. ausgeführt hat, nur durch eine Strategie der präventiven Einkommenssicherung, d. h. eines stabilitätskonformen Verhaltens des Staates und der autonomen Gruppen zu begegnen.

Diese Konzeption ging davon aus, daß die Bundesregierung entschlossen sein würde, die Führungsrolle in der Stabilisierungspolitik wahrzunehmen, um ihren gesetzlichen Auftrag in Abstimmung mit der Bundesbank zu erfüllen. Den staatlichen Entscheidungsträgern, der Bundesregierung und der Bundesbank, mußte bekannt sein, daß ihre Aufgabe um so schwerer sein würde, je mehr sich die konjunkturellen Risiken konkretisierten und je länger sie zögern würden, durch ihr Handeln zur Wiederherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes bei Vollbeschäftigung und Preisstabilität beizutragen.

Die konjunkturelle Lage hätte nach der Aufwertung, und zwar spätestens nach der Jahreswende, als die Preissteigerungen das auch vom Sachverständigenrat für unvermeidlich gehaltene Ausmaß zu überschreiten begannen, ein konsistentes konjunkturpolitisches Dämpfungsprogramm erfordert. Zwar wurde durch die Bildung der Konjunkturausgleichsrücklagen bzw. durch Ausgabekürzungen im ersten Halbjahr 1970 die staatliche Nachfrage eingeschränkt; auch stellte die Bundesregierung die geplanten Steuersenkungen zurück und war bemüht, über vermögenswirksame Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst den Zuwachs der privaten Nachfrage abzuschwächen. Doch konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Maßnahmen nicht ausreichen würden, um die konjunkturelle Übernachfrage im privaten Bereich hinreichend zu dämpfen.

Eine solche Nachfragedämpfung wäre möglich gewesen, hätte sich die Bundesregierung entschlossen, vom Instrumentarium des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in größerem Umfange Gebrauch zu machen. Ihr Verzicht auf weiterreichende Stabilisierungsmaßnahmen wiegt um so schwerer, als die Bundesbank in Erwartung solcher Maßnahmen zunächst davon absah, ihren bisherigen restriktiven Kurs zu verschärfen. Erst als sich zeigte, daß die Bundesregierung keine weitere Aktivität entfalten würde, entschloß sich die Bundesbank, die Bürde der Stabilisierung allein auf sich zu nehmen. Mit ihren Entscheidungen vom 6. März 1970 versuchte sie, die unzureichenden Stabilisierungsanstrengungen der Bundesregierung im Bewußtsein der Tatsache zu kompensieren, daß die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen mit Wachstumsrisiken verbunden sind.

Der Sachverständigenrat verkennt mit seinen Feststellungen nicht, daß die jüngste konjunkturelle Entwicklung in einem engen Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Versäumnissen der Jahre 1968/69 steht. Das Ausmaß der sich abzeichnenden Fehlentwicklungen ist jedoch auch eine Folge der zu weitgehenden konjunkturpolitischen Abstinenz der jetzigen Bundesregierung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gilt die besondere Sorge des Sachverständigenrates der Preis- und Lohnentwicklung. Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stiegen die Verbraucherpreise — saisonbereinigt — von Dezember 1969 bis Februar 1970 um 1,2 vH. Das würde einer Jahresrate von 7,2 vH entsprechen. Die Preissteigerungen auf der Erzeugerstufe übertreffen diese Raten bei weitem und lassen damit ein Anhalten des Preisanstieges auf der Verbraucherstufe befürchten. Das Tarif- und Gehaltsniveau je Stunde lag im Januar in der Gesamtwirtschaft um 11,0 vH und in der Industrie um 10,1 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Die erheblichen Zinssteigerungen und die dadurch ausgelösten Kapitalkostensteigerungen tragen ihrerseits zu einer Erhöhung des Kostenniveaus bei. Auf Grund dieser Preis- und Kostenentwicklung ist es offensichtlich, daß bereits jetzt die Eckdaten in der Zielprojektion der Bundesregierung für 1970 unrealistisch geworden sind.

Die Entwicklung legt den Schluß nahe, daß auf den Güter- und Faktormärkten zunehmend ein inflatorisches Preis- und Kostendenken Platz greift, zumal sich nach vorherrschender Ansicht die Tarifparteien im Jahre 1970 an den Lohnzugeständnissen seit dem Herbst 1969 orientieren werden. Es ist somit keineswegs sicher, daß die Preiswelle durch eine sich abschwächende Gesamtnachfrage bald zum Stillstand kommt; vielmehr ist die Gefahr erkennbar, daß der Preis- und Lohnanstieg in die Phase eines echten Konjunktureinbruchs hinüberreichen, die Geldentwertung folglich auch bei einer einsetzenden Rezession fortschreiten wird.

Auf längere Sicht sind die jüngsten Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank zwar geeignet, dem Ziel der Geldwertstabilität näher zu kommen, doch wird die Stabilisierungslast einseitig den Investoren auferlegt. Da in der Spätphase der Konjunktur die Investitionsbereitschaft ohnehin abnimmt, verstärken die getroffenen Maßnahmen die Gefahr von Wachstumseinbußen. Diese Gefahr nimmt mit der Dauer des Restriktionskurses zu. Indem die Bundesbank im Interesse des Stabilitätszieles offenbar gewillt ist, den scharfen Restriktionskurs selbst um den Preis von Wachstumseinbußen so lange aufrechtzuerhalten, bis die Inflationserwartungen gebrochen sind, zeichnet sich eine Situation ab, die jener von 1966/67 nahekommt. Wachstumseinbußen reduzieren mittelfristig den Angebotsspielraum und widersprechen dem Ziel eines stetigen und angemessenen Wachstums. Die stabilitätsorientierte Restriktionspolitik der Bundesbank kann demnach zu einem Konflikt zwischen dem Stabilitäts- und Wachstumsziel führen, denen die Bundesregierung in gleicher Weise gesetzlich verpflichtet ist. Für das Urteil über die weitere Konjunkturpolitik ist es allerdings wesentlich, wie die schon erkennbaren Abschwungstendenzen eingeschätzt werden, insbesondere angesichts der noch sehr hohen Auftragsbestände, des hohen Produktionsniveaus, der vermutlich ungebrochenen Einkommensexpansion und der Unsicherheiten bezüglich der Auslandsnachfrage.

Die möglichen politischen Folgen der aufgezeigten Entwicklung dürfen nicht unterschätzt werden. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Öffentlichkeit mehr und mehr das Vertrauen verliert

— in die Fähigkeit der Bundesregierung, in jeder Phase die konjunkturelle Entwicklung wirksam steuern zu können,

— in ihren Willen, dem Ziel der Geldwertstabilität jenen Rang einzuräumen, der ihm nach dem Gesetz zukommt.

Verbunden damit würden das im In- und Ausland hochbewertete konjunkturpolitische Instrumentarium der Bundesrepublik und die Leistungsfähigkeit einer diskretionären Wirtschaftspolitik desavouiert. Zudem würden in der Öffentlichkeit die bisher vorwiegenden Stabilitätserwartungen zunehmend durch Inflationserwartungen abgelöst und zugleich einem gruppenegoistischen Verhalten Vorschub geleistet. Die kumulative Preis-Lohnbewegung kann als ein Kampf um die Einkommensverteilung interpretiert werden, der nach Meinung des Sachverständigenrates hätte vermieden werden müssen, um „das reale Volkseinkommen in der absehbaren Zukunft auf möglichst hohem Niveau zu sichern" (JG 1969/70 Ziffer 215). Der Sachverständigenrat bezweifelt nicht die auf der Sitzung der Konzertierten Aktion vom 17. März 1970 erneut bekundete Absicht der Sozialpartner, an den Zielen des Jahreswirtschaftsberichtes 1970 festhalten zu wollen. Jedoch muß er darauf verweisen, daß es der noch anhaltende Nachfrageüberhang den Unternehmen nahelegt, die hohen Gewinnmargen der Jahre 1968 und 1969 zu verteidigen, und daß sich die Gewerkschaften als Folge der Vorgänge im Herbst 1969 gezwungen sehen, auch übersteigerte Forderungen ihrer Mitglieder weitgehend zu vertreten. Es ist offenbar der Bundesregierung letztlich nicht geglückt, beide Seiten davon zu überzeugen, daß die Verteidigung vermeintlicher — kurzfristiger — Verteilungsvorteile auf längere Sicht zu Einkommenseinbußen für alle führen muß, ganz abgesehen von den nicht wiedergutzumachenden Verlusten durch die Geldentwertung.

Angesichts dieser Situation kann sich die Bundesregierung weder durch das Vertrauen auf ein Wohlverhalten der Tarifpartner noch durch das Abstützen auf ein Handeln der Bundesbank ihrer Verantwortung entziehen.

Dem Sachverständigenrat ist bewußt, daß es der Bundesregierung nach den notenbankpolitischen Maßnahmen vom 6. März 1970 nicht leicht fallen wird, ein konjunkturpolitisches Stabilisierungsprogramm vorzulegen, das dem Stabilitäts- und dem Wachstumsziel gleichermaßen gerecht wird und überdies das Vertrauen in die konjunkturpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung wiederherstellt. Im Sachverständigenrat wird erwogen, über die Konjunkturlage wie auch über die Alternativen, den Fehlentwicklungen zu begegnen, ein Sondergutachten zu erstatten.

Dieses Schreiben wurde von Herrn Professor Dr. Bauer, Herrn Dr. Schäfer und von mir im Einvernehmen mit Herrn Professor Dr. Köhler, der z. Z. verreist ist, abgefaßt.

Herr Professor Dr. Köhler sieht wie die übrigen Ratsmitglieder die Gefahr weiterer konjunktureller Fehlentwicklungen; jedoch verstärken sich seiner Meinung nach die konjunkturimmanenten Abschwungkräfte seit einiger Zeit so sehr, daß seine Sorge vornehmlich einem raschen Abgleiten der wirtschaftlichen Lage in eine Rezession gilt. Daher hätten auch jegliche restriktiven notenbankpolitischen Maßnahmen unterbleiben müssen.

V.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Sondergutachten vom 9. Mai 1970

Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970

1. Die Prognose für 1970, die dem letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zugrunde lag, ist, vor allem was die Entwicklung der Nachfrage und Preise betrifft, vom tatsächlichen Konjunkturverlauf überholt worden. Die Hoffnungen, die der Rat hegte, daß mit einer Strategie der präventiven Einkommenssicherung (JG 69 Ziffern 215 ff.) dem inflatorischen Prozeß entgegengetreten würde, haben sich nicht erfüllt. So ist, wie zu befürchten war, gegenwärtig das Ziel der Geldwertstabilität mehr denn je gefährdet.

Zur Konjunkturlage

2. Eine spürbare Abschwächung der konjunkturellen Spannungen in der westdeutschen Wirtschaft ist gegenwärtig nicht erkennbar. Die Unternehmererwartungen sind nach wie vor überwiegend optimistisch. Die Auftragsbestände nehmen noch immer zu. Die Sachkapazitäten sind voll ausgelastet, Arbeitskräfte fehlen mehr denn je.

Allerdings hat sich das Expansionstempo verlangsamt, und in der Spätphase eines Booms muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich eine solche Abschwächung rasch kumulativ verstärkt. Daß dies noch im Jahre 1970 eintritt, halten wir jedoch für wenig wahrscheinlich.

3. Nach der Aufwertung lag das Schwergewicht der Nachfrageexpansion erwartungsgemäß bei der Inlandsnachfrage (Tabelle 1). Während die Auftragseingänge aus dem Inland im letzten Viertel-

Tabelle 1

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt			Grundstoff- und Produktionsgüter-		Investitionsgüter-		Verbrauchsgüter-	
				industrien					
	zusammen	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
1969 1. Vj.	172	158	239	150	216	173	249	144	250
2. Vj.	175	159	247	152	224	181	257	141	259
3. Vj.	185	168	264	158	229	191	283	148	261
4. Vj.	186	174	237	167	211	196	247	152	257
1970 1. Vj.	188	177	240	166	224	207	248	145	241
Januar	185	173	241	160	222	205	252	142	241
Februar	196	186	241	171	224	219	250	157	236
März	189	177	244	169	221	205	246	146	250

[1]) Saisonbereinigt nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

jahr 1969 weiter kräftig stiegen, war bei den Auslandsbestellungen zunächst, insbesondere bei den Investitionsgüterindustrien, ein deutliches Absinken festzustellen. Im ersten Vierteljahr 1970 hat sich die Zunahme der Bestelltätigkeit aus dem Inland verlangsamt. Die Auslandsnachfrage zeigt dagegen — saisonbereinigt — seit Januar 1970 wieder einen Anstieg. Für die Beurteilung der konjunkturellen Situation ist dabei von besonderer Bedeutung, daß an der Spitze der Nachfrageexpansion noch immer die Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien stehen.

4. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie (Vgl. Schaubild) überschritt im letzten Vierteljahr 1969 den bisherigen Höchststand (1960). Mit einer noch stärkeren Auslastung ist nicht mehr zu rechnen; daher kann die Produktion bestenfalls noch im Maße des Kapazitätswachstums ausgedehnt werden. Eine Ausweitung der Produktion selbst in diesem Ausmaß wird durch Friktionen, u. a. bei den Vorlieferungen, vor allem aber durch Engpässe am Arbeitsmarkt, behindert.

Die Zahl der offenen Stellen war trotz des lang anhaltenden Winters Ende April 1970 höher als jemals zuvor in der gleichen Jahreszeit. Die Arbeitslosenquote betrug 0,6 vH und lag damit noch niedriger als im Vorjahr (0,7 vH). Obwohl die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte einen neuen absoluten Höchststand erreicht hat, werden von der Wirtschaft noch über 100 000 ausländische Arbeitskräfte angefordert.

5. Angesichts der außerordentlichen Nachfrageexpansion war schon im Herbst 1969 abzusehen, daß sich die bis dahin vergleichsweise geringe Preissteigerung trotz der Aufwertung erheblich beschleunigen würde. Dies ist inzwischen geschehen, ja die Befürchtungen werden von der tatsächlichen Entwicklung noch übertroffen (Tabelle 2). Die starke Beschleunigung des Preisauftriebs, die auf der industriellen Erzeugerstufe begann, hat seit Herbst 1969 auch die Preise auf der Verbraucherstufe erfaßt. Die industriellen Erzeugerpreise steigen noch immer kräftig an; das wird auch in Zukunft zu einer Verteuerung der Lebenshaltung beitragen. Für die

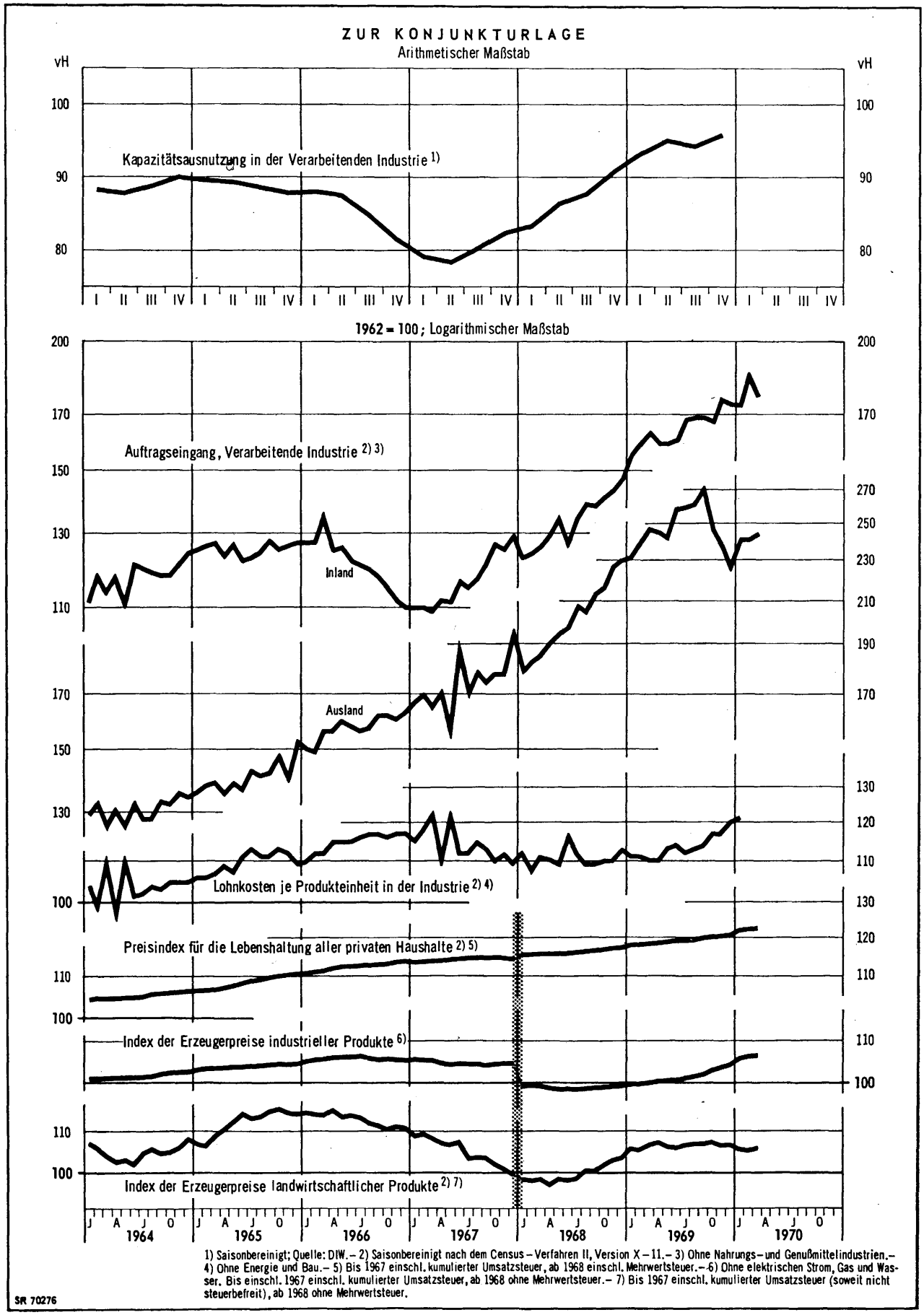
Tabelle 2

Ausgewählte Preisindizes

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum		Industrielle Erzeugerpreise		Preisindex für die Lebenshaltung [2]					
		Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]	Gesamtlebenshaltung einschl. saisonabhängige Waren [3]	Gesamtlebenshaltung ohne saisonabhängige Waren [3]	Nahrungsmittel [4]	Wohnungsnutzung [5]	Dienstleistungen [6]	sonstige Waren [7]
1969	Jahr	+4,4	+1,2	+2,7	+2,3	+3,5	+7,1	+2,1	+0,6
	1. Vj.	+2,6	+0,3	+2,2	+2,0	+2,0	+8,0	+2,0	+0,3
	2. Vj.	+3,1	+1,1	+2,6	+2,3	+3,9	+7,6	+2,1	+0,3
	3. Vj.	+3,9	+1,4	+2,8	+2,1	+4,9	+7,0	+2,0	+0,3
	4. Vj.	+7,7	+2,1	+2,8	+2,7	+3,4	+6,2	+2,3	+1,5
1970	1. Vj.	+9,5	+4,1	+3,5	+3,5	+3,6	+4,4	+4,4	+2,9
	Januar	+9,2	+3,6	+3,5	+3,4	+3,6	+4,4	+4,1	+2,7
	Februar	+9,5	+4,2	+3,5	+3,5	+3,6	+4,3	+4,4	+2,7
	März	+9,6	+4,4	+3,7	+3,8	+3,6	+4,3	+4,6	+3,1

[1] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[2] Alle privaten Haushalte.
[3] Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst (einschließlich Südfrüchte), Frischfisch, Eier, Blumen.
[4] Ohne Gaststättenleistungen.
[5] Einschließlich Garagennutzung.
[6] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[7] Überwiegend industriell erzeugte Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.



1) Saisonbereinigt; Quelle: DIW. – 2) Saisonbereinigt nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11. – 3) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. – 4) Ohne Energie und Bau. – 5) Bis 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer, ab 1968 einschl. Mehrwertsteuer. – 6) Ohne elektrischen Strom, Gas und Wasser. Bis einschl. 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer, ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. – 7) Bis 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer (soweit nicht steuerbefreit), ab 1968 ohne Mehrwertsteuer.

Würdigung der Preisentwicklung ist von besonderer Bedeutung, daß gerade die Preise für industriell erzeugte Güter so stark erhöht werden, denn diese Preise bildeten in der Vergangenheit durchweg die stabilste Komponente des Preisniveaus.

Im Herbst 1969 hatte man gehofft, daß aufwertungsbedingte Preissenkungen bei den Nahrungsmitteln ein gewisses Gegengewicht gegen die inzwischen als unvermeidlich angesehene Verteuerung anderer Güter bilden würden. Dazu ist es bisher nicht gekommen; vielmehr sind die Nahrungsmittelpreise gestiegen.

6. Je weniger sich der Preisauftrieb abschwächt, desto weniger ist zu erwarten, daß die Lohnwelle, die im Jahre 1969 nach den spontanen Arbeitsniederlegungen in Gang gekommen war und zunächst im Zeichen von Nachholansprüchen der Arbeitnehmer gestanden hatte, ausläuft. Die Tarifabschlüsse im ersten Vierteljahr 1970 brachten im gewogenen Mittel Tariflohn- und -gehaltserhöhungen um schätzungsweise 11 bis 12 vH. Das Tariflohn- und -gehaltsniveau (auf Stundenbasis) lag in der Gesamtwirtschaft um 11 vH höher als im Vorjahr. Die Erhöhung der tariflichen Arbeitsentgelte wurde vom Anstieg der Effektivverdienste noch übertroffen, unter anderem ein Zeichen für den Wettbewerb der Unternehmer um die knappen Arbeitskräfte. Die Lohnkosten je Arbeitsstunde dürften, wenn man auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Rechnung stellt, im ersten Vierteljahr 1970 um rund 15 vH höher als im Vorjahr gewesen sein.

Zum Nachfragesog auf die Preise ist damit mehr und mehr auch ein Kostendruck getreten. Die Lohnkosten je Produkteinheit, die wegen des Lohn-Lag im Aufschwung zunächst lange Zeit gesunken waren, haben sich seit Mitte 1969 merklich erhöht. Gegenwärtig dürften die Löhne mehr als doppelt so schnell steigen wie die Produktivität.

7. Zu fragen bleibt, ob nicht Auslandseinflüsse und bereits ergriffene Maßnahmen der Konjunkturpolitik alsbald eine erhebliche konjunkturelle Entspannung herbeiführen werden.

Verbreitet ist die Auffassung, daß die Hauptwirkungen der DM-Aufwertung vom Oktober 1969 mit erheblicher Verzögerung eintreten und daher erst im Verlauf des Jahres 1970 merklich zur Konjunkturdämpfung beitragen werden. Die Hauptwirkungen der Aufwertung dürften jedoch schon im Jahre 1969 gelegen haben. Die Aufwertung war weitgehend nur ein Ersatz für den Wegfall der steuerlichen Maßnahmen vom November 1968 (Absicherungsgesetz), teilweise war sie, weil erwartet, in den Dispositionen der Unternehmer vorweggenommen worden.

Angesichts der eingetretenen Preisdisparitäten zwischen In- und Ausland hatte die Aufwertung überdies, wenn überhaupt, nur einen geringen Vorhalteeffekt. Außerdem ist die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland für die Stabilitätsbemühungen in der Bundesrepublik ungünstiger als erwartet. Für die meisten Partnerländer mußten in den jüngsten Prognosen [1]) die Preissteigerungserwartungen nach oben korrigiert werden. Auch die Abschwächung des Wachstums, die in wichtigen Partnerländern erwartet wurde, wird voraussichtlich geringer sein, als im Herbst 1969 anzunehmen war (JG 69 Tabelle 15).

8. Spätestens Anfang des Jahres 1970 war sichtbar geworden, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte auch nach der Aufwertung der DM stärker geblieben waren, als mit dem Stabilitätsziel vereinbar schien. Die konjunkturpolitischen Instanzen sahen die Notwendigkeit, die Expansion der Nachfrage, der privaten wie der öffentlichen, der Investitionsnachfrage wie der Verbrauchsnachfrage, einzudämmen. Es kam jedoch zu Maßnahmen (der Finanzpolitik und der Kreditpolitik), die insgesamt gesehen ein unausgewogenes und schon deshalb nicht konjunkturgerechtes Programm darstellen.

Bund und Länder beschlossen Ausgabensperren und korrespondierende Konjunkturausgleichsrücklagen. Die vorläufigen Ausgabenkürzungen im Umfang von etwa 4 Mrd. DM betrafen allerdings ein Haushaltsvolumen, das den Ansätzen nach nicht einmal als konjunkturneutral gelten durfte. Auf eine fiskalpolitische Eindämmung der privaten Nachfrage durch Maßnahmen auf der Einnahmeseite wurde verzichtet. Die Möglichkeiten, die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für Steuererhöhungen bietet, wurden nicht genutzt, obwohl die Voraussetzungen, die das Gesetz vorsieht, gegeben waren [2]). Damit wurde abermals nicht berücksichtigt, daß aus wachstums- und strukturpolitischen Gründen antizyklische Finanzpolitik vornehmlich auf der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte betrieben werden sollte.

Die Änderung der Ausgabenpolitik im Verlauf des Jahres kann sogar zu prozyklischen Wirkungen der öffentlichen Haushalte führen. Nach der kontraktiv wirkenden „vorläufigen Haushaltsführung" des Bundes ist im Anschluß an die Verabschiedung des Haushaltsplans 1970 eine verstärkte Ausgabentätigkeit zu erwarten, weil dann bisherige Beschränkungen wegfallen. Werden die Haushaltssperren teilweise oder ganz aufgehoben, resultierte daraus ein weiterer expansiver Effekt.

9. Als Reaktion auf die zur Eindämmung der Übernachfrage unzulängliche Fiskalpolitik hat die Deutsche Bundesbank ihren Restriktionskurs, den sie seit Anfang 1969 verfolgt, drastisch verschärft. Im März 1970 erhöhte sie den Diskontsatz und die Abgabesätze für Geldmarktpapiere und trug damit zu einer erheblichen Steigerung der Zinssätze bei. Schon vorher hatte sie zugelassen, daß den Kredit-

[1]) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, Quartalsbericht 1, 1970.

[2]) Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nennt als Voraussetzung für die Anwendung des § 26 (Ziffer 3 b [3] Nr. 2), „daß eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist oder sich abzeichnet, die erhebliche Preissteigerungen mit sich gebracht hat oder erwarten läßt ...".

instituten infolge von Markteinflüssen liquide Mittel entzogen wurden, und zwar über den Umfang der durch Aufwertungserwartungen bedingten früheren Zuflüsse hinaus. Diese Entwicklung hat ihrerseits die Anspannung am Geldmarkt und am Kapitalmarkt verstärkt. Auch die Finanzierungssituation der Unternehmen hat sich verschlechtert; sie sind daher mehr als bisher auf Bankkredite angewiesen, deren Bereitstellung zunehmend schwieriger wird.

10. Die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes können nur erreicht werden, wenn die Kreditpolitik und die übrige Wirtschaftspolitik ihre Maßnahmen koordinieren. Trotzdem hat es auch in der derzeitigen Konjunkturphase an der notwendigen Abstimmung zwischen Bundesregierung und Bundesbank gefehlt.

Die Verlagerung wirtschaftspolitischer Interventionen auf die Bundesbank bringt die Gefahr der Überdosierung mit sich, weil deren Maßnahmen im wesentlichen nur eine Nachfragekomponente, nämlich die Investitionen, treffen. Hinzu kommt, daß Zinssteigerungen und die Verengung der Bankenliquidität erst mit einem erheblichen Time-Lag auf die Gesamtnachfrage wirken, unter Umständen erst zu einem Zeitpunkt, zu dem dies konjunkturell nicht mehr erwünscht ist.

In der derzeitigen konjunkturellen Situation spricht für einen verhältnismäßig kurzen Time-Lag, daß eine drastische Zinserhöhung mit außerordentlichen Liquiditätsverlusten der Banken einhergeht. Dagegen spricht, daß die Wirtschaft es bislang recht gut verstand, der Liquiditätsverknappung dadurch zu begegnen, daß sie ihre Zahlungsmittel effizienter nutzte, was in einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zum Ausdruck kommt. Von der Möglichkeit, Geld im Ausland aufzunehmen, haben die Unternehmen bisher nur wenig Gebrauch gemacht. Die wirtschaftliche Expansion der letzten Monate wurde im wesentlichen durch inländische Mittel finanziert. Das spricht für die große Elastizität des heimischen Bankensystems. Die darin liegenden Möglichkeiten dürften sich zwar in absehbarer Zeit erschöpfen, doch sind die Unternehmen nach wie vor in der Lage, auf eine Finanzierung im Ausland auszuweichen.

Im übrigen kann allgemein die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank vom Ausland her unterlaufen werden, wenn sich dort eine Zinssenkungstendenz durchsetzt. Schon heute gelten an den ausländischen Geld- und Kapitalmärkten teilweise niedrigere Zinssätze als im Inland.

Gegen Fehlentwicklungen

11. Die Mehrheit des Sachverständigenrates vertritt folgende Auffassung:

— Die Ziele eines hohen Beschäftigungsstandes und eines angemessenen Wachstums erscheinen als nicht unmittelbar gefährdet, wenngleich nicht ausgeschlossen werden kann, daß sich die Abschwächung der Nachfrageexpansion im weiteren Verlauf des Jahres 1970 verstärkt und dies im Zusammenwirken mit zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten der Investoren einen kumulativen Abschwung einleitet.

— Die Aufwertung vom Oktober 1969 hat das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zunächst beseitigt; doch die Kräfte von außen, die die Möglichkeiten für binnenwirtschaftliche Stabilität einengen, wirken weiter; die Tatsache, daß trotz der Aufwertung und trotz der starken konjunkturellen Anspannung für 1970 allgemein keine wesentliche Verminderung der außenwirtschaftlichen Überschüsse erwartet wird, weist darauf hin, daß sich das alte Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik bald neu stellen kann.

— Außergewöhnlich bedroht ist nach wie vor die Stabilität des Preisniveaus. Die Gefährdung wird in der nächsten Zukunft möglicherweise weniger als bisher davon ausgehen, daß die Güternachfrage mengenmäßig stärker zunimmt, als das Produktionspotential wächst; doch die Gefahr, daß die Preise und Löhne weiter stabilitätswidrig steigen, besteht selbst dann, wenn sich die konjunkturellen Auftriebskräfte so stark abschwächen sollten, daß von einer realen Überforderung der Produktivkräfte nicht mehr gesprochen werden könnte. Preisdämpfende Effekte könnten in einem solchen Prozeß vom Ausland nur dann ausgehen, wenn die Preise in der Bundesrepublik stärker stiegen als im Ausland und damit in einem Tempo, das in der Bundesrepublik bisher allgemein als unerträglich empfunden wird und als vermeidbar gilt.

— Trotz des Instrumentariums, das der Bundesregierung mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz seit Mitte 1967 zur Verfügung steht, wurde auch in diesem Zyklus die Chance, den Aufschwung in einen Pfad stetigen Wachstums einmünden zu lassen, verpaßt.

12. Die derzeitige Konjunkturlage ist für eine Politik, die es erlaubt, auf einen Pfad stetigen Wachstums bei Preisniveaustabilität einzuschwenken, nicht günstig. Die Möglichkeit, Unternehmen wie Gewerkschaften ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung dahin zu bringen, von ihrem konzertierten, aber stabilitätswidrigen Verhalten abzulassen, scheint in diesem Zyklus vertan. Mit zunehmender Gewöhnung an steigende Preise und Kosten nimmt eher die Wahrscheinlichkeit zu, daß die Unternehmen Nachfrage- und Kostenerhöhungen in ihrer Kalkulation antizipieren. Die Gewerkschaften müssen sich dann ebenfalls inflationskonform verhalten, d. h. erwartete Preissteigerungen in ihren Lohnforderungen berücksichtigen, wollen sie nicht erneut ihre Führungsposition bei den Arbeitnehmern aufs Spiel setzen.

Selbst wenn die Gewerkschaften dafür gewonnen werden könnten, freiwillig auf stabilitätswidrige Lohnforderungen zu verzichten — es stünden keine schnell wirkenden Instrumente zur Verfügung, die die Unternehmen zu preispolitischer Zurückhaltung

zwängen, es sei denn, man setzte sie dem Wettbewerbsdruck erheblich verminderter Kapazitätsauslastung und einer verschärften Auslandskonkurrenz aus. Ohne Vertrauen auf preispolitisch wirksame Maßnahmen können und werden aber auch die Gewerkschaften sich nicht auf freiwillige lohnpolitische Zurückhaltung einlassen.

13. Können die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht hoffen, kurzfristig die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gleichzeitig zu erreichen, so müssen unter Berücksichtigung der Chancen und der Risiken Prioritäten gesetzt werden. In der gegenwärtigen Situation heißt dies, es muß hinsichtlich der Priorität von Wachstum und hohem Beschäftigungsstand einerseits und Preisniveaustabilität andererseits entschieden werden.

14. Die Konjunkturpolitik könnte zum Ziele haben, daß ein Übergang aus der gegenwärtigen Spätphase einer Hochkonjunktur in einen steilen Abschwung auf jeden Fall vermieden werden soll, sei es, weil dem Wachstums- und dem Vollbeschäftigungsziel Vorrang gegenüber der Geldwertstabilität eingeräumt wird, sei es, weil die Herbeiführung einer Unterbeschäftigungssituation die Annäherung an den angestrebten Pfad stetigen Wachstums erneut verzögern würde.

Der zweite Grund ist deshalb von Bedeutung, weil erwartet werden kann, daß stetiges Wachstum günstigere Bedingungen für mehr Stabilität des Preisniveaus schafft als zyklisches Wachstum. Allerdings ist durch nichts die Zuversicht begründet, daß ein Übergang zu stetigem Wachstum zwangsläufig, etwa schon aufgrund der Marktkräfte, Geldwertstabilität mit sich bringt. Von sich aus ist stetiges Wachstum bei Geldwertstabilität nicht wahrscheinlicher als stetiges Wachstum bei beträchtlicher Geldentwertung, an die sich die Wirtschaft gewöhnt hat (inflatorisches Gleichgewicht). Eher verhält es sich umgekehrt, zumal in einer Umwelt ständig steigender Preise. Die Gefahr, daß es bei verstetigender Konjunkturpolitik allenfalls zu einem inflatorischen Gleichgewicht kommt, von dem aus ein Übergang zur Geldwertstabilität dann doch nicht ohne starke Konjunkturabschwächung möglich wäre, ist um so größer, je weiter der Prozeß der Gewöhnung an anhaltende Preissteigerungen schon fortgeschritten ist.

15. In der gegenwärtigen Situation würde eine solche Strategie keine Verschärfung der bisher getroffenen Dämpfungsmaßnahmen erfordern.

Als zusätzliche Maßnahmen kämen allenfalls solche in Betracht, die die Gefahr eines Beschäftigungsrückgangs weitgehend ausschließen. Dabei wäre etwa an die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand zu denken, die durch die Verschärfung des Preiswettbewerbes in Teilbereichen des Konsumgüterangebotes zu Preissenkungen führen dürfte. Auch gibt es für die Erleichterung von Importen noch einige, wenn auch bescheidene Möglichkeiten (zum Beispiel Erhöhung oder vorübergehende Aufhebung von Kontingenten).

Fällt die Entscheidung zugunsten dieser Strategie, so darf kein Zweifel herrschen, daß damit die ernsthafte Verfolgung des gegenwärtig am meisten gefährdeten Zieles, die Geldwertstabilität, in die Zukunft vertagt wird.

16. Soll ein Prozeß der Inflationsgewöhnung verhindert oder gestoppt werden, so ist die Glaubwürdigkeit der auf Stabilität gerichteten Bemühungen der wirtschaftspolitischen Instanzen von entscheidender Bedeutung. In der gegenwärtigen Situation erfordert dies die Bereitschaft zu Maßnahmen, die das Risiko eines Beschäftigungsrückgangs einschließen, der über eine Normalisierung hinausgeht. Wird diese Bereitschaft nicht deutlich und setzt sich statt dessen die Zuversicht durch, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen fest entschlossen sind, einen konjunkturellen Abschwung zu verhindern (Vollbeschäftigungsgarantie), so sind die Bedingungen dafür, mit marktwirtschaftlichen Mitteln Geldwertstabilität zu erlangen, denkbar schlecht. Ein unerwünscht starker Rückgang im Beschäftigungsstand braucht nicht tatsächlich einzutreten, doch in einer Marktwirtschaft gehört zu den Bedingungen für stabilitätskonformes Verhalten der Einzelnen und der autonomen Gruppen, daß man mit einer solchen Möglichkeit rechnet.

17. Besteht die Bereitschaft, um der Geldwertstabilität willen die Gefahr — nicht die Gewißheit — eines vorübergehenden, mäßigen Rückgangs der Beschäftigung in Kauf zu nehmen, so müssen die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung verstärkt werden.

Über die in Ziffer 15 genannten wettbewerbspolitischen Maßnahmen hinaus sollte ein Stabilitätsprogramm auf folgendes Instrumentarium zurückgreifen:

— Die Vorschriften der §§ 26 und 27 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sehen für konjunkturelle Situationen wie die gegenwärtige vor, daß Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer vorübergehend um bis zu zehn Prozent erhöht werden können. Solche Maßnahmen würden auch die Verbrauchernachfrage treffen; die restriktive Finanzpolitik bliebe nicht auf die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte beschränkt.

  Zu prüfen wäre, ob, anders als im Gesetz vorgesehen, die Bezieher niedriger Einkommen von der Steuererhöhung ausgenommen werden sollten. Dafür sprechen soziale Gründe; dagegen spricht, daß dies nur auf dem Wege über ein Gesetz möglich wäre und daher verhältnismäßig lange Zeit verstreichen würde, bis eine Steuererhöhung wirksam werden könnte.

— Es könnten rückzahlbare (anrechenbare) Zuschläge zur Lohnsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erhoben werden, deren Aufkommen stillzulegen wäre. Auch hierfür wäre ein besonderes Gesetz erforderlich. Über den Zwangscharakter der Maßnahme wäre der Entzugseffekt gesichert, ohne daß endgültig in die privaten Einkommen eingegriffen werden müßte.

Ein Problem bliebe der Zeitpunkt der Rückzahlung oder Anrechnung, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese prozyklisch wirkt.

— Es könnte eine Anleihe zur Stillegung von Kaufkraft („Stabilisierungsanleihe") emittiert werden. Sie müßte, mit einem Bonus ausgestattet, bei solchen Einkommensgruppen plaziert werden, bei denen nicht zu erwarten ist, daß der Erwerb vorwiegend aus Sparmitteln finanziet wird. Der Zeichnungserfolg einer solchen Anleihe dürfte jedoch unsicher sein.

— Einer Stabilisierungsanleihe eng verwandt wären marktgerecht verzinsliche Steuergutscheine ohne Zwangscharakter. Sie sollten zweckmäßigerweise eine kürzere Laufzeit haben als eine Stabilisierungsanleihe. Auch sie könnten einen gewissen konjunkturpolitischen Erfolg jedoch nur haben, wenn sie für die Bezieher niedriger Einkommen attraktiv ausgestattet werden. Wie bei einer Stabilisierungsanleihe muß mit Umschichtungen von Ersparnissen gerechnet werden; wie bei rückzahlbaren Steuerzuschlägen stellt sich das Problem möglicher prozyklischer Wirkungen bei der Einlösung.

— Die im Rahmen der restriktiven Finanzpolitik verfügten Haushaltssperren sollten beibehalten werden. Außerdem müßte auf die Gemeinden eingewirkt werden, daß sie nicht aufgrund ihrer reichlich vorhandenen Liquidität die Finanzpolitik des Bundes und der Länder konterkarieren.

18. Die unter Ziffer 17 beschriebenen Maßnahmen sind einzeln und in Kombinationen anwendbar. Bei der Wahl der Mittel sollte man sich davon leiten lassen, daß die Preissteigerungserwartungen wahrscheinlich nicht gebrochen werden können, wollte man sich auf Maßnahmen beschränken, die jede Härte vermeiden. Dies spricht dafür, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in einer Situation, für die es geschaffen wurde, auch tatsächlich anzuwenden.

Damit die Investoren nicht so stark zusätzlich belastet werden, daß sich daraus zu große Gefahren für das Beschäftigungsziel ergeben, sollte die Bundesbank ihren Restriktionskurs lockern, wenn die unter Ziffer 17 dargestellten Möglichkeiten zur Eindämmung der privaten Nachfrage weitgehend oder gar voll ausgeschöpft werden.

Fast alle zur Diskussion gestellten Maßnahmen würden dem Bankensystem in erheblichem Umfange Liquidität entziehen. Da, wie erwähnt, eine weitere Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen der Unternehmen konjunkturpolitisch nicht zweckmäßig ist, sollte die Bundesbank diesem Liquiditätsentzug entgegenwirken.

Keinesfalls sollte ein Stabilisierungsprogramm ausschließlich aus der Emission von Steuergutscheinen oder einer Stabilisierungsanleihe bestehen. Denn soweit solche Maßnahmen lediglich zu einer Umschichtung in der Geld- und Kapitalanlage führen, stellen sie eine zusätzliche Belastung des Kapitalmarkts dar, was gegenwärtig unerwünscht ist.

19. Die Anstrengungen, mehr Geldwertstabilität zurückzugewinnen — nötigenfalls um den hohen Preis einer leichten Rezession —, wären auf längere Sicht wiederum umsonst, versäumte man, den angestrebten Stabilisierungserfolg rechtzeitig außenwirtschaftlich abzusichern. Der Sachverständigenrat kann hierzu auf seine früheren Ausführungen verweisen.

Die binnenwirtschaftlichen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung brauchen überdies weniger tiefgreifend zu sein, wenn wechselkurspolitische Maßnahmen den Wettbewerb von außen verschärfen.

20. Da die Wirtschaftspolitik kurzfristig dem beschriebenen Zielkonflikt nicht ausweichen kann, ist die abschließende vergleichende Würdigung der unter Ziffer 15 f. und 17 ff. dargestellten Strategien eine politische Entscheidung, die dem Sachverständigenrat nicht zukommt. Er hält es jedoch für seine Aufgabe darauf hinzuweisen, daß sich die beiden Strategien wesentlich hinsichtlich der Sicherheit unterscheiden, mit der jeweils erwartet werden kann, daß die angestrebten Wirkungen eintreten und die befürchteten Nebenwirkungen ausbleiben. Solche Unterschiede müssen die Abwägung mitbestimmen.

— Wir halten es für möglich, aber nicht für sehr wahrscheinlich, daß zusätzliche Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrageexpansion einen unerwünscht großen Rückgang des Beschäftigungsstandes bewirken. Sollte es aber zu einem stärkeren Beschäftigungsrückgang kommen, so bestehen bessere Möglichkeiten als je zuvor, dem rasch entgegenzuwirken; aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, aufgrund der Erfahrungen der konjunkturpolitischen Instanzen mit der Rezession 1966/67 sowie aufgrund der Liquiditätssituation der öffentlichen Hand.

— Hingegen muß es als sehr wahrscheinlich gelten, daß bei erklärter Priorität des Vollbeschäftigungsziels die Abschwächung des Preisauftriebs nicht in dem erwarteten Umfang eintritt, auch wenn sich die Beanspruchung des Produktionspotentials normalisiert. Insbesondere halten wir das Risiko für groß, daß früher oder später eine Stabilisierungskrise unvermeidlich wird, wenn nicht bald dem Prozeß der Inflationsgewöhnung glaubwürdig begegnet wird.

Unter den wirtschaftspolitischen Zielen, die das Gesetz dem Sachverständigenrat vorgibt, haben Geldwertstabilität und hoher Beschäftigungsstand gemeinsam, daß sie unter sozialen Gesichtspunkten von besonders großer Bedeutung sind. Halten die politischen Instanzen sie auch nur annähernd für gleichrangig, so müßten jetzt umgehend Maßnahmen ergriffen werden, mit denen der fortschreitenden Geldentwertung glaubwürdiger als bisher entgegengetreten wird.

★ ★ ★

21. Ein Ratsmitglied, Herr Claus Köhler, vertritt folgende Auffassung: Weitere restriktive Eingriffe der Wirtschaftspolitik sind gegenwärtig, auf Grund der sich seit einigen Monaten abzeichnenden Ent-

spannungstendenzen, nicht erforderlich. Einmal entwickelt eine Verlangsamung des Nachfrageanstiegs endogene Abschwungkräfte, die dämpfend auf den Wirtschaftsablauf wirken. Zum anderen werden, — wie im Diagnoseteil (Ziffer 10) — dargestellt wurde, die scharfen kreditpolitischen Eingriffe der Bundesbank erst in den kommenden Monaten voll spürbar. Und schließlich wird die wirtschaftliche Entwicklung auch von den fiskalpolitischen Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, nämlich Ausgabensperren und die Ansammlung von Konjunkturausgleichsrücklagen, restriktiv beeinflußt.

Es ist, wie die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik lehrt, problematisch, erst in der Spätphase der Hochkonjunktur zu bremsen. Das Zusammenwirken endogener Abschwungskräfte und wirtschaftspolitischer Restriktionen kann leicht zu einem Rückschlag führen, der weitere Fehlentwicklungen hervorruft. Diese Gefahr ist in der gegenwärtigen Situation besonders groß. Die hohen Preissteigerungen werden von hohen Kostensteigerungen begleitet. Bei einer Dämpfung der Gesamtnachfrage kann der entstehende Kostendruck einen Abschwung kumulativ verstärken. Da Kostensteigerungen nicht rückgängig zu machen sind, könnte eine solche Entwicklung von weiteren Preissteigerungen, von Unterbeschäftigung und von Wachstumsverlusten begleitet sein.

22. Zu den Fehlentwicklungen, wie sie in der Vergangenheit aufgetreten sind, hat nicht zuletzt beigetragen, daß die Wirtschaftspolitik einzelnen Zielen Priorität einräumte. So hat das Bemühen der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1965 und 1966, vor allem die Preisstabilität zu sichern, zu einer Übersteuerung geführt, die die Rezession des Jahres 1967 induzierte. Die danach hauptsächlich auf Vollbeschäftigung und Wachstum ausgerichtete Politik trug zu einem starken Aufschwung und zu den hohen Preis- und Kostensteigerungen in den Jahren 1969 und 1970 bei. Besonders beunruhigend dabei ist, daß die Amplituden der zyklischen Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und damit die Fehlentwicklung größer wurden. Die Wechselwirkung von zunehmender Fehlentwicklung und entsprechend stärkerem Einsatz des wirtschaftspolitischen Instrumentariums macht es immer schwieriger, die vom Gesetzgeber festgelegten Ziele der Preisstabilität, der Vollbeschäftigung und eines angemessenen Wachstums gleichzeitig zu erreichen.

23. Eine solche Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung läßt es zweckmäßig erscheinen, daß sich die Wirtschaftspolitik stärker einer Anti-Zyklen-Strategie zuwendet, statt Zielprioritäten zu setzen und danach zu handeln. Mit einer Anti-Zyklen-Strategie sollte angestrebt werden, Schwankungen der Gesamtnachfrage um den Wachstumspfad des Produktionspotentials zu minimieren. Nur wenn die Gesamtnachfrage und das Produktionspotential im gleichen Ausmaß fortschreiten, besteht eine Chance, die wirtschaftspolitischen Forderungen nach Preisstabilität, Vollbeschäftigung und angemessenem Wirtschaftswachstum gleichzeitig zu verwirklichen. Nur dann kann auch von den Sozialpartnern ein stabilitätskonformes Verhalten erwartet werden. Eine Anti-Zyklen-Strategie zu verfolgen, würde in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation bedeuten:

— Die Wirtschaftspolitik muß eine Übersteuerung der wirtschaftlichen Entwicklung vermeiden. Sie hätte abzuwarten, ob und wie stark die endogenen Abschwungskräfte und die bisher getroffenen fiskal- und kreditpolitischen Eingriffe sich auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

— Eine Anti-Zyklen-Strategie erfordert eine enge Kooperation zwischen Fiskalpolitik, Kreditpolitik und übriger Wirtschaftspolitik auf der Basis einer gesamtwirtschaftlichen Projektion. Bundesregierung und Bundesbank hätten sich über Indikatoren aus dem monetären Bereich und den übrigen wirtschaftlichen Bereichen zu verständigen, die einem gleichgewichtigen Wirtschaftsablauf angemessen sind und als Maßstab für wirtschaftspolitische Interventionen dienen. Eine solche Verständigung sollte rechtzeitig getroffen werden, damit rasch gehandelt werden kann, wenn die gegenwärtig vorhandenen Entspannungstehdenzen in den kommenden Monaten sich mehr verstärken sollten, als es für ein gleichgewichtiges Wachstum vertretbar ist, oder wenn andere Einflüsse, so zum Beispiel eine erneute Belebung der Auslandsnachfrage, zu einer expansiven Entwicklung führen sollte.

Es ist mit keiner Strategie möglich, aus einem starken Ungleichgewicht, wie es gegenwärtig besteht, direkt zum Gleichgewichtspfad zurückzufinden. Es wäre aber bereits ein Erfolg, wenn es durch eine Anti-Zyklen-Strategie gelänge, die Amplituden der Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung spürbar zu verringern.

24. Zur Lösung konjunktureller Probleme kann eine außenwirtschaftliche Absicherung nicht entscheidend beitragen. Wegen der damit außerdem verbundenen Nachteile, insbesondere der Behinderung des internationalen Kapitalverkehrs und der Integrationsbemühungen, ist sie weder notwendig noch zweckmäßig.

VI.

DER SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DER VORSITZENDE

Wiesbaden, 14. November 1970

An den
Präsidenten des
Statistischen Bundesamtes
Herrn Dipl.-Kfm. Patrick Schmidt

6200 Wiesbaden
Stresemann-Ring 11

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seinem gesetzlichen Auftrag gemäß hat der Sachverständigenrat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu analysieren und diejenigen wirtschaftspolitischen Alternativen zu erarbeiten, die geeignet sind, konjunkturelle Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Urteilsbildung des Sachverständigenrates würde wesentlich erleichtert, wenn er besser als bisher über den gegenwärtigen und den zukünftigen Expansionsspielraum der deutschen Volkswirtschaft, also über das Produktionspotential und seine voraussichtliche Entwicklung informiert wäre. Die wirtschaftspolitische Konzeption, die der Sachverständigenrat seinen Urteilen über die Chancen einer Stabilisierungspolitik zugrundelegt, ist in ihren wesentlichen Elementen an der mittelfristigen Entwicklung des Produktionspotentials ausgerichtet.

Für die Berechnung des Produktionspotentials sind genaue Daten über das volkswirtschaftliche Anlagevermögen, seine Struktur und seine Veränderungen unentbehrliche Voraussetzung. Deswegen hat der Sachverständigenrat bereits in seinem Jahresgutachten 1968/69 (Anhang IV) auf die Notwendigkeit verwiesen, eine Anlagevermögensrechnung für die wichtigsten Sektoren der deutschen Volkswirtschaft durch das Statistische Bundesamt zu erstellen und zu veröffentlichen.

Der Sachverständigenrat, der sich bisher auf einschlägige Arbeiten der Wirtschaftsforschungsinstitute stützte, sah sich in diesem Jahr wegen der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes auf eine neue Preisbasis erstmals veranlaßt, auf diesem Gebiet selbst Berechnungen anzustellen.

Dem Sachverständigenrat ist bekannt, daß das Statistische Bundesamt seit Jahren bemüht ist, eine derartige Vermögensrechnung laufend zu erstellen und auch schon gewisse Fortschritte erzielt hat, aber offenbar nicht über die notwendigen finanziellen und personellen Mittel verfügt. Wir nehmen daher den Zwang zu eigenen Berechnungen zum Anlaß, an Sie die Bitte zu richten, sich weiterhin nachdrücklich um die Erstellung und Veröffentlichung einer nach Sektoren und Investitionsgüterarten gegliederten Anlagevermögensrechnung zu bemühen.

Der Sachverständigenrat ist bereit, Ihre Bemühungen in der ihm zustehenden Form zu unterstützen. Es ist als gewiß anzusehen, daß die laufende Veröffentlichung einer Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögens durch das Statistische Bundesamt von den wirtschaftspolitischen Instanzen, den großen sozialen Gruppen und auch von der Fachwissenschaft als eine wesentliche Bereicherung der statistischen Informationsquellen begrüßt würde.

Mit verbindlicher Empfehlung

Prof. Dr. Kloten

VII.

Düsseldorf, den 7. Oktober 1970

DGB-Zielprojektion 1971 bis 1975

Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland

Zum zweiten Mal legt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Zielprojektion vor. Sie stellt eine Konzeption für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der nächsten fünf Jahre dar.

Die Projektion zeigt, bis wann und in welchem Umfang die gewerkschaftlichen Forderungen während dieser Zeit verwirklicht werden können. Sie geht davon aus, daß jede Wirtschaftspolitik bestrebt sein muß, das Preisniveau zu stabilisieren, die Arbeitsplätze zu sichern, ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten und die Außenwirtschaft im Gleichgewicht zu halten. Die DGB-Projektion macht deutlich, welche wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen dazu notwendig sind. Schließlich gibt sie Aufschluß über die Auswirkungen, die in allen Bereichen der Wirtschaft zu erwarten sind, wenn die gewerkschaftlichen Ziele erreicht werden. Basis der mittelfristigen Planung ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Gestützt auf das Stabilitätsgesetz veröffentlicht die Bundesregierung seit vier Jahren ihre wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Zielvorstellungen und beschreibt deren wahrscheinliche Auswirkungen. Dabei bedient sie sich ebenfalls einer in sich schlüssigen Gesamtrechnung. Die Bundesregierung kommt damit der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Nationalbudget entgegen. Sie schafft zugleich eine Voraussetzung für eine sachlich fundierte öffentliche Diskussion ihrer Absichten. In diesem demokratischen Dialog können die großen Verbände der sozialen Gruppen nur sinnvoll mitwirken, wenn auch sie bereit sind, aus ihren Zielsetzungen kein Geheimnis zu machen. Die Gewerkschaften haben nichts zu verbergen. Sie legen ihre Karten offen auf den Tisch und hoffen, daß sich die Verbände der Unternehmer diesem Vorgehen anschließen.

Mit seiner ersten Zielprojektion vom Herbst 1969 konnte der DGB die wirtschaftspolitische Diskussion wirksam beeinflussen. Der Sachverständigenrat bestätigte damals die gesamtwirtschaftlichen Chancen, die der DGB errechnet hatte. Auch die Bundesregierung machte sich in ihren Zielen für 1970 viele Vorstellungen zu eigen, die der DGB zuvor in seiner Zielprojektion entwickelte. Zwar gab sich die Regierung mit einem schwächeren Wirtschaftswachstum zufrieden und hielt eine stärkere Teuerung für unvermeidlich. Einig aber war sie sich mit den Gewerkschaften in dem Bestreben, den erreichten Beschäftigungsgrad zu erhalten und die reale Kaufkraft, also den Lebensstandard des Arbeitnehmers, um etwa 8 Prozent zu verbessern.

Den wirtschaftspolitischen Anregungen des DGB vermochte die Bundesregierung ebenfalls weitgehend zuzustimmen. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt schuf sie mit der DM-Aufwertung die entscheidende Voraussetzung zur Begrenzung der Außenhandelsüberschüsse und zur Abwehr der Auslandsinflation. Sie hielt die öffentlichen Tarife im großen und ganzen stabil. Darüber hinaus stellte sie zu Anfang des Jahres u. a. die Erhöhung des steuerlichen Freibetrages für Arbeitnehmer in Aussicht.

Im Rückblick auf 1970 kann festgestellt werden, daß diese Ziele in bezug auf Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht durchaus erreicht worden sind. Selbst die Kaufkrafterhöhung der Arbeitnehmer näherte sich der Zielsetzung von 8 Prozent fast auf die Kommastelle. Die Gewerkschaften haben mit dieser Kaufkraftverbesserung den Lohnrückstand aus den Jahren 1968/69 spürbar verringert. Gegenüber 1966 belief sich die Kaufkrafterhöhung je Selbständigen auf 25½, die Kaufkrafterhöhung je Arbeitnehmer auf 17½ Prozent. Der Rückstand der Arbeitnehmer beträgt also jetzt 8 Punkte nach noch 17 Punkten in 1969. Der Lebensstandard der Arbeitnehmer ist 1970 in einem Umfang gestiegen wie kaum jemals zuvor seit dem Kriege:

Jahr	Bruttolohn-erhöhung je Arbeit-nehmer in vH	Nettolohn-erhöhung je Arbeit-nehmer in vH	Reallohn-erhöhung je Arbeit-nehmer (= Erhöhung des Lebens-standards) in vH
1955	7,9	7,7	6,0
1956	7,9	7,6	5,0
1957	5,2	5,7	3,6
1958	6,7	5,8	3,5
1959	5,4	5,6	4,6
1960	9,3	7,9	6,4
1961	10,2	9,3	6,8
1962	9,0	8,5	5,4
1963	6,1	5,6	2,5
1964	8,9	8,3	5,8
1965	9,0	9,9	6,3
1966	7,2	5,8	2,2
1967	3,2	2,8	1,1
1968	6,1	4,7	2,8
1969	9,2	7,4	4,7
1970 [1])	14,3	12,2	7,9

[1]) Vorausschätzung nach den Ergebnissen des 1. Halbjahres.

Die erfolgreiche Tarifpolitik der Gewerkschaften hat diese beachtliche Kaufkraftverbesserung ermöglicht. Bei ihren Lohnabschlüssen mußten die Gewerkschaften allerdings die über Erwarten starken Preiserhöhungen berücksichtigen. Anders wäre die gewünschte Kaufkraftverbesserung nicht durchzusetzen gewesen.

Die Unternehmer waren 1970 bemüht, die während der Gewinnexplosion 1968/69 übermäßig ausgeweiteten Gewinnspannen mit Hilfe von Preiserhöhungen aufrechtzuerhalten. Auch nach der Aufwertung boten die binnenwirtschaftlichen Wettbewerbsmängel Gelegenheit, auf dem Markt die Preise zu nehmen, die man wollte. Eine Preisstabilisierung war damit ohne Verzicht auf den angestrebten Abbau des Lohnrückstandes nur durch Verschärfung des Wettbewerbs zu erzwingen. Eben dies hatte der DGB wiederholt gefordert und die Bundesregierung zunächst auch beabsichtigt. Bedauerlicherweise machte es der Widerstand der Unternehmer unmöglich, diese allein erfolgversprechende Stabilisierungspolitik in die Tat umzusetzen. Ersatzmaßnahmen blieben in bezug auf die Preise erwartungsgemäß ohne Wirkung. Das gilt für die von der Bundesbank forcierte Verteuerung und Verknappung der Kredite wie für die Nachfragedämpfung durch Steuerabschöpfung. Sofern diese Maßnahmen bis in das nächste Jahr hinein aufrechterhalten werden, gefährden sie aber den wirtschaftlichen Fortschritt und damit die politische Stabilität unseres Landes.

Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungschancen der Bundesrepublik müssen auch künftig voll ausgeschöpft werden. Das wird nach Überzeugung des DGB nur gelingen, wenn Bundestag und Bundesregierung folgende Zielsetzungen aktiv unterstützen:

1. Sicherung der Vollbeschäftigung
2. Stabilisierung des Preisniveaus bei Wahrung eines stetigen Wirtschaftswachstums.
3. Verbesserung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer. Dazu ist notwendig:
   a) Das aus dem letzten Konjunkturaufschwung fortdauernde Ungleichgewicht der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer ist bis 1973 restlos zu beseitigen.
   b) In den darauffolgenden Jahren sind die Einkommensverhältnisse in wirtschaftlich vertretbaren Schritten zugunsten der Arbeitnehmer und im Interesse größerer Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern.
4. Verkürzung der Arbeitszeit: entsprechend den gestiegenen Leistungsanforderungen an die Arbeitnehmer.
5. Verbesserte Sparmöglichkeiten für Arbeitnehmer.

Diese Zielsetzungen entsprechen einer optimalen Steigerung des Lebensstandards bei gleichzeitiger Sicherung der zukunftsorientierten Gemeinschaftsaufgaben. Um sie zu erreichen, sind nach Auffassung des DGB folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

1. Zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum:

a) Umgehende Verbilligung der Kredite und Ausweitung der Kreditmöglichkeiten für die Wirtschaft.

b) Verzicht auf Kürzungen der für 1971 vorgesehenen Bundesausgaben und Einleitung der Reformen in der Bildungs- und Infra-Strukturpolitik.

c) Umgehende Aufhebung der Steuervorauszahlungen und Rückerstattung der bereits einbehaltenen Zuschläge noch im Jahre 1971.

2. Zur Stabilisierung des Preisniveaus:

a) Vorübergehende Bindung der Mieten und Unterbindung der Bodenspekulation. Verstärkte Förderung des Wohnungsbaus.

b) Ausweitung und Sicherung des unternehmerischen Wettbewerbs, insbesondere durch das Verbot der Preisbindung und durch Einführung einer vorherigen Genehmigungspflicht für Unternehmenszusammenschlüsse.

c) Gestaltung öffentlicher Tarife nach gemeinnützigen Grundsätzen.

d) Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen mit vorbildlicher Preisgestaltung.

Der DGB geht von der Voraussetzung aus, daß auch andere Länder sich verstärkt um Preisstabilität bemühen und damit zu einer weltweiten Beruhigung des Preisklimas beitragen.

3. Zur Verbesserung der Einkommensverteilung in Ergänzung der Lohnpolitik:

a) Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages im Jahre 1971.

b) Verdoppelung des Weihnachtsfreibetrages für Arbeitnehmer im Jahre 1972.

c) Weitere Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages auf 720 DM im Jahre 1973.

Anstelle der letzten beiden Maßnahmen würde der DGB einer automatischen Steuerfreiheit der Sozialabzüge (steuerlicher Vorwegabzug) dann den Vorzug geben, wenn diese Verbesserung bereits Anfang 1973 wirksam würde. Sie brächte den Arbeitnehmern insgesamt eine gleichwertige Steuerentlastung. Lohnsteuer-Jahresausgleich und Lohnsteuerermäßigung würden aber gleichzeitig erheblich vereinfacht.

4. Zur Verkürzung der Arbeitszeit in Ergänzung der tariflichen Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit:

Besonders wichtig ist, den Jahresurlaub zu verlängern und das Rentenalter vorzuverlegen. Das erfordert in Ergänzung der Tarifpolitik die Einführung einer variablen Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Jedem Arbeitnehmer soll vom 60. Lebensjahr an die Wahl zwischen weiterer Erwerbstätigkeit oder Rentenbezug freistehen.

5. Zur Ersparnisbildung der Arbeitnehmer:

Reform der Sparförderung, die Begünstigungen für höhere Einkommen wirksam begrenzt, Begünstigungen für niedrige Einkommen weiter verbessert und die Förderung der verschiedenen Sparformen vereinheitlicht und übersichtlicher gestaltet.

Wenn die gewerkschaftlichen Ziele erreicht werden, so ergeben sich damit die in den Tabellen I bis IV im einzelnen dargestellten Entwicklungsabläufe. Sie beinhalten u. a.:

Die Arbeitslosenquote kann auf ihrem gegenwärtigen Stand gehalten werden.

Die Zahl der beschäftigten Ausländer wird von heute knapp 2 Millionen auf schließlich über 2½ Millionen zunehmen. Der weitere Anstieg der Ausländerbeschäftigung ist aufgrund unserer ungünstigen inländischen Altersstruktur bis zum Jahre 1975 zwangsläufig, wenn die Gefahr wirtschaftlicher Rückschläge vermieden werden soll. Das erfordert verstärkte Anstrengungen zur sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer.

Das reale Wirtschaftswachstum kann durchschnittlich 5 vH pro Jahr erreichen. 1971 werden die längerfristig gegebenen Möglichkeiten allerdings auch bei aktiver Konjunkturpolitik nicht mehr voll ausgeschöpft werden können.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten kann mittelfristig auf durchschnittlich 2 vH pro Jahr begrenzt werden.

Im Rahmen der angestrebten Entzerrung der Einkommen ist der Zuwachs der Löhne zu Lasten der Unternehmereinkommen größer als der Zuwachs des Sozialprodukts.

Das Realeinkommen — und damit Kaufkraft und Lebensstandard je Arbeitnehmer — würde sich 1971 um etwa 6 vH und in den darauffolgenden Jahren um jeweils durchschnittlich 5 vH verbessern. Die stärkere Ausweitung der Kaufkraft 1971 berücksichtigt die besonderen konjunkturellen Erfordernisse. Sie soll mit Hilfe von Steuerentlastungen erreicht werden.

Nach Beseitigung des Ungleichgewichts in der Einkommensverteilung würde sich ab 1974 das Realeinkommen je Arbeitnehmer mit einer um ein Zehntel größeren Zuwachsrate verbessern als das Realeinkommen je Selbständigen.

Der Anteil der öffentlichen Infrastruktur-Investitionen an den volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen würde sich von heute 15½ auf 20½ vH erhöhen.

I. Entstehung des Sozialprodukts

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Erwerbsbevölkerung in Tsd.	27 207	27 290	27 415	27 545	27 680	27 815
Inländer	25 432	25 355	25 100	25 100	25 120	25 140
Ausländer	1 775	1 935	2 318	2 445	2 560	2 675
Arbeitslose in Tsd.	147	155	155	155	155	155
Arbeitslosenquote (%)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Erwerbstätige in Tsd.	27 060	27 135	27 260	27 390	27 525	27 660
Zunahme (%)	+0,9	+0,3	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5
Arbeitnehmer in Tsd.	22 260	22 426	22 640	22 860	23 080	23 300
Selbständige in Tsd.	4 800	4 709	4 620	4 530	4 445	4 360
Veränderung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (%)	−0,2	−0,3	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5
Zunahme der Arbeitsproduktivität [1] (%)	+4,3	+4,0	+5,0	+5,0	+5,0	+5,0
Zunahme des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen (%)	+5,0	+4,0	+5,0	+5,0	+5,0	+5,0
Bruttosozialprodukt zu laufenden Preisen in Mrd. DM	671,5	722,0	776,0	834,5	897,0	964,5
Zunahme (%)	+11,5	+7,5	+7,5	+7,5	+7,5	+7,5
Preisniveauanstieg des Privatverbrauchs (%)	+4,0	+3,0	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0

[1] Produktion je Erwerbstätigenstunde.

II. Einkommensverteilung brutto

(in Mrd. DM)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit [1]	343,1	378,7	412,7	450,0	490,6	534,8
dto. Zuwachs (%)	+16,1	+10,4	+9,0	+9,0	+9,0	+9,0
Private Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]	237,0	245,3	258,9	273,2	288,3	304,2
dto. Zuwachs (%)	+8,1	+3,5	+5,5	+5,5	+5,5	+5,5
Staatliche Unternehmer- und Vermögenseinkommen [3]	7,3	7,5	7,9	8,4	8,9	9,5
Indirekte Steuern ./. Subventionen	84,0	90,5	96,5	102,9	109,2	116,0
Bruttosozialprodukt	671,5	722,0	776,0	834,5	897,0	964,5

[1] Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich gesetzlicher Sozialabgaben der Arbeitgeber.
[2] Einschließlich Abschreibungen und etwaige freiwillige Sozialleistungen.
[3] Einschließlich Abschreibungen.

III. Einkommensverteilung netto

(Mrd. DM)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
1. Nettolöhne und -gehälter	235,5	259,9	280,3	303,4	327,5	353,2
dto. Zuwachs (%)	*+13,9*	*+10,4*	*+7,9*	*+8,2*	*+7,9*	*+7,9*
2. Öffentliche Einkommensübertragungen [1]	84,0	89,9	97,1	106,3	115,9	125,8
3. Masseneinkommen (1 + 2)	319,5	349,8	377,4	409,7	443,4	479,0
4. Private Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]	207,7	216,8	228,6	241,3	254,5	268,4
dto. Zuwachs (%)	*+8,2*	*+4,4*	*+5,5*	*+5,5*	*+5,5*	*+5,5*
5. Private Nettoeinkommen insgesamt (3 + 4)	527,2	566,6	606,0	651,0	697,9	747,4
⁄ nicht zurechenbare Steuern u. ä. [3]	10,0	10,5	11,0	11,5	12,0	12,5
6. Verfügbares Staatseinkommen	154,3	165,9	181,0	195,0	211,1	229,6
Bruttosozialprodukt	671,5	722,0	776,0	834,5	897,0	964,5

[1] Renten und Pensionen, Kranken-, Arbeitslosen- und Kindergeld, Sozialhilfe u. a. m.
[2] Einschließlich staatlicher Vermögensübertragungen an Unternehmen und Private, private Abschreibungen und etwaige freiwillige Sozialleistungen.
[3] Steuern im Zusammenhang mit dem Privatverbrauch, Strafen und Gebühren u. a. sowie private Übertragungen ins Ausland, jedoch ohne Zinsen auf Konsumentenschulden.

IV. Verwendung des Sozialprodukts

(Mrd. DM)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Privatverbrauch	371,3	404,6	433,6	467,0	501,3	538,1
dto. Zuwachs (%)	*11,3*	*9,0*	*7,2*	*7,7*	*7,3*	*7,3*
Staatsverbrauch	104,0	115,4	125,8	137,1	149,5	162,9
dto. Zuwachs (%)	*11,0*	*11,0*	*9,0*	*9,0*	*9,0*	*9,0*
Anlageinvestitionen	175,5	183,3	196,1	209,8	224,4	240,0
dto. Zuwachs (%)	*20,0*	*4,5*	*7,0*	*7,0*	*7,0*	*7,0*
Vorratsinvestitionen	9,7	7,7	9,1	9,2	9,8	10,5
Außenbeitrag	11,0	11,0	11,4	11,4	12,0	13,0
Bruttosozialprodukt	671,5	722,0	776,0	834,5	897,0	964,5

VIII.

Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, . . ., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t + K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y^*_t	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P^*_t	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
k^*_t	von Auslastungsschwankungen bereinigte (trendmäßige) Kapitalproduktivität
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (JG 68 Anhang IV).

$$P^*_t = \frac{k^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

Die Schätzwerte für die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität werden mit Hilfe einer linearen Trendfunktion aus den Logarithmen der statistisch gemessenen Kapitalproduktivitäten errechnet:

$$\log k^*_t = a_0 + a_1 \log k_t + u_t$$

Die Trendfunktion wird soweit parallel verschoben, bis sie durch den höchsten im Beobachtungszeitraum festgestellten Wert der statistisch gemessenen Kapitalproduktivität verläuft (1969). Da die Produktionskapazitäten im Jahresdurchschnitt 1969 stärker ausgelastet waren als im Jahre 1960, wurde an die Stelle der Kapitalproduktivität des Jahres 1960 als bisheriger Bezugsgröße die des Jahres 1969 gesetzt.

Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich aus der Relation:

$$\lambda_t = \frac{k_t}{k^*_t} = \frac{Y_t}{Y^*_t}$$

4. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Sachverständigenrat geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum 1. 1. 1972 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1970 um 12,8 vH und 1971 um 1,3 vH zunehmen.

   — Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das quasilogistischen Verteilungsfunktionen ähnelt.

   — Die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität wurde bestimmt aus den Trendwerten für die Periode 1960 bis 1969.

Zur Berechnung des Gesamtindikators

1. Der Gesamtindikator wird aus zwölf Einzelreihen berechnet, die hauptsächlich nach folgenden vier Gesichtspunkten ausgesucht wurden:

   — Die Monatswerte der Reihen müssen relativ schnell, spätestens sechs Wochen nach dem Referenzmonat, vorliegen.

   — Die Reihen müssen konjunkturell schwanken, brauchen aber nicht in jedem Zyklus dasselbe Muster zu haben.

   — Die Reihen dürfen keine Wachstumsbeschleunigung oder -verlangsamung aufweisen, das heißt die Veränderungsraten im Vorjahresvergleich müssen um einen linearen Trend schwanken, der die Steigerung Null hat.

   — Damit der Gesamtindikator ein repräsentatives Bild gibt, müssen die Reihen wichtige

Aggregate der konjunkturellen Entwicklung erfassen wie Konsumgüternachfrage, Investitionsgüternachfrage, Lagerhaltung, Komponenten des Angebots, Kostenentwicklung, Geldversorgung und Arbeitsmarkt [1]) (Tabelle 26).

2. Der Gesamtindikator arbeitet grundsätzlich nach dem Prinzip eines Diffusionsindex, unterscheidet sich aber von dessen gebräuchlicher Fassung durch die Umwandlung quantitativer in qualitative Information. Dabei werden die in den Einzelreihen enthaltenen Informationen auf folgende Weise zum Gesamtindikator zusammengefaßt [2]). Für die Einzelreihen werden Normwerte sowie obere und untere Toleranzgrenzen festgesetzt, die sich (mit Ausnahme von zwei Reihen) auf Veränderungsraten im Vorjahresvergleich beziehen. Jeder Einzelreihe wird in jedem Monat entweder die Zahl 1, 2, 3 oder 4 zugeordnet nach folgendem Prinzip:

   4 wenn der Wert der betreffenden Reihe die obere Toleranzgrenze erreicht oder überschritten hat,

   3 wenn der Wert der betreffenden Reihe zwischen Normwert und oberer Toleranzgrenze liegt,

   2 wenn der Wert der betreffenden Reihe zwischen Normwert und unterer Toleranzgrenze liegt und

   1 wenn der Wert der betreffenden Reihe die untere Toleranzgrenze erreicht oder unterschritten hat.

3. Aus den den Einzelreihen zugeordneten Zahlen wird das arithmetische Mittel berechnet, das den Wert des Gesamtindikators für den betreffenden Monat darstellt. Für die Berechnung wurden die Veränderungsraten im Vorjahresvergleich für die meisten Reihen durch gleitende Drei-Monats-Durchschnitte geglättet. Das bedeutet einen zusätzlichen Informations-Lag von einem Monat. Damit ist der Monatswert des Gesamtindikators zehn Wochen nach dem Referenzmonat verfügbar.

Tabelle 26

Zusammensetzung des Gesamtindikators

	Obere Toleranzgrenze	Normwert	Untere Toleranzgrenze
Auftragseingang aus dem Inland, Verbrauchsgüterindustrien	10,0	6,0	4,0
Auftragseingang aus dem Inland, Investitionsgüterindustrien	14,0	11,3	8,0
Auftragseingang, Maschinenbau	17,0	12,3	10,0
Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie [1]) [2]) [3])	−3,0	0	5,0
Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien [1]) [2]) [3])	−3,0	0	3,0
Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)	10,0	9,2	8,5
Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	9,0	7,0	6,0
Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	8,0	7,2	6,0
Geldvolumen [4])	7,5	7,0	6,5
Kurzfristige Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen [4])	8,0	7,4	7,0
Zahl der Arbeitslosen [2])	−4,0	0	3,0
Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft) [4])	7,0	6,7	6,0

[1]) Toleranzgrenzen in bezug auf Ursprungswerte festgesetzt.
[2]) Toleranzgrenzen invers definiert.
[3]) Quelle: Ifo.
[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.

4. In der dargestellten Version sind die Toleranzgrenzen relativ eng um die Normwerte gruppiert. Der Sachverständigenrat hat mehrere Varianten von Toleranzgrenzen durchgerechnet und dabei festgestellt, daß der Gesamtindikator relativ unempfindlich gegenüber Veränderungen der Toleranzgrenzen reagiert, das heißt die Wahl der Toleranzgrenzen beeinflußt nicht die angezeigte Tendenz.

[1]) Die Auslandsnachfrage wurde nicht in den Gesamtindikator eingeführt, da sie — wie alle untersuchten außenwirtschaftlich bestimmten Variablen — keine Schwankungen aufweist, die hinreichend gut mit dem Konjunkturverlauf korrespondieren. Die Auslandsnachfrage wird jedoch auf folgende Weise berücksichtigt: Der Auftragseingang im Maschinenbau enthält die Inlands- und Auslandsbestellungen; außerdem werden zwei weitere der verwendeten Reihen, nämlich die Nettoproduktion in der verarbeitenden Industrie und die Nettoproduktion in den Investitionsgüterindustrien, von der Nachfrage aus dem Ausland mit beeinflußt.

[2]) Es handelt sich bei der dargestellten Methode um eine modifizierte Version eines Verfahrens, das von der japanischen Economic Planning Agency verwendet wird.

IX.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ..... Seite 129
Tabellenteil ..... Tabellen 27—71

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
—	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
—	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in

jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 27

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige			Registrierte Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
				insgesamt	darunter Abhängige			
					zusammen	dar. nichtdeutsche Arbeitnehmer [2]		
	1000		vH	1 000				vH
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	1 221	7,1
1955 [4]	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 531	167	476	2,5
1960	52 183	25 043	48,0	24 808	19 067	.	235	1,2
1960	55 433	26 511	47,8	26 240	20 252	279	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	181	0,9
1962	56 938	26 938	47,3	26 783	21 053	629	155	0,7
1963	57 587	27 066	47,0	26 880	21 303	773	186	0,9
1964	58 266	27 148	46,6	26 979	21 547	902	169	0,8
1965	59 012	27 300	46,3	27 153	21 841	1 119	147	0,7
1966	59 638	27 243	45,7	27 082	21 870	1 244	161	0,7
1967	59 873	26 751	44,7	26 292	21 180	1 014	459	2,1
1968	60 184	26 665	44,3	26 342	21 330	1 019	323	1,5
1969	60 848	27 001	44,4	26 822	21 920	1 366	179	0,8
1962 1. Hj.	56 752	26 887	47,4	26 690	20 917	570	197	0,9
2. Hj.	57 124	26 988	47,2	26 875	21 188	688	113	0,5
1963 1. Hj.	57 403	27 017	47,1	26 770	21 160	734	247	1,2
2. Hj.	57 771	27 114	46,9	26 990	21 445	812	124	0,6
1964 1. Hj.	58 061	27 054	46,6	26 833	21 364	840	221	1,0
2. Hj.	58 471	27 242	46,6	27 125	21 730	964	117	0,5
1965 1. Hj.	58 811	27 215	46,3	27 022	21 682	1 053	193	0,9
2. Hj.	59 212	27 385	46,2	27 284	22 000	1 184	101	0,5
1966 1. Hj.	59 481	27 253	45,8	27 084	21 839	1 222	169	0,8
2. Hj.	59 794	27 233	45,5	27 080	21 901	1 266	153	0,7
1967 1. Hj.	59 824	26 806	44,8	26 270	21 140	1 049	536	2,5
2. Hj.	59 922	26 697	44,6	26 314	21 220	978	383	1,8
1968 1. Hj.	60 036	26 548	44,2	26 099	21 077	955	449	2,1
2. Hj.	60 333	26 783	44,4	26 585	21 583	1 083	198	0,9
1969 1. Hj.	60 645	26 841	44,3	26 599	21 687	1 241	242	1,1
2. Hj.	61 051	27 160	44,5	27 045	22 153	1 490	115	0,5
1970 1. Hj.	61 360	27 208	44,3	27 022	22 210	...	186	0,8

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose).
[4] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 28

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [5]		Übrige Bereiche [4] [5]	
	Selbständige [6]	Abhängige	Erwerbstätige							
			insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige
1950 [7]	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [7]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956 [7]	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957 [7]	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958 [7]	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959 [7]	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960 [7]	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,8	2,0	47,7	43,5	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4
1968	19,0	81,0	10,0	1,2	47,4	44,1	17,9	14,2	24,8	21,5
1969	18,3	81,7	9,4	1,1	48,2	45,0	17,6	14,1	24,7	21,5

[1] Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[5] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 29

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
			insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,07	20,22	257,20	19,70	200,42	37,08	96,55	69,35	44,77	7,98
1968 [7]	539,18[a]	20,47	288,31	22,42	226,18	39,71	102,54	75,47	47,75	8,44
1969	602,60[a]	21,80	327,33	24,38	259,88	43,07	111,56	84,68	53,80	9,23
1960 1. Hj.	142,16	8,08	77,03	7,88	59,62	9,53	27,77	16,35	10,53	2,40
2. Hj.	160,39	9,23	87,66	8,07	67,93	11,66	31,54	18,09	11,31	2,56
1961 1. Hj.	159,41	8,88	86,52	7,96	67,37	11,19	30,26	19,07	12,11	2,57
2. Hj.	174,04	8,60	95,53	8,08	73,99	13,46	33,91	20,43	12,84	2,73
1962 1. Hj.	172,65	8,85	93,26	8,10	72,63	12,53	33,65	20,93	13,18	2,78
2. Hj.	188,26	8,91	102,90	8,48	79,05	15,37	37,26	22,11	14,15	2,93
1963 1. Hj.	181,24	9,06	95,90	8,62	74,89	12,39	35,70	22,89	14,73	2,96
2. Hj.	203,53	9,85	109,93	8,83	83,45	17,65	40,37	24,58	15,60	3,20
1964 1. Hj.	200,24	10,33	107,17	8,85	82,84	15,48	38,60	25,21	15,82	3,11
2. Hj.	221,90	10,06	120,22	9,22	91,91	19,09	43,80	27,06	17,36	3,40
1965 1. Hj.	221,11	10,22	119,65	9,39	93,80	16,46	41,63	28,24	18,03	3,34
2. Hj.	240,91	9,47	130,42	9,54	100,72	20,16	47,33	30,32	19,73	3,64
1966 1. Hj.	238,79	10,25	128,22	9,81	100,01	18,40	45,37	31,34	19,97	3,64
2. Hj.	253,31	10,46	133,90	9,79	103,11	21,00	49,34	33,37	22,25	3,99
1967 1. Hj.	238,18	10,47	122,90	9,67	95,93	17,30	45,56	33,69	21,71	3,85
2. Hj.	257,89	9,75	134,30	10,03	104,49	19,78	50,99	35,66	23,06	4,13
1968 1. Hj.	253,61[a]	9,88	134,16	10,85	105,61	17,70	47,86	36,58	22,80	4,03
2. Hj. [7]	285,57[a]	10,59	154,15	11,57	120,57	22,01	54,68	38,89	24,95	4,41
1969 1. Hj.	282,16[a]	10,99	151,60	11,82	121,26	18,52	51,88	41,09	25,06	4,34
2. Hj.	320,44[a]	10,81	175,73	12,56	138,62	24,55	59,68	43,59	28,74	4,89
1970 1. Hj.	319,80[a]	11,39	172,87	13,48	137,62	21,77	57,30	46,58	29,45	5,01

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 29

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum	
in Preisen von 1962											
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960	
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961	
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962	
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963	
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964	
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965	
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966	
431,89	20,20	236,44	18,38	184,38	33,68	82,57	53,61	33,11	5,96	1967	
462,21	21,06	258,97	19,78	204,17	35,02	86,76	55,00	34,35	6,07	1968	[7]
499,09	21,56	285,78	21,45	228,02	36,31	93,64	56,95	34,98	6,18	1969	
156,02	8,11	83,31	7,85	64,22	11,24	30,41	19,16	12,06	2,97	1960	1. Hj.
172,57	10,06	92,78	8,05	71,28	13,45	34,55	19,89	12,40	2,89		2. Hj.
168,10	9,77	90,41	7,97	69,76	12,68	32,02	20,26	12,80	2,84	1961	1. Hj.
178,96	8,58	97,60	8,10	75,30	14,20	35,75	21,09	13,11	2,83		2. Hj.
174,15	8,79	94,11	8,15	73,21	12,75	33,65	21,17	13,57	2,86	1962	1. Hj.
186,76	8,97	102,05	8,43	78,47	15,15	37,26	21,87	13,76	2,85		2. Hj.
176,84	8,91	94,58	8,54	74,11	11,93	34,28	22,04	14,14	2,89	1963	1. Hj.
196,44	9,77	107,71	8,66	82,40	16,65	38,70	22,95	14,40	2,91		2. Hj.
190,81	10,27	104,25	8,81	81,14	14,30	35,73	23,04	14,63	2,89	1964	1. Hj.
207,69	9,86	115,95	9,12	89,45	17,38	40,41	23,83	14,73	2,91		2. Hj.
203,65	9,61	113,63	9,11	89,63	14,89	37,87	24,48	15,17	2,89	1965	1. Hj.
217,38	8,27	122,57	9,17	95,40	18,00	42,82	25,24	15,57	2,91		2. Hj.
212,05	9,09	118,80	9,45	93,25	16,10	39,66	25,65	15,91	2,94	1966	1. Hj.
220,96	9,24	123,36	9,44	95,33	18,59	42,84	26,42	16,15	2,95		2. Hj.
207,27	10,02	112,71	9,04	88,29	15,38	38,78	26,35	16,45	2,96	1967	1. Hj.
224,62	10,18	123,73	9,34	96,09	18,30	43,79	27,26	16,66	3,00		2. Hj.
219,35	10,77	121,00	9,61	95,72	15,67	40,35	27,11	17,10	3,02	1968	1. Hj.
242,86	10,29	137,97	10,17	108,45	19,35	46,41	27,89	17,25	3,05		2. Hj. [7]
238,10	10,84	135,35	10,49	108,90	15,96	43,40	28,10	17,34	3,07	1969	1. Hj.
260,99	10,72	150,43	10,96	119,12	20,35	50,24	28,85	17,64	3,11		2. Hj.
251,40	10,79	144,04	11,34	116,61	16,09	46,32	29,20	17,93	3,12	1970	1. Hj.

[7] Vorläufige Ergebnisse.

a) Die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuern auf Investitionen in der Gesamtwirtschaft, vermindert um die Investitionssteuer, überhöht; diese Differenz läßt sich nicht auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilen.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 30

Sozialprodukt und

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [1] abzügl. Subventionen [2]	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967 [3]	496,07	−1,47	494,60	53,80	440,80	65,71	375,09
1968 [3]	539,18	−0,68	538,50	57,40	481,10	65,78	415,32
1969 [3]	602,60	−0,40	602,20	63,72	538,48	80,53	457,95
1960 1. Hj.	142,16	+0,04	142,20	12,43	129,77	19,55	110,22
2. Hj.	160,39	−0,29	160,10	13,30	146,80	21,32	125,48
1961 1. Hj.	159,41	−0,21	159,20	14,12	145,08	21,90	123,18
2. Hj.	174,04	−0,64	173,40	15,14	158,26	23,43	134,83
1962 1. Hj.	172,65	−0,25	172,40	16,24	156,16	23,82	132,34
2. Hj.	188,26	−0,56	187,70	17,24	170,46	25,35	145,11
1963 1. Hj.	181,24	−0,44	180,80	18,17	162,63	24,76	137,87
2. Hj.	203,53	−0,33	203,20	19,02	184,18	26,29	157,89
1964 1. Hj.	200,24	−0,64	199,60	20,03	179,57	26,89	152,68
2. Hj.	221,90	−0,60	221,30	21,14	200,16	28,59	171,57
1965 1. Hj.	221,11	−1,01	220,10	22,58	197,52	29,15	168,37
2. Hj.	240,91	−0,61	240,30	23,63	216,67	29,79	186,88
1966 1. Hj.	238,79	−0,69	238,10	24,85	213,25	31,53	181,72
2. Hj.	253,31	−0,71	252,60	25,83	226,77	31,40	195,37
1967 1. Hj. [3]	238,18	−0,58	237,60	26,60	211,00	32,29	178,71
2. Hj. [3]	257,89	−0,89	257,00	27,20	229,80	33,42	196,38
1968 1. Hj. [3]	253,61	−0,21	253,40	28,13	225,27	31,61	193,66
2. Hj. [3]	285,57	−0,47	285,10	29,27	255,83	34,17	221,66
1969 1. Hj. [3]	282,16	−0,26	281,90	30,76	251,14	36,70	214,44
2. Hj. [3]	320,44	−0,14	320,30	32,96	287,34	43,83	243,51
1970 1. Hj. [3]	319,80	−0,80	319,00	36,77	282,23	38,80	243,43

[1] Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) erhobenen Umlagen.

Tabelle 30

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1962			
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966
431,89	−1,39	430,50	49,11	381,39	1967
462,21	−0,71	461,50	52,20	409,30	1968 [3]
499,09	−0,49	498,60	55,76	442,84	1969
156,02	+0,08	156,10	.	.	1960 1. Hj.
172,57	−0,27	172,30	.	.	2. Hj.
168,10	−0,20	167,90	.	.	1961 1. Hj.
178,96	−0,66	178,30	.	.	2. Hj.
174,15	−0,25	173,90	.	.	1962 1. Hj.
186,76	−0,56	186,20	.	.	2. Hj.
176,84	−0,44	176,40	.	.	1963 1. Hj.
196,44	−0,34	196,10	.	.	2. Hj.
190,81	−0,61	190,20	.	.	1964 1. Hj.
207,69	−0,59	207,10	.	.	2. Hj.
203,65	−0,95	202,70	.	.	1965 1. Hj.
217,38	−0,58	216,80	.	.	2. Hj.
212,05	−0,65	211,40	.	.	1966 1. Hj.
220,96	−0,66	220,30	.	.	2. Hj.
207,27	−0,57	206,70	.	.	1967 1. Hj.
224,62	−0,82	223,80	.	.	2. Hj.
219,35	−0,25	219,10	.	.	1968 1. Hj.
242,86	−0,46	242,40	.	.	2. Hj. [3]
238,10	−0,30	237,80	.	.	1969 1. Hj.
260,99	−0,19	260,80	.	.	2. Hj.
251,40	−0,70	250,70	.	.	1970 1. Hj.

[2] Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 31

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [4] = unverteilte Gewinne	des Staates [5]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967 [6]	375,09	248,00	180,80	127,09	97,22	106,12	18,04	2,93
1968 [6]	415,32	266,02	190,78	149,30	116,84	122,22	23,76	3,32
1969 [6]	457,95	299,56	210,56	158,39	122,20	129,79	25,01	3,59
1960 1. Hj.	110,22	67,67	51,46	42,55	32,90	.	.	1,44
2. Hj.	125,48	75,16	55,79	50,32	39,08	.	.	1,40
1961 1. Hj.	123,18	77,15	58,11	46,03	34,43	.	.	1,46
2. Hj.	134,83	83,36	61,81	51,47	39,01	.	.	1,93
1962 1. Hj.	132,34	85,03	64,17	47,31	34,06	.	.	1,45
2. Hj.	145,11	92,45	67,87	52,66	39,60	.	.	2,13
1963 1. Hj.	137,87	90,80	67,99	47,07	33,34	.	.	1,53
2. Hj.	157,89	99,64	72,98	58,25	44,67	.	.	2,20
1964 1. Hj.	152,68	99,31	74,54	53,37	38,83	.	.	1,55
2. Hj.	171,57	109,11	79,65	62,46	48,29	.	.	2,38
1965 1. Hj.	168,37	109,44	83,20	58,93	44,17	.	.	1,48
2. Hj.	186,88	120,55	88,36	66,33	51,90	.	.	2,33
1966 1. Hj.	181,72	119,30	89,10	62,42	46,48	.	.	1,59
2. Hj.	195,37	128,26	92,55	67,11	52,84	.	.	2,12
1967 1. Hj. [6]	178,71	120,40	89,22	58,31	43,25	.	.	1,22
2. Hj. [6]	196,38	127,60	91,58	68,78	53,97	.	.	1,71
1968 1. Hj. [6]	193,66	126,23	91,91	67,43	51,63	.	.	1,26
2. Hj. [6]	221,66	139,79	98,87	81,87	65,21	.	.	2,06
1969 1. Hj. [6]	214,44	140,41	100,73	74,03	56,74	.	.	1,61
2. Hj. [6]	243,51	159,15	109,83	84,36	65,46	.	.	1,98
1970 1. Hj. [6]	243,43	165,12	115,56	78,31	61,62	.	.	1,69

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2] Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute".
[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 32

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen				Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer [1]		Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	je Einwohner		je Erwerbstätigen [1]						
	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	
1960	4 252	100	8 982	100	7 053	100	12 597	100	100
1961	4 593	108,0	9 703	108,0	7 743	109,8	13 120	104,2	105,4
1962	4 873	114,6	10 359	115,3	8 430	119,5	13 549	107,6	111,2
1963	5 136	120,8	11 003	122,5	8 940	126,8	13 958	110,8	114,5
1964	5 565	130,9	12 019	133,8	9 673	137,1	14 838	117,8	116,4
1965	6 020	141,6	13 083	145,7	10 530	149,3	15 567	123,6	120,9
1966	6 323	148,7	13 924	155,0	11 320	160,5	16 050	127,4	126,1
1967	6 265	147,3	14 266	158,8	11 709	166,0	16 503	131,0	126,8
1968 [5]	6 901	162,3	15 766	175,5	12 472	176,8	17 627	139,9	126,4
1969	7 526	177,0	17 074	190,1	13 666	193,8	18 683	148,3	130,7
1960 1. Hj.	1 995	93,8	4 239	94,4	3 387	96,0	6 038	95,9	.
2. Hj.	2 256	106,1	4 739	105,5	3 662	103,8	6 554	104,1	.
1961 1. Hj.	2 200	103,5	4 661	103,8	3 756	106,5	6 393	101,5	.
2. Hj.	2 389	112,4	5 039	112,2	3 985	113,0	6 725	106,8	.
1962 1. Hj.	2 332	109,7	4 958	110,4	4 065	115,3	6 562	104,2	.
2. Hj.	2 540	119,5	5 399	120,2	4 363	123,7	6 985	110,9	.
1963 1. Hj.	2 402	113,0	5 150	114,7	4 291	121,7	6 641	105,4	.
2. Hj.	2 733	128,6	5 850	130,3	4 646	131,7	7 313	116,1	.
1964 1. Hj.	2 630	123,7	5 690	126,7	4 648	131,8	7 146	113,5	.
2. Hj.	2 934	138,0	6 325	140,8	5 021	142,4	7 689	122,1	.
1965 1. Hj.	2 863	134,7	6 231	138,7	5 048	143,1	7 568	120,2	.
2. Hj.	3 156	148,4	6 849	152,5	5 480	155,4	7 997	127,0	.
1966 1. Hj.	3 055	143,7	6 709	149,4	5 463	154,9	7 860	124,8	.
2. Hj.	3 267	153,7	7 215	160,7	5 856	166,1	8 190	130,0	.
1967 1. Hj.	2 987	140,5	6 803	151,5	5 695	161,5	7 926	125,8	.
2. Hj.	3 277	154,1	7 463	166,2	6 013	170,5	8 576	136,2	.
1968 1. Hj.	3 226	151,7	7 420	165,2	5 989	169,8	8 446	134,1	.
2. Hj. [5]	3 674	172,8	8 338	185,7	6 477	183,7	9 175	145,7	.
1969 1. Hj.	3 536	166,3	8 062	179,5	6 474	183,6	8 990	142,7	.
2. Hj.	3 989	187,6	9 004	200,5	7 184	203,7	9 687	153,8	.
1970 1. Hj.	3 967	186,6	9 009	200,6	7 434	210,8	9 335	148,2	.

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je durchschnittlich Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 33

Verwendung des

Mrd.

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	− 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	494,60	284,23	80,99	114,43	48,02	66,41	− 1,30	110,54	94,29	+16,25
1968 [3]	538,50	301,14	83,63	124,78	52,87	71,91	+11,00	124,35	106,40	+17,95
1969	602,20	333,56	93,74	146,20	66,90	79,30	+13,50	141,55	126,35	+15,20
1960 1. Hj.	142,20	80,00	19,67	33,35	15,11	18,24	+ 5,90	29,96	26,68	+ 3,28
2. Hj.	160,10	92,43	21,45	39,31	17,43	21,88	+ 2,80	32,71	28,60	+ 4,11
1961 1. Hj.	159,20	87,74	21,49	39,75	18,38	21,37	+ 6,00	32,25	28,03	+ 4,22
2. Hj.	173,40	101,28	24,90	44,30	19,92	24,38	+ 0,60	32,91	30,59	+ 2,32
1962 1. Hj.	172,40	96,45	24,38	43,72	20,14	23,58	+ 5,70	33,11	30,96	+ 2,15
2. Hj.	187,70	108,75	29,09	50,05	21,75	28,30	− 1,70	35,26	33,75	+ 1,51
1963 1. Hj.	180,80	102,62	28,06	43,85	20,26	23,59	+ 4,90	34,95	33,58	+ 1,37
2. Hj.	203,20	115,58	31,49	55,21	22,80	32,41	− 2,80	39,54	35,82	+ 3,72
1964 1. Hj.	199,60	110,29	28,35	52,06	22,25	29,81	+ 5,20	40,36	36,66	+ 3,70
2. Hj.	221,30	124,66	33,89	61,43	25,00	36,43	—	42,55	41,23	+ 1,32
1965 1. Hj.	220,10	120,38	31,85	56,69	24,93	31,76	+11,20	43,43	43,45	− 0,02
2. Hj.	240,30	138,29	38,18	65,55	27,07	38,48	− 1,20	47,44	47,96	− 0,52
1966 1. Hj.	238,10	132,08	35,26	61,00	26,49	34,51	+ 8,80	48,23	47,27	+ 0,96
2. Hj.	252,60	145,77	41,23	65,31	26,13	39,18	− 5,20	54,06	48,57	+ 5,49
1967 1. Hj.	237,60	135,23	37,78	53,05	22,35	30,70	+ 3,30	53,59	45,35	+ 8,24
2. Hj.	257,00	149,00	43,21	61,38	25,67	35,71	− 4,60	56,95	48,94	+ 8,01
1968 1. Hj.	253,40	141,30	38,53	55,13	23,40	31,73	+10,70	57,58	49,84	+ 7,74
2. Hj.	285,10	159,84	45,10	69,65	29,47	40,18	+ 0,30	66,77	56,56	+10,21
1969 1. Hj.	281,90	155,92	42,21	64,70	30,57	34,13	+12,70	66,61	60,24	+ 6,37
2. Hj.	320,30	177,64	51,53	81,50	36,33	45,17	+ 0,80	74,94	66,11	+ 8,83
1970 1. Hj.	319,00	174,38	47,96	79,67	38,37	41,30	+12,20	74,39	69,60	+ 4,79

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

Tabelle 33

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962							
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	− 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,50	248,88	62,81	103,84	44,60	59,24	− 1,20	105,61	89,44	+16,17	1967	
461,50	258,94	62,27	112,10	49,30	62,80	+11,00	119,80	102,61	+17,19	1968	[3]
498,60	279,75	64,97	125,70	60,45	65,25	+13,30	134,08	119,20	+14,88	1969	
156,10	85,67	21,94	37,62	16,31	21,31	+ 6,00	30,79	25,92	+ 4,87	1960	1. Hj.
172,30	97,48	23,32	43,25	18,41	24,84	+ 2,80	33,32	27,87	+ 5,45		2. Hj.
167,90	91,27	22,59	42,82	19,13	23,69	+ 6,10	32,75	27,63	+ 5,12	1961	1. Hj.
178,30	103,43	25,53	46,06	20,51	25,55	+ 0,60	33,22	30,54	+ 2,68		2. Hj.
173,90	96,73	24,89	44,23	20,24	23,99	+ 5,70	33,23	30,88	+ 2,35	1962	1. Hj.
186,20	108,47	28,58	49,54	21,65	27,89	− 1,70	35,14	33,83	+ 1,31		2. Hj.
176,40	100,13	27,34	42,76	20,13	22,63	+ 4,90	34,65	33,38	+ 1,27	1963	1. Hj.
196,10	112,40	29,85	53,28	22,61	30,67	− 2,80	39,35	35,98	+ 3,37		2. Hj.
190,20	105,31	26,53	49,63	22,05	27,58	+ 5,10	40,00	36,37	+ 3,63	1964	1. Hj.
207,10	118,20	30,26	57,73	24,40	33,33	—	41,82	40,91	+ 0,91		2. Hj.
202,70	111,95	27,67	52,37	23,77	28,60	+10,60	42,26	42,15	+ 0,11	1965	1. Hj.
216,80	126,55	31,86	59,96	25,67	34,29	− 1,10	45,67	46,14	− 0,47		2. Hj.
211,40	118,10	28,83	54,91	24,73	30,18	+ 8,10	46,07	44,61	+ 1,46	1966	1. Hj.
220,30	129,29	31,97	58,45	24,28	34,17	− 4,70	51,29	46,00	+ 5,29		2. Hj.
206,70	118,36	29,57	47,73	20,68	27,05	+ 2,90	51,36	43,22	+ 8,14	1967	1. Hj.
223,80	130,52	33,24	56,11	23,92	32,19	− 4,10	54,25	46,22	+ 8,03		2. Hj.
219,10	121,70	29,33	49,87	21,96	27,91	+10,70	55,33	47,83	+ 7,50	1968	1. Hj.
242,40	137,24	32,94	62,23	27,34	34,89	+ 0,30	64,47	54,78	+ 9,69		2. Hj.
237,80	131,38	30,15	57,11	28,17	28,94	+12,50	63,51	56,85	+ 6,66	1969	1. Hj.
260,80	148,37	34,82	68,59	32,28	36,31	+ 0,80	70,57	62,35	+ 8,22		2. Hj.
250,70	141,94	30,91	62,61	32,86	29,75	+11,60	69,44	65,80	+ 3,64	1970	1. Hj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 34

Investitionen

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnungen	
					Mrd. DM				
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,21	16,31	28,89	− 1,30
1968 [2]	135,78	52,87	50,69	2,18	71,91	23,27	18,61	30,03	+11,00
1969	159,70	66,90	64,56	2,34	79,30	27,07	20,82	31,41	+13,50
					Anteil in vH				
1960	*100*	*40,0*	*38,6*	*1,4*	*49,3*	*17,9*	*10,2*	*21,2*	*+10,7*
1961	*100*	*42,3*	*40,8*	*1,5*	*50,5*	*18,1*	*10,9*	*21,4*	*+ 7,3*
1962	*100*	*42,8*	*41,3*	*1,6*	*53,1*	*18,0*	*12,8*	*22,3*	*+ 4,1*
1963	*100*	*42,6*	*40,8*	*1,7*	*55,4*	*18,2*	*14,3*	*22,8*	*+ 2,1*
1964	*100*	*39,8*	*38,1*	*1,7*	*55,8*	*18,2*	*14,8*	*22,8*	*+ 4,4*
1965	*100*	*39,3*	*37,7*	*1,7*	*53,1*	*17,4*	*13,6*	*22,1*	*+ 7,6*
1966	*100*	*40,5*	*38,8*	*1,7*	*56,7*	*18,5*	*14,5*	*23,8*	*+ 2,8*
1967	*100*	*42,4*	*40,6*	*1,9*	*58,7*	*18,7*	*14,4*	*25,5*	*− 1,1*
1968 [2]	*100*	*38,9*	*37,3*	*1,6*	*53,0*	*17,1*	*13,7*	*22,1*	*+ 8,1*
1969	*100*	*41,9*	*40,4*	*1,5*	*49,7*	*17,0*	*13,0*	*19,7*	*+ 8,5*

[1]) Ohne Wohnungen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 35

Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte [1])

Mrd. DM

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [3])	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4])	Verfügbares Einkommen
	insgesamt	Einkommen aus					
		unselbständiger Arbeit [2])	Unternehmertätigkeit und Vermögen				
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	355,70	248,00	107,70	78,04	433,74	103,53	330,21
1968 [6])	389,92	266,02	123,90	82,01	471,93	113,35	358,58
1969	431,39	299,56	131,83	88,83	520,22	131,00	389,22

Jahr	Privater Verbrauch	Ersparnis	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [5])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo
1960	172,43	30,32	14,21	16,11	2,08	2,91	15,28
1961	189,02	30,87	12,71	18,16	2,48	3,59	17,05
1962	205,20	30,87	11,00	19,87	2,50	4,33	18,04
1963	218,20	33,21	9,33	23,88	2,56	4,74	21,70
1964	234,95	41,21	11,91	29,30	3,10	5,61	26,79
1965	258,67	49,03	13,27	35,76	3,44	6,27	32,93
1966	277,85	47,72	12,68	35,04	3,00	6,94	31,10
1967	284,23	45,98	10,66	35,32	3,58	8,29	30,61
1968 [6])	301,14	57,44	16,68	40,76	3,80	9,35	35,21
1969	333,56	55,66	8,53	47,13	4,44	10,07	41,50

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[3]) Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.
[4]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.
[5]) Ohne Unternehmen im Bereich „Kreditinstitute".
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 36

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	100	64,94	38,2	21,84	12,8	12,22	7,2	5,62	3,3
1961	186,44	100	69,52	37,3	23,88	12,8	14,48	7,8	6,03	3,2
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	215,24	100	76,38	35,5	27,08	12,6	17,69	8,2	8,64	4,0
1964	231,97	100	80,95	34,9	28,97	12,5	20,02	8,6	8,39	3,6
1965	255,51	100	86,91	34,0	32,28	12,6	22,57	8,8	9,05	3,5
1966	274,46	100	91,54	33,4	33,94	12,4	26,11	9,5	9,51	3,5
1967	280,76	100	92,13	32,8	33,61	12,0	29,47	10,5	9,97	3,6
1968 [5]	297,50	100	94,58	31,8	34,97	11,8	33,22	11,2	11,63	3,9
1969	329,60	100	102,15	31,0	38,91	11,8	38,01	11,5	12,96	3,9
										in Preisen
1960	180,58	100	67,85	37,6	22,83	12,6	14,00	7,8	5,88	3,3
1961	192,01	100	71,55	37,3	24,47	12,7	14,88	7,7	6,25	3,3
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	209,76	100	74,55	35,5	26,54	12,7	16,63	7,9	8,46	4,0
1964	220,89	100	77,13	34,9	28,00	12,7	17,67	8,0	8,32	3,8
1965	235,97	100	79,83	33,8	30,49	12,9	18,78	8,0	8,89	3,8
1966	244,87	100	81,66	33,3	31,28	12,8	19,91	8,1	9,25	3,8
1967	246,39	100	82,14	33,3	30,78	12,5	21,12	8,6	9,53	3,9
1968 [5]	256,41	100	84,22	32,8	32,12	12,5	22,30	8,7	10,31	4,0
1969	277,17	100	88,68	32,0	35,29	12,7	23,44	8,5	11,50	4,1

[1] Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 36

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
Preisen										
23,75	*14,0*	15,05	*8,8*	6,84	*4,0*	11,93	*7,0*	7,99	*4,7*	1960
25,85	*13,9*	17,11	*9,2*	7,44	*4,0*	12,99	*7,0*	9,14	*4,9*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
29,21	*13,6*	21,82	*10,1*	8,59	*4,0*	14,69	*6,8*	11,14	*5,2*	1963
31,85	*13,7*	24,16	*10,4*	9,49	*4,1*	15,93	*6,9*	12,21	*5,3*	1964
34,93	*13,7*	27,59	*10,8*	10,52	*4,1*	17,63	*6,9*	14,03	*5,5*	1965
37,32	*13,6*	30,41	*11,1*	11,38	*4,1*	18,74	*6,8*	15,51	*5,7*	1966
37,63	*13,4*	30,32	*10,8*	12,07	*4,3*	19,51	*6,9*	16,05	*5,7*	1967
38,85	*13,1*	32,87	*11,0*	13,02	*4,4*	20,73	*7,0*	17,63	*5,9*	1968 [5])
42,91	*13,0*	38,24	*11,6*	13,93	*4,2*	22,85	*6,9*	19,64	*6,0*	1969
von 1962										
25,71	*14,2*	15,46	*8,6*	7,26	*4,0*	12,80	*7,1*	8,79	*4,9*	1960
26,91	*14,0*	17,31	*9,0*	7,69	*4,0*	13,38	*7,0*	9,57	*5,0*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
28,74	*13,7*	21,29	*10,1*	8,36	*4,0*	14,43	*6,9*	10,76	*5,1*	1963
30,86	*14,0*	23,24	*10,5*	8,96	*4,1*	15,26	*6,9*	11,45	*5,2*	1964
33,12	*14,0*	26,42	*11,2*	9,47	*4,0*	16,37	*6,9*	12,60	*5,3*	1965
34,53	*14,1*	28,13	*11,5*	9,65	*3,9*	17,04	*7,0*	13,42	*5,5*	1966
34,77	*14,1*	27,13	*11,0*	9,97	*4,0*	17,38	*7,1*	13,57	*5,5*	1967
35,77	*14,0*	28,72	*11,2*	10,39	*4,1*	18,18	*7,1*	14,40	*5,6*	1968 [5])
38,80	*14,0*	33,47	*12,1*	10,78	*3,9*	19,77	*7,1*	15,44	*5,6*	1969

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 37

Einnahmen und Aus

Mrd.

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [1]	Erwerbs- und Vermögens-einkommen [2]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [3]	Veränderung der Verbindlich-keiten [4]
					Staat insgesamt (einschließlich
1960	115,06	103,67	4,71	4,11	2,57
1961	129,59	116,82	5,31	4,34	3,12
1962	141,94	128,45	5,57	5,12	2,80
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	7,15
1967	205,87	175,88	7,25	7,76	14,98
1968 [10]	218,42	189,45	7,76	8,43	12,78
1969	243,44	223,25	8,66	9,09	2,44
					Sozialver
1960	.	32,01	1,40	0,03	.
1961	.	35,00	1,64	0,03	.
1962	.	38,79	1,76	0,04	.
1963	.	41,78	2,01	0,04	.
1964	.	44,80	2,29	0,04	.
1965	.	49,27	2,39	0,04	.
1966	.	54,48	2,72	0,03	.
1967	.	55,96	2,63	0,02	.
1968 [10]	.	61,21	2,41	0,04	.
1969	.	70,75	2,62	0,04	.

[1] Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.
[2] Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen.
[3] Gebühren und Entgelte von Unternehmen, von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie von der übrigen Welt.
[4] Die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz").
[5] Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie.

Tabelle 37

gaben des Staates

DM

Ausgaben							Jahr
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf [5])	Investitionen [6])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä. [7])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen [8])	Veränderung der Forderungen [9])	
Sozialversicherung)							
115,06	23,37	9,63	20,58	1,87	47,12	12,49	1960
129,59	25,79	11,35	23,55	1,92	53,72	13,26	1961
141,94	31,24	14,18	25,73	1,99	60,12	8,68	1962
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	11,00	1963
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	6,62	1966
205,87	43,93	18,75	42,05	4,32	88,23	8,59	1967
218,42	44,28	21,09	44,68	4,44	95,11	8,82	1968 [10])
243,44	48,87	23,61	50,46	5,07	104,37	11,06	1969
sicherung							
.	6,37	0,19	1,25	—	30,00	.	1960
.	7,14	0,11	1,39	—	33,36	.	1961
.	8,00	0,18	1,50	—	36,77	.	1962
.	8,77	0,18	1,63	—	39,93	.	1963
.	9,60	0,17	1,76	—	42,60	.	1964
.	11,14	0,16	1,95	—	46,23	.	1965
.	13,20	0,21	2,17	—	50,77	.	1966
.	14,17	0,24	2,32	—	56,75	.	1967
.	15,53	0,19	2,40	—	60,25	.	1968 [10])
.	17,34	0,20	2,71	—	66,05	.	1969

[6]) Käufe von Unternehmen für Anlageinvestitionen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen.

[7]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten in Berlin (West) beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).

[8]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

[9]) Die Angaben sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

[10]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 38

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd. DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen: Wohnungsvermietung	Unternehmen: zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	I. Vermögensbildung [3]									
1960	15,3	20,4	3,2	23,6	15,1	3,2	57,2	— 3,8	2,3	55,6
1961	17,1	18,5	4,1	22,5	14,7	5,4	59,6	— 0,5	2,2	61,4
1962	18,3	19,8	4,0	23,8	14,8	3,6	60,5	1,6	2,1	64,3
1963	21,5	16,5	4,3	20,8	15,5	3,5	61,3	0,0	2,6	64,0
1964	26,8	20,3	5,0	25,3	18,3	4,0	74,5	0,4	2,6	77,5
1965	32,9	21,2	5,6	26,9	12,3	4,0	76,1	7,3	2,6	86,0
1966	31,1	19,3	7,1	26,4	14,3	3,8	75,6	0,0	3,6	79,2
1967	30,6	18,0	7,4	25,3	10,4	—0,9	65,5	— 9,7	3,5	59,3
1968 [4]	35,2	27,6	8,1	35,7	14,4	—0,5	84,9	—10,3	3,8	78,4
1969	41,5	22,7	5,1	27,8	26,8	1,8	97,9	— 2,3	0,3	96,0
1969 1. Hj.	17,8	12,3	3,0	15,4	11,7	—0,2	44,8	— 2,7	4,6	46,6
2. Hj. [4]	23,7	10,4	2,1	12,5	15,0	2,0	53,2	0,4	— 4,2	49,3
1970 1. Hj.	16,2	14,5	2,5	17,0	12,4	2,3	47,8	— 0,4	7,7	55,1
	II. Sachvermögensbildung									
1960	—	33,3	13,4	46,7	8,2	0,2	55,0	—	0,6	55,6
1961	—	35,6	15,0	50,6	9,8	0,1	60,6	—	0,8	61,4
1962	—	34,1	16,8	50,9	12,4	0,2	63,4	—	0,9	64,3
1963	—	30,9	17,6	48,5	14,4	0,2	63,1	—	0,9	64,0
1964	—	37,9	21,0	58,9	17,5	0,2	76,6	—	0,9	77,5
1965	—	44,2	22,6	66,8	17,9	0,2	84,9	—	1,1	86,0
1966	—	35,7	23,6	59,3	18,4	0,2	77,9	—	1,3	79,2
1967	—	20,7	21,3	42,0	15,7	0,3	58,0	—	1,3	59,3
1968 [4]	—	36,9	21,9	58,8	17,8	0,2	76,8	—	1,6	78,4
1969	—	51,3	22,5	73,8	19,9	0,2	93,9	—	2,1	96,0
1969 1. Hj.	—	28,3	9,5	37,7	8,2	0,1	46,0	—	0,6	46,6
2. Hj. [4]	—	23,0	13,0	36,0	11,7	0,1	47,9	—	1,5	49,3
1970 1. Hj.	—	34,1	10,5	44,6	9,7	0,2	54,4	—	0,7	55,1
	III. Veränderung der Forderungen									
1960	16,5	5,2	0,4	5,4	9,9	3,1	34,4	6,8	35,1	76,2
1961	18,5	8,4	0,5	8,4	10,2	5,0	40,1	2,7	40,2	83,0
1962	19,3	3,6	0,3	3,3	5,5	3,4	31,2	3,8	32,6	67,6
1963	22,9	6,7	0,7	6,6	8,2	3,3	40,5	5,4	42,9	88,8
1964	28,2	7,8	0,1	7,8	7,8	3,9	46,8	6,3	42,8	95,9
1965	34,6	9,8	0,1	9,4	4,0	3,8	50,4	8,7	48,1	107,1
1966	32,0	7,1	0,6	6,8	4,4	3,6	45,4	6,0	46,2	97,5
1967	31,7	16,0	0,2	15,9	11,3	—1,1	56,2	1,8	61,1	119,1
1968 [4]	38,3	18,0	0,3	18,0	8,8	—0,7	65,1	13,4	78,4	157,0
1969	46,0	20,5	0,3	20,5	9,2	1,6	77,5	11,1	78,3	166,9
1969 1. Hj.	19,7	11,0	0,1	11,0	1,6	—0,3	32,2	13,0	40,3	85,4
2. Hj. [4]	26,3	9,5	0,2	9,5	7,6	1,9	45,4	— 1,9	38,0	81,5
1970 1. Hj.	17,5	8,3	0,1	8,2	3,5	2,1	30,9	10,8	36,6	78,3

noch Tabelle 38

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	IV. Veränderung der Verpflichtungen									
1960	1,2	18,1	10,6	28,5	2,9	0,1	32,2	10,6	33,4	76,2
1961	1,5	25,5	11,5	36,5	5,4	−0,3	41,1	3,1	38,9	83,0
1962	1,0	17,9	13,1	30,3	3,0	—	34,1	2,2	31,4	67,6
1963	1,4	21,1	14,0	34,3	7,1	—	42,3	5,4	41,2	88,8
1964	1,5	25,4	16,2	41,4	6,9	—	48,9	5,9	41,1	95,9
1965	1,7	32,7	17,1	49,3	9,6	—	59,2	1,3	46,6	107,1
1966	0,8	23,5	17,1	39,7	8,5	—	47,8	6,0	43,8	97,5
1967 [4]	1,1	18,8	14,1	32,6	16,6	—	48,7	11,5	58,9	119,1
1968 [4]	3,1	27,2	14,1	41,0	12,2	—	57,0	23,8	76,2	157,0
1969 [4]	4,5	49,1	17,7	66,4	2,3	—	73,4	13,4	80,1	166,9
1969 1. Hj. [4]	1,8	26,9	6,5	33,3	− 2,0	—	33,4	15,7	36,3	85,4
2. Hj. [4]	2,7	22,1	11,1	33,1	4,3	—	40,1	− 2,4	43,8	81,5
1970 1. Hj. [4]	1,3	27,8	8,2	35,9	0,8	—	37,6	11,2	29,5	78,3
	V. Finanzierungssaldo [5] (= I ⁄ II oder III ⁄ IV)									
1960	+15,3	−12,9	−10,2	−23,1	+ 6,9	+3,0	+ 2,2	− 3,8	+ 1,7	—
1961	+17,1	−17,1	−11,0	−28,1	+ 4,8	+5,3	− 0,9	− 0,5	+ 1,4	—
1962	+18,3	−14,3	−12,8	−27,1	+ 2,5	+3,4	− 2,9	+ 1,6	+ 1,2	—
1963	+21,5	−14,4	−13,3	−27,7	+ 1,1	+3,3	− 1,8	+ 0,0	+ 1,7	—
1964	+26,8	−17,6	−16,1	−33,6	+ 0,9	+3,9	− 2,1	+ 0,4	+ 1,7	—
1965	+32,9	−23,0	−17,0	−39,9	− 5,6	+3,8	− 8,8	+ 7,3	+ 1,5	—
1966	+31,1	−16,4	−16,5	−32,9	− 4,1	+3,6	− 2,4	+ 0,0	+ 2,3	—
1967 [4]	+30,6	− 2,7	−14,0	−16,7	− 5,3	−1,1	+ 7,5	− 9,7	+ 2,2	—
1968 [4]	+35,2	− 9,3	−13,8	−23,1	− 3,4	−0,7	+ 8,1	−10,3	+ 2,2	—
1969 [4]	+41,5	−28,5	−17,4	−45,9	+ 6,9	+1,6	+ 4,1	− 2,3	− 1,8	—
1969 1. Hj. [4]	+17,8	−15,9	− 6,4	−22,3	+ 3,6	−0,3	− 1,2	− 2,7	+ 4,0	—
2. Hj. [4]	+23,7	−12,6	−11,0	−23,6	+ 3,3	+1,9	+ 5,3	+ 0,4	− 5,7	—
1970 1. Hj. [4]	+16,2	−19,6	− 8,0	−27,6	+ 2,7	+2,1	− 6,7	− 0,4	+ 7,1	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Strömungen nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.
[5] Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—). Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39

Verschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mill. DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt	Bund [1])				Länder			Gemeinden	
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		zusammen	darunter
			Schatzwechsel [2])	Anleihen [3])	Buchkredite der Bundesbank, Bankkredite		Anleihen [3])	Bankkredite		Bankkredite
1950 [4])	20 634	7 290	499	—	578	12 844	—	65	500	400
1951	22 364	8 220	1 306	34	—	13 294	15	95	850	650
1952	24 044	8 897	862	184	—	13 717	235	200	1 430	1 080
1953	33 901	17 018	754	538	—	14 563	568	360	2 320	1 760
1954	38 699	20 081	607	739	—	15 018	869	350	3 600	2 530
1955	40 943	20 750	138	969	—	15 523	982	450	4 670	3 210
1956	41 892	20 541	94	692	—	15 741	961	470	5 610	3 870
1957	43 614	22 641	—	315	—	13 963	1 193	710	7 010	4 700
1958	46 122	23 044	—	443	118	14 708	1 545	1 585	8 370	5 890
1959	49 085	24 535	944	1 035	745	14 920	1 713	1 910	9 630	7 040
1960	52 182	26 318	1 650	1 541	749	14 695	1 645	1 813	11 169	8 116
1961	56 564	29 856	1 177	2 847	915	13 903	1 628	1 491	12 805	9 448
1962	59 984	31 514	1 172	3 684	1 586	13 402	1 599	1 272	15 068	11 109
1963	66 687	35 672	1 012	5 884	2 773	13 329	1 424	1 380	17 686	13 163
1964	73 108	37 553	1 635	6 864	2 353	14 291	1 641	2 140	21 264	16 281
1965	82 981	39 736	2 362	7 971	2 354	17 401	2 646	3 514	25 844	19 957
1966	92 291	42 499	4 689	8 476	1 958	20 328	3 052	5 592	29 465	22 689
1967	107 175	51 002	10 415	9 079	3 776	24 188	4 452	7 593	31 986	24 806
1968	115 870	55 346	11 918	9 773	8 313	26 339	5 515	8 762	34 186	26 806
1969 März	115 621	54 560	10 811	9 429	8 998	26 461	5 617	8 817	34 600	27 240
Juni	113 421	52 479	9 136	9 321	9 265	26 043	5 538	8 998	34 900	27 550
September	114 811	53 476	8 080	9 445	11 104	25 934	5 504	8 973	35 400	28 000
Dezember	116 141	53 709	5 723	10 033	13 808	25 771	5 477	9 067	36 663	29 080
1970 März	115 318	52 520	4 998	9 925	13 466	25 547	5 453	8 953	37 250	29 600
Juni	116 272	53 302	4 777	10 478	13 950	25 271	5 389	8 814	37 700	30 050
September	117 491	53 006	4 647	10 874	13 591	25 785	5 533	9 239	38 700	31 050

[1]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[2]) Einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen.
[3]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschließlich Bundesschatzbriefe.
[4]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 40

Konsolidierte statistische Bilanz der Banken [1])

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM

Ende des Zeitraums	Zunahme der Aktiva							
	insgesamt	„Kreditgewährung"						
		an inländische Nichtbanken				an Ausländer durch alle Banken	inländische Wertpapiere [3])	sonstige Forderungen [4])
		zusammen	durch Kreditinstitute		durch die Bundesbank			
			kurzfristig [2])	mittel- und langfristig				
1965	+38,26	+34,74	+ 7,64	+25,79	+0,23	+ 0,40	+0,91	+2,20
1966	+33,78	+28,03	+ 6,08	+21,29	+0,11	+ 3,37	+0,36	+2,03
1967	+47,80	+33,66	+ 6,59	+22,21	+1,60	+ 6,56	+3,15	+4,44
1968	+62,69	+40,80	+ 7,71	+30,04	−1,30	+20,07	+4,53	−2,71
1969	+59,62	+53,54	+14,46	+36,80	+0,80	+ 0,56	+1,84	+3,68
1969 1. Vj.	+10,51	+10,36	+ 2,15	+ 7,88	−0,73	+ 0,94	+1,08	−1,87
2. Vj.	+19,76	+ 9,37	+ 2,44	+ 7,07	−0,19	+ 9,66	+0,09	+0,64
3. Vj.	+17,25	+10,61	+ 1,06	+ 9,18	+0,05	+ 5,60	+0,55	+0,49
4. Vj.	+16,80	+18,67	+ 5,78	+11,21	+1,01	− 7,13	+0,72	+4,54
1970 1. Vj.	+ 7,73	+14,47	+ 5,00	+ 9,55	+0,48	− 3,43	−0,48	−2,83
2. Vj.	+14,11	+10,49	+ 4,21	+ 7,25	−0,87	+ 2,92	−0,05	+0,75
3. Vj. [8])	...	+12,79	+ 2,26	+10,42	+0,66	+ 9,28	−0,33	...

Ende des Zeitraums	Zunahme der Passiva								Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva
	Veränderung des „Geldvolumens"			„Geldkapitalbildung"					
					in Form von				
	zusammen	Bargeldumlauf bei Nichtbanken [5])	Sichteinlagen bei inländischen Banken [6])	zusammen	Spareinlagen [7])	Termingeldern	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)	Verschuldung gegenüber Ausländern	
					inländischer Nichtbanken				
1965	+5,48	+1,77	+3,71	+27,05	+16,26	+ 4,35	+6,03	+0,41	+ 5,73
1966	+1,09	+1,22	−0,13	+31,36	+16,27	+11,43	+3,71	−0,05	+ 1,33
1967	+8,30	+0,63	+7,67	+29,67	+17,65	+ 8,44	+1,69	+1,89	+ 9,83
1968	+5,53	+0,96	+4,57	+47,10	+22,02	+13,97	+4,65	+6,46	+10,06
1969	+5,96	+2,10	+3,86	+47,22	+21,59	+14,11	+4,89	+6,63	+ 6,44
1969 1. Vj.	−3,53	−0,32	−3,21	+15,35	+ 9,40	+ 7,64	−1,07	−0,62	− 1,31
2. Vj.	+3,77	+0,95	+2,81	+11,55	+ 3,95	+ 3,64	+0,87	+3,09	+ 4,44
3. Vj.	+3,06	+0,81	+2,25	+ 8,83	+ 3,64	+ 1,84	+1,34	+2,01	+ 5,36
4. Vj.	+3,91	+0,65	+3,26	+11,69	+ 4,94	+ 3,65	+1,23	+1,87	+ 1,20
1970 1. Vj.	−4,67	−0,77	−3,90	+14,14	+ 7,47	+ 1,59	+1,43	+3,65	− 1,74
2. Vj.	+3,39	+1,15	+2,24	+ 6,97	+ 1,96	+ 3,30	+2,01	−0,30	+ 3,75
3. Vj. [8])	+2,93	+1,00	+1,93	+12,46	+ 1,87	+ 4,63	+2,06	+3,90	...

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Für Vierteljahre: Durchschnitt der Monatsendbestände.
[2]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze des Bundes und der Länder, der Bundesbahn und der Bundespost; ohne Mobilisierungstitel.
[3]) Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.
[4]) Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen, sonstige Aktiva einschließlich Gegenposten zum Münzumlauf.
[5]) Einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.
[6]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. — Ohne Sichteinlagen öffentlicher Haushalte bei der Bundesbank.
[7]) Ab 1968 einschließlich Sparbriefe.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41

Geldbestands-Indikatoren

Mrd. DM

Ende des Zeitraums [1]	Bargeld [2] + Sichteinlagen + Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten		Bargeld [2] + Sichteinlagen		Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken [3]
	inländischer	aller	inländischer		
	Nichtbanken bei				
	Kreditinstituten und Bundesbank [4]	Kreditinstituten			
1954 [5]	28,55	.	.	28,74	28,24	61,99
1955 [5]	31,48	.	.	31,81	31,24	75,84
1956 [5]	33,89	.	.	34,25	33,60	85,38
1957 [5]	37,81	40,74	41,54	38,26	37,47	95,11
1958 [5]	42,58	42,54	46,46	43,25	42,24	107,57
1959 [5]	47,02	47,72	51,78	48,42	47,39	127,67
1960	51,02	51,11	55,70	52,02	50,80	144,79
1961	58,65	58,70	63,59	59,63	58,40	167,47
1962	63,25	63,23	68,42	64,22	62,97	190,61
1963	67,65	67,71	73,41	68,74	67,38	216,06
1964	72,93	73,08	79,37	74,08	72,68	244,64
1965	78,39	83,28	84,91	79,71	78,12	277,27
1966	79,46	83,75	85,28	80,64	79,18	303,36
1967	87,79	95,25	96,82	88,97	87,45	335,18
1968 [6]	93,29	102,41	104,38	94,73	92,91	374,91
1968 [7]	103,05	102,66	104,64	94,89	93,08	402,44
1969	114,25	113,86	114,51	99,17	99,04	456,34
1967 1. Vj.	75,46	79,56	80,77	76,39	75,21	304,90
2. Vj.	77,79	83,00	84,26	78,76	77,54	310,43
3. Vj.	79,74	84,33	85,61	80,69	79,47	317,51
4. Vj.	84,16	91,65	93,00	85,15	83,84	328,07
1968 1. Vj. [6]	81,25	86,32	87,75	82,36	80,99	338,20
2. Vj. [6]	83,65	89,05	90,54	84,81	83,38	346,82
3. Vj. [6]	85,79	91,75	93,26	86,96	85,51	356,78
4. Vj. [6]	90,47	99,64	101,45	91,79	90,14	369,58
1968 1. Vj. [7]	87,64	87,37	87,89	82,50	81,13	364,71
2. Vj. [7]	89,58	89,30	90,74	85,01	83,57	373,74
3. Vj. [7]	91,84	91,55	93,44	87,14	85,68	383,97
4. Vj. [7]	99,28	98,90	101,58	91,92	90,27	397,01
1969 1. Vj.	94,89	94,58	96,22	88,36	86,79	407,42
2. Vj.	98,72	98,40	100,20	92,28	90,53	416,82
3. Vj.	102,19	101,88	103,72	95,38	93,61	427,66
4. Vj.	109,20	108,85	110,29	98,69	97,48	446,37
1970 1. Vj.	108,31	107,99	110,04	94,50	92,83	460,93
2. Vj.	114,85	114,51	119,92	97,91	96,20	471,46
3. Vj.	121,53	121,20	...	100,89	99,14	484,47

[1] Für Vierteljahre: Durchschnitt der Monatsendbestände. — Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten: Vierteljahresendbestände bis 1968, erste Vierteljahreszahlen (siehe auch Anmerkung 6). Wegen 1968, zweite Vierteljahreszahlen siehe Anmerkung 7.

[2] Einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

[3] Bis 1968, erste Vierteljahreszahlen: alle Kredite ohne Deckungsforderungen gemäß Währungsausgleichs-, Altsparer- und Lastenausgleichsgesetz. Ab 1968, zweite Vierteljahreszahlen: alle Kredite ohne Sonderkredite, Ausgleichs- und Deckungsforderungen.

[4] Ohne Sichteinlagen öffentlicher Haushalte bei der Bundesbank. — Bis 1968, erste Vierteljahreszahlen ohne Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten (siehe auch Anmerkung 7).

[5] Ohne Saarland. Bargeld sowie Einlagen saarländischer Nichtbanken bei der Bundesbank ab Juli 1959 einschließlich Saarland.

[6] Vor Umgestaltung der Bankenstatistik Ende 1968.

[7] Nach Umgestaltung der Bankenstatistik Ende 1968. — Für 1968: Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten a) alle Nichtbanken: Vierteljahresendbestände; b) inländische Nichtbanken: Durchschnitt der Monatsendbestände, wobei die Zahlen für die jeweils ersten 2 Vierteljahresmonate geschätzt sind.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex; 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	*98*	*99*	*96*	*99*
1963	105	103	107	104	*100*	*102*	*99*	*100*
1964	120	120	123	116	*103*	*102*	*104*	*102*
1965	128	123	134	126	*101*	*99*	*103*	*101*
1966	128	127	131	124	*97*	*100*	*96*	*96*
1967	127	127	130	123	*100*	*100*	*101*	*99*
1968	147	143	155	138	*107*	*104*	*112*	*105*
1969	180	168	204	154	*111*	*105*	*120*	*103*
1966 1. Vj.	130	125	136	127	*102*	*103*	*104*	*96*
2. Vj.	133	132	135	131	*101*	*101*	*98*	*107*
3. Vj.	123	127	125	114	*93*	*96*	*95*	*87*
4. Vj.	125	122	128	125	*94*	*99*	*89*	*95*
1967 1. Vj.	117	122	117	112	*98*	*103*	*100*	*90*
2. Vj.	126	127	125	124	*102*	*99*	*100*	*110*
3. Vj.	124	128	126	113	*99*	*98*	*104*	*92*
4. Vj.	142	131	151	141	*101*	*100*	*99*	*107*
1968 1. Vj.	132	131	139	123	*109*	*107*	*117*	*97*
2. Vj.	143	141	146	142	*109*	*104*	*110*	*116*
3. Vj.	147	148	156	129	*106*	*103*	*114*	*97*
4. Vj.	164	151	178	158	*106*	*103*	*108*	*107*
1969 1. Vj.	168	158	189	147	*116*	*110*	*130*	*102*
2. Vj.	177	167	198	155	*114*	*107*	*120*	*112*
3. Vj.	181	172	211	143	*111*	*102*	*126*	*95*
4. Vj.	191	173	217	172	*105*	*102*	*109*	*103*
1970 1. Vj.	184	171	216	147	*110*	*106*	*122*	*94*
2. Vj.	189	181	210	163	*104*	*100*	*107*	*106*
3. Vj. [2])	182	176	207	147	*100*	*96*	*107*	*93*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 42

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex; 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	*98*	*100*	*96*	*99*
1963	102	101	104	103	*99*	*100*	*97*	*99*
1964	118	119	119	115	*102*	*102*	*103*	*102*
1965	125	120	131	125	*100*	*98*	*102*	*100*
1966	121	121	122	122	*96*	*99*	*94*	*95*
1967	117	117	116	119	*99*	*100*	*98*	*99*
1968	134	132	137	133	*107*	*105*	*113*	*105*
1969	165	157	185	146	*111*	*106*	*121*	*103*
1966 1. Vj.	125	120	130	125	*100*	*102*	*102*	*95*
2. Vj.	127	126	126	129	*99*	*100*	*95*	*107*
3. Vj.	118	124	117	112	*92*	*96*	*93*	*87*
4. Vj.	115	113	114	121	*92*	*97*	*86*	*94*
1967 1. Vj.	106	109	102	108	*96*	*102*	*96*	*89*
2. Vj.	115	117	110	120	*101*	*99*	*97*	*110*
3. Vj.	115	121	113	110	*98*	*100*	*100*	*92*
4. Vj.	132	120	139	137	*100*	*99*	*98*	*106*
1968 1. Vj.	121	121	123	118	*109*	*108*	*119*	*97*
2. Vj.	132	131	128	138	*109*	*104*	*109*	*117*
3. Vj.	135	139	140	124	*106*	*104*	*115*	*98*
4. Vj.	149	137	159	151	*107*	*103*	*110*	*108*
1969 1. Vj.	153	145	170	139	*114*	*111*	*128*	*101*
2. Vj.	161	155	177	146	*114*	*108*	*121*	*112*
3. Vj.	167	164	191	136	*110*	*104*	*125*	*96*
4. Vj.	179	164	204	164	*106*	*103*	*112*	*103*
1970 1. Vj.	170	158	202	140	*110*	*106*	*124*	*94*
2. Vj.	176	169	197	155	*104*	*100*	*108*	*106*
3. Vj. [2])	169	165	193	140	*99*	*96*	*106*	*92*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 42

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex; 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	*98*	*99*	*97*	*102*
1963	117	116	117	119	*105*	*106*	*104*	*107*
1964	131	125	135	133	*105*	*102*	*107*	*101*
1965	141	137	142	143	*104*	*100*	*106*	*102*
1966	157	156	157	159	*103*	*102*	*103*	*101*
1967	173	176	171	175	*105*	*100*	*108*	*102*
1968	202	195	206	207	*107*	*102*	*111*	*102*
1969	246	220	259	256	*113*	*102*	*121*	*104*
1966 1. Vj.	154	153	153	161	*108*	*107*	*109*	*104*
2. Vj.	160	158	161	161	*106*	*103*	*107*	*106*
3. Vj.	147	146	149	142	*98*	*94*	*102*	*88*
4. Vj.	168	168	167	174	*99*	*105*	*96*	*104*
1967 1. Vj.	168	181	162	165	*107*	*107*	*108*	*98*
2. Vj.	174	177	171	183	*105*	*98*	*108*	*109*
3. Vj.	163	161	166	152	*104*	*93*	*113*	*88*
4. Vj.	188	186	186	200	*103*	*103*	*103*	*111*
1968 1. Vj.	184	181	186	185	*110*	*105*	*115*	*99*
2. Vj.	196	191	197	204	*110*	*103*	*113*	*110*
3. Vj.	198	190	203	190	*106*	*98*	*113*	*92*
4. Vj.	232	219	235	251	*105*	*103*	*105*	*106*
1969 1. Vj.	240	221	249	249	*124*	*109*	*137*	*107*
2. Vj.	251	227	260	269	*113*	*105*	*118*	*112*
3. Vj.	248	212	270	230	*114*	*97*	*129*	*90*
4. Vj.	247	218	256	278	*103*	*98*	*104*	*106*
1970 1. Vj.	249	236	257	244	*112*	*104*	*119*	*96*
2. Vj.	246	238	248	262	*102*	*98*	*104*	*103*
3. Vj. [2])	240	225	248	239	*105*	*96*	*111*	*93*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 43

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1969 1. Vj.	105 822	2 457	103 365	31 576	37 437	19 619	14 733
2. Vj.	114 207	2 404	111 804	34 799	42 451	19 148	15 406
3. Vj.	119 395	2 475	116 920	37 164	43 037	20 718	16 000
4. Vj.	131 113	2 744	128 369	37 606	50 848	23 239	16 676
1970 1. Vj.	121 175	2 817	118 357	35 676	45 589	21 406	15 686
2. Vj.	131 441	2 810	128 631	40 014	50 346	21 489	16 783
3. Vj.	132 976	3 013	129 963	40 559	49 790	22 411	17 203

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 43

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	337 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1969 1. Vj.	85 202	1 924	83 279	25 215	26 170	17 560	14 334
2. Vj.	90 591	1 908	88 684	27 977	28 803	16 963	14 941
3. Vj.	96 177	1 978	94 199	30 181	30 070	18 405	15 543
4. Vj.	105 599	2 242	103 357	30 571	35 728	20 858	16 199
1970 1. Vj.	97 507	2 256	95 251	28 623	32 219	19 156	15 252
2. Vj.	105 796	2 265	103 531	32 367	35 646	19 214	16 305
3. Vj.	107 986	2 368	105 618	32 952	35 887	20 088	16 691

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 43

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1969 1. Vj.	20 620	534	20 086	6 360	11 267	2 060	399
2. Vj.	23 616	496	23 120	6 822	13 648	2 184	465
3. Vj.	23 218	497	22 720	6 983	12 967	2 313	457
4. Vj.	25 514	502	25 012	7 035	15 119	2 381	477
1970 1. Vj.	23 668	561	23 107	7 054	13 370	2 250	433
2. Vj.	25 645	545	25 100	7 647	14 700	2 275	479
3. Vj.	24 990	645	24 345	7 607	13 903	2 323	512

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 44

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mill.

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1969 1. Vj.	2 930	121	2 809	616	1 277	740	176
2. Vj.	2 932	112	2 820	626	1 290	728	176
3. Vj.	2 951	114	2 836	644	1 285	722	186
4. Vj.	3 133	117	3 016	659	1 394	771	191
1970 1. Vj.	3 015	110	2 905	627	1 361	742	176
2. Vj.	3 081	108	2 973	653	1 401	740	179
3. Vj.	3 008	109	2 899	652	1 348	713	186

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 45

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1969 1. Vj.	8 146	6 163	323	271	7 824	5 892
2. Vj.	8 233	6 229	320	268	7 913	5 961
3. Vj.	8 369	6 332	316	264	8 053	6 068
4. Vj.	8 485	6 412	313	262	8 172	6 150
1970 1. Vj.	8 528	6 434	308	258	8 219	6 176
2. Vj.	8 572	6 457	309	259	8 263	6 199
3. Vj.	8 652	6 506	312	260	8 340	6 246

[1]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 45

in der Industrie

1000

arbeitende Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	**2 683**	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 715	1 261	3 638	2 673	1 968	1 602	503	355	1969 1. Vj.
1 739	1 282	3 693	2 715	1 979	1 611	502	354	2. Vj.
1 767	1 302	3 773	2 775	1 997	1 624	517	367	3. Vj.
1 779	1 307	3 859	2 838	2 015	1 637	518	368	4. Vj.
1 783	1 305	3 911	2 877	2 017	1 638	508	357	1970 1. Vj.
1 806	1 323	3 942	2 894	2 008	1 627	507	355	2. Vj.
1 829	1 340	3 982	2 916	2 008	1 623	522	367	3. Vj.

[1]) 1950 bis 1959

Tabelle 46

Industrielle Produktion [1])

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1969	148,2	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	135,9	153,8
1969 1. Vj.	137,3	137,7	98,6	140,5	156,5	134,8	138,5	123,3	122,7	148,5
2. Vj.	153,3	152,9	96,0	156,9	175,7	154,1	148,0	135,2	143,6	158,8
3. Vj.	141,3	140,6	91,0	144,1	170,4	133,8	133,4	130,0	125,2	139,3
4. Vj.	161,0	160,8	101,3	164,9	178,0	164,8	157,8	145,9	153,5	170,0
1970 1. Vj.	150,8	151,4	104,8	154,7	170,3	155,4	146,4	129,0	140,4	162,8
2. Vj.	163,4	162,8	98,3	167,3	186,3	169,6	151,8	139,2	155,2	169,0
3. Vj. [4])	148,1	147,0	93,1	150,8	178,3	143,6	134,5	132,9	134,4	142,9

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 47

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie insgesamt [1]	Bergbau [2]	Verarbeitende Industrie [2]				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,2	142,7	137,4
1969	153,0	172,9	152,4	178,1	139,3	152,7	143,3
1969 1. Vj.	146,0	169,4	145,1	168,4	132,5	148,0	137,0
2. Vj.	153,0	170,8	152,2	180,4	139,3	149,9	139,9
3. Vj.	154,7	171,3	154,0	182,4	137,5	153,4	144,0
4. Vj.	159,1	180,5	158,3	179,4	147,2	160,3	152,4
1970 1. Vj.	151,5	193,3	150,0	176,7	138,8	151,2	138,0
2. Vj.	158,5	183,1	157,5	186,4	145,6	155,6	145,0
3. Vj. [3]	157,9	182,5	157,1	187,9	140,2	155,9	145,6

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.
[2] Hauptgruppen nach Vierteljahren: Eigene Schätzung.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 48

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	
	1000 cbm				Mill. DM				1962 = 100
1950 [6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 069		.
1957	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	79,1
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	100
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	104,9
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	109,2
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	122,5
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	112,2
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	121,6
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	149,3
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	178,0
1969 1. Vj.	90 178	47 883	33 716	8 579	9 579	5 781	2 413	1 385	106,9
2. Vj.	124 718	64 968	49 551	10 199	12 882	7 880	3 417	1 585	202,4
3. Vj.	132 365	67 615	52 152	12 598	14 031	8 308	3 729	1 994	217,0
4. Vj.	122 759	61 643	48 551	12 565	13 022	7 566	3 431	2 025	185,6
1970 1. Vj.	97 488	52 688	35 677	9 123	10 917	6 700	2 745	1 472	121,2
2. Vj.	132 302	71 427	48 963	11 912	15 126	9 394	3 641	2 091	193,3
3. Vj.	144 608	78 650	52 114	13 844	17 576	10 601	4 492	2 483	225,8

[1] Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Einschließlich privater Bauherren.
[5] Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.
[6] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 49

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mill. DM				1000	Mill.	1962 = 100
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493	.
1960	25 018 a)	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650 a)	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359 a)	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420 a)	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	119,1
1969	42 751	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	123,5
1969 1. Vj.	6 476	2 341	1 565	2 570	1 426	419	81,4
2. Vj.	8 873	3 315	2 086	3 472	1 532	693	148,6
3. Vj.	11 686	4 034	2 690	4 962	1 556	723	139,7
4. Vj.	15 716	5 378	3 475	6 863	1 507	605	125,1
1970 1. Vj.	7 954	2 683	2 117	3 155	1 427	370	77,4
2. Vj.	10 903	3 728	2 774	4 401	1 544	700	151,9
3. Vj.	14 742	4 681	3 588	6 473	1 582	730	147,7

[6]) Ohne Saarland und Berlin.

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer, bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 50

Großhandelsumsatz [1])

1962 = 100

Zeitraum	Großhandel insgesamt	davon Großhandel mit				
		Getreide, Futter- und Düngemitteln	Rohstoffen und Halbwaren	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen	sonstigen Fertigwaren
1963	104,5	100,9	105,0	106,4	103,9	103,4
1964	112,9	109,0	112,6	115,3	111,0	113,7
1965	122,2	119,0	117,1	131,3	121,1	123,7
1966	125,0	125,1	117,6	136,9	122,1	126,0
1967	124,4	124,1	114,4	144,3	118,2	120,7
1968	128,1	119,3	122,2	144,3	119,5	126,4
1969	144,9	134,2	139,8	157,8	128,2	149,4
1966 1. Vj.	117,6	124,6	110,8	122,7	119,2	121,4
2. Vj.	126,4	120,2	120,7	141,0	111,1	125,9
3. Vj.	128,2	133,9	122,1	139,4	120,9	123,2
4. Vj.	127,6	121,8	116,2	144,7	137,1	133,3
1967 1. Vj.	111,2	113,4	99,5	130,3	116,5	109,0
2. Vj.	123,1	113,2	113,0	151,3	108,8	116,0
3. Vj.	125,5	131,8	117,3	144,3	113,0	115,0
4. Vj.	137,8	138,0	128,0	151,1	134,6	143,0
1968 1. Vj.	111,3	95,3	108,2	127,4	106,0	108,0
2. Vj.	128,4	115,3	121,8	151,7	108,3	123,2
3. Vj.	131,4	132,1	128,5	142,5	119,4	123,7
4. Vj.	141,1	134,3	130,4	155,8	144,1	150,6
1969 1. Vj.	125,3	111,0	119,8	139,9	121,1	129,1
2. Vj	143,2	136,9	137,0	161,2	112,8	142,0
3. Vj.	151,9	145,3	150,9	160,0	128,6	151,0
4. Vj.	159,1	143,8	151,4	170,3	150,1	175,4
1970 1. Vj.	144,3	132,7	143,4	151,5	128,8	147,7
2. Vj.	162,9	140,6	162,5	174,8	125,4	169,9
3. Vj.	160,7	155,7	157,8	165,3	137,3	169,3

[1]) Ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 51

Einzelhandelsumsatz

1962 = 100

Zeitraum	Einzelhandel insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art [2]	Nahr.- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche Schuhen	Hausrat u. Wohnbedarf	Elektro- u. opt. Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmaz., kosmet. u. ä. Erzeugnissen	Kohle u. Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1963	104,9	108,1	104,4	103,4	100,8	102,5	106,4	107,2	116,8	104,7
1964	113,0	121,1	111,4	110,4	110,1	112,0	114,6	115,1	109,1	115,2
1965	124,3	140,7	120,8	121,0	119,9	123,9	127,7	127,2	112,4	127,4
1966	130,9	153,3	127,1	125,3	128,6	129,6	137,9	138,9	114,1	128,6
1967	132,4	158,6	130,8	123,2	128,5	127,2	145,1	149,1	116,2	121,2
1968	138,2	173,3	136,9	125,9	131,7	132,0	151,5	160,7	126,2	118,2
1969	152,4	188,6	147,0	140,2	148,1	147,0	166,9	176,7	132,6	146,4
1970	162,4	197,6	158,7	137,6	169,1	154,0	168,9	188,4	144,4	168,7
1969 1. Vj.	130,4	151,7	134,0	109,9	115,2	110,2	142,7	164,4	143,7	125,4
2. Vj.	146,2	167,6	146,7	132,7	134,7	118,7	139,9	168,9	124,1	158,5
3. Vj.	146,4	170,2	147,2	126,9	149,1	134,9	164,4	172,7	125,4	143,5
4. Vj.	186,5	264,7	159,9	191,1	193,4	224,0	220,7	200,9	137,1	158,1
1970 1. Vj.	144,9	173,2	144,6	124,9	133,0	128,3	151,1	172,7	155,6	146,1
2. Vj.	163,2	192,5	157,5	149,2	155,7	137,6	147,2	180,6	141,6	191,9
3. Vj.	162,4	197,6	158,7	137,6	169,1	154,0	168,9	188,4	144,4	168,7
	in Preisen von 1962									
1963	103,3	106,7	102,6	101,2	99,1	104,2	103,5	106,2	112,0	104,3
1964	110,1	118,4	108,6	106,6	106,8	113,4	107,9	113,0	102,2	114,4
1965	118,8	135,7	114,8	114,6	113,4	124,6	114,6	123,3	102,7	125,1
1966	122,7	145,7	118,6	115,9	119,3	129,7	118,9	127,8	103,2	124,3
1967	123,5	150,6	112,7	112,8	118,9	128,6	120,1	135,3	102,4	116,8
1968	128,9	165,5	128,8	115,4	122,2	133,7	123,4	142,6	106,9	112,4
1969	140,1	178,1	135,4	127,1	136,3	147,4	132,3	154,0	110,0	137,7
1969 1. Vj.	120,6	144,1	124,2	100,2	106,8	111,3	115,5	144,1	119,2	118,7
2. Vj.	134,5	158,7	134,1	120,9	124,7	119,6	112,2	147,3	107,3	149,6
3. Vj.	134,8	161,0	135,5	115,3	137,6	135,4	129,3	150,3	106,8	135,3
4. Vj.	170,5	248,7	147,9	172,0	176,1	223,3	172,1	174,3	106,8	147,3
1970 1. Vj.	130,1	160,5	131,2	110,8	118,7	127,1	116,7	145,4	119,5	132,8
2. Vj.	145,3	176,8	141,4	131,2	137,5	135,6	112,3	150,3	109,5	173,3
3. Vj.	144,3	180,5	143,6	120,2	148,5	151,0	127,6	155,7	107,4	151,2

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).

Tabelle 52

Zahlungs

Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisen-bilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der Übertragungen [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 407	− 2 472	− 3 012	+ 540	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 341	+ 812	− 149	+ 961	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 528	+ 2 368	+ 706	+ 1 662	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 793	+ 4 244	+ 2 516	+ 1 728	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 609	+ 4 083	+ 2 698	+ 1 385	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 205	+ 3 039	+ 1 245	+ 1 794	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 377	+ 5 600	+ 2 897	+ 2 703	− 1 223
1957	+ 5 122	+ 5 764	+ 7 643	+ 4 083	+ 3 560	− 1 879
1958	+ 3 444	+ 5 780	+ 7 798	+ 4 954	+ 2 844	− 2 018
1959	− 1 692	+ 3 941	+ 7 241	+ 5 361	+ 1 880	− 3 300
1960	+ 8 019	+ 4 511	+ 7 981	+ 5 223	+ 2 758	− 3 470
1961	− 2 297	+ 2 817	+ 7 273	+ 6 615	+ 658	− 4 456
1962	− 877	− 1 941	+ 3 260	+ 3 477	− 217	− 5 201
1963	+ 2 740	+ 689	+ 5 756	+ 6 032	− 276	− 5 067
1964	+ 435	− 27	+ 5 295	+ 6 081	− 786	− 5 322
1965	− 1 283	− 6 766	− 346	+ 1 203	− 1 549	− 6 420
1966	+ 1 952	+ 46	+ 6 370	+ 7 958	− 1 588	− 6 324
1967	− 140	+ 9 445	+15 879	+16 862	− 983	− 6 434
1968	+ 7 009	+10 861	+18 176	+18 372	− 196	− 7 315
1969	−14 361	+ 6 218	+14 617	+15 584	− 967	− 8 399
1969 1. Vj.	− 7 117	+ 1 101	+ 2 744	+ 2 770	− 26	− 1 643
2. Vj.	+ 7 574	+ 1 866	+ 3 709	+ 3 918	− 209	− 1 843
3. Vj.	+ 7 413	+ 1 132	+ 3 283	+ 3 986	− 703	− 2 151
4. Vj.	−22 231	+ 2 119	+ 4 881	+ 4 910	− 29	− 2 762
1970 1. Vj.	+ 1 446	− 70	+ 1 989	+ 2 941	− 952	− 2 059
2. Vj.	+ 5 316	+ 714	+ 2 877	+ 3 347	− 470	− 2 163
3. Vj.	+ 8 268	+ 160	+ 2 586	+ 4 306	− 1 720	− 2 426

[1] Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.
[4] Eigene Leistungen: —.

Tabelle 52

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Zuteilung von Sonderziehungsrechten und Ausgleichsbedarf der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 207	+ 458	− 251	− 200	− 364	—	1950
+ 87	− 149	+ 236	+ 2 428	− 390	—	1951
+ 116	− 447	+ 563	+ 2 644	+ 256	—	1952
+ 82	− 398	+ 480	+ 3 875	− 229	—	1953
− 186	− 518	+ 332	+ 3 423	− 452	—	1954
− 450	− 381	− 69	+ 1 755	+ 96	—	1955
+ 148	− 455	+ 603	+ 4 525	+ 485	—	1956
− 2 305	− 440	−1 865	+ 3 459	+1 663	—	1957
− 2 049	− 1 457	− 592	+ 3 731	− 287	—	1958
− 6 108	− 3 739	−2 369	− 2 167	+ 475	—	1959
+ 1 782	− 171	+1 953	+ 6 293	+1 726		1960
− 4 259	− 4 203	− 56	− 1 442	+ 620	−1 475	1961
− 267	− 353	+ 86	− 2 208	+1 331	—	1962
+ 2 260	+ 1 546	+ 714	+ 2 949	− 209	—	1963
− 1 765	− 1 034	− 731	− 1 792	+2 227	—	1964
+ 2 362	+ 957	+1 405	− 4 404	+3 121	—	1965
+ 881	− 762	+1 643	+ 927	+1 025	—	1966
−10 021	− 3 203	−6 818	− 576	+ 436	—	1967
− 7 347	−11 523	+4 176	+ 3 514	+3 495	—	1968
−18 799	−22 860	+4 061	−12 581	+2 319	−4 099	1969
−10 088	− 5 778	−4 310	− 8 987	+1 870	—	1969 1. Vj.
− 1 615	− 4 156	+2 541	+ 251	+7 323	—	2. Vj.
+ 3 526	− 3 465	+6 991	+ 4 658	+2 755	—	3. Vj.
−10 622	− 9 461	−1 161	− 8 503	−9 629	−4 099	4. Vj.
− 1 514	− 3 912	+2 398	− 1 584	+2 292	+ 738	1970 1. Vj.
+ 1 428	− 1 235	+2 663	+ 2 142	+3 174	—	2. Vj.
+ 4 520	+ 345	+4 175	+ 4 680	+3 588	—	3. Vj.

[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungen im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen sowie Zuteilung von Sonderziehungsrechten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 53

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	17 588	12 781	96,3	126,8	75,9
1953	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	45 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1969	113 557	97 972	111 041	95 850	100,3	102,2	100,1
1969 1. Vj.	25 608	22 838	25 256	22 425	101,4	101,8	99,6
2. Vj.	28 501	24 583	27 930	23 721	102,0	103,6	98,5
3. Vj.	28 548	24 562	27 783	23 821	102,8	103,1	99,7
4. Vj.	30 900	25 990	30 072	25 883	102,8	100,4	102,4
1970 1. Vj.	28 708	25 767	27 870	25 666	103,0	100,4	102,6
2. Vj.	31 169	27 821	30 158	27 427	103,4	101,4	102,0
3. Vj.	30 869	26 563	29 436	26 684	104,9	99,5	105,4

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2] Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 54

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der industrien				Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
			Grundstoff- und Produktionsgüter- [2]	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter- [2]	Nahrungs- und Genußmittel- [2]	
				Ausfuhr			
1958 } [3]	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959 } [3]	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 225	28 901	5 262	909	476
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257
1969 1. Vj.	25 608	627	7 284	13 537	2 895	608	261
2. Vj.	28 501	578	7 668	15 731	3 106	718	279
3. Vj.	28 548	615	7 960	15 202	3 323	737	310
4. Vj.	30 900	596	8 129	17 150	3 430	729	408
1970 1. Vj.	28 708	638	7 985	15 435	3 106	679	413
2. Vj.	31 169	655	8 460	17 024	3 207	749	473
3. Vj.	30 869	766	8 482	16 560	3 339	814	401
				Einfuhr			
1958 } [3]	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959 } [3]	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788
1969 1. Vj.	22 838	2 260	6 820	4 232	3 201	1 878	3 603
2. Vj.	24 583	2 362	7 331	4 810	3 173	1 903	4 188
3. Vj.	24 562	2 422	7 921	4 438	3 405	1 979	3 453
4. Vj.	25 990	2 381	8 274	5 046	3 515	2 208	3 545
1970 1. Vj.	25 767	2 344	8 242	5 351	3 493	2 083	3 573
2. Vj.	27 821	2 516	8 698	6 561	3 386	2 090	3 808
3. Vj.	26 563	2 670	7 977	5 755	3 621	2 246	3 474

[1] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[2] Ab 1962 geänderte systematische Abgrenzung.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 55

Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1969 1. Vj.	25 608	766	24 701	760	2 153	21 787	4 940	16 847
2. Vj.	28 501	889	27 468	776	2 140	24 551	5 250	19 301
3. Vj.	28 548	949	27 449	786	2 283	24 381	5 357	19 024
4. Vj.	30 900	1 052	29 691	757	2 325	26 609	5 594	21 015
1970 1. Vj.	28 708	995	27 554	745	2 217	24 592	5 446	19 146
2. Vj.	31 169	1 119	29 886	773	2 352	26 762	5 794	20 968
3. Vj.	30 869	1 116	29 579	813	2 440	26 326	5 739	20 588

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 56

Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1969 1. Vj.	22 838	4 538	18 052	3 589	3 846	10 616	3 561	7 055
2. Vj.	24 583	5 214	19 074	3 671	4 041	11 363	3 801	7 561
3. Vj	24 562	4 665	19 565	3 624	4 391	11 550	4 016	7 534
4. Vj.	25 990	4 915	20 713	3 604	4 441	12 668	4 390	8 278
1970 1. Vj.	25 767	4 795	20 682	3 542	4 382	12 757	4 374	8 383
2. Vj.	27 821	5 125	22 327	3 680	4 688	13 959	4 438	9 521
3. Vj.	26 563	5 034	21 147	3 751	4 336	13 060	4 032	9 028

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57

Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder [2]	Übrige europäische Länder [3]	Staatshandelsländer [4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [5]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder
1950 [6]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1969 1. Vj.	25 608	10 508	5 746	1 592	1 205	3 211	2 046	3 288
2. Vj.	28 501	11 397	6 280	1 829	1 213	4 327	2 916	3 389
3. Vj.	28 548	11 212	6 367	1 778	1 269	4 201	2 733	3 654
4. Vj.	30 900	12 060	7 209	2 003	1 394	4 463	2 938	3 707
1970 1. Vj.	28 708	11 662	6 508	1 892	1 324	3 859	2 507	3 405
2. Vj.	31 169	12 677	7 071	2 055	1 334	4 336	2 728	3 640
3. Vj.	30 869	12 113	6 990	2 103	1 345	4 469	2 889	3 729

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab März 1970 einschließlich Island.
[3] Ohne Staatshandelsländer.
[4] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik. Volksrepublik China, Nord-Korea.
[5] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[6] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder [2]	Übrige europäische Länder [3]	Staatshandelsländer [4]	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder
						zusammen [5]	Vereinigte Staaten	
1950 [6]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1969 1. Vj.	22 838	9 894	3 584	1 005	851	3 159	2 088	4 323
2. Vj.	24 583	10 867	3 721	880	883	3 968	2 770	4 241
3. Vj.	24 562	10 517	3 715	1 002	1 036	4 007	2 687	4 257
4. Vj.	25 990	11 153	4 202	1 253	1 204	3 980	2 708	4 174
1970 1. Vj.	25 767	11 435	3 871	1 078	1 036	4 021	2 723	4 301
2. Vj.	27 821	12 330	4 235	1 028	961	4 642	3 176	4 606
3. Vj.	26 563	11 682	4 054	1 009	1 100	4 382	2 864	4 309

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab März 1970 einschließlich Island.
[3] Ohne Staatshandelsländer.
[4] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[5] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[6] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 59

Zur Preis- und Lohnentwicklung

1963

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Niederlande	Großbritannien
						Verbraucher
1964	102	104	103	106	106	103
1965	106	108	106	111	110	108
1966	110	113	109	113	117	112
1967	111	116	112	117	121	115
1968	113	119	117	119	125	121
1969	116	124	124	122	135	127
1970 1. Hj.	120	128	129	127	139	133
						Großhandels
1964	100	105	102	103	106	103
1965	102	106	103	105	110	106
1966	103	108	105	107	115	110
1967	103	107	105	106	115	111
1968	97 [a]	107	106	107	116	117
1969	99 [a]	113	115	111	117 [a]	121
1970 1. Hj.	104 [a]	118	125	118	124 [a]	126
						Durchschnittswerte
1964	100	102	104	103	102	102
1965	102	102	105	101	104	105
1966	103	105	108	99	104	109
1967	102	104	107	99	103	110
1968	101	103	106	97	102	119
1969	102	108	113	103	104	123
1970 1. Hj.	103	113	124	107	108	128
						Durchschnittswerte
1964	100	102	102	104	102	104
1965	103	101	104	104	103	104
1966	104	102	105	105	104	105
1967	103	100	104	106	103	105
1968	101	101	102	106	100	117
1969	103	104	108	107	103	122
1970 1. Hj.	102	108	121	110	110	128
						Bruttostundenverdienste
1964	109	111	107	114	116	105
1965	119	120	113	124	128	111
1966	127	131	120	128	141	118
1967	132	140	127	135	150	123
1968	138	147	143	140	162	133
1969	151	158	159	151	177	140
1970 1. Hj.	165	...	169	178	189	150
						Anteil am Warenhandel [4]) der
1964 bis 1969	*100*	*7,9*	*11,9*	*8,3*	*10,2*	*4,1*

[1]) Nationale Quellen.
[2]) Quelle: OECD.
[3]) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

Tabelle 59

in wichtigen Industrieländern
= 100

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise [1])					
103	103	101	102	104	1964
109	107	103	104	111	1965
116	112	106	108	116	1966
120	116	109	112	121	1967
123	119	114	117	127	1968
126	122	120	122	134	1969
133	125	125	125	142	1970 1. Hj.
preise [1])					
105	101	100	100	100	1964
109	102	102	102	101	1965
112	104	105	106	103	1966
112	104	106	108	105	1967
113	104	108	110	106	1968
118	107	113	115	108	1969
125	111	116	...	111	1970 1. Hj.
der Ausfuhr [2])					
103	104	101	101	99	1964
107	106	104	103	98	1965
108	110	108	107	98	1966
109	114	109	109	101	1967
109	118	111	113	101	1968
113	119	115	118	105	1969
120	123	120	122	107	1970 1. Hj.
der Einfuhr [2])					
104	102	103	101	102	1964
106	103	104	101	105	1965
108	106	106	102	105	1966
108	106	107	103	105	1967
108	107	109	105	104	1968
111	110	112	109	103	1969
118	118	118	111	108	1970 1. Hj.
in der Industrie [2]) [3])					
106	106	103	104	111	1964
118	111	106	109	120	1965
127	118	111	115	134	1966
139	124	115	123	152	1967
148	129	122	132	174	1968
160	134	130	143	203	1969
180	141	135	153	192	1970 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
3,8	*4,7*	*10,4*	*1,2*	*1,3*	1964 bis 1969

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 60

Langfristiger privater Kapitalverkehr mit dem Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Direktinvestitionen und Grundbesitz			Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen		
	inländische (Zunahme: −)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapitalexport: −)	inländische (Zunahme: −)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapitalexport: −)
1960	− 633	+ 617	− 16	− 783	+2 033	+ 1 250
1961	− 872	+ 898	+ 26	− 268	+1 253	+ 985
1962	−1 135	+ 968	− 167	− 374	+1 541	+ 1 167
1963	− 813	+1 451	+ 638	− 633	+3 009	+ 2 376
1964	−1 102	+2 034	+ 932	− 1 022	+ 367	− 655
1965	−1 258	+3 187	+1 929	− 741	+1 087	+ 346
1966	−1 416	+3 333	+1 917	− 1 187	+1 064	− 123
1967	−1 202	+2 735	+1 533	− 2 150	−1 010	− 3 160
1968	−1 800	+1 407	− 393	−10 020	+ 333	− 9 687
1969	−2 485	+1 397	−1 088	−19 355	− 514	−19 869
1968 1. Vj.	− 482	+ 435	− 47	− 1 339	− 143	− 1 482
2. Vj.	− 367	+ 403	+ 36	− 2 367	− 175	− 2 542
3. Vj.	− 310	+ 235	− 75	− 3 778	+ 145	− 3 633
4. Vj.	− 641	+ 334	− 307	− 2 536	+ 506	− 2 030
1969 1. Vj.	− 515	+ 155	− 360	− 5 328	+ 83	− 5 245
2. Vj.	− 505	+ 62	− 443	− 3 895	+ 249	− 3 646
3. Vj.	− 663	+ 912	+ 249	− 3 522	+ 518	− 3 004
4. Vj.	− 802	+ 268	− 534	− 6 610	−1 364	− 7 974
1970 1. Vj.	− 810	− 213	−1 023	− 2 710	+ 89	− 2 621
2. Vj.	− 515	+ 114	− 401	− 482	+ 652	+ 170
3. Vj.	− 739	+ 472	− 267	− 610	+1 822	+ 1 212

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 61

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,9	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	114,9	105,4	113,3	104,7	115,5	114,2	128,9	110,2	107,7	112,1
1968 [2]	116,7	103,7	114,3	103,8	117,2	116,3	134,3	111,3	107,2	114,5
1969	120,8	106,0	117,9	105,6	121,4	119,2	144,3	116,3	110,7	121,5
1960 1. Hj.	91,1	102,9	92,8	97,3	91,9	93,4	89,7	88,7	92,6	85,6
2. Hj.	92,9	102,6	94,3	98,2	93,5	94,8	92,0	90,9	94,7	88,1
1961 1. Hj.	94,8	101,4	95,8	98,5	95,2	96,1	95,1	92,8	96,1	90,2
2. Hj.	97,3	100,2	97,7	99,1	97,4	97,9	97,5	96,2	97,1	95,4
1962 1. Hj.	99,1	100,3	99,3	99,6	99,2	99,7	98,0	98,8	99,5	98,3
2. Hj.	100,8	99,8	100,6	100,3	100,7	100,3	101,8	101,0	100,5	101,5
1963 1. Hj.	102,5	100,6	102,2	100,9	102,5	102,5	102,6	102,5	100,6	104,2
2. Hj.	103,6	99,6	103,0	100,5	103,5	102,8	105,5	103,6	100,8	105,7
1964 1. Hj.	104,9	100,8	104,3	100,9	105,0	104,7	106,9	104,9	100,9	108,1
2. Hj.	106,9	100,8	105,9	101,7	106,7	105,5	112,0	106,4	102,5	109,3
1965 1. Hj.	108,6	103,1	107,6	102,8	108,7	107,5	115,1	108,2	104,9	111,0
2. Hj.	110,8	103,9	109,6	103,9	110,8	109,3	119,8	109,3	105,5	112,2
1966 1. Hj.	112,6	106,0	111,5	104,7	113,0	111,8	122,3	111,1	107,1	114,3
2. Hj.	114,7	105,6	113,1	105,4	114,9	112,7	129,0	111,7	107,6	114,7
1967 1. Hj.	114,9	104,9	113,2	104,3	115,5	114,3	127,8	111,1	108,1	113,5
2. Hj.	114,8	105,9	113,3	105,0	115,4	114,2	130,0	109,4	107,3	110,9
1968 1. Hj.	115,7	104,2	113,6	104,1	116,1	116,1	131,4	110,5	106,6	113,7
2. Hj. [2]	117,6	103,2	115,0	103,6	118,1	116,5	136,9	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj.	118,5	106,0	116,1	104,9	119,2	118,7	140,0	113,3	108,5	117,9
2. Hj.	122,8	106,0	119,6	106,2	123,3	119,7	148,0	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj.	127,2	105,8	122,8	107,1	127,2	122,9	155,2	127,2	116,8	**138,8**

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Vorläufige Ergebnisse.
Hinsichtlich der Behandlung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Preisentwicklung siehe „Wirtschaft und Statistik", Heft 9/68, S. 439 ff.
Begriffliche Erläuterungen Seite 129

Tabelle 62

Index der Grundstoffpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Grundstoffe industrieller Herkunft									
	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1963	100,3	100,0	99,9	102,5	99,2	97,1	100,3	100,2	103,0	104,4
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,4
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1969	101,2	96,8	102,0	99,7	113,3	88,1	98,5	95,0	99,0	106,0
1967 1. Vj.	104,2	99,6	104,8	107,3	111,2	94,7	100,7	102,2	102,4	112,0
2. Vj.	102,0	99,6	102,1	106,7	105,3	93,8	98,9	101,8	101,4	108,7
3. Vj.	102,8	103,8	102,1	105,8	106,3	93,7	97,4	101,3	100,7	106,4
4. Vj.	103,8	104,2	103,4	105,3	110,4	93,8	95,8	100,5	101,3	105,2
1968 1. Vj.	100,2	99,7	100,2	100,2	109,9	88,8	91,2	93,3	97,9	101,4
2. Vj.	98,1	98,1	98,0	99,3	104,5	88,4	91,6	93,1	97,9	99,3
3. Vj.	98,3	98,3	98,0	98,8	104,5	87,7	92,5	93,9	98,1	100,9
4. Vj.	98,7	98,3	98,3	98,6	105,2	87,7	93,5	93,6	98,6	103,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2
4. Vj.	103,7	98,4	104,7	101,2	118,8	88,5	101,8	96,4	99,4	110,1
1970 1. Vj.	105,6	99,7	107,2	103,7	123,8	88,4	103,2	98,1	99,9	109,0
2. Vj.	105,7	101,6	106,9	105,5	122,3	88,3	105,0	98,8	99,7	106,9
3. Vj.	105,3	105,6	105,2	107,7	116,9	88,3	105,7	99,7	99,5	105,9

[1]) Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 63

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1]

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1950	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954 [3]	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955 [3]	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956 [3]	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957 [3]	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958 [3]	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959 [3]	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 [4]	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966	105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	106,7
1967	104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1968	99,3	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	101,1	102,4	101,2
1969	101,5	104,0	104,3	101,3	97,2	102,7	104,6	102,1	106,9	102,4
1969 1. Vj.	100,1	101,6	104,7	99,9	95,6	100,7	103,4	101,4	104,5	101,7
2. Vj.	100,6	100,3	104,3	100,4	96,3	101,3	104,3	101,5	105,3	101,9
3. Vj.	101,6	100,9	104,2	101,5	97,6	102,5	105,0	102,1	106,7	102,4
4. Vj.	103,8	113,0	104,0	103,5	99,2	106,0	105,9	103,6	110,9	103,6
1970 1. Vj.	106,2	113,3	104,4	106,1	102,1	109,5	108,3	104,0	114,4	105,9
2. Vj.	107,0	116,1	105,1	106,8	102,4	110,6	109,3	104,4	115,8	106,6
3. Vj.	107,8	123,8	105,3	107,4	102,6	111,4	110,0	104,7	117,2	107,8

[1] Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Ohne Berlin.

Tabelle 64

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke [2])						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [4])	Baureifes Land
	Wohngebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche	gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau [3])		
1950 [5])	54,8	.	.	.	.	.	.	.
1951 [5])	63,4	.	.	.	.	.	.	.
1952 [5])	67,5	.	.	.	.	.	.	.
1953 [5])	65,3	.	.	.	.	.	.	.
1954 [5])	65,6	.	.	.	.	.	.	.
1955 [5])	69,1	.	.	.	.	.	.	.
1956 [5])	71,0	.	.	.	.	.	.	.
1957 [5])	73,5	.	.	.	.	.	.	.
1958 [5])	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	.
1959 [5])	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	.
1960 [6])	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	88,8	.	.
1961 [6])	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,3	.	.
1962 [6])	100	100	100	100	100	100	100	100
1963 [6])	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,7	104,4	114,1
1964 [6])	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,7	109,2	124,5
1965 [6])	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	95,3	119,0	159,2
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	90,6	117,6	173,4
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	94,7	122,7	191,3
1969	127,2	126,3	126,1	125,8	126,9	98,9	128,0	198,1
1969								
Februar	122,6	120,6	119,4	120,9	122,2	95,4	125,3	193,7
Mai	125,7	123,9	123,4	124,6	125,4	98,2	126,4	193,3
August	128,0	127,7	127,9	126,7	127,7	99,8	127,9	202,3
November	132,6	132,8	133,5	131,1	132,4	102,0	132,4	203,0
1970								
Februar	140,8	141,2	142,9	139,7	140,8	108,3	138,1	198,6
Mai	147,4	147,8	149,2	147,3	147,2	114,0	142,9	...
August	149,6	149,9	150,9	149,5	149,5	115,4	144,8	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt.
[3]) Straßentyp mit einem Regelquerschnitt (Kronenbreite) von 28,5 m, überwiegend für Bundesfernstraßen gültig.
[4]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.
[6]) Ohne Berlin.

Tabelle 65

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
1954	94,9	97,2	94,8	92,0	101,4	94,2	84,8	100,1
1955	96,9	96,0	96,9	92,4	106,2	96,1	87,1	99,5
1956	99,6	99,1	99,6	96,6	110,4	98,4	90,8	99,1
1957	101,9	101,7	101,9	103,0	113,5	100,4	94,2	99,5
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104.2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	108,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1968	105,8	107,9	105,8	99,9	106,8	106,0	110,4	109,4
1969	111,3	109,0	111,3	101,3	112,3	111,8	117,2	111,8
1969 1. Vj.	108,9	108,8	108,9	100,8	107,6	109,6	115,1	111,5
2. Vj.	110,4	110,1	110,4	100,3	110,9	110,9	115,7	111,9
3. Vj.	112,3	109,7	112,4	100,7	115,1	112,7	117,6	112,2
4. Vj.	113,4	107,5	113,5	103,5	115,4	113,9	120,1	111,4
1970 1. Vj.	115,3	109,3	115,5	104,5	119,4	115,6	122,1	112,7
2. Vj.	116,1	111,7	116,2	105,5	121,2	116,3	123,1	113,2
3. Vj.	116,9	114,5	117,0	111,7	122,1	116,6	125,1	113,9

[1]) 1954 bis 1957 umbasiert von Originalbasis 1958.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 66

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1958	109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959	105,4	103,8	106,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960	105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961	100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964	103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965	106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966	108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967	105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1968	105,4	104,2	105,9	100,2	115,2	104,3	108,1	102,6
1969	108,0	108,0	108,0	98,8	121,2	106,3	108,6	100,5
1969 1. Vj.	107,5	107,6	107,4	101,3	117,7	105,4	108,8	102,0
2. Vj.	109,0	110,4	108,4	100,2	120,3	106,8	109,6	100,7
3. Vj.	109,5	109,0	109,7	99,5	123,9	108,1	110,0	101,2
4. Vj.	106,0	105,1	106,5	94,1	122,7	104,9	106,1	97,9
1970 1. Vj.	108,2	108,7	107,9	96,0	125,3	105,6	105,6	98,0
2. Vj.	107,7	107,6	107,8	96,9	123,4	105,8	105,5	98,4
3. Vj.	106,5	105,7	106,9	97,1	119,3	105,8	105,5	103,0

[1]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 67

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])
1962 = 100

Zeitraum	Gesamt lebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamt lebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956	88,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,4	106,3
1966	112,8	112,5	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,6	112,1	115,7	110,5
1967	114,4	115,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1968	116,1	119,0	110,8	111,1	147,4	115,6	102,6	112,1	119,9	125,3	116,6
1969	119,3	122,0	114,5	111,7	160,4	117,4	103,1	113,3	121,5	128,5	116,7
1969 1. Vj.	118,3	121,1	113,3	111,4	157,5	117,6	102,7	112,7	121,1	126,8	116,7
2. Vj.	119,3	121,4	115,5	111,5	160,1	114,6	102,8	112,9	121,3	127,2	116,7
3. Vj.	119,5	122,1	114,9	111,5	161,6	115,6	102,9	113,3	121,5	129,4	116,6
4. Vj.	120,2	123,4	114,2	112,3	162,5	121,7	103,9	114,4	122,2	130,7	116,8
1970 1. Vj.	122,5	125,4	117,2	114,6	164,5	122,8	105,3	116,4	124,6	134,0	118,3
2. Vj.	123,6	126,4	118,5	115,8	166,2	121,9	106,3	117,6	125,7	135,3	118,8
3. Vj.	124,0	127,5	117,5	116,2	168,1	124,1	107,0	118,5	127,0	135,9	119,7

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1961 Warenkorb 1962.
[2]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 68

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1963	103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964	105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965	109,0	108,9	109,0	107,1	118,5	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1966	112,8	113,4	112,0	110,5	129,7	107,5	108,3	111,2	115,2	109,2	113,4
1967	114,4	116,3	112,0	112,1	138,2	108,5	108,3	114,3	117,6	111,6	117,8
1968	116,1	120,0	111,1	112,0	148,4	115,9	108,5	117,0	125,3	115,1	122,4
1969	119,3	123,5	114,2	113,2	161,9	117,8	109,5	116,9	127,3	117,1	126,4
1966 1. Vj.	111,8	111,9	111,7	109,5	126,2	108,0	107,8	108,2	113,3	108,2	111,9
2. Vj.	113,1	113,1	113,2	110,2	128,9	105,9	108,3	112,2	114,6	109,1	112,3
3. Vj.	112,9	113,9	111,6	110,7	130,8	106,9	108,5	112,3	116,2	109,6	113,9
4. Vj.	113,4	114,7	111,6	111,6	132,9	109,0	108,7	112,0	116,6	109,9	115,3
1967 1. Vj.	114,2	115,7	112,2	112,1	135,8	109,6	108,6	113,5	116,9	111,0	116,7
2. Vj.	114,8	115,9	113,3	112,2	137,8	106,2	108,4	113,7	117,3	111,5	116,7
3. Vj.	114,5	116,5	112,0	112,0	139,2	108,3	108,1	114,8	118,0	111,7	118,4
4. Vj.	114,1	116,9	110,6	111,9	140,2	110,0	107,9	115,1	118,2	112,2	119,5
1968 1. Vj.	115,7	119,0	111,4	111,9	143,9	116,9	108,2	116,4	124,5	114,7	121,5
2. Vj.	115,9	119,4	111,4	111,9	147,3	113,4	108,3	116,6	124,8	115,2	121,5
3. Vj.	115,9	120,4	110,2	112,0	149,9	115,5	108,7	117,2	125,9	115,2	122,7
4. Vj.	116,9	121,2	111,2	112,3	152,6	117,9	108,8	117,7	126,1	115,4	124,0
1969 1. Vj.	118,3	122,5	113,2	112,6	158,9	118,0	108,9	116,9	126,8	116,0	124,5
2. Vj.	119,3	122,8	114,9	112,8	161,6	114,9	109,2	117,0	127,0	116,4	124,7
3. Vj.	119,5	123,6	114,5	113,1	163,0	115,9	109,5	116,8	127,2	117,6	127,4
4. Vj.	120,2	124,9	114,1	114,2	164,0	122,2	110,5	117,1	127,9	118,4	129,0
1970 1. Vj.	122,5	126,9	116,9	116,2	165,9	123,3	112,1	118,7	131,3	122,1	129,8
2. Vj.	123,6	127,9	118,2	117,3	167,5	122,3	113,4	119,2	132,6	123,4	130,4
3. Vj.	124,0	129,0	117,5	118,2	169,1	124,6	114,6	120,1	134,1	123,8	130,7

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 69

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1962 = 100

Zeitraum		Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]	Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1963		102,9	103,0	102,8	102,1	105,4	103,2	101,9	103,3	103,1	102,7	102,0
1964		105,4	105,6	105,1	103,6	111,4	105,1	102,9	104,4	106,9	106,5	103,6
1965		108,7	108,7	108,8	105,8	117,8	107,1	104,8	105,2	112,3	110,2	106,0
1966		112,7	113,0	112,2	108,7	127,1	108,4	107,0	109,5	119,5	114,0	108,8
1967		114,6	116,2	112,1	110,0	135,7	109,9	107,1	112,9	123,6	117,8	111,4
1968		116,4	120,0	111,1	110,0	146,0	116,7	107,8	116,0	130,5	121,1	114,0
1969		119,5	123,0	114,1	111,3	156,6	118,7	109,1	115,3	133,3	123,1	116,4
1966	1. Vj.	111,7	111,7	111,6	107,8	124,1	109,1	107,5	106,9	117,4	112,4	107,9
	2. Vj.	112,8	112,6	113,2	108,3	126,3	106,5	106,6	110,4	119,0	113,8	108,1
	3. Vj.	112,7	113,2	111,9	108,8	128,1	107,7	105,8	110,6	120,4	114,2	109,0
	4. Vj.	113,5	114,5	112,0	109,6	130,0	110,2	108,2	110,2	121,3	115,4	110,1
1967	1. Vj.	114,4	115,6	112,5	110,0	132,2	110,9	108,7	111,9	122,6	116,7	110,9
	2. Vj.	114,7	115,6	113,2	110,1	134,7	106,9	107,1	112,2	122,9	117,8	110,8
	3. Vj.	114,5	116,3	111,9	109,9	137,2	109,8	105,7	113,7	124,4	117,8	111,6
	4. Vj.	114,6	117,2	110,8	109,9	138,7	111,8	106,9	113,8	124,5	118,9	112,2
1968	1. Vj.	116,1	119,3	111,3	109,8	142,4	118,2	108,2	115,8	129,6	120,6	113,5
	2. Vj.	116,3	119,6	111,2	109,8	145,1	113,7	108,4	115,7	129,9	121,0	113,5
	3. Vj.	116,2	120,1	110,3	110,1	147,1	115,9	107,1	116,3	131,1	121,3	114,2
	4. Vj.	117,1	121,0	111,4	110,4	149,3	119,0	107,5	116,3	131,4	121,6	114,9
1969	1. Vj.	118,7	122,3	113,2	110,7	153,9	119,0	109,6	115,4	132,1	122,2	115,3
	2. Vj.	119,3	122,4	114,6	110,9	156,3	115,3	108,8	115,4	132,7	122,6	115,6
	3. Vj.	119,4	122,8	114,3	111,2	157,5	116,4	107,9	115,2	133,5	123,3	116,9
	4. Vj.	120,4	124,4	114,4	112,3	158,6	124,0	110,1	115,3	134,7	124,3	117,9
1970	1. Vj.	122,9	126,8	117,0	114,1	160,6	125,5	113,3	116,8	138,5	127,6	120,2
	2. Vj.	123,9	127,7	118,1	115,1	162,5	124,5	113,9	117,4	140,3	128,9	120,7
	3. Vj.	124,1	128,7	117,4	116,1	164,0	127,9	113,5	118,3	141,6	129,5	121,3

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 70

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1961	.	.	.	.	.	97,1	96,3	97,7	95,8	98,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,9	103,2	105,4	105,0	101,4	103,0	103,3	105,6	104,9	101,4
1964	105,4	105,5	111,3	109,2	102,2	105,4	105,6	112,0	108,5	102,5
1965	108,7	110,0	117,6	113,6	103,6	109,0	110,4	118,4	112,2	104,4
1966	112,7	112,9	126,9	120,8	105,5	112,8	112,9	129,5	118,4	106,8
1967	114,6	111,9	135,4	125,1	106,7	114,4	112,1	137,9	121,8	108,3
1968	116,4	109,4	145,6	131,5	107,7	116,1	109,8	148,1	128,4	109,4
1969	119,5	113,2	156,0	134,3	108,3	119,3	113,5	161,4	131,3	110,2
1966 1. Vj.	111,7	112,7	123,9	118,0	105,4	111,8	112,8	126,0	115,8	106,3
2. Vj.	112,8	114,4	126,1	120,5	105,3	113,1	114,4	128,7	118,2	106,6
3. Vj.	112,7	112,3	127,8	121,7	105,3	112,9	112,3	130,6	119,4	107,0
4. Vj.	113,5	112,4	129,7	123,0	106,2	113,4	112,2	132,7	120,3	107,4
1967 1. Vj.	114,4	112,8	131,9	124,2	107,0	114,2	112,7	135,5	121,2	108,0
2. Vj.	114,7	113,3	134,3	124,7	106,4	114,8	113,6	137,5	121,4	108,1
3. Vj.	114,5	111,5	136,9	125,4	106,5	114,5	111,9	138,9	122,0	108,4
4. Vj.	114,6	110,0	138,4	126,2	107,0	114,1	110,1	139,9	122,6	108,5
1968 1. Vj.	116,1	109,9	142,0	130,5	108,0	115,7	110,4	143,6	127,2	109,5
2. Vj.	116,3	109,7	144,7	130,9	107,5	115,9	110,5	146,9	127,6	109,1
3. Vj.	116,2	108,2	146,7	132,0	107,4	115,9	108,6	149,6	129,0	109,4
4. Vj.	117,1	109,7	148,8	132,6	107,8	116,9	109,9	152,1	129,8	109,8
1969 1. Vj.	118,7	112,1	153,4	133,1	108,3	118,3	112,3	158,4	130,2	109,8
2. Vj.	119,3	114,0	155,7	133,7	107,8	119,3	114,6	161,1	130,6	109,6
3. Vj.	119,4	113,5	156,9	134,6	107,7	119,5	113,9	162,5	131,7	110,0
4. Vj.	120,4	113,4	158,0	135,7	109,4	120,2	113,2	163,5	132,8	111,3
1970 1. Vj.	122,9	116,1	160,1	138,9	111,4	122,5	116,2	165,4	136,0	113,0
2. Vj.	123,9	117,1	161,9	140,5	111,9	123,6	117,5	166,9	137,6	113,8
3. Vj.	124,1	115,9	163,4	142,0	112,5	124,0	116,4	168,5	139,0	114,6

[1]) Ohne Gaststättenleistungen.
[2]) Einschließlich Garagennutzung.
[3]) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4]) Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 71

Löhne und Gehälter

1962 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	Bruttoverdienste: stundenweise in der Industrie [1]	Bruttoverdienste: wochenweise in der Industrie [1]	Bruttoverdienste: monatlich in Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [1]	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften
1960	83,2	81,3	82,4	84,8	83,9	84,1	85,6	85,5	85,0	86,3
1961	91,7	89,7	90,8	92,1	90,6	91,0	92,2	92,3	92,1	93,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	106,1	107,5	106,8	106,5	106,5	106,7	105,6	105,9	105,2	105,8
1964	115,5	116,5	115,2	113,5	113,8	113,8	110,9	111,1	110,2	110,7
1965	125,9	127,9	127,0	122,9	122,4	122,6	118,4	118,8	117,8	117,9
1966	134,9	136,4	134,2	131,8	131,1	131,5	126,2	126,7	125,0	125,1
1967	139,3 a)	140,7	133,4	137,0	137,3	137,3	130,1	130,6	128,3	129,1
1968	147,7 a)	146,9	142,5	143,5	143,1	142,9	135,2	135,5	132,6	133,3
1969	161,2 a)	160,1	158,0	154,7	152,5	152,7	143,9	144,3	141,1	141,4
1968 Jan	141,6 a)	142,6	135,2	140,5	139,2	139,5	131,5	132,2	129,3	130,9
Apr		144,6	139,8	141,6	142,3	142,2	134,5	134,8	132,3	133,1
Jul	153,6 a)	149,7	146,3	145,1	145,3	144,8	137,3	137,3	134,3	134,4
Okt		150,8	148,6	146,7	145,6	145,2	137,6	137,6	134,6	134,6
1969 Jan [3]	152,8 a)	153,0	148,3	149,1	147,5	148,0	139,4	140,0	136,5	137,2
Apr [3]		157,4	155,6	152,6	150,6	151,1	142,2	142,9	140,0	141,1
Jul	169,5 a)	160,6	159,3	155,7	152,2	152,5	143,7	144,3	141,1	142,1
Okt		169,2	168,6	161,3	159,7	159,1	150,1	149,9	146,9	145,1
1970 Jan	174,6 a)	174,1	169,9	165,7	163,5	164,9	153,4	155,0	148,8	151,0
Apr		177,8	176,6	170,6	167,2	168,6	156,5	158,0	152,1	154,5
Jul		185,9	183,4	175,9	176,1	176,3	164,7	165,2	158,8	158,1

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: 1. bzw. 2. Halbjahr.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abschwungsprozeß 23

Absicherungsgesetz 19, 123, 126 f., 190 f.

Administrierte Preise 291

Arbeitskräftepotential 39 ff., 170
s. auch Produktionspotential

Arbeitslose 41, 44 f.

Arbeitsmarkt 41 ff.

Arbeitsproduktivität 40, 172

Arbeitszeit 45

Auftragseingang
— aus dem Ausland 19 ff., 131
— bei den Investitionsgüterindustrien 22 ff.
— bei den Verbrauchsgüterindustrien 32

Auftragsbestände 15, 24, 131

Aufwertung
— Wirkungen der D-Mark-Aufwertung 16, 19, 122 ff., 138 ff., 193

Ausfuhr 131 ff., 156, 168

Ausfuhrpreise 19 f., 127 ff., 168

Ausländische Arbeitskräfte 41, 43, 72, 170, 181

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 37 ff., 42, 171, 180, 182

Außenbeitrag 136, 178

Außenwirtschaftliche Absicherung 190, 287 ff.

Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht 179, 185
— Ausgleich von Defiziten bei festen Wechselkursen 316
— und Wechselkursänderung 317

Aussetzung der degressiven Abschreibung 22, 83, 197

Bauwirtschaft 25, 64 ff.
— Angebot 70 ff., 78
— Arbeitskräftemangel 72 f.
— Nachfrage 25, 67 ff., 76, 78, 165
— Preisentwicklung 64 ff., 75, 175, 183
— Struktur 71, 77

Beschäftigung 41 ff., 179 ff.

Bruttoinlandsprodukt 38

Bruttosozialprodukt 169

Bundesbank 106 ff., 111, 114 ff., 215

Devisenzuflüsse 114 ff., 140, 191

Dienstleistungsbilanz 134 f.

Einfuhr 46 f., 133, 177

Einfuhrpreise 123 ff.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit 48, 56
s. auch Einkommensverteilung, Löhne

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 54 f., 293
s. auch Einkommensverteilung, Gewinne

Einkommensteuer 56

Einkommensverteilung 48 f., 231 ff.
s. auch Gewinne, Löhne

Ersparnisbildung 30, 262 f.

Erzeugerpreise
— in der Industrie 59, 183
— in der Landwirtschaft 60

Export
s. Ausfuhr

Finanzierungsverfahren der gesetzlichen Rentenversicherungen 357 f.

Finanzplanungsrat 80 f.

Finanzpolitik 79 ff., 94, 99 f., 148, 285, 324 ff.
s. auch öffentliche Finanzen

Frankreich
— konjunkturelle Entwicklung 3
— voraussehbare Entwicklung 153

Geldpolitik 106 ff., 119 ff.

Geldwertstabilität 179 ff., 204 ff.
— im internationalen Vergleich 218
— „relative" 219 ff.

— und autonome Gruppen 214
— und bewegliche Wechselkurse 207
— und Bundesbank 215
— und nominalistisches Prinzip 225 ff.
— und Vollbeschäftigung 213 ff.
— und Wirtschaftswachstum 221 ff.

Gesamtindikator 142 ff.

Gewinne 48, 54, 189
— voraussehbare Entwicklung 174, 184, 274, 293

Großbritannien
— konjunkturelle Entwicklung 7
— voraussehbare Entwicklung 152
— Zahlungsbilanzsituation 7

Handelsbilanz 134

Importe
s. Einfuhr

Industrieproduktion 15, 34

Inflationstrend, internationaler 14, 150, 218

Investitionen 36, 38
— öffentliche und private 98 ff., 253
— voraussehbare Entwicklung 163 ff., 265

Investitionsneigung 23, 163, 265, 293

Italien
— konjunkturelle Entwicklung 4
— Stabilisierungsprogramm 4
— voraussehbare Entwicklung 154

Japan 8

Kanada 14

Kapazitätsauslastung
— in der Industrie 35 f.
s. auch Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalmarkt 112 f.

Kapitalproduktivität 38, 171

Kapitalverkehr 114, 138 ff., 312

Konjunkturneutraler Haushalt 91 ff., 105, 322 ff.
— Ausgaben 91, 325, 350 f.
— Basis 91, 252, 329 ff.
— Beitragseinnahmen der Sozialversicherung 103 f., 357
— „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus 91 f., 95, 285, 334 ff.
— Kreditaufnahme 97, 256, 342 ff.
— Preisniveau und Preisstruktur 333 ff.
— sonstige Einnahmen 352 f.
— Steuereinnahmen 325, 331, 338 ff.
— Strukturveränderungen bei Ausgaben und Einnahmen 350 f.

Konjunkturzuschlag 83, 197 ff., 284, 292 f.

Konsolidierter Haushalt 101 ff., 354 ff.

Konzertierte Aktion 189, 231 f.

Kostenniveau 295
— in der Bauwirtschaft 74
— in der Industrie 53

Kreditaufnahme des Staates 96, 252, 256 ff.
— und Ausgabenpläne der Privaten 97, 342 f.
— und private Ersparnisse 262 f.

Kredite westdeutscher Unternehmen im Ausland 191, 196

Kreditschöpfungsspielraum 109

Lageraufbau 26 ff.
— voraussehbare Entwicklung 164

Lieferfristen 20 f., 131

Liquiditätssituation der Banken 106 ff., 118, 364 ff.

Löhne 49 ff.
— kostenniveauneutrale 51, 233
— Lohndrift 50
— Lohn-Lag 189
— Lohnpolitik 48 ff., 201, 270, 273 f., 280 ff., 292 f.
— Lohnstückkosten 52 f., 174, 201
— voraussehbare Entwicklung 173

Mittelfristige Zielprojektion des DGB 239 ff.

Mitverantwortung der Sozialpartner 297 ff.

Niederlande
— konjunkturelle Entwicklung 5

Öffentliche Finanzen 84 ff.
— Ausgaben 85 ff., 98, 105, 285
— Haushaltssperren 80 f.
— Investitionen 98 ff., 253
— Konjunkturausgleichsrücklage 81, 90
— konjunkturelle Wirkung 91 ff.

— Kreditaufnahme 96 f.
— Steuereinnahmen 89 ff.
— voraussehbare Entwicklung 157 ff., 285

Potentialorientierte Kreditpolitik 359 ff.
— und außenwirtschaftliche Absicherung 369
— und Geldmenge 360 f.
— und Kreditgewährung 362 f.
— und Liquiditätsversorgung der Banken 364 ff.

Preisentwicklung 58 ff., 174 ff.

Preiserwartungen 62

Preisindex
— des Bruttosozialprodukts 95, 174
— für die Lebenshaltung 61 f., **176, 183**
s. auch Verbraucherpreise

Preisstopp 14

Produktionspotential 33, 37 ff., 91 ff., 171
s. auch Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Realeinkommen 48, 51

Sozialrenten 48, 57

Sozialversicherung 101 ff., 354 ff.

Sparquote 30, 166

Staatsquote 79, 93, 95, 249 ff., 285, 325 ff.

Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 82 f., 188

Steuerquote 79, 91, 252, 256, 331 f., 338 ff.

Terms of Payment 139, 141

Terms of Trade 51, 130

Übertragungsbilanz 137

Verbraucherpreise 61 ff.
— internationale Entwicklung 14
— voraussehbare Entwicklung 176, 183, 293

Verbrauchskonjunktur 29 ff., 166

Vereinigte Staaten
— Arbeitslosigkeit 9
— Geldpolitik 9, 11 ff.
— konjunkturelle Entwicklung 9
— konjunkturpolitisches Dilemma 10 ff.
— Preisentwicklung 9, 11, 14
— Staatsausgaben 9, 11 f.
— voraussehbare Entwicklung 151

Vermögensbildung breiter Schichten 234 ff.

Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung 264 ff.

Währungsreserven 107, 140

Wechselkurs 302 ff.
— Liquiditätszu- oder -abflüsse bei festen Wechselkursen 318 ff.
— und binnenwirtschaftliche Entwicklung 303 ff.
— und Kapitalverkehr 312
— und Nachteile für die Handelspartner und die Integration 309 ff.
— und Spekulation 305
— und Stabilitätsbemühungen 314 ff.
— und Zinsarbitrage 306

Weltkonjunktur 1 ff.
— voraussehbare Entwicklung 150 ff.

Westeuropäische Wirtschafts- und Währungsunion 207, 230, 315

Wohnungsmieten 63, 75, 176

Zinsniveau 121, 140, 196, 275, 279, 293
— in der Bundesrepublik 106 ff., 111
— internationales 106 ff., 140 f.